BEIHEFTE
ZUR
DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG
I

Alexander G. Schnarendorf

Schlußbilanz der Stalin-Ära

Schlußbilanz der Stalin-Ära

Ein Rußland-Bericht

von

ALEXANDER G. SCHNARENDORF

Professor der Volkswirtschaft

VERLAG DER
DEUTSCHEN HOCHSCHULLEHRER-ZEITUNG
TÜBINGEN 1957

Beihefte zur Deutschen Hochschullehrer-Zeitung

I

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1957 by Verlag der Deutschen Hochschullehrer-Zeitung
Dr. habil. Herbert Grabert, Tübingen
Printed in Germany
Druck: Christian Gulde, Tübingen

INHALT

1. 1932 Zwischen Leningrad und Kislowodsk 5

2. In den Händen der Tscheka 23

3. 1955 Quer durch Sibirien 37

4. Kulturdetails ohne Verbrämung 51

5. Die nationale Struktur der UdSSR 73

6. Das sowjetische Eisenbahnwesen (Erstrebtes und Erreichtes) 95

7. Sibirien — das asiatische Kanada 106

8. Die Dauerkrise der sowjetischen Planwirtschaft 121
   a. in der Industrie
   b. in der Landwirtschaft
   c. und Stalins Beteuerungen im Jahre 1930?

9. Das Problem der Zukunft 152
   a. Otto Bauers Analyse und Prognose vom Jahre 1920
   b. Die Voraussetzung dauerhafter Koexistenz

10. Nach dem XX. Parteitag 172
   a. der Stellungswechsel — die Preisgabe Stalins
   b. die neue Lage

DRUCKFEHLER-BERICHTIGUNG

Es muß heißen:

S. 22, Zl. 13 v. o.:	der Regierung der *Bolschewiken*
S. 49, Zl. 10 v. u.:	*Vervielfachung*
S. 55, Zl. 1:	Auszeichnungen, *Beihilfen*
S. 67, Zl. 19 v. o.:	Gelegenheit *drücken*
S. 108, Zl. 14 v. o.:	90 v. H. aller *Energiereserven*
S. 129, Zl. 11 v. u.:	Das sowjetische *Wirtschaftspotential*

1. 1932 ZWISCHEN LENINGRAD UND KISLOWODSK

In der Sowjetunion bin ich schon 1932 gewesen; damals als Tourist. Dem Ausländer fiel in den dreißiger Jahren bei der Einreise gleich auf, daß es in der Sowjetunion noch immer oder schon wieder mindestens zwei Wagenklassen auf den Eisenbahnen gab. Es gab und gibt eine „harte" und eine „weiche" Klasse und außerdem den „internationalen" Schlafwagen oder Schlafwagenzug.

Tatsächlich gab und gibt es im Personenverkehr aber noch viel mehr Unterschiede, denn die durchgehenden Schnellzüge sind nur bevorzugten Reisenden mit besonderen Berechtigungs- oder Zulassungsscheinen vorbehalten. Für das gewöhnliche Volk standen und stehen heute noch die Bummelzüge offen, die der Fremde kaum oder überhaupt nicht zu sehen bekommt.

Auf jedem Wolgadampfer teilten sich die Fahrgäste in 4 Klassen, so wie einst in der Zarenzeit. Die Fahrgäste der ersten Klasse sahen gleichmütig und geringschätzig auf das Getriebe der Deckpassagiere hinab. Das Volk der 4. Schiffsklasse drängte und balgte sich unter Deck herum und man bekam es nur zu sehen, wenn man sich die Mühe machte, es zu suchen.

Noch größer war in der Regel das Erstaunen, wenn man die ausländischen Besucher darauf hinwies, daß selbst in der Wohnung guter Kommunisten die Hausmagd nicht fehlt, daß sie niemals eine eigene Kammer für sich hat, sondern normalerweise abends am Vorplatz ihre Matratze auflegt. Die Ausbeutung des Menschen ist zwar in der Verfassung der UdSSR endgültig abgeschafft worden; das ungelernte Volk, also auch Hauspersonal und Landarbeiter zählen dabei jedoch von vornherein nicht mit. Inzwischen hat sich der Kreis derer, die „nicht dazu gehören", noch erheblich erweitert und greift hinüber in Intelligenz- und Facharbeiterberufe.

In welchem Gegensatz stehen dazu die Vorstellungen, welche man in den westlichen Ländern hat! Es scheint uns selbstverständlich, daß die Hausgehilfin in den Ländern, in denen die reformistischen Gewerkschaften einen maßgeblichen Einfluß ausüben, Anspruch auf begrenzte Arbeitszeit und freie Tage haben. In Berlin

forderte die Hausgehilfin schon vor 1933 als Nebenhilfe Wäscherin und Fensterputzer; das eigene Mansardenzimmer war für sie eine Selbstverständlichkeit schon zur kaiserlichen Zeit. Und im Lande der sozialistischen Revolution? Das Hausmädchen dort betrachtet es als selbstverständlich, daß es alle schweren Arbeiten allein macht, daß es als erste aufsteht und als letzte in irgendeinem Winkel zur Ruhe geht. Und diese Umstände findet das Mädchen vom Lande immer noch erstrebenswert. Das beweist der Zulauf an stellensuchenden Landmädchen in den großen Städten.

In der Diele oder im Restaurant rechnete ich in den ersten Tagen mit dem Kellner genau ab, aber ich merkte bald, daß er auf Trinkgeld wartete. Ich stellte fest, daß die Trinkgeldsitte oder -unsitte in Friseurläden, Gaststätten, Hotels sich in keiner Weise vom Getriebe in Budapest, Agram oder Belgrad unterschied.

Bei uns schafft der höhere Preis des eleganteren Lokals eine Schranke gegen den Zulauf des weniger zahlungskräftigen Publikums; im Prinzip hat jeder Mitmensch das Recht, jedes beliebige Lokal zu besuchen. In den großen Städten der Sowjetunion wurde dieser, wie uns scheint, demokratische Grundsatz in den dreißiger Jahren durch einen anderen ersetzt. Es gab zu damaliger Zeit in allen größeren Städten Lokale, wie z. B. die „Quisisana" am Newski, die nur mit einem besonderen propusk (Durchlaßschein) betreten werden durften. Zu nicht allzu überhöhten Preisen wurden dort der privilegierten Schicht Genüsse geboten, welche für die breite Masse eben nicht da sind.

Ich hätte das alles niemals für möglich gehalten, wenn ich nicht selbst mit diesen Bevorrechteten derartige Lokale besucht hätte. Zu dieser privilegierten Schicht gehörten damals Stabsoffiziere der Armee, Tscheka-Offiziere, höhere Beamte, Industriedirektoren und (1932!) alle ausländischen Spezialisten vom Ingenieur bis zum Betonierer samt Familienbegleitung. Ich erlebte in der „Quisisana", wie ein Ingenieur von einem Werk in der Nähe von Leningrad vom Empfangsportier abgewiesen wurde, weil er nicht im Besitz des besonderen Ausweises war.

Seither ist der Sowjetstaat dem Saturierungsdrang der Arrivierten vollends erlegen. Die Einkommensbegrenzung der Parteimitglieder

wurde aufgehoben und die Einkommen der Oberschicht haben sich um sehr vieles weiter nach oben gestaffelt! Nach dem zweiten Krieg gab es in Moskau und in den anderen großen Städten elegante Lokale mit „kommerziellen" Preisen, die eben nur für die Arrivierten und die Schieber erschwinglich sind. Stil nach allen Schilderungen: Ungarische Provinzgarnison 1905!

Eine Eigentümlichkeit des Fremdenverkehrs in der Sowjetunion stellten damals schon die fiktiven Wechselkurse für die Auslandsvaluten dar. Der Regierungskurs betrug 1932 (abgerundet) 1 Dollar gleich 2 Rubel gleich 4 Mark.

Ein Reisekamerad wechselte 1932 beim Eintritt in die Sowjetunion in Negoreloe 30 RM und bekam dafür 15 Rubel eingewechselt. Auf der Fahrt nach Minsk lud er mich zu einer Flasche Bier in den Speisewagen ein. Vorsichtshalber fragten wir den Kellner nach dem Preis. Wir waren erstaunt: 5 Rubel für die Flasche (mit etwa 0,4 l Inhalt). Mit anderen Worten: ein Liter Bier kostete 12,50 Rubel oder 25 gute deutsche Reichsmark, Valuta 1932!

Ich hatte von diesen Praktiken schon gehört und daher vor der Reise Verbindung zu einem Werkmeister von Zeiß-Jena aufgenommen. Dieser arbeitete damals in Leningrad in den Putilow-Werken und suchte Mark in Deutschland für Rubel in der Sowjetunion zu bekommen. Nach seinem Dienstvertrag überwies die sowjetische Notenbank für ihn monatlich 150 Rubel (= 300 RM) nach Jena. Seinen übrigen Verdienst sollte er in der UdSSR verbrauchen. Aber er schmuggelte Mangelwaren (Damenstrümpfe, Anzüge udgl.) und hatte daraus auch noch erhebliche Rubeleinkünfte. Außerdem wurde er als Ausländer bevorzugt und reichlich zu Staatspreisen mit Lebensmitteln versorgt. Das Genossenschaftsbuch eines ausländischen Spezialisten war dazumal für Russen ein begehrtes Objekt, auf dessen Grundlage sogar Ehen geschlossen wurden.

Mein Bekannter bildete mit einem russischen Ingenieur-Ehepaar eine Hausgemeinschaft und wenn seine Frau nach Leningrad kam, so bildeten sie ein Viereck — alle lebten von den Lieferungen zu Staatspreisen auf das eine Genossenschaftsbuch! War der Mann in

Urlaub, so hatte das russische Ehepaar das Genossenschaftsbuch allein für sich; das war im Jahr mindestens 2 Monate der Fall. Der Vorteil für die beiden Russen war recht bedeutend. Sie waren nicht genötigt, auf dem schwarzen Markt zu kaufen. Der Jenenser Werkmeister zahlte darum nur 120 bis 150 Rubel monatlich ins Haus, verdiente aber 600 Rubel! Er schwamm also im russischen Papiergeld! Seine Frau vereinbarte mit mir, daß ich ihr in Deutschland 100 RM geben sollte; ihr Mann würde mir „drüben" dafür 200 Rubel geben.

Und so geschah es, beide Teile waren zufrieden. Ich konnte daher in Leningrad meinen Gastgeber aus dem Speisewagen in die „Quisisana" zu einer Flasche Sekt einladen. Zutritt hatten wir dort durch meinen Jenenser Freund. In privaten Lokalen, die es damals vereinzelt noch gab, kostete eine Flasche Sekt 40 bis 50 Rubel, in der genossenschaftlichen „Quisisana" aber nur 15 Rubel, nach meinem Wechselkurs also 7.50 Reichsmark!

Aber noch ganz anders war der Wechselkurs, den ein mitreisender Italiener in Charkow erzielte. Grandi — er war Korrespondent einer Mailänder Zeitung — bat mich, ihm bei seiner Transaktion mit meinen slavischen Sprachkenntnissen behilflich zu sein. Der Hotelportier bot 10 Rubel für den Dollar, Grandi lehnte ab. Ein Kellner brachte einen Juden, der 20 Rubel bot. Der Italiener lehnte wieder ab, er hatte irgendwo gehört, daß man auch 40 Rubel zahlte. Privater Valutenhandel war natürlich verboten, es stand in erschwerten Fällen Todesstrafe darauf.

Aber Grandi war raffiniert! Er sprach vor dem Hotel lebhaft auf mich ein, fuchtelte mit seinen Dollars herum und plötzlich waren wir von einer kleinen Menschenmenge umlungert, die die Dollars begehrte. Ein Jude sprach uns jiddisch an und ging weg — ins Foyer. Auf der Toilette wechselte fünf Minuten später Grandi seine Valuta: 1 Dollar für 35 Rubel!

Dieser Drang nach Valuten wird verständlich, wenn man hört, daß es zu damaliger Zeit in der UdSSR sog. Torgsin-Läden gab, in denen man zu niedrigen Weltmarktpreisen alles, was ein russisches Herz begehren mochte, einkaufen konnte. Vom frischen Ei bis zum Pelzmantel war alles zu haben. Bezahlen mußte man

aber mit Gold oder ausländischen Valuten: Sowjetgeld wurde nicht angenommen!

Alle Menschen sind „drüben" gleich. So wurde uns im Westen erzählt, so wurde fabuliert und agitiert. Alle scheinen gleich, so glaubte man nach dem ersten Spaziergang in Leningrad. Ist das Wunschbild der „klassenlosen" Gesellschaft Fleisch geworden? Hat die Oktober-Revolution die Schichtung aufgehoben? Otto Bauer hat die Linksmarxisten schon 1919 vor der Illusion gewarnt, daß der Bolschewismus es fertig bringen könnte, das Land und die Gesellschaft über mehrere Entwicklungsstufen hinwegspringen zu lassen.

Nach dem zweiten Spaziergang und nach den ersten Gesprächen mit den Leuten auf der Eisenbahn, am Postamt und auf den Bahnhöfen, die 1932 genau so wie 1955 übervoll mit Wartenden waren, beginnt man zu begreifen: es gibt Unterschiede unter den Sowjetmenschen! Ja die Unterschiede sind erstaunlich prägnant; sie sind schärfer und härter als im Westen.

Rechtliche Unterschiede! In den dreißiger Jahren glaubte man noch an die Formel: Alles Recht den Arbeitern, den Ausgebeuteten der Zarenzeit! Es galt das knechtisch-verbissene Prinzip: Absolute Rechtlosigkeit den Klassenfeinden, den „Nicht-Werktätigen", den „Ehemaligen". Man fand unter diesen aber erstaunlich viele Menschen, die in der Zarenzeit doch nur sehr bescheidene Existenzen hatten.

Im Sinne der Rechtsstellung im Staat gab es um diese Zeit etwa 9 Millionen lischenci (so nannte man die der staatsbürgerlichen Rechte Entkleideten), die nur zum kleineren Teil aus dem Adel oder der echten Bourgeoisie kamen. Große Teile dieser beiden Schichten waren bereits im Bürgerkrieg umgekommen oder emigriert. Anderseits hatten viele Offiziere, Ingenieure, Beamte, ja sogar Ochranapolizisten oftmals rasch in die Büros des Arbeiterstaates zurückgefunden und damit das Bürgerrecht des Sowjetstaates erlangt.

Wir begegneten solchen Rechtlosen unter Bettlern und Kirchendienern: ehemalige höhere Beamte, Popen, selten nur frühere Adelige. Wohl aber konnte man häufig auch Menschen begegnen,

die Rechtlose waren, obwohl sie als Hilfsarbeiter (bei der Bahn oder in der Fabrik) arbeiteten; sie waren Nachkommen von Händlern, Gewerbetreibenden oder Großbauern (kulaken).

Auch die Inhaber einer Handelslizenz, wie z. B. Straßenverkäufer, Droschkenkutscher, Schuhputzer verloren mit dem Tag der Konzessionierung das bürgerliche Wahlrecht und waren damit nicht mehr „Werktätige" im Sinne des Gesetzes.

Wir begegneten Rechtlosen, die bereits jahrelang als Arbeiter oder Angestellte in genossenschaftlichen oder staatlichen Betrieben als Spezialisten beschäftigt wurden. Für sie gab es eine einzige Möglichkeit zu damaliger Zeit, die Mitgliedschaft zur Gewerkschaft und damit auch staatsbürgerliche Rechte zu erwerben; wollten sie es, mußten sie nach Zentralasien umsiedeln. Dort konnte man sich dies zu damaliger Zeit noch richten. Dort wurden Leute begehrt für den Aufbau, dort war man „großzügig". Ende der dreißiger Jahre war es auch in Turkestan damit vorbei!

Wie uns die Träger des Regimes belehrten, würde diese Differenzierung verschwinden, wenn die Staats- und Klassenfremden ausgestorben seien. Diese Unterscheidung beinhaltete eine uns unerträglich scheinende Härte, aber sie würde mit der Zeit doch verschwinden. Sie war nichts Werdendes.

Aber man sah 1932 auch bereits eine andere Differenzierung in der Gesellschaft. Man sah, wie sich aus der Masse der Werktätigen eine Elite herauszuschälen begann. Damit bahnte sich eine Schichtung an, die sich nicht mehr aus der Stellung zum Staat, sondern aus der Stellung im Staat ergab. Die Arbeit am Staat, die Leistung im Staat war zwangsläufig somit auch hier zum „Drehmoment" der Gesellschaft geworden.

Noch waren die Schäden, welche die Revolution mit sich gebracht hatte, nicht überall behoben. Schäden waren hinzugetreten, die sich z. B. in der Wohnungswirtschaft unausweichlich in allen Ländern als Folge der Zwangsbewirtschaftung und der Mängel des kommunalen (hier aber gar etatistischen) Regiebetriebes ergeben. Die Mißerscheinungen auf diesem Gebiet waren keine Besonderheit der sowjetischen Verhältnisse, wir hatten sie um 1930 in Mitteleuropa, vor allem in Oesterreich, genau so bemerken können. Sie

zeigten sich in den sowjetischen Städten nur noch viel schärfer und deutlicher als sonstwo.

Gebaut und renoviert wurde viel, sehr viel. Fast in allen Straßen Leningrads, Moskaus, Gorkis, der Städte in der Ukraine und des Südens stolperte man in den dreißiger Jahren über unzählige Gerüste. Am Stadtrand wuchsen allenthalben neue Objekte aus dem Boden. Man erweiterte aber nicht nur die bereits bestehenden Städte, sondern begann überall dort, wo die neuen Industrien entstehen sollten, neue Städte aus dem Boden zu stampfen.

Diese Städte entstanden im Zusammenhang mit der großen Planung. Vor allem Ausländer entwarfen die dazu gehörigen Bauprojekte. Aber man begann nicht mit dem Bau von auch nur primitiven Wohnhäusern. Der Mensch kam und kommt in Rußland stets erst an zweiter Stelle. So ist es in der Sowjetunion begreiflicherweise in dreißig Jahren nicht gelungen, die Wohnungsnot zu mildern; im Gegenteil, sie ist in den alten Städten des europäischen Teils eher noch größer geworden.

Leningrad trat mir als Stadt entgegen, die in vielfacher Weise an andere Ostseestädte erinnerte. Der westliche trend in dieser Stadt war 15 Jahre nach Abbruch der „Beziehungen" zur westlichen Welt noch immer zu spüren. Wie ganz anders war demgegenüber Moskau!

Schon die Fahrt dahin bereitete seelisch darauf vor, daß man in die Weite fuhr! Die Landschaft ist keineswegs eintönig, höchstens gleichförmig zu nennen. Den Charakter der Landschaft bestimmt der Wald auf dem weitausgreifend welligen Gelände. Hier und da tritt er ein wenig auseinander. Vereinzelte Haufendörfer mit den dazu gehörigen Ackerflächen unterbrechen wie Inseln den Waldozean.

Moskau zählte nach damaligen Angaben etwa 3½ Millionen Einwohner. Es schien mit seinen Kontrasten, mehr noch als Kasan, der Typus der russischen Stadt zu sein. Neben breitausladenden Prunkbauten standen kleine verhutzelte Holzhäuser aus alter Zeit; neben vornehmen halbverkommenen Bürgerhäusern aus der Zarenzeit schoben sich die Profanbauten des neuen Staates wichtigtuend in die Höhe.

So gegensätzlich wie die Bauwerke, so verschiedenartig war auch das Getriebe in den Straßen. Die Bewegung ist bekanntlich in allen osteuropäischen Städten viel größer als in Mitteleuropa; die Bewohner der russischen Großstädte aber scheinen geradezu auf der Straße zu leben; der Strom wird bis in die späten Nachtstunden nicht schwächer.

Blonde Großrussen drängen sich in den Moskauer Straßen neben kleineren dunkelhaarigen Typen aus dem Süden; schwarzhaarige Tataren und scharfäugige Grusinier trifft man neben glotzäugigen Armeniern oder mongoloiden Kasachen und schlitzäugigen Burjäten. Perser, Afghanen, Tadschiken fielen einem ebenso auf wie die zahlreichen Juden, die sich aus dem Südwesten (Ukraine, Weißrußland) in einem dauernden Strom in die Reichshauptstadt bewegten und hier niederließen.

Die Besonderheit Moskaus in der damaligen Zeit war das Mausoleum Lenins und die U-Bahnstation für die erst 1936 eröffnete Metro! Heutigentags wird, wie wir 1955 auf der Durchfahrt durch Moskau feststellten, vor allem die neue Lomonossow-Universität als das große Prunkstück hervorgehoben.

Der Besuch des Lenin-Mausoleums ist soziologisch denkbar instruktiv. Ein Strom von Besuchern schob sich am Katafalk des ehrfürchtig verehrten Toten vorbei. In meiner unmittelbaren Nähe bewegten sich einige Mädchen und Burschen vorwärts; zwei Mädchen hatten das rote Kopftuch umgebunden, ein Zeichen, daß sie dem Komsomol angehörten. Als wir an Lenin vorbeikamen, schlugen einige der jungen Leute in tiefster Andacht das russische Kreuz. Das junge Volk mochte siebzehn, höchstens achtzehn Jahre alt gewesen sein. Die Geste war also nichts Eingelerntes, sondern der spontane Ausdruck der russischen Seele.

Ich habe Jahre später im Lager feststellen können, daß Lenin auch in weitesten Kreisen der Opposition eine fast ebenso mystische wie mythische Verehrung genießt. Für fast alle Slawen in der Sowjetunion, auch für die Bauern, ist Lenin d e r große Führer! Stalin fürchteten alle und haßten die meisten, aber Lenin wird geschätzt und geliebt. Um ihn rankt sich ein Mythus, vor allem im einfachen Volk! Auch bei den Bauern! Selbst bei den anderen

Völkern! Es ist müßig zu fragen, ob diese Verehrung berechtigt ist — sie ist eine Tatsache.

Und die Struktur dieser Gesellschaft? Wieweit stimmen Ideologie und Theorie mit der Wirklichkeit überein? Daß Arbeit allein Einkommen schaffen soll, ist zweifellos ein sozialistisches Ziel. Die Verwirklichung ist also Sozialismus. Der Sowjetstaat will im Prinzip, daß in seinem Herrschaftsbereich Arbeit die einzige Einkommensquelle sein soll. Er will aber auch, daß der Anteil am Nationalprodukt gemessen werden soll an der Leistung im Staat. „Hört mir auf mit der elenden Gleichmacherei", erklärte Stalin in seiner Juli-Rede vom Jahre 1931!

Die Tatsache aber, daß die Leistung gemessen wird und bewertet werden soll, hat soziale Differenzierung und Gliederung zur Folge. Dies ist wichtig festzustellen, weil diese Schichtung, die sich daraus ergibt, nichts Absterbendes ist, sondern in der Zukunft stärker und stärker fühlbar werden muß. Man hörte also 1932 noch gelegentlich: „Im Namen der Arbeiterklasse!" Aber man merkte schon deutlich, daß man bereits „im Namen des Arbeiterstaates" meinte! Das scheint das Gleiche, ist es aber nicht.

Diese Schichtung und dieser Wandel sind sehr bedeutsam; und diese Tatsache verändert auch alle Bezugspunkte. Das war auf dieser Fahrt schon allerorts zu spüren. Die Ideologie wurde zurechtgebogen, wenn es notwendig schien. Ergebnis: Es gab damals in der Sowjetunion bereits eine Elite, eine neue Aristokratie. Das wurde sowjetischerseits auch nicht mehr geleugnet, wohl aber wortreich als Avantgarde im „sozialistischen Wachstumsgesetz" interpretiert. Die Oberschicht bestand aus den Komsomolzen, den Angehörigen von Partei und Tscheka, ferner den Funktionären der Gewerkschaften, den übrigen Apparatschikis, den Künstlern, den Studenten und den aus ihnen hervorgegangenen Spezialisten, den Udarnikis und der Armee.

Zwischen dieser „Oberschicht" und dem übrigen Volk bestand ein sichtbarer Unterschied. Er wurde natürlich in materieller Hinsicht sichtbar durch bessere Belieferung mit Waren, durch Bevorzugung im Reiseverkehr, bei der Unterbringung in Sanatorien und Urlaubsheimen, durch eine Reihe von Verbilligungen. Doch das ist nicht

einmal das Entscheidende, wenngleich es wichtig ist und am stärksten in die Augen springt. Ausschlaggebend mußte der ideologische und psychologische Unterschied und die Tatsache werden, daß diese Elite sich als Trägerin des Staates fühlen konnte. (Vgl. dazu auch Mehnert, Die Jugend in der Sowjetunion, Berlin 1932, S. 212).

Es wurde als selbstverständlich angenommen, daß der aktivistische Starke sich durchsetzt, ein größeres Maß Verantwortung übernimmt und damit zum eigentlichen Träger des Staatsgedankens wird; die breite passive Masse aber sollte in den Staat eingeordnet und der Staatsidee untergeordnet werden. Man kann daher nicht sagen, daß jeder Arbeiter sich noch „Herr" im Staat um diese Zeit fühlte. Nur sehr vereinzelt begegneten wir 1932 einfacheren Leuten, die eine völlige Hingabe an den Staat und seine „sozialistische" Sendung bekundeten.

Daneben lief eine Masse von Gleichgültigen, von Tausenden und Abertausenden, die Mitläufer waren, sooft und solange es gut ging! Sie sprachen vom Staat der Sowjets genau so scheu verächtlich, wie es breitere Schichten unter den Arbeitslosen auch bei uns in jenen Jahren gewohnt waren. Für sie war die Intelligenz „ihre" Intelligenz, „ihre" Partei nichts anderes als die „neue" Bourgeoisie. Das war die Lage von 1932!

Es war also, wie auch sonst in der Welt. Die Geltung im Staat und die Verbundenheit mit ihm hängt ab vom Umfang der Verantwortung und vom Umfang der materiellen und ideellen Vorteile, die dem Einzelnen zufallen. Nur war es um diese Zeit „drüben" noch so, daß jeder, der Fähigkeiten besaß, unter gewissen Umständen auch die Möglichkeit bekam, seine Vorkenntnisse und seine Initiative zu entfalten. Freilich, wer einer nichtslawischen Völkerschaft angehörte, hatte damals schon wesentlich geringere Chancen; das machten mir damals Finnen im Gebiet von Leningrad und Deutsche in der Ukraine und im Nordkaukasus begreiflich.

Im allgemeinen konnte man bemerken, daß die sowjetischen Spezialisten in der Regel eine Verantwortung tragen mußten, die meist das Können überstieg. Der qualifizierte Arbeiter wurde vor

zu große Aufgaben gestellt. Der Ingenieur, der Agronom, der Betriebswirt waren von ihrer Aufgabe und Bestimmung überfordert. Blieb der Erfolg aber hinter den Erwartungen, die man in ihn setzte, zurück, dann kam er früher oder später gewiß mit dem Staatsanwalt in Berührung.

Hier liegt auch die Wurzel für eine Erscheinung, die in der UdSSR das ganze Berufsleben überschattet. Es ist die Flucht der Spezialisten vor der Aufgabe. Alle wollen in die Verwaltung, keiner in den Betrieb, keiner auf die Sowchose! Der Agronom ist lieber in irgendeinem Werk Küchenleiter und die Agronomin arbeitet lieber als Schlafwagenschaffnerin!

Der Menschenbedarf für eine solche Elite ist daher dauernd enorm, umso mehr als sie sich erfahrungsgemäß rasch verbraucht oder zerstreut. Dazu kommt der Hang zum Bürokratismus, der unverändert aus der Zarenzeit in den Sowjetstaat übergegangen ist. Außerdem wurde mit der Konzentration der Führungsfunktionen in der Wirtschaft durch den Staat das Prinzip des staatlichen Regiebetriebes auf alle Betriebe ausgedehnt.

Wir haben inzwischen im Westen gelernt, die unelastische Wirtschaftsführung des Fiskus durch Kommerzialisierung der öffentlichen Wirtschaft auszumerzen. In der Sowjetunion ist das ganze betriebliche Leben heute noch so geleitet, wie dies um die Jahrhundertwende bei den Staatsbetrieben Oesterreichs, Preußens oder Rußlands selbst der Fall war. Im Prinzip müssen alle Einnahmen, auch im letzten Winkel Sibiriens an den Gesamthaushalt der UdSSR abgeführt werden; und von dort her werden wiederum alle Ausgaben bis zum Bleistift und zum Fensterputzlappen angewiesen. Das war 1932 so und 1955 nicht anders.

Die persönliche Initiative des Russen ist erfahrungsgemäß gering. Sie ist bei einigen anderen Völkern der Sowjetunion in der Regel etwas höher. Das Bestreben, vor allem der russischen Kommunisten, geht daher darauf hinaus, die Initiative zu intensivieren. Daraus folgt, daß die KPSS, wie die herrschende Partei seit dem XIX. Parteitag im Jahr 1952 heißt, mit allen Mitteln die Initiative aufzustacheln sucht. Dem entspricht die Mitgliederauslese.

Die herrschende Partei will eine Arbeiterpartei sein. Das war sie um 1930 nur sehr bedingt, aber damals jedenfalls noch immer in höherem Maße, als zwanzig Jahre später. Daraus ergibt sich wieder, daß die soziologische Struktur der KPSS sich von der Struktur der landläufigen Parteien der Kommunisten in den westlichen Ländern stark unterscheidet. Im Westen stößt zur KP in der Regel der Schwache, der alle anderen Möglichkeiten, es zu etwas zu bringen, verloren sieht. Er ist der Unterlegene, der zur Mitte oder zur Oberschicht keine Brücke findet. In der Sowjetunion aber wird nur Parteimitglied, wer schon bewiesen hat, daß er etwas zu leisten versteht und auch weiß, daß man sich einzufügen hat. Parteimitglied wird im Herrschaftsbereich des roten Kreml der Könner, Konformist und Duckmäuser; Parteimitglied der KP wurde bisher in den westlichen Ländern in der Regel der Nicht-Könner und Querulant!

Man liebte es in den 30er Jahren gegen solche Erwägungen einzuzuwenden, daß doch die Masse der neuen Intelligenz der Sowjetunion großenteils aus dem Proletariat nachgezogen und ergänzt werde, daß die Sowjetintelligenz „im Dienst der Arbeiterklasse" revolutionäre Aufgaben löste und daß es kein größeres Vergehen für ein Mitglied dieser Elite gebe, als der Masse zu entwachsen. Das ist in der Theorie einleuchtend! Aber es ist eine der Grundlehren des Marxismus, daß die ökonomische und soziale Lebenslage die Anschauungen und das Wollen des Menschen formt. Mit der materiellen und der beruflichen Distanz tritt auch eine Veränderung des Denkens ein. Das ist die zwingende Schlußfolgerung, an der sich auch Kommunisten nicht vorbeidrücken können.

Wir alle wissen, daß der Proletarier die Welt anders sieht als der Bürger oder der Kapitalist. Wir werden aber auch immer wieder bemerken, daß der Arbeiter, der seine Lebenslage ändert, mit der Aenderung seiner Lebenslage auch eine Veränderung seines ideologischen Blickfeldes erfährt. Dies gilt auch, wenn der Betreffende äußerlich „seiner" Partei und „seiner" Weltanschauung „treu" geblieben ist. Es spielt dabei eine geringe Rolle, ob dieser Proletarier sein Vermögen in der Lotterie gewonnen hat oder ob er durch Tatkraft und zähe Arbeit zu Macht und Ansehen gelangt.

Um die Zeit von 1932 war das Leben der neu werdenden Oberschicht keineswegs leicht. Sie hatte keinen Ueberfluß und durfte sich auch nicht mit den Verhältnissen Mitteleuropas, geschweige denn Amerikas, vergleichen. Aber das lag ihr damals auch noch gar nicht im Sinn. Das kam erst nach dem zweiten Weltkrieg. Zu damaliger Zeit hatte es noch Aufsehen erregt, daß 1930 die Lebensmittelrationen der Ingenieure und Techniker in den Betrieben den Normen für die Arbeiter gleichgesetzt wurden. In diesem Zeitpunkt wurden aber auch schon längst die „Büroarbeiter" in den Dienststellen des Staates, der Partei, der Gewerkschaften ebenso wie die Offiziere der GPU und der Armee und das ingenieur-technische Personal auf dem Weg über „Zentralfonds" besser versorgt als das übrige Volk.

Für diese Berufsgruppen wurden in ihren Kooperativen die festgelegten Rationen voll ausgegeben. Und dies auch zu einer Zeit, als in den Konsumläden für die übrige Bevölkerung sonst wochen- und monatelang nur Brot, Kraut und vielleicht je Familie bisweilen auch eine Flasche Oel ausgegeben wurde. Im Sommer 1932 kosteten in Städten wie Leningrad, Moskau, Gorki, Charkow, Saporoschje, Rostow usw. am freien Markt je kg: Brot 1 Rubel, Milch 1 Rubel, Fleisch 6 bis 8 Rubel, Butter 17 bis 20 Rubel, Schweinefett 18 Rubel; ein Paar Schuhe kosteten damals 45 bis 60 und Ausländerschuhe bis zu 100 Rubel.

Der Staatspreis (in Kooperativen) für Brot betrug noch immer 0,20 Rubel, für Fleisch 1,50 Rubel, für Sonnenblumenöl 1,00 Rubel je kg. Das waren Preise, die sich in den NEP-Jahren eingespielt hatten!

Wer mehr als die Hälfte oder zwei Drittel seines Lebensbedarfes zu Staatspreisen decken konnte, wer außerdem Bezugsscheine für Kleider, Wäsche, Schuhe usw. bekam, der konnte damals mit 400 Rubel Monatseinkommen als verhältnismäßig wohlhabend bezeichnet werden. Dieser Betrag war damals das Höchsteinkommen für Parteimitglieder; nicht aufzurechnen waren hierbei Einkünfte aus literarischer oder pädagogischer Nebenarbeit.

Parteilose in leitenden Stellungen (Ministerialreferenten, Trustdirektoren usw.) gaben Monatseinkünfte von 1000 bis 2000 Rubel

an; zugeteilte Ingenieure bezogen 400 bis 800 Rubel; mittleres technisches und gehobenes kaufmännisches Personal verdiente 200 bis 500 Rubel im Monat, je nach Alter und Verantwortung. Heizer, Stenotypistinnen udgl. verdienten 150 bis 200 Rubel. Qualifizierte Facharbeiter verdienten etwa 10 v. H. weniger. Ungelernte Arbeiter (Schwarzarbeiter) verdienten 70 bis 120 Rubel im Monat.

Die ausländischen Spezialisten verdienten das Doppelte oder Dreifache. Außerdem war, wie schon erwähnt, ihre Lebensmittelversorgung ganz anders geregelt als für die Sowjetbürger.

Die aufgeführten Einkommen hatten sich in der Nep-Periode entwickelt und wurden im Oktober 1932 wegen der Rubelentwertung generell um 10 v. H. erhöht. Wenige Jahre später fiel auch die Einkommenbegrenzung für Parteimitglieder weg.

Wer um jene Zeit aber (außer Brot, Kraut, Oel) so gut wie den ganzen Lebensbedarf am freien Markt decken mußte, für den war ein monatliches Einkommen von 100 oder 150 Rubel gerade genug, um sich und seine Familie eine Woche zu erhalten. Das war gleich auch der Ansatzpunkt, von dem aus das Regime die Leistung der Arbeiter vorwärts zu stoßen suchte. Für „Stoßarbeit" (oder Sonderschichten) mit besonders hohen Leistungen gab es Prämien in Gestalt von Bezugscheinen für Mangelwaren. Diese „udarniki" (Stoßarbeiter) waren nicht beliebt und hatten damals in der Arbeiterschaft einen charakteristischen Namen: Streikbrecher!

Die Schichtung und Distanzierung war somit allerorts zu sehen, vom Hilfsarbeiter (in Rußland Schwarzarbeiter genannt) zum Udarnik, vom qualifizierten Facharbeiter zum Techniker, Ingenieur, Agronom, vom Werksdirektor zum Trustdirektor. Die Distanzierung wiegt schwerer und wirkt sich schärfer aus als in irgendeinem „kapitalistischen" Land! Nicht vielleicht in den äußeren Formen, wohl aber inhaltlich. An einer Kleinigkeit wurde dies schon sichtbar: In den Werksküchen wurde getrennt gekocht einerseits für das technische und das gehobene kaufmännische Personal, andrerseits für Udarniki und schließlich für die übrige Belegschaft. Andere Leistung, andere Preise, andere Speisen! In den besetzten Gebieten (u. a. bei den Usia-Betrieben in Oesterreich) legten in den Jahren um 1950 die roten Direktoren — durchweg abkomman-

dierte Offiziere — ostentativ Wert darauf, mit der Belegschaft aus dem gleichen Napf zu essen und aus der gleichen Bier- oder Schnapsflasche zu trinken. War das Mimikri oder Anpassung?

Das technische Personal, das zu damaliger Zeit in den Betrieben tätig war, zeigte sich in vieler Hinsicht als sehr viel strengerer „Herr" als die von den Kommunisten so sehr geschmähte Intelligenz der westlichen Nationen. Auch dafür war eine Erklärung zu finden. Der Ingenieur, der als Vertreter des Trusts Leistungsnormen, Akkordsätze usw. im Einvernehmen mit Betriebsrat und Gewerkschaft festlegt, hat selbst jahrelang an der Werkbank gestanden oder auf Montage gearbeitet. Er weiß in der Theorie oft schlecht Bescheid, er ist zu spezialisiert, aber er weiß, was Akkordreserve ist. Das ist seine Stärke. Außerdem, er hat sich hochgeboxt mit seiner intensiven Arbeit und er will noch weiter; das ist seine Härte. Trotzdem waren die Endergebnisse immer wieder beschämend und darum holte man sich die Armee von Werkmeistern und Fachingenieuren aus dem Ausland.

Der Mangel an Verantwortungsbewußtsein, an technischem Einfühlungsvermögen oder gar Begabung machte sich immer wieder hemmend und störend bemerkbar. Dazu kommt der Hang zum Schlendrian. Diese Schwierigkeiten dürfen nicht übersehen werden, wenn man die Ergebnisse des Fünfjahrplans richtig bewerten will.

Deshalb ist auch der Industrialisierungsprozeß Nordamerikas mit dem der UdSSR kaum zu vergleichen. Nach den USA zogen zwei Jahrhunderte hindurch die Pioniernaturen aus der nachrückenden Generation der europäischen Völker. Das östliche Menschenmaterial in der UdSSR aber mußte erst durch Entwurzelung industriereif gemacht werden.

Diesen Prozeß zu beschleunigen, war die weitere Aufgabe der Kollektivisierung der Landwirtschaft. Sie sollte in erster Linie den niedrigsten Getreidepreis und damit auch einen niedrigen Lohn in der Industrie gewährleisten. Da der Lohnarbeiter aber immer noch einen ungleich höheren Lohn und bessere Lebensbedingungen haben sollte als das Landproletariat, so mußte sich daraus ein fortlaufender Sog landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in die Industriesiedlungen ergeben. Der Versuch ist so gut gelungen, daß „von

oben" 1954 die Parole ausgegeben werden mußte: Die Jugend hinaus aufs Dorf!

Wie war die Lage in der Landwirtschaft nach der Kollektivisiesierung? Die Stadt war 1932 mit Brot mehr oder weniger ausreichend versorgt; das Vieh hatten die Bauern bis auf einen Bruchteil geschlachtet, die Stadt hatte daher einen drückenden Mangel an tierischen Nahrungsmitteln. Das Dorf selbst hatte aber, infolge der rigorosen Requirierungsbefehle, nicht einmal genügend Brot. Ich sah kurz vor der Getreideernte im Hochsommer 1932 Tausende und Tausende Bauern oder Bäuerinnen hinter den Bahnhöfen der großen Städte auf der „Brotbörse" Brot kaufen. Sie kamen 50, 80 und oft sogar 100 km weit hergefahren und brachten Eier, Speck, Wild, Beeren, selbstgeschnitzte Holzteller, Löffel und sonstiges Hauswerk mit, nur um Brot kaufen zu können. Auf allen Bahnhöfen von Leningrad, Charkow, Gorki, Rostow bot sich in den späten Abendstunden das gleiche Bild. Und wer brachte das Brot? Es waren Arbeiterfrauen oder die Dienstmädchen der Besseren; sie verkauften Brot damals mit 1 Rubel je kg oder sie tauschten es gegen die armseligen Produkte der zerfetzt daherlaufenden Landbevölkerung.

Aber ich sah im Sommer 1932 in der Ukraine auch die Flüchtlingsflut, die an den Don und über den Don brandete. Dürre, Mißernte, Requisitionen hatten das Dorf in eine Hungerkatastrophe gestürzt, die für westliche Vorstellungen kaum faßbar schien. Millionen und Millionen flüchteten vor dem Hungertod, Millionen gingen zugrunde.

Natur und Staat, nahezu alles schien sich gegen das Bauernvolk im Osten verschworen zu haben. Rüstung gegen die kapitalistische Einkreisung! Rüstung um jeden Preis, das war die Losung. Die forcierte Aufrüstung gegen eine imaginäre Gefahr, die von den Ideologen wie ein Gespenst an die Wand gemalt wurde, drängte die Bauernschaft vom Regime ab; man stieß sie bewußt und überlegt hinunter. Konnte man damit das Leben und die Lebenshaltung der städtischen Arbeiter verbessern? Das war der Traum, die Wirklichkeit ist ganz anders geworden.

An die Stelle der bäuerlichen Wirtschaft, die vor 1930 den Inlandsmarkt so gut versorgt hatte, wie das etwa in den südosteuropäischen Ländern zur gleichen Zeit der Fall war, sollte der Kollektivisierungs-Ukas des grusinischen Diktators eine „Neue Aera" setzen. Die Bauernhöfe sollten in Kolchosen (Kollektivwirtschaften) zusammengefaßt werden, die zunächst genossenschaftlichen Charakter haben sollten. Daneben wurden Staatsdomänen (Sowchosen) errichtet, welche vor allem für den Getreide- und Baumwollbau richtunggebende Vorbilder schaffen sollten.

In den Kollektivwirtschaften sollten Anbau, Zwischenarbeit und Ernte möglichst koordiniert und einheitlich durchgeführt werden; auch Traktoren sollten nach Maßgabe des Möglichen zur Verfügung gestellt werden. Auf den Sowchosen sollte die Arbeit, wie in Industriebetrieben weitgehend mechanisiert werden. In den Sowchosen, dem „entfalteten" Typ der Zukunft, gibt es keine Bauern und keine Genossenschafter mehr, sondern nur Lohnarbeiter, die den gleichen Bedingungen unterstellt werden sollen wie Industriearbeiter, nur auf wesentlich niedrigerem Niveau.

So werden also an sich durchaus nicht unsinnige Gedanken in einer absolut lebensfremden, ja lebensfeindlichen Weise verwirklicht. Ohne Rücksicht auf die bäuerliche Mentalität hat man die Errichtung der Kolchosen erzwungen. Ohne Rücksicht auf den ohnehin niedrigen bäuerlichen Wohlstand wurden die Agrarprodukte den Kolchosen zu Preisen abgepreßt, die einer Expropriation gleichkamen.

Die Aufhebung des Eigentumsrechtes am Grund und Boden und das aufgezwungene Hineinreden von Kolchosleitern, die schließlich keine andere Rolle hatten als die von roten Gutsverwaltern, alles das bedeutete einen vollen Bruch mit dem, was die Bauern in der Zarenzeit verbissen anstrebten und letztlich mit der NEP errangen.

Kerenski hatte nicht zu einer raschen Lösung der Agrarfrage durchgefunden. Die Bauernschaftt begann schon im Sommer 1917 mit einer wilden Bodenaufteilung. Lenin legalisierte dieses Beginnen, indem er in den ersten Tagen des Petrograder Oktober-Aufstands das bekannte Dekret „Alles Land den Bauern" herausgab. Das führte dazu, daß die Bauern dem Räte-Staat loyal gegen-

überstanden, teilweise sogar für ihn die Waffen erhoben. Aber der Traum von Wohlhabenheit und Freiheit war nur von kurzer Dauer. Der Bürgerkrieg brachte Requisitionen, die Bauern wurden widerspenstig und machten örtliche Revolten, erschlugen die requirierenden Kommissare udgl. mehr. Darauf reagierte der Staat begreiflicherweise mit noch härteren Maßnahmen — bis zum Kronstädter Aufstand im Jahr 1921!

Die Kronstädter Matrosen von 1917 waren der Kern der Stoßgruppen Trotzkis und Antonow-Ossinskis, mit denen die Kerenski-Regierung in Petersburg aus dem Sattel gehoben wurde. Und 1921 revoltierte die Kronstädter Garnison, aufgerufen von den SR — gegen den Polizei-Terror am Dorf!.

Der linke Flügel der SR gehörte bis 1921 der Regierung der Sozialrevolutionären an; nicht die Kommunisten, sondern die SR hatten die Masse der Landbevölkerung und der Dorfarmut hinter sich. Der Aufstand wurde drakonisch unterdrückt, aber wenige Wochen später unterschrieb Lenin den NEP-Ukas! Eine Periode der Liberalisierung begann, die Bauern bestellten wieder ihre Felder und die russischen Städte waren 1923 bereits wieder ausreichend verpflegt. Von Russen und von zurückgebliebenen Kriegsgefangenen wurde mir auf meiner Reise 1932 wiederholt versichert, daß die Lebensverhältnisse in den Jahren 1924/1930 sich fast auf das Niveau von 1914 gehoben hatten. Und dazumal waren — was selbst Kommunisten nicht leugneten — die städtischen Verbraucher bekanntlich gut und billig versorgt.

Ein toter Prophet ist ein guter Prophet! Und so ist Lenin in die breite Volksmeinung eingegangen als derjenige, welcher den Bauern das Land und den Arbeitern die Freiheit gebracht hat. Stalin hat ihnen die Errungenschaft der Roten Revolution wieder genommen .— das war die Meinung der einfacheren Schichten schon 1932. Zwanzig Jahre später war diese Meinung bis weit in die Partei und in der Intelligenz verbreitet!

2. IN DEN HÄNDEN DER TSCHEKA

Ich hatte keine Illusionen, aber auch keine Komplexe und keine bürgerlichen Vorurteile. Zur Zeit der deutschen Kapitulation war ich schon längst nicht mehr ich selbst. Ich stand am Scherenfernrohr wie ein VB ohne Verbindung. Ich analysierte ohne Ressentiment, fast möchte ich sagen: mit objektiv wissenschaftlicher Fragestellung. An die Wunderwaffe glaubte ich nicht, aber ich war überzeugt, daß der „völkische Sozialismus" nach dem Ende des nationalsozialistischen Systems einem Virus gleich in alle Völker eindringen würde. Und ich wußte, daß nach den Gesetzen der Entwicklung die tragenden Gedanken des Nationalsozialismus vor allem im östlichen Gegenspieler Infektionen auslösen würden, die in einer Synthese enden müssen.

Das Ende kam, am 8. Mai begann die Hatz! Auch ich kam schließlich in die Mühle, in der Hunderttausende und Millionen vermahlen wurden. Aus der Kriegsgefangenschaft im Westen war ich kaum entlassen, als mich 1947 im Osten gleich die anderen griffen. Umgesiedelt, ausgesiedelt, hingesiedelt, hergesiedelt — so war damals die Zeit! Ein „Patriot", der im Krieg das gleiche war wie ich, hat mich verkauft — als Militarist.

Aber das waren ja alles nur Scheingründe! Jeder Viehhändler will Umsatz, dazu hat er seine Agenten und Zutreiber. Und jeder russische oder deutsche Tschekist will sein Plansoll erreichen, er braucht seinen Umsatz und seine Zutreiber.

So wie Roßtäuscher ihre Ware mit Arsenik aufpäppeln, so päppelte zu Lebzeiten Stalins auch der rote Kommissar sein Viehzeug, die Untersuchungsgefangenen, zu „schweren" Fällen auf. Dann stieg das Ansehen und man bekam bald einen Platz mit noch besseren Umsatzmöglichkeiten.

In den Jahren 1944/1950 haben die Untersuchungsoffiziere ihre Opfer für Geständnisse mit Schtschi, mit Butter, Schinken, Weißbrot und Zigaretten belohnt. Die Hartnäckigen aber wurden verprügelt, bis sie „gestanden"! Sie gestanden, was sie nie getan hatten und gaben „Komplizen" preis, die, unschuldig wie sie selber, dann auch ins Gefängnis wanderten.

Die Behandlung und die Verhältnisse in den Gefängnissen der Tscheka, die ihren Namen, aber nicht die Methoden gewechselt hatte, braucht man nicht mehr zu schildern. Albrecht hat sie in seinem Buch „Der verratene Sozialismus" (1939) eingehend dargestellt. An diesen Methoden der sowjetischen Untersuchungsgefängnisse hatte sich bis 1953 kaum etwas geändert. Sie waren, seit Albrecht sie kennengelernt hatte, nur noch vergröbert worden.

Die ganze Skala der organisierten Quälerei habe ich selbst nicht erlebt. Bei mir war das nicht nötig, denn ich war ein absolut uninteressanter Fall. Was ich war, konnte ich nicht leugnen. Was ich getan oder eigentlich nicht getan hatte, wollte niemand wissen. Das Delikt stand fest: ein Volksdeutscher, der Deutschland gedient hatte, also: Kriegsverbrecher!

Außerdem hatte der sowjetische Untersuchungsoffizier aus irgendwelchen Reptilienkarteien in Moskau auch noch erhoben, daß ich früher schon einmal in der UdSSR gewesen war und lange vor dem Krieg über die Sowjetunion auch einiges geschrieben hatte. Das waren Tatsachen; sie reichten zu Stalins Zeiten durchaus für einen Prozeß vor dem sowjetischen Militärtribunal.

Also sparte sich der Untersuchungsmajor jede weitere Mühe, für den Oberstleutnant-Prokuror reichte das Material zur Anklage. So ging bei mir das ganze Verfahren ohne Prügel, allerdings auch ohne Schinken, ohne Weißbrot und ohne Zigaretten ab.

Das Verfahren beschränkte sich in meinem Fall auf endlose Nachtverhöre, in denen immer wieder das Gleiche oder überhaupt nichts gefragt wurde. Ich saß eben stundenlang im Zimmer des Untersuchungsoffiziers. Er las und rauchte; manchmal bekam ich auch eine Zigarette. Zuweilen kam der Dolmetsch, er übersetzte vielleicht einige belanglose Fragen und dann ging der Untersuchungsoffizier weg. Wiederum saß ich stundenlang, schweigend wartend.

Es schien, als ob ich die Nacht, ihre Arbeitszeit im Büro, zu versitzen hatte — als Tätigkeitsnachweis. Gegen Morgen führte man mich schließlich in die Zelle zurück, aber schon um 5 Uhr wurde wiederum geweckt. Dann durfte man den ganzen langen Tag nicht schlafen — bis 23 Uhr! Dann kam der Zapfenstreich und bald da-

nach dröhnten die Türen und schlürften die Schritte. Wiederum begannen die Nachtverhöre.

So saßen wir, hungerten und warteten, bis auch an uns die Reihe kam. Ich hatte Glück. Um die Zwangsarbeiterarmee zu vergrößern, wurde im Sommer 1947 durch besonderen Ukas die Todesstrafe aufgehoben und für sie als neue Strafe eingeführt: 25 Jahre Arbeitslager. Und ich denke, daß ich mit einer der ersten war, die von Moskau zu dieser Strafe „begnadigt" wurden.

Während meiner Gefangenschaft war ich nach der Verurteilung insgesamt in 5 Lagern und 3 Staatsgefängnissen. Es entspricht den Prinzipien des sowjetischen Strafvollzuges, daß die Gefangenen in verhältnismäßig rascher Folge verlegt werden.

Dank dieser Praxis wird es aber auch möglich, daß sich die „Zaklutschonies" über die Ereignisse in anderen Lagergebieten und in den einzelnen Reichsteilen informieren und Nachrichten austauschen konnten, die man in Briefen niemals hätte durchgeben können. Innerhalb weniger Monate weiß man in Magadan oder Inta, was sich in Workuta, Norilsk oder Karaganda ereignet hat. Und umgekehrt!

In den Peresilken konnten die Versetzten mit neuverhafteten Gefangenen zusammentreffen, welche Neuigkeiten aus der Freiheit und den Untersuchungsgefängnissen mitbringen. So kann man sagen, daß die Gefangenen in den Lagern ein ziemlich genaues Bild über die Vorgänge der Umwelt hatten. Durch die Rückwanderer, die am Ende ihrer Strafzeit in die „freie Ansiedlung" gingen, erfuhren die anderen wieder viel über die strategischen Bauvorhaben, über konspirative Strömungen in den Lagern usw.

Von den „Neuen" kamen detaillierte Schilderungen von den politischen Intrigen in Moskau, von den Partisanenaktionen im Baltikum, in den Karpathen, im Kaukasus oder in Usbekistan usw. Diese mündlichen Berichte zusammen mit der Zeitung, die man sowohl im Lager als auch im Gefängnis fast regelmäßig, wenn auch zu Zeiten stark verspätet, erhielt, gaben ein ziemlich klares Bild.

So hörte ich 1950 von „Neuen", die aus Moskau in mein Lager gekommen waren, daß es damals schon eine ganze Reihe intensiv arbeitender illegaler Organisationen gab. Vom Reichsadler wurde

mir erzählt, von der Blauen Front, der Schwarzen Garde, vom Austro-Marxismus innerhalb der grusinischen KP, von der revolutionären antimarxistischen Sozialistenbewegung in Armenien und vieles andere mehr. Zuerst hielt ich dies für Uebertreibungen; aber als ich dann die legalen Zeitungen „unterzeilig" zu lesen verstand, da ging mir ein Licht auf. Und nun wurde es interessant, die Leute gesprächig zu machen! Natürlich durfte man nicht drängen, man mußte erst ihr Vertrauen erwerben. Denn Lumpen gab und gibt es reichlich!

Anfangs 1952 flüsterte man von größeren Verhaftungen unter den höheren Offizieren, vor allem in Leningrad und in der Schwarzmeer-Flotte. Im Herbst des gleichen Jahres begegnete ich etlichen von diesen in den Peresilken von Kirow und Molotow; sie hatten inzwischen ihre Verhandlung gehabt und fuhren ins Lager.

Die verschiedenen konspirativen Kreise haben keine Massenorganisation, das wäre praktisch nicht möglich. Aber es sind Kader mit Querverbindungen, die vielleicht manchmal abreißen, wenn die Tscheka zufällig einen Faden des Spinnennetzes zerrissen hat. Aber das Netz ist doch bald wieder in Verbindung; das wichtigste ist dabei, daß die konspirative Arbeit, wie man mir erzählte, heutigentages koordiniert ist. Die Gegeneinanderarbeit, wie sie um die Jahrhundertwende üblich war, wird in der gegenwärtigen Erneuerungsbewegung vermieden.

Ich hörte einmal etwas von einer illegalen Partei innerhalb der KPSS, gegründet von einem aktiven Minister der Unionsregierung. Ich hielt das Ganze für eine Uebertreibung oder Entstellung, bis ich lange später einem Mann gegenübersaß, der in diese Sache verwickelt war und dafür — wegen seiner Gefährlichkeit — eine Gefängnisstrafe bekommen hatte.

Man erzählte mir ein andermal, daß es eine Organisation innerhalb der KPSS gäbe, die unter der Devise arbeitete „Tod Stalins für den Kommunismus". Von dieser Organisation begegnete man in den Lagern nur selten einem Beteiligten; meist waren es einfache Leute, die vor der Verhaftung garnicht gewußt hatten, in welches Spiel sie hineingezogen worden waren. Aber im Gefängnis begegnete ich einem höheren Parteifunktionär der KPSS; er war ernsthafter

verwickelt in diese Geschichte, zumindest dringend verdächtig schien er mir dazu, obwohl er nur ein „Trojka"-Urteil hatte.

Im Lager hörte ich, daß es im südlichen Usbekistan unter der Kolchosbauernschaft unruhig sei und daß die usbekische KP stark revisionistische Neigungen zeige. Zwei Jahre später, schon im Gefängnis, las ich in der Zeitung von den „herrlichen" Fortschritten der Umsiedlung aus dem südlichen Usbekistan in das Gebiet des unteren Amu-Darja. Und ich las auch, daß das Programm erweitert worden sei und in den Jahren 1955 und 1956 fortgeführt wird. Ich las von umfassenden Personalveränderungen in der usbekischen Regierung, im usbekischen ZK und vieles andere mehr.

Die Lagererzählungen und die Lektüre der offiziellen Zeitungen erlaubten nunmehr den Schluß, daß die Sowjetregierung die Grenzbevölkerung Usbekistans vor allem aus den gegen Afghanistan gelegenen Gebieten weitgehend abzog, um wohl auf diese Weise dort im kalten Krieg der Muselmanen Ruhe zu bekommen.

Alles, was im Lager und in seiner Umgebung vorgeht, wird, von den Gefangenen natürlich, genau beobachtet; manches wird aufgebauscht und in seiner Bedeutung übertrieben, das liegt im Wesen der Gefangenenmentalität. Oft aber bestätigen sich Gerüchte, die zunächst nur Hirngespinste der Gefangenen zu sein schienen. Es ist, als ob ein sechster Sinn das Fühlen und Denken der Gefangenen steuert.

Die geistige Struktur der Lager, die ich kennenlernte und die Struktur der Gefängnisse, mit denen ich Bekanntschaft machte, sind nicht ohne weiteres vergleichbar. In den wenigen Staatsgefängnissen, die es in der Sowjetunion gab, herrschte eine ausgesprochen politische Atmosphäre. Dort sind ja auch die „Gefährlichen"!

In den Lagern ist nur ein relativ kleiner Teil der Gefangenen mit Gedanken politischer Art befaßt. In den Invalidenlagern herrscht in Anbetracht der personellen Zusammensetzung eine ungleich stärkere politische Atmosphäre als in den Arbeitslagern, wo die menschlichen Energien durch Kälte, Ueberarbeit und Unterernährung (wenigstens bis 1952) weitgehend verbraucht wurden.

Die Masse der Lagerinsassen sind in die rote Knochenmühle geraten oft nur wegen eines unbedachten Wortes, das ein Spitzel der Tscheka hinterbrachte; darum überwog unter den Gefangenen auch das bäuerliche Kontingent. Denn der bäuerliche Mensch kann ja wirklich mehr als einmal am Tage ergrimmen über die Niederträchtigkeit, mit der er ausgebeutet wird. Fiel dann einmal ein passendes Wort am unpassenden Platz, so war man schon in den Klauen der Tscheka. So war es vor Stalins Tod. Das erst hatte das Landvolk verhalten bissig gemacht, hatte es politisiert und revolutioniert!

Recht zahlreich waren, vor allem unter den Ukrainern des Lagers, die Sektierer, hier vor allem die verschiedenen Observanzen von Adventisten! Sie waren nicht eigentlich politische Menschen, d. h. Menschen mit politischem Horizont. Sie kultivierten ihr Brauchtum, sie hielten gemeinsame Andachten ab, sie nahmen feierliche Erwachsenentaufen im geheimen und doch öffentlich vor, sie verweigerten die Arbeit am Sonnabend und wurden dafür getreten und bestraft — bis die „Natschalstwo" sie schließlich doch gewähren ließ! Sie führten kein politisches Gespräch, aber sie waren hilfsbereit für Jeden. Sie kritisierten nicht, aber zersetzten einfach durch ihre Anwesenheit die Autorität der roten Maschinerie.

Unzähligen Kommunisten begegnete ich in den Lagern von Abes; sie hatten Jahre und oft sogar Jahrzehnte Lenin und später Stalin treu und überzeugt gedient. Erst in der Eishölle der Polarregion hatten sie Zeit und Gelegenheit, sich zur Wahrheit durchzufinden. Hier zeichnete sich die Spannung zwischen Theorie und Praxis, Illusion und Wirklichkeit so kraß ab, daß sie alle einen weltanschaulichen Zusammenbruch durchmachten.

Genauer gesagt: Hier gewannen sie erst eine Weltanschauung, denn Gesellschaftstheorien à la Sozialismus entstehen im Kampf um den Futterplatz und sind ohne weltanschauliche Bezugspunkte; sobald sie aber zur Weltanschauung erweitert werden, müssen sie sich zu meist gefährlichen Illusionen entwickeln und entarten dann.

Umgekehrt gab es unter den vielen Deutschen, welche als überzeugte Nationalsozialisten in Gefangenschaft gegangen waren, nicht wenige, die vom Aufbauwerk der Stalin-Aera so stark beeindruckt

wurden, daß sie ihre „welt"-anschauliche Position erheblich revidierten, wenn nicht gar preisgaben.

In den Gesprächen mit den verschiedenen Vertretern der beiden Gruppen hatte ich oft die mich erheiternde Aufgabe, gegen Kommunisten gewisse lebensstarke Denkinhalte des historischen Materialismus und gegen Nationalsozialisten wiederum verschiedene in die Zukunft weisende Denkinhalte des Nationalsozialismus zu verteidigen.

Der Nationalsozialist verallgemeinert die auf gewissen Gebieten unstreitig vorhandenen Leistungen, die jeder, der offene Augen hat, sehen muß. Außerdem wurde er oft genug, ohne sich dessen bewußt zu werden, durch die Aehnlichkeit der äußeren Formen gefangen genommen. Die Stalin-Sekte kann aus diesen Gründen ideologisch viel leichter in der nationalsozialistischen Intelligenz Boden gewinnen, als den ideologisch geschulten und analytisch orientierten Marxisten bei der Stange halten.

Ich hatte nie daran gezweifelt, daß der Sowjetstaat robust und unbekümmert um Opfer seinen Weg geht. Diesen Eindruck hatte ich schon 1932 auf meiner Fahrt durch Rußland und die Ukraine bekommen. Aber um diese Zeit hatte die Diktatur gerade erst ihren Start genommen, das Verbrechen begann erst Fuß zu fassen und zu regieren! Damals hatte das Ende des Bolschewismus gerade erst begonnen!

Und dieses Ende lernte ich nunmehr im Norden kennen und fühlen. Aus unmittelbarer Nähe sah ich nun die Praxis. Im Spiegelbild einiger Lager gewahrte ich die Hekatomben von Menschenopfern, die hier untergingen. Da begriff ich, daß sich so das Ende einer Epoche vollzieht, der wir Erscheinungen wie Nationalsozialismus, Faschismus, Bolschewismus zusammenhanglos gegenüberstellen, obwohl sie in ihrem Kern das Gleiche meinen: die große, in sich dialektische Antithese!

Eine Fülle von Einblicken zu diesen Problemen konnte man in den Lagern von Inta und Abes gewinnen. Natur, Lagerbetrieb und Menschen in diesem Lagerbereich waren gleicherweise geeignet, zu Meditationen anzuregen. Zum Kommando-Bezirk der Minlag (Mineral-Lager) von Inta gehörten zeitweise 6—7 Lager in der nächsten Um-

gebung von Inta selbst und 6—7 weitere in der Umgebung von Abes, das unmittelbar an der Ussa-Brücke der Eisenbahn Kotlas-Workuta liegt. Die Minlag-Lager sind Regimelager, in ihnen sind also ausschließlich 58er untergebracht. Daneben gibt oder gab es in diesem Gebiet noch eine große Zahl von „offenen" Lagern, die von kriminellen Gefangenen bevölkert werden und daher einer anderen Verwaltung unterstehen.

Ehemaligen Ministern, Wlassow-Offizieren, hohen KP-Funktionären, hochadligen Tschekisten und natürlich auch vielen jüdischen Kommunisten bin ich begegnet, darunter auch einem Dr. Goliath.

Goliath stammt aus Jicin (Nordböhmen), Jahrgang 1901, Jude, Antifaschist bis 1940. Er hatte in Prag Jura studiert, war zeitweise Führer der kommunistischen Jugend in der CSR und ließ sich später als Rechtsanwalt in Mährisch-Ostrau nieder. Er betätigte sich literarisch und schrieb Bücher und Aufsätze über völkische und sozialistische Themen. Als im Jahr 1939 das deutsche Protektorat über Böhmen-Mähren proklamiert wurde, verließ G. unverzüglich die CSR und trat nach Polen über.

Von anderen Emigranten, wie Swoboda, Fierlinger etc. aufgefordert, beteiligte er sich an der Errichtung einer tschechischen Freiheitslegion in Polen. Als im September 1939 der Krieg ausbrach, war die Legion noch nicht fronteinsatzreif. Man zog sich also hinter der Front in Richtung rumänische Grenze zurück.

Im Raum von Kolomea — im Westen drückte der Deutsche, von Osten kam die Rote Armee — sollte die Legion über Kossow-Kuty die Grenze überschreiten. Der Befehlshaber der roten Armee ließ durch den nächstgelegenen Divisionskommandeur die Legion zu einem Besuch in Kamenez-Podolsk einladen, von wo aus der Uebergang nach Rumänien ungefährdet erfolgen könnte. Das Anbot wurde angenommen, es ging nicht anders.

Als die Legion auf sowjetischem Territorium angekommen war, wurde sie zunächst in einer Kaserne untergebracht. Nach wenigen Tagen bat man die Offiziere als Gäste in ein Hotel und schlug vor, die Waffen von der Mannschaft ablegen zu lassen. Auch dies

wurde genehmigt, weil man garnichts dagegen machen konnte und weil man froh sein mußte, nicht interniert zu werden.

Vor dem Hotel, in welchem die Offiziere wohnten, zogen sowjetische Ehrenwachen auf, die nach wenigen Tagen von den Herren einen Passierschein beim Verlassen des Hotels verlangten.

Das führte zu erregten Besprechungen im Stab; die Vitalität Goliaths, der in der Legion die Stellung des Gerichtsoffiziers innehatte, brach durch und er machte einige abfällige Bemerkungen. Swoboda, der spätere Kriegsminister in der volksdemokratischen CSR, scheint ihn dafür denunziert zu haben.

Jedenfalls wurde Goliath nach zwei Tagen zum sowjetischen Militärprokuror gebeten, der nach einem kurzen Gespräch seine Festnahme verfügte. Die weitere Reise Goliaths führte durch verschiedene Untersuchungsgefängnisse bis nach Moskau in die Lubjanka. Dort sollte er dann im Sommer 1940 eine Trojka-Verfügung unterschreiben, dergemäß über ihn 10 Jahre Arbeitserziehungslager verhängt worden waren. Verfügungsgrund: Goliath gefährdete durch seine prononciert deutsch-feindliche Einstellung (Beweis: der illegale Grenzübertritt nach Polen am Tag der Errichtung des Protektorates!) den bestehenden Freundschaftspakt zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich.

Goliath verweigerte die Unterschrift, aber das war eine leere Geste. Einige Wochen später war er am Bestimmungsort, es war irgendein Lager im nördlichen Ural!

Im Frühsommer 1942 fragte man Goliath, ob er in die tschechische Freiheitsarmee eintreten würde, die irgendwo hinter Swerdlowsk in Aufstellung begriffen wäre. Er sagte zu, wurde amnestiert und fuhr als Freier an seinen Bestimmungsort. Im Stab gab es späterhin interne Differenzen über prinzipielle Fragen der Disziplinarordnung und der Strafgerichtsbarkeit in der tschechischen Freiheitsarmee. Unter dem Vorwand, daß Goliath austromarxistischer Auffassungen verdächtig sei, wurde er 1943 neuerlich festgenommen und saß nun Jahre in den verschiedensten Moskauer Gefängnissen, ohne zu einem ernsten Verhör zu gelangen.

Endlich 1946 erreichte er, daß der Prokuror ihn rufen ließ. Goliath forderte seine Freilassung und äußerte den Wunsch, sobald

wie möglich in die CSR zurückzufahren. Der Militär-Staatsanwalt sagte ihm, daß gegen ihn von Seiten der Sowjetunion durchaus nichts vorliege und er sich als frei betrachten könne. Darauf forderte G. seine sofortige Entlassung, was aber der Prokuror nicht ohne höhere Weisung gewähren konnte. Dazu, so sagte er, sei eine Verfügung der Generalprokuratur nötig.

Goliath setzte einen entsprechenden Schriftsatz auf, der nach Monaten mit folgender Begründung einen ablehnenden Bescheid herbeiführte: Tatsächlich sei G. frei, aber er sei staatenlos, denn durch seinen illegalen Grenzübertritt habe er seinerzeit die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft eingebüßt. Eine Entlassung könne darum vorerst nicht erfolgen, weil er voraussichtlich nicht ausreisen könnte oder würde. Auf dem Territorium der UdSSR sei Goliath jedoch unerwünscht.

Goliath bat nun um die Erlaubnis, an die tschechische Gesandtschaft schreiben zu dürfen; das wurde ihm nach längerem Hin und Her denn auch gewährt. Von dort erbat er eine Bescheinigung darüber, daß seine Staatsbürgerschaft nach wie vor zurechtbestünde, weil ja vom Standpunkt des tschechoslowakischen Staatsgedankens der illegale Grenzübertritt im Jahr 1939 aus patriotischen Gründen erfolgt sei.

Wiederum nach mehreren Monaten Wartezeit wurde Goliath schließlich vorgerufen und ihm mitgeteilt, daß er bis zur Erledigung seiner Anträge, die er nach Prag gereicht habe, nach Karaganda „in freie Ansiedlung" gebracht werde. Er fuhr einige Tage später im „stolipinski" (Gefängniswagen auf der Eisenbahn) nach Karaganda und bekam eine Stelle als Hausverwalter in einem Bergbaukombinat.

Die Zeit, welche G. in der Stadt Karaganda verbrachte, scheint an Not alles Vorhergegangene übertroffen zu haben. Nach wenigen Monaten „freier Berufstätigkeit" erkrankte er infolge der großen Entbehrungen an Skorbut! Mittlerweile war aber auch die Antwort der tschechischen Regierung eingetroffen, welche Goliath als tschechoslowakischen Staatsbürger legitimierte.

Um abzureisen, war aber ein Paß nötig, den nur die Gesandtschaft in Moskau auszustellen hatte. Dazu war zunächst eine Reise

nach Moskau nötig, danach konnte erst der Paß von der Behörde in Kasachstan vidiert und ein Ausreisevisum eingetragen werden. Für die Reise nach Moskau fehlten Goliath aber jegliche Ausweise; die sowjetische Verwaltung wiederum weigerte sich, einem Ausländer solche auszustellen.

Goliath schrieb einmal halblegal von Karaganda aus an seine Schwester in Prag und bekam auch Antwort, aus der zu ersehen war, daß man ihm helfen würde. Dies war zur Zeit, als Benesch noch lebte. Es gelang ihm, noch einen zweiten Brief an seine Schwester zur Absendung zu bringen.

Das Benesch-Regime war inzwischen gestürzt worden und so hatte man in Moskau keine Hemmungen mehr. Bevor die Antwort auf seinen zweiten Brief zurückkam, wurde Goliath vom Prokuror in Karaganda zu einer Besprechung gebeten, von der er nicht zurückkehrte.

Im Lauf der Unterredung sagte Goliath dem Staatsanwalt einige ungeschminkte Wahrheiten über die Felonie, mit der man ihn behandelt hatte. Die Folge war: Goliath wurde in eine Untersuchung wegen antisowjetischer und antileninistischer „Gesinnung" verwickelt.

Wiederum saß er Monate und Monate; schließlich reichte die Staatsanwaltschaft den Akt an die Trojka, die ihm Ende 1949 neuerdings 10 Jahre Arbeits-Erziehungslager „wegen antisowjetischer Propaganda" gab.

Unter vielen anderen war in Abes auch ein jüdischer Oberschullehrer, der aus der autonomen jüdischen Sowjet-Republik Biro-Bidjan kam. Er war in Komsomol und Partei gewesen; er war nach seinen Worten einer der Pioniere des Aufbaues in Biro-Bidjan. Im Jahr 1949 verhaftete man ihn, bloß weil er sich brieflich für den Aufbau in Israel interessiert hatte. Er bekam die um diese Zeit bereits übliche „Strafe": 25 Jahre Lager!

In Abes befanden sich von 1950 ab die bedeutendsten Literaten, Künstler, Professoren des sowjetischen Judentums. Viele von ihnen waren weltbekannte oder weltberühmte Persönlichkeiten. Sie waren teilweise noch 1948 im Ausland herumgereist und hatten für die Sowjetordnung Freunde zu werben gesucht. Aus ihrem Haß mach-

ten sie kein Hehl und haben mehr als einmal versichert, daß der Fluch des Weltjudentums den „roten Zaren" und seine Adepten vernichten wird.

Der größte Teil von ihnen war 1949 in die Knochenmühle der Tscheka geraten, einige wohl auch schon früher. Die einen standen unter der Beschuldigung Spionage getrieben zu haben für die Joint. Die anderen wurden des Trotzkismus bezichtigt. Es waren Männer und Frauen darunter, die — wie etwa die Tochter Radeks — ihr ganzes Leben auf das engste mit dem russischen Kommunismus verbunden waren.

Das galt u. a. auch für einen New Yorker Juden namens Friedmann, der 1932 oder 1933 in die UdSSR ausgewandert war. Er reiste als überzeugter Kommunist mit Frau und Kindern in die Sowjetunion, bestrebt sein Bestes zu geben für den Aufbau des neuen Zeitalters, in dem „jegliche Ausbeutung beseitigt ist". An den Richtungskämpfen hatte er sicherlich keinen Anteil, denn er war eigentlich kein politischer Mensch. Er war einfach, unkompliziert gläubig noch, als ich ihn kennen lernte. Und er hatte zu dieser Zeit noch immer seine Fassung nicht wiedergefunden darüber, daß man ihn im Winter 1947/48 unter dem Verdacht, amerikanischer Spion zu sein, verhaftet hatte. Die Trojka gab ihm 25 Jahre Lager. Das Indiz des Verdachtes und damit auch der Verurteilung bestand darin, daß Friedmann früher amerikanischer Staatsbürger gewesen war und mit Verwandten in USA in und nach dem zweiten Weltkrieg in einem losen Briefwechsel gestanden hatte.

Einem Juden aus Nikolajew namens Scharprow war es ähnlich ergangen. Im Bürgerkrieg diente er als junger Mensch (geb. 1902) und hatte sich als Offizier bewährt. Natürlich war er Parteimitglied und natürlich mußte er sich gut bewährt haben, so daß er nach Beendigung der Hochschule ins Außenministerium eintreten durfte. Im Jahr 1934 kam er als Attaché an die sowjetische Gesandtschaft nach Budapest und wurde nach einigen Jahren nach Prag versetzt. In diese Zeit fiel die Affaire Krestinsky, der mehrere Jahre sowjetischer Botschafter in Berlin war und plötzlich

wegen „Konspiration mit dem Ausland" vor Gericht gestellt und erschossen wurde.

Da Scharprow während seiner Moskauer Dienstzeit mit Krestinsky bekannt wurde und von diesem gelegentlich weiterempfohlen worden war, mußte er entweder emigrieren oder nach Moskau zurückkehren und gegen sich ein Parteiverfahren ergehen lassen. Als loyaler Kommunist und im Bewußtsein seiner Unschuld kehrte er 1938 mit seiner Familie zurück. Er wurde vom Dienst enthoben, das Parteiverfahren wurde eingeleitet und schließlich nach einem Jahr eingestellt mit der Begründung, daß Scharprow sich keiner Verfehlungen schuldig gemacht hatte.

Immerhin war Scharprow mit den Verhältnissen soweit vertraut, daß er, unaufgefordert, seinen Dienst im Außenministerium aufgab; er ging in die Film-Industrie und war nach einigen Jahren „Redaktor" für den wissenschaftlichen Film im Ministerium. Nach unseren Vorstellungen entsprach diese Position etwa einem Ministerialdirigenten. Im Jahr 1949 wurde er eines schönen Tages zum Prokuror zu einer Besprechung gebeten. Scharprow wurde in seiner alten Angelegenheit einvernommen und schließlich zur Klärung „der noch notwendigen Rückfragen auf einige Tage" in die Lubjanka gebracht. Im Jahr 1950 lernte ich ihn in Abes kennen; da hatte er es noch immer nicht überwunden, daß die Trojka ihm wegen Verbindung mit der „internationalen Bourgeoisie" 10 Jahre Arbeits-Erziehungslager gegeben hatte. Mehr als einmal stöhnte er uns an und sagte, daß er es früher nie hatte glauben können, wenn engste Freunde ihm von solchen Urteilen erzählten.

Das Delikt, das man ihm 1949 zur Last legte, bestand ausschließlich darin, daß er zugeben mußte, mit Krestinsky im persönlichen Kontakt gewesen zu sein. Alle seine Hinweise darauf, daß man seinen Fall seinerzeit ja ein ganzes Jahr untersucht und ihn auf Grund der Untersuchung als Parteimitglied voll rehabilitiert hatte, halfen nichts.

Er mußte beim damaligen Stand der Dinge froh sein, daß das Urteil so milde ausgefallen war. Trotzdem kam er über die moralische Seite dieser Rechtsbeugung nicht hinweg. Als ich ihn bei einer Gelegenheit darauf hinwies, daß er als Leninist doch die

Gewißheit für sich habe, daß diese Art Staatspraxis sich früher oder später dialektisch wandeln muß, sagte er traurig: „Nehmen Sie mir nicht meinen Glauben. Ich habe mein ganzes Leben an den Leninismus geglaubt und ich kann ohne diesen Glauben nicht leben!“

Vielen solchen naivgläubigen Vertretern des „wissenschaftlichen“ Kommunismus bin ich nicht begegnet; soweit es solche gibt, hatten sie das 50. Lebensjahr längst überschritten. Die jüngeren zitieren in der Freiheit die rote Bibel, solange sich der Anschein der Rechtgläubigkeit rentiert. Sie verwehren es aber, nach den vielen Fällen zu urteilen, die durch die Presse bekannt und kritisiert wurden, ihren Frauen anscheinend nicht, die Kinder im geheimen dem Popen zur Taufe hinzuhalten.

Die ideologisch Ausgereiften aber beginnen die rote Medizin mit marxistischen Mitteln zu analysieren und werden dann zu schärfsten Gegnern nicht nur des Apparates, sondern auch der Doktrin. Solchen bin ich oft begegnet!

3. 1955. QUER DURCH SIBIRIEN

Im Frühjahr 1955 war endlich für mich und Hunderte anderer Kameraden die Stunde der „Freiheit" gekommen. Meine Strafe, die ursprünglich vom Kriegsgericht auf „Arbeitslager" ausgesprochen worden war, hatte das Oberste Gericht im Jahr 1951 „wegen besonderer Gefährlichkeit" in Gefängnishaft umgewandelt! So erreichte mich die Nachricht von der sofortigen Entlassung im berühmt-berüchtigten Staatsgefängnis Aleksandrowsk bei Irkutsk.

Der Gefängnis-Natschalnik — er hatte sich zu allen Zeiten korrekt und loyal verhalten — brachte uns persönlich die Nachricht und wenige Tage später fuhren wir mit Kraftwagen nach Irkutsk. Nunmehr als freie Männer!

In Begleitung von einigen Offizieren und einem Arzt — aber „ohne Bewachung"! — machten wir uns auf die Reise nach Europa und bewegten uns auf der Fahrt schon fast wie „freie" Sowjetbürger. So kamen wir auch in ungezwungenen Kontakt mit der Zivilbevölkerung, die uns ja gleich ansah, wer wir waren und die uns deshalb auch mit neugierigen Fragen überschüttete. Feindseligkeit oder Ablehnung habe ich nur ein einziges Mal bemerkt: in Brjansk. Sonst aber habe ich auf allen Bahnhöfen und in den Städten, wo wir bis zu 24 Stunden standen, nur Anteilnahme oder sensationslüsterne Neugier angetroffen.

Wir waren kaum in Irkutsk am Bahnhof ausgeladen worden, als sich auch schon einige Leute an uns heranmachten. Das übliche Ausfragen nach Woher und Wohin begann; eine junge Frau und ein junger Mann sprachen uns in deutscher Sprache an. Sie waren ein wenig ängstlich, was die Russen, Burjäten oder Ukrainer, die uns umstanden, gar nicht waren. Wir waren erstaunt, hier Deutschen zu begegnen und fragten sie, wie sie hierher verschlagen worden wären. Es handelte sich um versiedelte Wolgadeutsche. Sie erzählten uns, daß in Irkutsk und vor allem in den umliegenden Siedlungen viele Deutsche ansässig wären.

Der Gedanke, daß in Oblast Irkutsk viele Deutsche angesiedelt sein müßten, war mir schon früher gekommen. In der Ost-Prawda, die in Irkutsk erscheint, hatte ich in den verschiedensten Meldun-

gen Namen gelesen, deren deutsche Herkunft unverkennbar blieb, auch wenn die Namen dann und wann russifiziert waren. Ich gewann, wie schon aus der Presse, den Eindruck, daß in Ostsibirien Deutsche sogar als Verwaltungsangestellte, als Dozenten oder höhere Lehrer tätig sind, mithin in höheren Berufen tätig sein dürfen; das ist eine weiter westlich unmögliche Erscheinung.

Der Verdrängungskomplex der gegenwärtigen Machthaber geht freilich soweit, daß beispielsweise in den Geographie-Lehrbüchern alle möglichen Völker aufgeführt werden, die in der Sowjetunion leben, nur an die Deutschen wird mit keinem Wort erinnert. Ich fand in den Lehrbüchern Völker mit nur 50 000 Seelen erwähnt, aber ich habe nirgends einen Hinweis auf die deutsche Volksgruppe gefunden, die immerhin (einschließlich der aus Mischehen stammenden Nachkommen der 1. Generation und den aus Ostpreußen, Danzig, Pommern, Schlesien usw. Verschleppten) etwa 5 Millionen Menschen umfassen. Wohlgemerkt, das sind jene, die die Vernichtungsphase der Jahre 1942/47 überstanden und sich biologisch behauptet haben! Die Deutschen stehen in der UdSSR an sechster Stelle nach Russen, Ukrainern, Türken, Kosaken, Weißrussen.

Wohin man im Sommer 1955 sah, ob östlich oder westlich des Ural, überall merkte man im Vergleich zu 1932 allenthalben einen Fortschritt zum Besseren. Wenigstens in den Aeußerlichkeiten des Alltags! Dies wird sichtbar im Straßenleben der Städte, in den Gastwirtschaften, auf den Bahnhöfen. Es ist in Sibirien allerdings erheblich besser als in Rußlnad, hier noch immer um einiges besser als in der Ukraine, in der es nur wenig besser zu sein scheint als in den Hungerjahren 1932 oder 1933.

Niemals hörte oder las ich die Behauptung, daß die heute bestehende Form bereits kommunistisch sei. Aber seit 1952 behauptet man amtlich, daß der Sozialismus verwirklicht und nun der Kommunismus auf dem Weg sei. Ein wesentliches Merkmal der alten bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist freilich bereits verschwunden: der Privatbesitz an Produktionsmitteln.

Das hat die groteske Folge, daß gemäß diesem Staatsgrundgesetz auch der Privatbesitz von Schreibmaschinen verboten ist! Schriftsteller bekommen beispielsweise nur auf besonderen Antrag

eine Schreibmaschine von ihrem Verband geliehen. Aerzte und ähnliche Berufe müssen noch heute ihre Schreibarbeiten mit der Hand erledigen.

Immer noch gibt es zwei Eigentumsformen für Produktionsmittel: den Staatsbesitz und das genossenschaftliche Kollektiveigentum. In der Landwirtschaft gibt es Staatsgüter (Sowchosen) und die genossenschaftlich betriebenen Güter (Kolchosen). In der gewerblichen Wirtschaft gibt es die Staatsunternehmungen und die Artele (Produktionsgenossenschaften), die eine alte russische Organisationsform sind. Daneben gibt es noch die Kooperativen, das sind die Genossenschaften in Handel und Verkehr. In kleinerem Umfang existiert auch noch der individuelle Einzelunternehmer als Handwerker und Einzelbauer, vor allem im Kaukasus und in den besetzten Westgebieten des Baltikums.

Die Unterscheidungsmerkmale der beiden legalen Formen des Gemeinschaftsbesitzes in der Landwirtschaft verschwinden allmählich. Stalin ließ auf dem XIX. Parteitag (1952) den Beschluß fassen, daß die Kolchosen auf die „höhere" Ebene des sozialistischen Eigentums gebracht werden sollen. Nach seinem Tod schwieg man eine Weile darüber, aber Chruschtschow hat in seinem Januarprogramm 1955 diese Frage von hintenherum wieder zu höchster Aktualität gebracht!

Mit Vorliebe wird behauptet, daß die Sowjetunion bereits eine klassenlose Gesellschaft besitze. Man unterscheidet heute drei Hauptschichten: Arbeiter, Bauern und Intelligenz! Und man stellt es so dar, als ob es keine Ausbeuter mehr gebe und als ob keine tiefgreifenden Unterscheidungsmerkmale zwischen den drei Ständen existierten. Man gibt vor, daß in weiterer Zielsetzung die „restlichen" Unterschiede zwischen Kopf- und Handarbeiter spielend beseitigt werden könnten.

Dabei ist es eine notorische Tatsache, daß in der Werkskantine der großen Betriebe für das technische Personal und die Rekordanten (d. s. die Arbeiter, die sich zu Rekordleistungen verpflichten; früher: udarniki), auch heute, 1955 genau so wie 1932, ein anderes Essen ausgegeben wird als für die einfachen Schwarz-

arbeiter, die oft genug nicht einmal im gleichen Raum serviert bekommen. Ausdruck der klassenlosen Gesellschaft?

Von entscheidender Bedeutung ist die seelische Bewertung der Arbeit und das Verhältnis zu ihr. Vorläufig merkt jeder auf Schritt und Tritt, daß die natürlichen Masseninstinkte des Haben- und Erwerbenwollens keineswegs ausgestorben sind. Darum ist das Lohnsystem in der Sowjetunion noch viel schärfer auf das Leistungsprinzip gegründet als in den kapitalistischen Ländern. Seine Anwendung reicht hinein bis in die Berufe der Beamten und Wissenschafter, es ist das Grundprinzip des Stachanow-Systems!

Nicht zu übersehen war, daß gegenüber der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg unzweifelhaft ein gesteigertes Warenangebot zu verzeichnen ist. Auch eine Besserung der Qualitäten ist eingetreten. Die Vermutung ist begründet, daß diese Fortschritte zu einem wesentlichen Teil auf den Einfluß der Reparationsimporte aus dem besetzten Mitteleuropa zurückzuführen sind.

In den Stores, hierzulande Magazine genannt, wurden 1955 Waren angeboten, die keineswegs lebenswichtig sind und früher auch in Moskau nur ganz selten erreichbar waren — wie etwa Fotoapparate, Armbanduhren, billiger Schmuck usw. Allerdings darf anderseits nicht verschwiegen werden, daß in den Magazinen, deren Betrieb ich beobachten konnte, Güter des täglichen Lebensbedarfes nur in großen Pausen, stoßweise und dann meist nur in unzureichender Menge abgegeben wurden.

Im folgenden seien einige wichtigere Preise angeführt; im Sommer 1955 kosteten (je kg): dunkles Brot 1,10 oder 1,20 Rubel; weißes Brot 1,80 Rubel; Butter etwa 20 Rubel; Margarine etwa 12 Rubel; Zucker 9 bis 10 Rubel; kleine billige Papirossi (Mundstückzigaretten) 25 Stück 0,60 bis 0,90 Rubel; qualifizierte Papirossi 25 Stück 10 bis 12 Rubel. Billige Herrenhemden kosteten 120 bis 200 Rubel, gute Herrenhemden (europäische Qualität) von 300 Rubel aufwärts. Für eine Watta-Hose (Arbeitskleidung) zahlte man 100 Rubel, ein Buschlak (wattierte Joppe für Außenarbeit) kostete von 120 Rubel aufwärts. Bücher sind sehr billig; eine spielfertige Guitarre kann man in Moskau für 90 Rubel bekommen. Chinahandtücher, die in Berlin-Ost 12 Mark kosten, werden in Leningrad

mit 100 Rubel verkauft. Für ein Abendessen braucht man im Praga (das eleganteste Restaurant in Moskau) pro Kopf 70 bis 100 oder noch mehr Rubel.

An Arbeitsverdiensten wurden mir 1955 auf der Fahrt durch die Sowjetunion immer wieder genannt: Wagenschmierer bei den Eisenbahnen 300 bis 400 Rubel je Monat, Wagenschlosser um 600 Rubel. Dieser letztere Betrag wird auch von vielen anderen Arbeiterkategorien als ungefährer Grundverdienst genannt. Qualifizierte Facharbeiter verdienen an die 1000 Rubel im Monat oder auch manchmal darüber.

Die Verdienste in der Reichshauptstadt sind etwas höher als in der Provinz, das gilt vor allem für das Büropersonal und für die qualifizierten Industriearbeiter. Stenotypistinnen verdienen in Moskau um 800 Rubel, Ingenieure und Ekonomisten im Büro knapp 1000 Rubel, Ingenieure im Betrieb dagegen 1200 Rubel und mehr; außerdem bekommt das Personal im Betrieb zusätzlich Leistungsprämien individueller und kollektiver (gesamtbetrieblicher) Herkunft.

Die Realverdienste in der Landwirtschaft liegen sehr niedrig, doch gibt es Kolchosen, in denen die Zuteilung an Naturalien einigermaßen ausreichend ist. Zum größeren Teil freilich war das Landvolk in der Zeit vor 1953 gezwungen, entweder zu hungern oder zu stehlen, meist ging beides Hand in Hand. Die Barlöhne, welche von den Kolchosleitungen an die Kolchosniki ausgezahlt wurden, überstiegen damals im Durchschnitt nur selten 100 Rubel im Monat.

Ungleich besser war das technische Personal auf den MTS (Traktoristen u. ä.) bezahlt worden; man gab mir Verdienste bis zu 800 Rubel je Monat an. Anderseits war aber die Warenbelieferung der Magazine am Dorf derart unzulänglich, daß auch diese „guten" Verdienste nicht lockten. Wer konnte, lief in die Stadt, und die Jungens, die von der Armee entlassen wurden, kehrten nicht mehr ins Dorf zurück.

Wir fuhren tagelang durch Sibirien, von Irkutsk bis weit über den Jenissei immer durch Wald, der freilich an der Hauptstrecke entlang sehr stark gelichtet schien. Das Holz Sibiriens stellt einen

ungeheuren Reichtum dar, der erst annähernd inventarisiert wurde: 6 Millionen Qudratkilometer! Ein eigener Flugdienst ist von der Forstverwaltung neu eingerichtet worden, der in jahrelanger Arbeit auf photogrammetrischem Weg Umfang und Inhalt der Wälder erforscht. Die Erforschung dieser Wälder wird intensiv vorwärtsgetrieben, nicht zuletzt ihrethalben wird die Eisenbahn vom Ob über den Jenissei ins Lena-Tal und von hier quer durch die Gebirge bis Ochotsk gebaut.

Wir fuhren von Taiga, der Abzweigstelle nach Tomsk, allmählich aus dem Wald heraus und hinein in die sibirische Steppe, die sich vom Ob bis zum Irtisch und vom Irtisch bis zum Ural ausbreitet. Hier war die Besiedlung um vieles dichter als in Ostsibirien; man sah, daß dieser Raum schon vor 1914 „erobert" worden war! Das kann man von Ostsibirien noch nicht sagen; dort begann die Durchdringung wohl nach der Jahrhundertwende, aber intensiv wurde sie erst im zweiten Weltkrieg.

Ostsibirien ist das Land der Holzfäller, der Viehzüchter und in Kürze auch der Bergleute! Westsibirien ist die Kornkammer und die Schmiede (Kusbas!) dieses asiatischen Kanadas! In Ostsibirien wurden — nur gelegentlich von Halbwüchsigen — Beeren oder auch etwas Birkensaft an den Zug gebracht. Westlich des Jenissei kamen, so wie das auch in Rußland üblich ist, auf allen kleineren und mittleren Bahnhöfen die Bäuerinnen zu den Zügen und boten auf den Verkaufsbänken des Bahnhofbazars die verschiedensten Lebensmittel an. Die Preise, die wir bezahlten: gekochte Kartoffel (etwa 300 g) kosteten 1 Rubel; die gleiche Menge Kartoffel gratiniert 2 Rubel; Milch wurde mit 4 Rubel je Liter verkauft, gutes Graubrot kostete bis 2 Rubel je kg.

Auffallend dürftiger waren die Bazare westlich des Ural, im wesentlichen kamen nur Milch, Eier und Salzgurken zum Verkauf. Interessanterweise war auf der europäischen Seite die Bevölkerung geneigt, von den Heimkehrern sich anstatt in Geld mit Brot bezahlen zu lassen. Die Frauen brachten Eier, Milch, Kwas, manchmal Quark, selten Gurken und Fleisch gar nicht mehr.

Von Brjansk südwärts wurden wir nach Brot gefragt; von Schepetowka bis zur ungarischen Grenze brachte die Bevölkerung nichts

zu den Zügen, sondern ließ sich nur mehr beschenken. Ja, südlich Lemberg wurden unsere Wagen von den Bettlerinnen geradezu bestürmt! Die Tscheka-Offiziere waren sehr ungehalten, drängten die Erwachsenen ab, konnten sich aber gegen die Jugendlichen nicht durchsetzen!

Es sollen in diesem Zusammenhang noch einige Preise erwähnt werden, weil sie eine Richtschnur zur Beurteilung der durchschnittlichen Kaufkraft des Rubels und der Bevölkerung geben. In Sibirien kosteten Eier (je Stück) 1 Rubel, im Ural und in der Umgebung um Moskau 1,25 Rubel, im Gebiet von Kasan und südwärts Brjansk 0,80 oder 0,90 Rubel. In den Gastwirtschaften von Nowo-Sibirsk, Omsk, Swerdlowsk konnte man für 5 bis 8 Rubel bescheiden, aber schmackhaft (mit weißem Brot) ein Mittagessen bekommen. Bier kostete östlich und westlich des Ural je halben Liter 2,45 Rubel. Das Bier ist gut und stark eingebraut, doch war es nicht immer zu bekommen!

Zum Verständnis der im Vorstehenden gemachten Lohn- und Preisangaben möchte ich diesen einige Preise und Einkommen, wie ich sie bei meiner Fahrt durch Oesterreich feststellen konnte, gegenüberstellen. Hier kosteten (im Sommer 1955) Eier je Stück 0,80 bis 1,20 österr. Schilling; für Milch bezahlte man (je Liter) 2,10 bis 2,40 Schilling, Bier (je ½ Liter) 2,40 Schilling. Je kg kosten Zucker 6,20 Schilling, Brot 3,50 Schilling, Schweinefett ca. 20 Schilling, Butter 30 Schilling, Gries 4,80 und Kartoffel 0,80 Schilling. Die Monatsverdienste der Massenberufe lagen zur gleichen Zeit etwa bei 900 Schilling für Hilfsarbeiter, über 1 200 Schilling in der Stahlindustrie, Facharbeiter verdienten 1 600 bis über 2000 Schilling, niederes Eisenbahnpersonal um 1000 Schilling, Lokführer kommen auf rund 2000 Schilling, Stenotypistinnen 1000 bis 1500 Schilling und zugeteilte Ingenieure bei 2 500 Schilling. In der Wök (Wiener öffentliche Küchenbetriebe), die eine Unternehmung der Gemeinde Wien mit mehr als 100 Gaststätten ist, kostet ein Menu mit 3 Gängen (Suppe, Fleisch mit Beilagen, Nachgericht) 6 bis 8 Schilling. Man zahlte in Wien für ein Herrenhemd (je nach Qualität) 40 bis 90 Schilling, für ein sehr elegantes Herrenhemd bis 120 Schilling, ein Arbeitsanzug kostet 80 Schilling, ein

guter Straßenanzug (von der Stange) 450 bis 700 Schilling und ein Trenchcoat kostet in der Vorstadt höchstens 500 Schililng.

Aus diesen Beobachtungen darf man den Schluß ziehen, daß die Kaufkraft von Rubel und österreichischen Schilling 1955 ungefähr gleich stand. Da aber die Nominaleinkommen in Oesterreich im Vergleich zur Sowjetunion etwa doppelt so hoch waren, so folgt daraus, daß demnach die Realeinkommen der Massenberufe (der städtischen Bevölkerung) in Oesterreich um wenigstens 50 bis 80 v. H. höher liegen als in der Sowjetunion. Die Realeinkommen des österreichischen Landproletariates (nicht der Mittelbauernschaft!) liegen um mindestens 200 v. H. über dem Realeinkommen der Kolchosniki!

Man stößt in Moskau, in großen Städten und in den D-Zügen auf eine Sorte uniformierter und nichtuniformierter Menschen, denen es erheblich besser zu gehen scheint als dem übrigen Volk. Es ist eine Oberschicht, die sich aus der Berufs- und Lohnpyramide zwangsläufig hinaufschiebt und die immerhin so stark zu sein scheint, daß sie im Bild des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht zu übersehen ist.

Das äußere Bild dieser Oberschicht ist sehr breit und vielfältig. Und es ist bemerkenswert, daß sich (anders als 1932) dem westlichen Besucher der russischen Städte die gewohnten Elendsbilder der östlichen Städte nicht mehr so vordringlich vor die Augen schieben. Es war auch Zehrer erstaunlich (siehe seine Rußland-Reportage in „Die Welt" im Juli 1955), die Phänomene einer Oberschicht zu merken, die ihren Wagen fährt, auf Geschäftskosten oder privat wie bei uns, die die Hotels und Restaurants, die Flugzeuge und Expreßzüge, die Theater und Konzerte, die Modeateliers und Schönheitssalons, die besten alten Wohnungen und die modernen Neubauwohnungen bevölkert. Die legalen Monatsverdienste dieser Kreise liegen etwa zwischen 4000—20 000 Rubel.

Diese neue Oberschicht ist, soziologisch betrachtet, eine halbfeudale Bourgeoisie, die mit roten Bibelzitaten um sich wirft. Sie ist exklusiv, von oben herab und darum auch sehr verhaßt schon bei der mittleren Intelligenz. Diese wird wiederum von der roten Gentry als „werktätige Intelligenzja" ironisiert.

Die nichtarrivierte, zweitrangige Intelligenzschicht ist in materieller Hinsicht erheblich schlechter gestellt als die Oberschicht. In der mittleren Intelligenz beobachtet man — anders als vor 25 Jahren — eine schlecht verhüllte Skepsis gegenüber der roten Bibelfrömmigkeit. Die Haltung der „werktätigen Intellektuellen" entbehrt nicht der Würde. Sie tritt bescheiden auf, ist sehr zurückhaltend und zeigt großes Interesse für die Schilderung ausländischer Verhältnisse. Wer das Leben in der Sowjetunion vor Stalins Tod kannte, ist immer wieder überrascht zu bemerken, wie offen und scharf gelegentlich heute die sowjetische Gegenwart kritisiert wird.

Im Vergleich zu 1932 oder 1940 oder auch 1948 wird manche Besserung zugegeben; aber das wird gar nicht als „Errungenschaft" gewertet. Man ist im Gegenteil eher verärgert, daß alles in der Sowjetunion doch um vieles schlechter ist als in den „kapitalistischen" Ländern. Auch gibt es starke örtliche Unterschiede in der Versorgung mit Kleidern, Hausrat oder Lebensmitteln.

So konnten wir beobachten, daß das Volk im Durchschnitt in den sibirischen Städten besser gekleidet ist als westlich des Ural. Moskau bildet eine Ausnahme. Dort ist die sowjetische Eleganz zu Hause, dort massiert sich die Masse der gut bezahlten Bürokratie, dort leben die Industrie-Manager, dort lebt ein großes Kontingent höherer Offiziere, die sehr gut bezahlt sind und die Künstlerwelt, die noch besser bezahlt wird. In Moskau rollt das Geld und nach Moskau werden Konsumgüter und Geschmacksartikel angeliefert, die man sich in der Provinz noch heute nur beschaffen kann, wenn man in Moskau oder im Besatzungsgebiet Beziehungen hat. Im großen Durchschnitt entspricht die Kleidung der Oberschicht, zum guten Teil auch der in Moskau lebenden, etwa unserer Kleinstadt-Eleganz.

Die einfachen Leute tragen in Sibirien so wie drüben in Rußland bis tief in den Sommer hinein Wattekleidung, welche im Vergleich zu den anderen Textilien unverhältnismäßig billiger ist. Es verdient erwähnt zu werden, daß unsere Heimkehrer auf der Fahrt durch Sibirien und durch den Ural einen schwunghaften Kleider-

handel betrieben. Neue und getragene Stücke wurden gleicherweise stark gefragt und gerne genommen.

Die Sommerkleidung der einfachen Bevölkerung hat sich vollkommen amerikanisiert, was den Schnitt anlangt; im Modell ist immer alles ein paar Jahre hinter dem Westen! Das „russische" Hemd ist in den von uns durchfahrenen Gebieten nicht mehr zu sehen gewesen. Der Hut für den Mann ist le dernier cri! Es reizte geradezu zum Lachen. Was da aus irgendeinem Kehrichthaufen in Polen oder Rumänien den Weg auf den Kopf seines gegenwärtigen Besitzers fand.

Der Konfektionskitsch hat alles andere verdrängt, so hat es den Anschein. Allerdings hört man von den Muselmanen in Mittelasien, daß dort — zum Leidwesen des Regimes — auch jüngere Frauen, ja sogar Kandidatinnen der Partei, den Parandscha (weiblicher Haik) tragen oder vielleicht wieder tragen.

Durch persönlichen Augenschein fanden sich die Mitteilungen der sowjetischen Presse bestätigt, daß man am Dorf in der RSFSR auch schon Pkw's und Fahrräder benutzt. Die meisten Kolchosenleiter haben einen Pkw zur Verfügung, es gibt jetzt dort draußen Fahrräder und auch Kinderräder! Doch soll nur niemand glauben, daß die Kolchosbauernschaft sich diese Dinge leisten kann. Die Besitzer solcher Fahrräder sind prämierte Brigadiere oder Traktoristen, die ja schon nicht mehr zum gewöhnlichen Volk gehören.

Nicht nur in der Presse, sondern auch im Alltag der Sowjet-Union wird man gewahr, daß die von Stalin eingeschlagene Wirtschaftspolitik in immer größere Schwierigkeiten führte. Diese letzteren wurden zudem noch verschärft durch den Saturierungsdrang, den die sowjetische Bevölkerung mit wachsender Kraft zum Ausdruck bringt. Die Konsumbegehrlichkeit der Massen und auch der Oberschicht hat sich an den Eindrücken, welche die eigenen Kriegsgefangenen, die Ostarbeiter und die siegreiche Rote Armee aus dem Westen mitbrachten, entzündet und der Propaganda-Krieg sorgte dafür, daß das Feuerchen zum Feuer wurde.

Zur Befriedung und Befriedigung der breiten Massen hatte die Sowjetregierung bekanntlich seit 1951 Preissenkungen durchge-

führt. Um aber keine Steigerung der Massennachfrage hervorzurufen, wurden parallel dazu zunächst auf fast allen Gebieten auch die Lohnnormen gekürzt. Diese Maßnahmen lösten trotz der „enthusiastischen Zustimmungserklärungen" der Betriebskollektivs Enttäuschungen und Unwillen im werktätigen Volk hervor.

Die offiziellen Preise wurden seither traditionell jedes Jahr einmal, manchmal sogar zweimal herabgesetzt. Das Warenangebot wird aber nicht reicher ohne Erweiterung der Produktion, die Löhne durfte man angesichts der Stimmung nicht herabsetzen, also erhöhte man mit zeitlich geringer Vor- oder Nacheilung die Arbeitsnormen. So hoffte man die gesteigerte Nachfrage durch erhöhte Erzeugung, ohne Erweiterung der Produktionsanlagen, zu kompensieren.

Diese Absicht ist in quantitativer Hinsicht teilweise und teilweise sogar mit gutem Erfolg verwirklicht worden. Die qualitative Auswirkung war aber überwiegend eine negative. Die Plan-Soll werden mengenmäßig irgendwie beschafft; es wird alles getan, um die vorgeschriebenen Mengen auszubringen, gleichgültig, ob das Erzeugnis nachher gebraucht wird oder brauchbar ist. Die Menge ist gemeldet, die Kontrolle hat sie mengenmäßig geprüft, darauf kommt es an.

Die Mentalität des russischen Menschen — er ist der tragende Pfeiler des sowjetischen Vielvölkerstaates — und der bürokratische Aufbau der Planwirtschaft ergänzen sich, Befehle werden ausgeführt, die Aufträge werden erfüllt und vielleicht übererfüllt, die Durchführung wird vorzeitig als beendet gemeldet, die Meldung wird entgegengenommen. Dann ist alles in Ordnung und kann liegen bleiben. Das war so vor und im ersten Weltkrieg. Das ist jetzt nicht viel anders!

Immer wieder wird z. B. Klage geführt, daß die Stahlindustrie notwendige Profile nicht erzeugt, weil die Arbeitsumstellung im Betrieb die Durchführung des Mengenplans beeinträchtigen würde. Dafür werden Dimensionen ausgestoßen, die in der Volkswirtschaft in so großer Menge nicht erforderlich sind und daher auf Lager liegen bleiben. Bis nach ein paar Jahren diese Lager als Schrott wieder in den Hochofen zurückgehen.

Auch auf der Fahrt von Aleksandrowsk nach Irkutsk konnte man z. B. in den Wäldern erstklassiges Stammholz liegen sehen, das dort vor drei, vier oder fünf Jahren geschlagen wurde. Die Planmenge war gefällt, gemeldet und wahrscheinlich auch abgemessen worden; nun verkam das Holz, niemand kümmerte sich darum.

Selbstverständlich wäre es verkehrt zu glauben, daß alles nur Fehlleistung war und daß nichts geschieht. Es ist ungeheuer viel geschehen und es geschieht noch sehr viel. Aber ohne Gefangene und ohne inorodzi (wie der Russe die Fremdstämmigen verächtlich bezeichnet) hat schon der Zar nichts erreicht! Und solche Arbeitskräfte werden in Zukunft selten sein.

Jedenfalls fiel uns bei der Vorbeifahrt auf, daß auf vielen Baustellen in Sibirien, im Ural und in Rußland im Sommer 1955 bereits junge Soldaten zur Arbeit eingesetzt waren. Bei Verladungen, die früher meist Gefangene machten, sahen wir überwiegend Frauen oder Soldaten. Aber auch am Dorf herrscht Arbeitermangel, das beweist die Parteiparole von 1954: Zurück ins Dorf! Der Mangel an Arbeitskräften ist also keine Phrase, aber er dürfte zum guten Teil auch im Mangel an Arbeitswilligkeit begründet sein. Und diese wieder ist begründet im Unwillen über das Hungerdasein, das der Sowjetmensch auch nicht durch Arbeit überwinden kann.

Der krisenhafte Zustand des sowjetischen Wirtschaftslebens läßt sich übrigens deutlich aus folgenden Tatsachen herauslesen:

1. Alle paar Monate wird die oberste Wirtschaftsverwaltung umorganisiert. Nach dem Tode Stalins legte man viele Ministerien zusammen, um eine glattere Zusammenarbeit der Wirtschaftszweige zu erreichen. Seit Januar 1954 aber sind eine große Zahl neuer Ministerien wieder ausgegliedert worden, diesmal „im Interesse eines rascheren Aufstiegs der Produktion". Auffällig ist dabei, daß neuerdings wichtige Ministerien von der Reichsebene in die Kompetenz der Unionsrepubliken übergeführt werden. Das beweist das steigende Drängen der Nationalitäten zur Eigenständigkeit.

2. Die Presse berichtet seit 1954 oft von Abberufungen verschiedener Minister „wegen unzureichender Leistung". Auch im Westen erinnert man sich wohl daran, daß der sowjetische Kohlenbergbau Jahr für Jahr „große Siege" erzielte. Wie wenig die Lage

in den Grundstoff- oder Schlüsselindustrien tatsächlich befriedigt, erfuhr man im August 1953 durch die Rede Malenkows vor dem Obersten Sowjet. Er erwähnte, daß das Defizit dieser Industrien alljährlich etwa 16 Milliarden Rubel beträgt. Diesen Fehlbetrag müssen die anderen Zweige der Volkswirtschaft einbringen. Um diese Ziffer in ihrem spezifischen Gewicht zu beurteilen, genügt es zu wissen, daß die alljährlichen Neu-Investitionen in der gesamten Industrie der UdSSR sich auf etwa 40 Milliarden Rubel stellen. Neue Männer kamen, es schien nun alles wohlgeordnet. Auch die Presse brachte bis Ende Januar 1955 Lobesartikel über die Leistungen im Kohlenbergbau usw. Nach einigen kritischen Notizen im Februar brachte die Prawda Ende Februar 1955 plötzlich die alarmierende Nachricht von der Enthebung des Ministers für Kohlenbergbau „wegen ungenügender Leistung".

3. Mit der wirtschaftspolitischen Kursänderung auf Preissenkung hatte Moskau 1951 indirekt eingestanden, daß es das Tempo des Wettrüstens, welches ursprünglich von Stalin eingeschlagen worden war, nicht durchhalten könnte. Die Konsumbegehrlichkeit der Massen war aus verschiedenen Gründen entzündet. Der „neue" Kurs, der 1953 in der UdSSR, und in den westlichen Volksdemokratien verkündet wurde, war mit der deutlichen Erklärung verbunden, daß man von nun ab die Massengüterindustrie entwickeln wollte.

Offiziell brachte die Regierungserklärung Bulganins im März 1955 wiederum eine Kursänderung auf „verstärkte Rüstung". Doch trägt dies nur optischen Charakter. Die Verfielfachung der Importe hochqualifizierter Nahrungsmittel seit 1953 zwingt schließlich die Sowjetunion dazu, diese Importe auch irgendwie zu bezahlen. Und dieser Aufwand geht ja doch wiederum nur aus Erträgen der Volkswirtschaft hervor, die man lieber für verstärkte Rüstung benutzen würde. Aber dies scheint eben in anbetracht der gegebenen Massenstimmung nicht möglich zu sein.

4. Im Mai 1955 wurde aus dem Gosplan-Amt ein besonderes Komitee, d. h. ein neues Amt ausgegliedert, welches die Zweijahres-Planung steuern soll. Damit wurde genau das geschaffen, was

Bucharin und Rykow im Jahr 1929 forderten und weswegen sie als Schädlinge von Stalin vor Gericht gezerrt wurden.

5. Im Jahr 1954 lief die sog. Neu- und Brachlandaktion an, dergemäß im ersten Jahr (1954) 12 Millionen ha Getreideböden zusätzlich unter den Pflug genommen wurden. Auch dies ist eine geistige Anleihe bei der Bucharin-Rykow-Gruppe (sog. Rechtsopposition), die in einem Prozeß 1937/38 liquidiert wurde.

6. Die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nährmittel, Zucker, Fleisch usw. ist unzureichend und hat sich in der Provinz gegenüber 1953 eher verschlechtert als verbessert. Das ergab sich u. a. aus den Briefen, welche sowjetische Mitgefangene im Winter 1954/55 erhielten. Die Nachrichten stammten aus den verschiedensten Reichsgebieten, aus Smolensk, aus Krasnodar, aus Stalino, aus dem Gebiet von Krasnojarsk.

Bei unserer Durchfahrt durch die Tatarenrepublik im Mai 1955 erzählte uns die Bevölkerung, daß man dort schon 6 Monate keinen Zucker mehr zu kaufen bekam. Die Leute bettelten zwar nicht, aber sie nahmen gerne unseren Zucker und unser Brot, die wir ihnen anboten. Als Gegenleistung boten sie uns als Geschenk Kwas und Eier an. Alle Versuche der uns begleitenden GPU-Offiziere und der Miliz, die Leute zu verscheuchen, mißlangen und riefen nur scharfe Debatten mit den Tataren hervor.

In der Ukraine bot sich uns ein noch viel dürftigeres Bild. Die Bevölkerung schien recht verschüchtert, trotzdem drängte sie an unsere Wagen und bettelten ungestüm um Brot, Zucker, Fett, Kleider. Die Frauen behaupteten, daß im Magazin schon 10 Monate, manchenorts sogar 12 Monate, kein Zucker mehr erhältlich wäre.

Südlich Lemberg war die Lage anscheinend ganz verheerend. Wo unser Transportzug hielt, kam die Bevölkerung an unsere Wagen; wir wurden um Kleidung, Brot, Zucker, ja sogar um leere Konservengläser usw. gebeten, ja förmlich bestürmt. Gegengeschenke wurden uns keine angeboten. In der Ukraine hatte das Volk buchstäblich leere Hände, nur zum Nehmen bereit!

4. KULTURDETAILS OHNE VERBRÄMUNG

Die Frau

Ungeachtet aller Erklärungen von Partei und Staat steht die „restlos befreite" Frau in der (progressiven?) Sowjetunion noch weit hinter dem zurück, was die Frauen in Skandinavien oder auch nur in Westdeutschland heute schon als selbstverständlich betrachten. Auf Schritt und Tritt begegnet man in der Sowjetunion einem deutlichen Widerspruch zwischen der proklamierten politischen und sozialen Gleichberechtigung der Frau und den ihr auferlegten Pflichten.

Oberflächlichen Betrachtern entsteht der Eindruck, daß in der Sowjetunion die Frau sehr viel stärker in das Berufsleben eingeschaltet ist als in den westlichen Ländern. Aber der Schein trügt. Die Frau als Spielzeug ist bei uns nicht viel häufiger als bei den sowjetischen Russen. Gewiß, es gibt in der UdSSR verhältnismäßig mehr Frauen im Vergleich zu Westdeutschland etwa, die an Hochschule und Technikum studieren. Aber ein recht großer Prozentsatz der Absolventinnen denkt in der Sowjetunion gar nicht daran, nach Beendigung des Studiums den Beruf auch wirklich auszuüben.

In Westdeutschland waren 1955 unter den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern ein starkes Drittel Frauen! Rechnen wir hinzu die mitarbeitenden Frauen in der Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe und in den Intelligenzberufen, dann kommen wir zu dem Schluß, daß auf je 100 erwerbstätige Männer in Westdeutschland wenigstens 65 berufs- und nebenberufstätige Frauen volkswirtschaftlich eingesetzt sind.

Und in der Sowjetunion? Man darf annehmen, daß dort auf 100 erwerbstätige Männer kaum 75 berufs- und nebenberufstätige Frauen entfallen. Der „Vorsprung" der Sowjetunion ist somit kein sehr großer und er würde noch kleiner sein, wenn die Realverdienste der Männer bessere wären. Darin liegt nämlich ein sehr wesentliches Unterschiedsmerkmal!

Die Frau im Westen geht oft nur in Arbeit, weil sie z. B. auf Eleganz, auf Reisen, auf Flirt reflektiert. Die Sowjetfrau geht zur Arbeit, weil das Einkommen des Mannes nicht

reicht, um einen Familienhaushalt zu unterhalten. Bei Offizieren und anderen gutbezahlten Berufen, auch bei einer erstaunlich großen Zahl der Arbeiterhaushalte sind die Ehefrauen nicht berufstätig, sondern machen „Haushalt" aus Neigung und Berufung.

Man muß anerkennen, daß die Frauen des Ostens — vor allem die Russin und Ukrainerin — willig und ungezwungen an schwere und schwerste Arbeiten herangehen. Die Intelligenzfrau, die selbst die große Wäsche wascht, ist keine Seltenheit. So wird andrerseits die Frau aus den einfachen Schichten auch oft an Arbeitsplätzen sichtbar, wo sie uns ungewohnt ist und daher stärker auffällt.

Die slawische Frau springt, soziologisch betrachtet, sehr oft für den Mann ein, der ein im Durchschnitt sehr viel geringeres Arbeitsethos zeigt als sie selbst. Das ist auch der Grund, warum sich die Frau im Osten viel leichter als im Westen gegen Widerstände und Fußangeln des Mannes durchsetzt und in leitende Stellen eindringt.

Die KPSS glaubt, daß „mit der weiteren Entwicklung zum Kommunismus" die oben erwähnten Widersprüche gemildert werden, daß durch die Verringerung der Haushaltaufgaben und die Einführung von Geräten (z. B. Waschmaschinen usw.) die Haushaltsarbeit vermindert wird. Aber daran liegt es gar nicht! Die Frau des Ostens hat trotz der Ideologie einen stärkeren Hang zur Häuslichkeit als die Geschlechtsgenossin im Westen, die ihr trotz der gegenteiligen Phraseologie um etliches voraus ist auf dem Wege zur Vergemeinschaftung oder Vermassung des Daseins.

Die „Woprosy Filosofi" haben zum Thema Frau einige „grundsätzliche Auffassungen" veröffentlicht (vgl. Woprosy Filosofi - Moskau 1954, Heft 6, S. 1039 ff.). Es heißt darin:

„Im Rahmen des Kampfes gegen eine leichtfertige Auffassung von der Ehe wurde auch 1944 das Gesetz über Ehe und Familie geändert. Der Ukas des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 8. 7. 1944 aktivierte die Rolle des Staates und seiner Organe bei der Scheidung. Dies geschah vor allem durch die Bestimmungen, denen gemäß der Wunsch, die Ehe zu lösen, seitens des Gerichtes geprüft werden muß, um so die gesellschaftliche Zweckmäßigkeit der Ehescheidung festzustellen.

Daraus folgte für die sowjetische Familie zweierlei: Wenn die Eheschließung früher in zahlreichen Fällen experimentellen Charakter hatte und zuweilen sogar als Tarnung zum Betrug junger Mädchen oder als Bemäntelung der minderwertigen Haltung von Don Juans benutzt wurde, so wurde solches Vorgehen durch den Ukas vom 8. 7. 1944 unmöglich gemacht; wenn früher die Scheidung die Folge eines zufälligen Zwistes zwischen den Ehegatten sein konnte, so durften (im Sinne des neuen Ukas) Scheidungen in solchen Fällen überhaupt nicht ausgesprochen werden."

Es wäre indes Selbsttäuschung, die Augen zu verschließen oder sich der Illusion eines allgemeinen Idealzustandes auf diesem Lebensgebiet hinzugeben. — In der Ehe und in der Familie sind die Ueberbleibsel des Kapitalismus ganz besonders lebendig. — Außerdem äußern sich in den Familien negativ der Alkoholismus und zum anderen auch religiöse Vorurteile. —

„Eines der schädlichsten und schändlichsten Ueberbleibsel der Vergangenheit sind die Vernunftehen. Die Entlohnung nach den Leistungen beseitigt noch immer nicht restlos die Ungleichheit der wirtschaftlichen Sicherheit der Menschen, was sich in eigentümlicher Form auch in familiären und ehelichen Beziehungen widerspiegelt. Ein rückständiger Teil der Gesellschaft zeigt die Neigung, seine materielle Lage auf anderen Wegen zu verbessern, d. h. weniger oder überhaupt keine Kinder zu haben, auch wenn man zu Abtreibung Zuflucht nehmen muß. —

Die in den Familienbeziehungen der Sowjetmenschen auftretenden Ueberbleibsel sind verschiedenartig. — Hierbei sind in einzelnen Republiken und Gebieten der UdSSR die bürgerlichen Ueberbleibsel in Ehe und Familie oft genug mit feudalistischen und sogar sippenbedingten Ueberbleibseln — wie Ehe Minderjähriger, Brautkauf, Bigamie usw. verflochten.

Bei Beseitigung der Rückständigkeiten im Ehe- und Familienleben spielt das sowjetische Recht eine große Rolle. — Eben aus diesem Grund verbot der Sowjetstaat Abtreibungen, erschwerte er das Scheidungsverfahren, besteuerte die Kinderlosen, gewährt gleichzeitig den kinderreichen Familien steigende materielle Hilfen."

In die triviale Wirklichkeit des sowjetischen Alltags übersetzt, ist die Lage wie folgt:

1. Ehescheidungen sind heute in der UdSSR eine Geldfrage. Der arme Teufel schließt heute wie in zaristischer Zeit eine unauflösliche Ehe, weil er nicht das Geld für Advokaten und Gerichtsgebühren eines jahrelangen Prozesses aufzubringen vermag;
2. die städtische Bevölkerung ist beim 2-Kindersystem angelangt.

Abtreibungen sind nicht mehr gestattet, aber mit Geld und Beziehungen ist dies wie auch anderswo zu umgehen. Nur auf dem roten Proletariat liegt die ganze Schwere des Gesetzes;

3. der Staat möchte die Familie auf dauerhafte Monogamie hinzerren. Ein hoffnungsloses Beginnen, daß für die Europäer zu spät und für die muselmanischen Turkvölker zu früh ist;

4. abgesehen von allen offiziellen Tendenzen sind Lebensgewohnheiten und Tradition der Völker in der UdSSR anscheinend doch um vieles stärker als blutlose papierene Moraltexte. Anderseits: Manches Brauchtum und manche Einrichtungen sind und bleiben zerstört, auch wenn rote Bibelforscher sie zu neuem Leben erwecken möchten.

Und trotzdem scheint es, daß gewisse Neigungen und Gewohnheiten der Frau im Osten auch heute noch eine andere Position vorschreiben, als der Doktrin entsprechen würde. Anderseits hat die Industrialisierung und die massierte Verstädterung gerade das Gegenteil von dem gebracht, was dem Kommunisten lieb sein konnte: Amerikanisierung der Lebenswünsche und -erwartungen. Die Ausführungen in der zitierten Zeitschrift zeigen alle Schwächen des sowjetischen Alltages so deutlich, daß sich jeder Kommentar erübrigt.

Der Mutterschutz

Die gesetzlichen Bestimmungen sind ohne Zweifel weitgehend entwickelt, ja als vorbildlich zu bezeichnen. Ihre Durchführung ist jedoch denkbar mangelhaft und außerdem von vielen gesetzlichen und ungesetzlichen Imponderabilien abhängig. Nur die Frauen der gehobenen Schichten und gewisse wichtige Sparten der Facharbeiterschaft genießen wirklich eine sozialpolitische Betreuung, die mitteleuropäischen Verhältnissen vergleichbar und manchmal überlegen ist.

Im allgemeinen kann man sagen, daß sich die sozialpolitische Betreuung auf Wehrmacht, Transportwesen (Eisenbahn, Schiffahrt, Luftverkehr), Industrie (Bergbau und Schlüsselindustrien) beschränkt.

Für die kinderreichen Frauen werden Ausweichungen, Beis und lebenslange Renten zuerkannt. Die Verleihung der Auszeichnungen erfolgt ohne allzu starke Bewertung der politischen Gesichtpunkte.

Kindergärten

Das Regime mißt der Einrichtung von solchen in Sowchosen und auch in den Kolchosen der Neusiedler große Bedeutung bei. In den traditionellen bäuerlichen Gebieten westlich des Urals geschieht sehr viel weniger. Sehr gepflegt wird das Kindergartenwesen in den Städten und in den Industriesiedlungen. Träger der Einrichtungen sind in der Regel die Betriebe. Auch hier gilt das früher Gesagte: In den neuen Siedlungen wird viel getan, in den alten Provinzstädten oder Siedlungen im europäischen Teil geschieht wenig oder nichts.

Schulen

Abgesehen von der Rüstungsindustrie ist wohl das Schulwesen im Sowjetreich das Lebensgebiet, welches die größte Förderung erfuhr und erfährt. Die Schule ist in drei Abschnitte unterteilt: 1. die sog. Hauptschule, die 4 Jahre umfaßt und wohl so gut wie alle 7 bis 11jährigen erfaßt. In verschiedenen nördlichen Gebieten beginnt die Schulpflicht erst mit dem 8. Lebensjahr; 2. die Mittelstufe, die an die Hauptschule unmittelbar anschließt und drei Jahre dauert. Absolventen dieser Stufe werden in Personalstandsbogen geführt mit „mittlere Bildung, nicht vollendet"; 3. die Oberstufe — sie schließt an die 7. Klasse an und dauert ebenfalls im Normalfall drei Jahre. Alle drei Stufen zusammen werden als 10jährige Schule bezeichnet. Absolventen der 10-Klassen-Schule werden in Personalbogen unter „mittlere Bildung" registriert.

Das schulpolitische Ziel ist möglichst die gesamte Jugend durch die 10jährige Schule zu leiten. Die Berechtigungen, die mit der Vollendung dieser Schule verbunden sind, kann man nicht als sehr groß bezeichnen. An die Hochschule (Institut) steht der Weg nur solchen Absolventen offen, die bei der Abschlußprüfung die

„goldene Medaille" bekommen haben. Ein großer Teil der Schüler geringer Protektion, das heißt die Kinder von „besseren", aber nicht vornehmen, Eltern gehen nach Beendigung der 7. Klasse in ein Technikum, das es für die verschiedensten Spezialgebiete gibt. Der starke Andrang bringt es mit sich, daß es nicht ganz leicht ist, dort auch aufgenommen zu werden.

Der Besuch der Hauptschule ist grundsätzlich unentgeltlich und heute in der Sowjetunion wohl fast jedem Kind zugänglich. Der Besuch der Mittelschule ist unbemittelten Kindern nur dann möglich, wenn die Eltern am Schulort einer 7klassigen Schule wohnen. Dies dürfte bei zwei Drittel aller Hauptschulorte der Fall sein.

Der Besuch der Oberstufe ist für die am Schulort ansässigen Jugendlichen mit geringen finanziellen Aufwendungen möglich. Von auswärts kommende Schüler können eventuell Freiplätze an der Schule und im Schülerheim bekommen. Die Zuteilung solcher Freiplätze erfolgt nach politischen Gesichtspunkten.

Es gibt angeblich keine Schule niederer Ordnung in der RSFSR, wo weniger als zwei Lehrkräfte unterrichten. Bemühungen sind im Gang, grundsätzlich alle Schulen als 7jährige Schulen auszugestalten.

Die Ausbildung der Lehrer für Hauptschulen erfolgt in einem sog. Pädagogischem Technikum, in welches Absolventen der 7klassigen Schule eintreten. Die Ausbildung der Lehrer für die „Mittelschule" erfolgt grundsätzlich am Pädagogischen Institut, an dem stets mehrere Fakultäten bestehen. Das Studium dauert 2 Jahre für die Lehrberechtigung in der Mittelstufe und 4 bis 5 Jahre für die Unterrichtsbefugnis an der Oberstufe. Durch Fernstudium an den Fern-Abteilungen der Pädagogischen Institute ist es den Lehrern, die im Beruf stehen, möglich, in den gehobenen oder höheren Lehrdienst hineinzuwachsen.

Ein großer Teil der Absolventen der 10-Klassen-Schule findet anscheinend den Weg zur Hochschule nicht, sei es mangels hervorragender Qualifikation oder mangelnder politischer Protektion. Daraus erklärt es sich, daß in neuerer Zeit für diese Jugend eine Art „Industrieberufs-Schule" (für Dreher, Fräser, Gießer usw.) aufgebaut wird.

Der Aufbau des Schulwesens kann im ganzen als durchaus brauchbar bezeichnet werden, wenn Lehrer und Schüler mitteleuropäische Qualitäten hätten. Die Lehrpläne scheinen nicht schlecht zu sein, wohl aber ihre Verwirklichung. Ein großer Vorteil liegt vor allem darin, daß in den einzelnen Fächern Schwerpunkte gebildet werden, auf die sich die Arbeit von Lehrern und Schülern konzentrieren soll.

Die Mittel- und Oberstufen haben aber einen ausgeprägten Paukbetrieb. Das ergibt sich aus allen Schilderungen. Dadurch verliert die Schwerpunktbildung ihren Sinn. Es ist interessant, daß 1934 jeglicher Unterricht im Sinne des Arbeitsprinzips (nach Glöckel und Blonski) streng verboten wurde. Nach dem Lehrplan wird für die einzelnen Klassen seither ein festumrissenes Pensum vorgeschrieben, das schematisch gepaukt und gewußt werden muß. Das Pensum des niedrigen Schuljahres wird in der höheren Klasse in der Regel nicht gefragt und prinzipiell anscheinend auch nicht vorausgesetzt, denn Nichtwissen belastet die Zensur nicht.

Der Paukbetrieb erklärt sich zu einem guten Teil wohl dadurch, daß Schulbücher nur in verschwindender Zahl zur Verfügung stehen. Ausgenommen die bedeutendsten Regierungsstädte (Moskau, Leningrad, Kiew, Minsk usw.) stehen in jeder Klasse in der Regel nur einige wenige Bücher jedes Faches zur Verfügung. So sagen Schüler und Lehrer.

Die Lehrbücher für Naturwissenschaften, Mathematik usw. sind, soweit ich sie zu Gesicht bekam, didaktisch hervorragend aufgebaut. Es werden „Schwerpunkte" gebildet und auf diese das Interesse konzentriert. Alle überflüssigen Wissendetails bleiben weg, die Zusammenhänge werden zwar kurz, aber einprägsam behandelt. Der Unterricht in manchen Fächern (Astronomie etwa) ist erheblich besser entwickelt, als dies bei uns früher der Fall war. Ich kann für mitteleuropäische Verhältnisse nur die Zeit von 1930 als Vergleich heranziehen!

In den Kulturwissenschaften ist der Wert der Lehrbücher stark reduziert durch das monotone Wiederholen unvollständiger Phrasen des historischen Materialismus. Davon abgesehen, muß man auch hier die „Schwerpunktbildung" lobend bemerken.

Wirklichkeitsfremd wirken die Lehrbehelfe des Geschichtsunterrichtes.

Stets wird der Gang der Geschichte als eine ununterbrochene Kette von Kämpfen der Sklaven gegen ihre Unterdrücker geschildert und die großen Rebellen werden meist über Gebühr verherrlicht. Auch wenn man den Zweck begreift, so stößt dies doch den Nachdenklichen, den nach Zusammenhängen Suchenden ab. Nun braucht aber die sowjetische Gegenwart Initiative und Einordnung. Anfeuernde Beispiele sollen Verantwortungsfreude im Schüler wecken. So tritt in der Darstellung der russischen Geschichte mehr und mehr die Neigung hervor, große „Persönlichkeiten" herauszustellen.

Peter d. Gr. und Kutusow, um nur die beliebtesten zu nennen, wurden der Jugend bis 1956 in leuchtenden Farben vorgestellt. Die wissenschaftliche Geschichtsschreibung hat vor mehreren Jahren sogar eine historische Rechtfertigung Iwans des Schrecklichen unternommen und anderseits die „deutsche" Zarin Katharina als Diversantin „nachgewiesen". (Als Diversion bezeichnet das sowjetische Strafgesetzbuch in § 58 die getarnte oder heimliche Einreise in die UdSSR zwecks Durchführung konterrevolutionärer Aktionen.) Das alles hat nichts mehr mit historischem Materialismus zu tun, sondern ist eher rotgetünchte feudale Geschichtsklitterung.

In einem 1938 erschienenen Werk des sowjetischen Historikers Tarle wird Kutusow als der große Volksheld gezeichnet, den der Zar zum Kampf gegen Napoleon nur widerwillig heranruft. Der andere Schwerpunkt der Darstellung von Tarle liegt in der dokumentarisch belegten Schilderung des Kampfes der Partisanen gegen das durch den Winter hart mitgenommene französische Koalitionsheer. Die Freiwilligen aus dem Volk waren Leibeigene auf den Gutshöfen jener Herren, die sie als Offiziere in den Kampf führten. Ihr Los war keineswegs ein gutes, aber dennoch setzten sie Blut und Leben ein, um Rußlands Boden zu befreien. Diese Tendenz des Autors entsprach haargenau den Bedürfnissen der Armee. Die gleiche Tendenz wird bis zur Ermüdung auch in allen Schulbüchern und in allen belletristischen Schöpfungen sichtbar.

Der wissenschaftliche Wert der Unterrichtsbehelfe leidet sehr darunter, daß alles getan wird, um 1. den Klassenkampf als Erklärungsgrund des Geschehens und der Entwicklung oft sogar in den Naturwissenschaften zu predigen, und um 2. auch an den unpassendsten Stellen den materialistischen Urgrund des Daseins zu beweisen. So wird schon die Möglichkeit, Stoff als materialisierte Energie zu erklären, als Rückfall in „idealistische" Irrgedanken abgetan.

Während im ganzen der pädagogische Wert dieser Lehrbehelfe nicht bestritten werden kann, ist es ein anderes, mit den Lehrbehelfen für den Sprachunterricht in der Mittel- und Oberstufe. Die „Literaturnaja gaseta" wies in ihrer Folge vom 26. 1. 56 auf die schweren Mängel im Sprachunterricht und auf die unzureichenden Sprachkenntnisse der Abiturienten hin. Inzwischen sollen größere Reformen eingeleitet worden sein.

Die Sprach-Lehrbücher sind tatsächlich ausgesprochen schlecht. Den gleichen Schluß darf man aber auch aus den geringen Sprachkenntnissen der mittleren Intelligenz ziehen. Nach den Lehrbehelfen, die ich in der Hand hatte, kann man keine fremde Sprache erlernen. Dazu kommt, daß der Russe, als Angehöriger eines großen Volkes, an sich schon ein geringes Sprachentalent besitzt.

Die Randvölker dagegen sind ausgesprochen sprachenbegabt und lernen anscheinend auch ohne Lehrbehelfe. Wenigstens muß man dies vermuten angesichts der Tatsahce, daß die Angehörigen der Nationalitätenrepubliken des Westens und des Kaukasus außer der Landessprache in der Regel russisch und noch ein oder zwei weitere Sprachen beherrschen. Nur die Esten und die Karelier machen davon eine Ausnahme; die ersteren sprechen, wenn sie jünger waren, vielleicht einige Brocken deutsch und die Karelier ein paar Brocken russisch.

Die sprachlichen Unterrichtsbehelfe für Deutsch, Englisch usw. leiden darunter, daß die Schüler der ersten Kurse mit viel zu viel Einzelheiten und Besonderheiten des Sprachaufbaues und der Grammatik gequält werden. Sie werden mit noch mehr Theorie belastet,

als dies von unserem Unterricht jedermann in unguter Erinnerung ist. Der Aufbau der russischen Lehrbehelfe für den Sprachunterricht ist kompliziert, verworren und entbehrt merkwürdigerweise völlig der Schwerpunktbildung.

Das „nationale" Schulwesen

Die Praxis der sowjetischen Nationalitätenpolitik dient keineswegs dem Schutz und der Pflege der Minderheiten. Die territoriale Eingrenzung der obligaten Minderheitenkultur nimmt im Fall der Abwanderung zu anderen Arbeits- und Wohnplätzen den Minderheiten fast jede Möglichkeit, zu volkseigenen Schulen und Kultureinrichtungen zu gelangen. Und da wegen der großen Bauvorhaben fleißig umgesiedelt wird, so wird damit auch gleich der russischen Schule und der Russifizierung mächtig Vorschub geleistet.

Für die Nationalitäten werden — wie bereits angedeutet — Schulen in der volkseigenen Sprache nur in „ihren" nationalen Republiken oder Territorien unterhalten. Außerhalb der nationalen Territorien haben die Nationalitäten keinen Anspruch auf eigene Schulen. Ein zweiter wichtiger Faktor der Umvolkungspolitik in den gehobenen Schichten ist natürlich auch die 1947 erlassene Anordnung, dergemäß an sämtlichen Hochschulen in der UdSSR Vorlesungen und Prüfungen in russischer Sprache abgehalten werden. Die Nationalitäten werden damit unausweichlich einer fortschreitenden Russifizierung ihrer Bildungsschicht unterworfen.

Die Lage des unteren und mittleren Schulwesens ist nicht minder dazu angetan, die Entfaltung des völkischen Eigenlebens zu untergraben. Im Februar 1955 war der Kultusminister der RSFSR gezwungen einzugestehen, daß die Allgemeinbildung in der russischen Bundesrepublik sich in einer katastrophalen Stagnation befinde. Der Bauetat für neue Schulen sei 1954 nur zu 64 v. H. durchgeführt worden und der entsprechende Etat für 1955 von der Unionsregierung auf die Hälfte reduziert worden.

In ganzen Gebieten, Ländern und autonomen Republiken fällt der Unterricht nach diesem Bericht wochenlang aus, weil es an Heizung fehlt und weil es für die Schüler keine Verkehrsmittel,

keine Kleidung, kein Schuhwerk, keine Internate gibt. Am schwierigsten sei die Lage im Altajski und Krasnojarsk kraj und in den Oblasten: Iwanowo, Kemerowo, Nowgorod, Tambow, Kamensk, Amursk, Bjelgorod, sowie in den autonomen Republiken der Tschuwaschen, von Daghestan usw. Es handelt sich hier bezeichnenderweise hauptsächlich um Gebiete, die von Fremdvölkern (Deutschen, Ukrainern, Kosaken, Tataren usw.) bevölkert werden!

Der Kultusminister der Ukraine führte voriges Jahr auch Klage darüber, daß der Schulbau in den wichtigsten Gebieten der Republiken systematisch hintertrieben wird. In der Moldau-Republik sind die Verhältnisse nicht besser, sondern eher noch schlechter. Ganz schlecht liegen die Dinge in den türkischen Republiken der Sowjetunion. In diesen Republiken werden Hunderttausende von schulpflichtigen Kindern vom Schulnetz überhaupt nicht erfaßt.

Gewinngierig macht sich nach Auffassung der „Kasachstanskaja Prawda" (vom 28. 1. 1956) die Moskauer Regierung die riesigen Reichtümer Kasachstans zunutze, zeigt aber keine Neigung, den Elementarunterricht für die ortsansässige Schuljugend und auch nicht für die aus anderen Gegenden zusammengetriebenen Familien sicherzustellen. (Vgl. Referat von R. Kartscha „Bildungs- und Erziehungsprobleme auf dem XX. Kongreß der KPSS", gehalten auf der Tagung des Institutes zur Erforschung der UdSSR 23./25. Juli 1956 in München.)

Volksgruppen, für die kein eigenes „autonomes" Verwaltungsterritorium besteht, haben überhaupt keinen Anspruch auf eigene Schulen oder sonstige Kultureinrichtungen. Dies gilt seit 1941 für die Deutschen und seit 1949 auch für die Juden.

Hochschulen

Man unterscheidet in der UdSSR Universitäten und Institute. Die Universitäten umfassen nur die naturwissenschaftlichen Arbeitsgebiete, die an der Moskauer Universität in 9 Fakultäten untergliedert werden. Andere Universitäten haben oft weniger Fakultäten. Stets werden dort nur die theoretischen Disziplinen gepflegt.

Die praktisch-technischen Disziplinen der Naturwissenschaften, die Wirtschaftswissenschaften und die verschiedenen Gebiete der Kulturwissenschaften werden an sog. Instituten mit 3 bis 8 Fakultäten gelehrt. Demnach werden auch Medizin, Recht, Pädagogik an Instituten gelehrt.

Die Spezialisierung ist sehr viel weiter getrieben als bei uns, die Dauer der Studienzeit bis zum Abschlußexamen (Diplom) ist erheblich länger als in den entsprechenden Sparten bei uns. Wer sich nach Abschluß des Studiums der wissenschaftlichen Laufbahn widmen will, bittet um Verleihung einer Aspirantenstelle (Aspirantur). Die weitere Laufbahn ist durch folgende Etappen bestimmt: Prepodawatelj (etwa Dozent! Jedoch muß bemerkt werden, daß auch als prepodawatelj bezeichnet wird, wer als Lehrkraft an einem Technikum unterrichtet), Professor, Akademiker.

Der „Akademiker" ist Mitglied der Akademie, seine Stellung entspricht etwa unserem Ordinarius.

Die wissenschaftliche Stufenleiter der Ausbildung, die man bei uns in Promotion und Habilitation gliedert, hat in der UdSSR ihre Analogie im Kandidaten und im Doktor. Der Kandidat entspricht etwa unserem Dr. oder allenfalls Lic. Der Doktor der sowjetischen Hochschulen entspricht im Prinzip unserem Dr. habil. Beide akademischen Grade sind in der Sowjetunion sehr viel weitergehend spezialisiert, als uns geläufig ist. Interessant ist, daß sich noch immer Professoren an Instituten zur Promotion als Kandidaten oder Doktoren vorbereiten. Denn normalerweise ist eine Ernennung zum Professor an einer Universität davon abhängig, daß der Betreffende wenigstens Kandidat ist. Zu Akademikern werden in der Regel nur Doktoren ernannt.

Der Lehrbetrieb ist an der Hochschule so wie am Technikum ein reiner Schulbetrieb, über dessen Qualität hier kein Urteil abgegeben werden kann. Die Absolventen der alten Universitäten zeigen durchaus recht beachtliche Qualitäten, das Gleiche kann man nach allen Beobachtungen von den Absolventen der Institute in Moskau, Leningrad, Kiew sagen. Man hört, daß die wissenschaftliche Bedeutung von Dorpat, Reval, Riga im Rahmen der sowje-

tischen Hochschulen auch heute erstrangig ist; man sagt allerdings auch, daß sie gegenüber der Zeit vor zwanzig Jahren erheblich an Wert eingebüßt haben.

Einen großen Umfang hat in der Sowjetunion der Fernunterricht! Teils gibt es an normalen Hochschulen Fernabteilungen, teils gibt es (in Sibirien z. B.) reine Fernhochschulen mit mehreren Fakultäten. Beispielsweise sei erwähnt, daß der „Operative" eines Lagers, in dem ich 1951 lag, an der Fernfakultät des Berginstitutes in Moskau studierte und sich mit Fernimmatrikulation zum Bergingenieur vorbereitete. Er studierte nach Lehrbüchern, nahm Unterricht bei zwei Tschechen (Ingenieuren), die als Gefangene im Lager saßen. Sie machten für ihn die vorgeschriebenen Programme.

Das Fernstudium dauert in der Regel doppelt so lang wie das sonstige Studium. Es wird mit allen Mitteln propagiert, es wird nicht nur an Hochschulen, sondern auch am Technikum betrieben. Die Ergebnisse scheinen zu befriedigen.

Jugenderziehung und Komsomol

Theoretisch ist die gesamte Jugend von der kommunistischen Jugendorganisation erfaßt. Auf Grund von Nachrichten aus der sowjetischen Zone in Deutschland scheint dort die Jugendorganisation wirklich straff geführt zu sein. Es scheint auch, daß die Lehrer in der SBZ an der Freizeitgestaltung der Jugend maßgeblich beteiligt sind. Das kann man von der UdSSR mit solcher Bestimmtheit nicht sagen. Abgesehen von den Hauptstädten der Republiken und Oblaste, ist die Jugend in der UdSSR viel weniger durch die Jugendorganisation erfaßt, als dies in der SBZ der Fall ist.

Komsomol und Partei finden in den letzten Jahren nicht recht Kontakt mit den breiteren Volksschichten. Je weiter von Moskau, umso lockerer die Beziehungen!

Immer wieder war in der Jugend-Prawda (schon in den Jahren 1952/53) die Klage zu lesen, daß vielerorts die Jugend ideologisch nicht genügend erfaßt wird. Unter anderem wurde aus dem Gebiet von Gorki, von Kirow, von Luga berichtet, daß die

Jugendlichen zu Wahrsagerinnen, zu „Heiligen", zu Sektierern laufen und die örtlichen Jugendführer zu idolent sind, um derartigen Strömungen entgegenzuwirken.

Es ist interessant, daß die Parteidienststellen in der Presse auch darum kritisiert werden, weil sie der Verbreitung naturwissenschaftlichen Gedankengutes zu wenig Augenmerk zuwenden und nichts mehr daran auszusetzen finden, daß die Parteigenossen ihre Familien in die Kirche gehen lassen.

Man darf annehmen, daß sich der mystische Grundzug der nordslawischen Seele wieder Durchbruch verschafft hat. Die Kirche wird wieder gesucht, sie ist aber auch in gewisser Hinsicht eine Sammelstelle der nicht ganz Linientreuen. Die scharfe Opposition der einfacheren Bevölkerung wendet sich aber von der orthodoxen Kirche ab, da diese kompromittiert ist durch ihr Liebäugeln mit dem Sowjetregime. Diese Kreise wandern in steigendem Maße zu den Sekten ab. Von der Westukraine aus entfalten sich mehrere Adventistensekten über die ganze Ukraine bis weit nach Weißrußland hinein. Die Russen neigen in stärkerem Maße zu den Baptistengemeinden, die nach 1950 bereits an die 6 Millionen Mitglieder gehabt haben sollen.

Während die Orthodoxie innerhalb der Sowjetunion heute oft ein Werkzeug des Kreml ist und daher manche indirekte Förderung genießt, werden die anderen Sekten und mit diesen auch die griechisch-unierte (= griechisch-katholische) und die armenisch-unierte (= armenisch-katholische) Kirche bis in die letzte Zeit scharf angefaßt. Noch schärfer freilich sucht man die Baptisten, die Adventisten, die Subbotniki, die Sionisten usw. einzuengen, weil sie sich wie Bakterienherde vor allem auch unter Alt- und Neusiedlern in Sibirien verbreiten.

Die Gregorianer erfreuten sich schon vor 1950 einer wohlwollenden Förderung, da ein Teil des gregorianischen Klerus im In- und Ausland bald nach der Sowjetisierung Armeniens in der kontraswjetka (Abwehr) loyale Nachrichtenarbeit leistete.

Hinsichtlich der Jugend, die den arrivierten Kreisen entstammt, wird immer wieder geklagt, daß sie verbürgerlicht sei. Vor allem

in Moskau bevölkert sie — so schreibt die Jugend-Prawda — die eleganten teuren Lokale, flitzt in den Autos der Väter herum und gefällt sich oft in Gangsteraktionen, für politische Arbeit sei sie nicht zu haben.

Auffallenderweise klagt auch die Provinzpresse immer wieder darüber, daß sich die jungen Ingenieure und Lehrer beider Geschlechter vor jeder „gesellschaftlichen" Arbeit drücken und gelegentlich ganz offen erklären, sie würden grundsätzlich nur solche Arbeiten (Lehrvorträge, Exkursionen) der Partei, des Komsomol oder der Gewerkschaft übernehmen, die auch etwas einbrächten.

Aber auch darüber wird immer wieder geklagt, daß die Jugendlichen „in der Berufswahl sehr oft unter dem falschen Einfluß der Familie stehen." So beabsichtigen (nach einem Minsker Bericht) etwa 75 v. H. aller Absolventen der 10. Klasse Ingenieure, Aerzte oder Lehrer zu werden. Und bei einem gewissen Teil der Lehrer „besteht zum Beispiel die schädliche Vorstellung, daß nach Beendigung der Schule nur die Schüler mit den schlechtesten Noten in die Produktionsarbeit gehen müßten. Eine derartige Meinung kann man nicht anders denn als Wiedergeburt bürgerlicher Auffassungen von Arbeit und Erziehung werten". (Vgl. Sowjetskaja Belorussija, Minsk, 7. April 1955).

In Arsamas, einer Gebietshauptstadt, forschte die Abteilung für Berufsberatung nach, wohin sich die jungen Leute gewandt hatten, die 1954 von der Schule abgingen. „Von der Woroschilow-Schule waren von 58 Mädchen, die die Reifeprüfung machten, 31 zum Studium in verschiedene Institute und 4 auf Techniken gegangen; 4 Mädchen arbeiteten und 19 studierten nicht und arbeiteten auch nicht. Von der Tschkalow-Schule gingen zum gleichen Termin 32 Mädchen ab, von denen 20 studierten, 2 arbeiteten und 10 hatten weder ein Studium ergriffen noch gingen sie zur Arbeit. „Ein Vertreter der Oeffentlichkeit besuchte einzelne Absolventen städtischer Schulen, die weder studieren noch arbeiten. Fast alle meldeten sich zu einem Examen für die verschiedenen Universitäten und fielen durch. Was treiben sie jetzt? Sie bereiten sich erneut zum Examen für die Universität vor, jedoch größtenteils nicht für jene Univer-

sitäten, bei denen sie sich früher meldeten, sondern für jene, in die man leichter hineinkommt." (Vgl. Iswestija, Moskau, Unerwünschte Auswüchse, 6. Juli 1955.)

Ueber die andere Tendenz, daß die Jugendlichen schon vor der Reifeprüfung bummeln, klagte die Jugend-Prawda (17. 3. 1955): „Unter den Schülern der 10. Klassen kommt in letzter Zeit eine ungesunde Tendenz auf. Sie sagen sich, wozu noch in der Schule angestrengt arbeiten, wenn man doch keine Chance hat, ins Institut zu kommen. Im Betrieb und auf der Kolchose kann man auch ohne Reifezeugnis arbeiten!"

Nur wenige Schüler lassen sich, nach Feststellung des vorhin zitierten Minsker Blattes, von den Lehrern, vom Klassenleiter oder von der Komsomoleinheit der Schule beeinflussen. In diesem Zusammenhang sei eine besonders bezeichnende Erscheinung erwähnt, die offensichtlich keine vereinzelte gewesen ist! Anläßlich der Jahresrevisionen 1954 wurden — so berichtete damals die Jugend-Prawda — verschiedene Rajonsekretäre des Komsomol als Betrüger entlarvt, weil sie bereits längere Zeit (wohl mehrere Jahre) falsche Mitgliederlisten geführt hatten. Sie führten in den Listen Mitglieder, die der Organisation garnicht angehörten und daher auch keine Beiträge bezahlt hatten. Die Sekretäre bezahlten die Mitgliedsbeiträge der fiktiven Mitglieder aus eigener Tasche oder rechneten dafür Ausgaben für Dienstreisen oder dgl. an, die nicht entstanden waren.

Dank diesem Trick konnten die entlarvten Jugendführer einen Betrieb vortäuschen, ohne daß sie es nötig hatten, auf die Jugend zu drücken. So waren sie auf beiden Seiten beliebt. „Unten", weil sie alles laufen ließen, und „oben", weil sie die erforderlichen Planlimite meldungsgemäß erfüllt oder übererfüllt hatten. Sie führten Mitgliederkarteien und Mitgliederversammlungen buchstäblich auf dem Papier.

Kritisiert wird im Jugendteil der Presse immer wieder auch der Mißstand, daß sich die jüngeren Elemente nur sehr schwer bereit finden, Funktionen zu übernehmen.

Parteileben

Die KPSS hat in den letzten Jahren einen erheblichen Teil ihrer Durchschlagskraft verloren. Dies ist z. T. verschuldet durch die Uebermacht, welche vor 1953 das MGB besaß. Bis dahin war Tscheka/GPU/MGB alles und die Partei wenig!

Jetzt ist die Partei im Staatsapparat wieder etwas, aber im öffentlichen Leben weniger und die GPU noch weniger!

Alles, was man bis 1953 getrieben hatte, hat sich als falsch erwiesen, oder, besser gesagt, blieb erfolglos. Man sagte das zwar vor März 1956 nicht offen, aber niemand glaubte mehr an die Brauchbarkeit des früheren Systems!

Vertiefte ideologische Arbeit, das ist der immer wieder zu hörende Schrei der Gutgesinnten. Aber in der Partei selbst? Leise hebt sich der Kopf der Häretiker, denn diese haben recht behalten. Das Leben hat ihre Thesen bestätigt. Das allgemeine Interesse an der politischen Arbeit muß recht gering sein. Immer wieder schreibt die Presse, daß die Parteifunktionäre zu schematisch arbeiten, daß die Aktivs zu wenig aktive Werbung für neue Kandidaten betreiben, daß sich die Kandidaten nicht schulen, sondern sich bei jeder Gelegenheit und anscheinend gar nicht Vollmitglieder werden wollen.

Der in der Zeit der Vorherrschaft der GPU stark gesunkene Einfluß der Partei soll nun wieder verstärkt und ausgebaut werden. Das Hindernis, die Tscheka, die 1953 als MGB aufgelöst wurde und jetzt als KGB beschränkt weiter arbeitet, ist zum Werkzeug degradiert worden. Die KGB-Offiziere sind in der Oeffentlichkeit der Nichtachtung oder selbst Verachtung ausgesetzt; das wäre in früherer Zeit in solcher Offenheit undenkbar gewesen. Aber auch die Partei selbst hat nur bedingt Anschluß an das Volk. Am besten liegen die Dinge noch im russischen Volk; hier ist die regionale Ballung der Mitgliedschaft das größte Hindernis dafür, wieder Kontakt zu finden.

Die anderen Nationalitäten stehen der ideologischen Konzeption der KPSS innerlich fremd gegenüber und suchen nur innerhalb der Parteiorganisation ihre Sonderinteressen zu verfolgen. Die nicht-

russischen Zentralkomitees wurden und werden periodisch ausgeräumt „wegen nationalistischer Abweichungen". Besonders scharf tritt dies bei den zentralasiatischen und kaukasischen Völkern ans Licht. Man findet daher in ihren ZK's schon längere Zeit überwiegend russische Namen, gelegentlich noch einen loyalen Ukrainer. In Kasachstan wurden im Winter 1953/54 das ganze ZK und die gesamte Regierung einschließlich der nachgeordneten Dienststellen (in den Oblasts) ausgeräumt und durch Slawen ersetzt. In Kirgisistan sitzen in leitenden Stellungen von Partei und Staat trotzdem immer wieder Angehörige der muselmanischen Aristokratie; sie werden entlarvt, aber immer wieder werden „Ehemalige" eingeschmuggelt!

Ein kleines, recht interessantes Detail verdient an dieser Stelle erwähnt zu werden: Auch Kirgisistan wurde (wie die anderen Republiken der Union) 1941 aufgefordert, einen Beschluß zu fassen, worin die Forderung zum Ausdruck gebracht werden sollte, die deutschen Siedler aus der Republik auszuweisen und in den Norden zwangsweise umzusiedeln. Moskau forderte einen derartigen Beschluß damals von sämtlichen Unionsrepubliken. Der Oberste Sowjet von Kirgisistan beriet und beschloß, daß sich die dort lebenden Deutschen, seit Generationen als loyale Freunde und gute Arbeiter gezeigt hätten; er lehnte die Verschickung ab!

Ueber das Innenleben der KPSS wurde von anderer Seite wiederholt interessantes und instruktives Material der westlichen Welt unterbreitet. An dieser Stelle sei daher nur auf eine völkisch und geopolitisch wichtige Erscheinung verwiesen: Nach dem Parteitag 1952 (XIX. Parteitag) betrug dem Rechenschaftsbericht gemäß die Zahl der Parteimitglieder und Kandidaten rd. 7 Millionen. Davon hatten etwa 50 v. H. ihren ständigen Wohnsitz im Moskauer Stadtbereich und der näheren Umgebung, mit zusammen etwa 40 Millionen Seelen. Im Durchschnitt entfielen demnach dort auf ein Parteimitglied oder Kandidaten etwa 10 Seelen. Die andere Hälfte der Parteimitgliedschaft lebt unter der übrigen Bevölkerung der Sowjetunion mit etwa 165 Millionen Seelen; das heißt, im Durchschnitt entfallen dort auf einen Pg etwa 47 Seelen. Je weiter von Moskau/Leningrad/Kiew weg, umso schütterer wird das

Netz der Parteimitgliedschaft, die die einzige Klammer der Innenpolitik darstellt!

Von der Parteiführung wird die mangelhafte geistige Ausrüstung der Parteimitgliedschaft immer wieder kritisiert, immer wieder aber wird in der Presse auch die Interesselosigkeit beklagt, mit der Schulung und Propaganda getrieben werden. Alles wird schematisch nach Weisung betrieben. Kommen von oben Aufträge, wird einige Tage Betrieb gemacht, dann schläft bald alles wieder ein.

Auch das moralische Verhalten der Parteimitglieder unterliegt einer häufigen Pressekritik. Immer wieder werden Genossen angeprangert, die ein vorbildhaftes Leben vermissen lassen und Geselligkeit mit dem großen Haufen pflegen, die sich betrinken, bummeln und nur selten, viel zu selten vom Standpunkt der Kritiker, vom Parteiaktiv zur Verantwortung gezogen werden. Das ist der eine Teil der Parteimitgliedschaft.

Auch über den anderen Teil der Parteimitglieder wird in der Presse berichtet. Es sind diejenigen, die mit Wort und Lichtbild wegen besonderer Arbeitsleistungen oder besonderer Aktivität bei der Parteiarbeit herausgestellt und popularisiert werden sollen. Dieser andere Teil, auch das kommt indirekt in den Pressenachrichten deutlich zum Vorschein, wird zwar bestaunt wie in anderen Ländern etwa strenggläubige Kirchengänger. Aber diese „guten" Parteimitglieder haben mit der einfachen Bevölkerung keine menschliche Fühlung, sie sind nicht eigentlich Vorbild, sondern bleiben in gewissem Sinne eine Clique, die von der Umwelt eher beargwöhnt als geachtet wird.

Die Struktur der Partei

Die KPSS hatte zur Zeit des XX. Parteitages 7 215 000 Genossen, davon waren rund 6,8 Millionen Vollmitglieder, der Rest waren Kandidaten. Seit dem XIX. Parteitag (November 1952) hatte sich der Gesamtbestand um 333 360 erhöht. Der KPSS gehörten zu Beginn des Jahres 1956 80 v. H. Männer und 20 v. H. Frauen an.

In gewissem Sinne kann der letzte Parteitag als außerordentlich bezeichnet werden. Zeitlich darum, weil er 8 Monate früher ein-

berufen wurde, als es nach dem Parteistatut statthaft war. Sachlich darum, weil er einen völligen Stellungwechsel begründete. Die Werchuschka, wie man in der UdSSR den Gesellschaftskreis bezeichnet, der in den USA als „obere 500" bekannt ist, gab bekanntlich Stalin preis, um den Staat zu retten.

Wer ist nun die Partei, welche das Fundament der sowjetischen „oberen 500" bildet? Diese Partei ist die organisierte Staatsklasse des neuen Staates, der die Klassen „abgeschafft" hat. Das Grundmotiv, das in der UdSSR zum Eintritt in die Partei bewegt, ist der Wunsch Karriere zu machen. Eine neue Klasse entfaltet sich. Es sind die industriellen Prätorianer, die Manager, die die Macht ergreifen im leninistischen „Arbeiter- und Bauernstaat". Das zeigt sich deutlich in den Statistiken, die mit dem Rechenschaftsbericht zum XX. Parteitag der KPSS vorgelegt wurden.

Danach hatten die Parteimitglieder und Kandidaten zu zwei Dritteln mittlere Reife oder noch höhere Bildung, davon mehr als die Hälfte höhere oder Hochschulbildung! Eine Arbeiterpartei?

Die Partei zählte zur gleichen Zeit über 350 000 örtliche Aktivs. Die Zahl der Aktivs in der Industrie betrug 43 061, in der Landwirtschaft 80 015; die Zahl der Aktivs im Verkehrswesen, im Bauwesen, in der Verwaltung war aus den Veröffentlichungen nicht zu ersehen. Bemerkenswert war, daß am Dorf in 7 356 Kolchosen keine Parteiorganisation existierte, in 10 850 Kolchosen das örtliche Aktiv nur 3 bis 5 Genossen zählte, in 63 100 Kolchosen die Aktivs 6 bis 25 Genossen und in 6000 Kolchosen 26 bis 100 Genossen erfaßten. Eine Bauernpartei?

Auf dem Parteitag waren 1 355 Delegierte mit beschließender Stimme und 81 Delegierte (Kandidaten-Vertreter) mit beratender Stimme anwesend. Von diesen 1 436 Personen waren hauptberuflich tätig:

in Dienststellen der Partei	506
in Dienststellen der Staatsverwaltung	177
in Dienststellen der Gewerkschaften	12
in Dienststellen der Jugendorganisation	8
zusammen	703 oder 49 v. H.

der auf dem Parteitag anwesenden Delegierten.

Von den 1 355 Delegierten mit beschließender Stimme besitzen 918 Hochschulbildung, 170 Oberschulbildung. Somit besitzen über 80 v. H. der Delegierten des XX. Parteitages höhere Bildung.

Unter den Delegierten des XX. Parteitages mit beschließender Stimme befanden sich 193 Frauen oder 14,2 Prozent der gesamten Delegierten. Das beweist keine epochemachende Aktivierung der Frau!

Lebensauffassung und Lebensstil

Die KPSS ist Trägerin eines geradezu weltfremden Puritanismus. Was die revolutionäre Generation 1917 aus dem Westen mitbrachte, gilt heute im Volk und in der Partei als nicht „schicklich", als „bürgerliches Ueberbleibsel". Mindestens stellt dies die offizielle Propaganda so dar, die möglicherweise damit in Tuchfühlung zu den im Volk schlummernden traditionellen Vorstellungen kommen will. Vor allem die Provinz legt eine Prüderie an den Tag, die verwunderlich ist für denjenigen, der den Ton in Erinnerung hat, der noch 1932 alles andere überdeckte.

Aber selbst, was sich Moskau heute erlaubt, ist sehr viel weniger oder gar nicht möglich in der Provinz. Der zweiteilige Badeanzug, für Frauen beispielsweise, hatte sich vom Westen nach dem Krieg nach Moskau eingeschlichen. Er war dort stark verbreitet, während gleichzeitig etwa in den Städten des Urals keine Frau es wagen konnte, in einem solchen Anzug zu baden, ohne sich der Gefahr auszusetzen, als „prostitutka" verrufen zu werden. Welche Wandlungen sind da also in der seelischen Einstellung der Russen vor sich gegangen! Im Zarismus war es am Dnjepr und am Don genau so wie etwa in Ostgalizien üblich, in den Flüssen nackt zu baden. In der kurzen Periode der bolschewistischen Scheinemanzipation war es sogar durchaus möglich, ohne Anstoß zu erregen, in der Moskau auch im Stadtgebiet der Hauptstadt nackt zu baden. Das wäre 1950 wie mir Moskauer versicherten, absolut unmöglich gewesen und hätte zu Konflikten geführt.

Moskau mit seiner Eleganz und Weltzugewandtheit ist nicht repräsentativ für das sowjetische Provinzleben. Gewiß, in einer Hin-

sicht spiegelt Moskau die allgemeine Einstellung der Slawen in der UdSSR wider: Man lebt besser als früher, die kleinen Leute ein wenig besser, die rote Bourgeoisie um sehr vieles besser als früher! Aber alle miteinander sind unzufrieden darüber, daß es auch nicht annähernd so gut sein kann wie in den „kapitalistischen" Ländern oder auch nur in den Volksdemokratien.

In den Geschäften der großen Städte verlangt man gegenwärtig mit Vorliebe ausländische Waren, die inländischen Erzeugnisse werden bagatellisiert, in der Mode wird allenfalls noch der Schuh oder das Kleid aus Rigenser Werkstätten gut geheißen und für voll genommen. Das sind bezeichnende Kleinigkeiten, die dem Alltag das Gepräge geben.

In den Erzeugnissen der Filmproduktion offenbart sich gleichfalls ein starker Wandel. Der Schwung Eisensteins, der 1928 im „Panzerkreuzer Potemkin" mit revolutionärem Elan das Publikum unwillkürlich mitriß, hat in der zeitgemäßen Regie des sowjetischen Großfilms Themen Platz gemacht, die einen deutlichen Akzent der nationalsozialistischen Filmgestaltung aufweisen. Wir erwähnen als wohl gelungene Beispiele dazu nur „Puschkin", „Musorgsky", „Das Lied aus Sibirien".

Im übrigen wird dem Kinopublikum auch durchaus unpolitische Unterhaltung geboten, einmal in Gestalt guter Naturfilme, dann aber auch in der Form erstklassiger Märchenfilme.

Im kleinen Gesellschaftsstück, in dem sich das heutige Wunschmilieu widerspiegelt, kommt eine für uns unvorstellbare Primitivität zum Ausdruck. Man bekommt einen Kitsch mit einer Problemstellung vorgesetzt, die unseren Jugendlichen zu kindlich wäre. „Nur Du allein", mit schmollender Eifersucht männlicher oder weiblicher Prägung garniert, kehrt als Thema mit eintöniger Wiederholung der Szenen von Film zu Film immer wieder. Daneben fehlt natürlich niemals in allen diesen Filmen der erfolgreiche Arbeitsheld, der beste Staatsgesinnung ausdampft, natürlich auch nicht der Faulpelz, der allgemein verspottet und verachtet wird.

5. DIE NATIONALE STRUKTUR DER UDSSR

Auf Studienreisen bekam ich schon in den dreißiger Jahren persönlichen Kontakt mit einer Wirklichkeit, die den Mitteleuropäern vor 1914 nur in recht bedingten Vorstellungen bekannt, nach 1918 aber so gut wie ganz aus dem Blickfeld entschwunden war. Nicht nur von den Kennern der Dinge „von oben" holte ich mein Wissen. Ich habe immer und immer wieder die kleinen Leute am Marktplatz und auf der Arbeitsstelle aufgesucht, um durch sie den Alltag zu erforschen. Außerdem sah ich als Gefangener fast ein Jahrzehnt lang in die Seelen derer hinein, mit denen mich der Alltag zusammenführte: die Leidensgenossen im Lager und die „Freien", die mir am Arbeitsplatz begegneten.

Diese kleinen Steinchen formten sich schließlich zu einem Mosaikbild dank den jahrelangen Diskussionen, Gesprächen und Unterhaltungen mit ehemaligen Referenten und Sektionschefs der Zarenregierung, der Kerenskiregierung, der sowjetischen Reichsverwaltung oder mit Funktionären der KPSS; mit Menschen, die vor ihrem Sturz in die Knochenmühle der Tscheka das Reich bis in alle Einzelheiten hinein kennengelernt hatten. Sie alle wußten um die Schwächen des moskowitischen Vielvölkerstaates, sie kannten die Kräfteverhältnisse der Nationalitäten und auch die Besorgnisse des Regimes, dem „Sowjetpatriotismus" eine feste nationale Basis zu geben. Auf diesen Erkenntnisquellen baut sich die in diesem Bericht dargebotene Gesamtschau auf.

Wer das erste Mal durch die Vorstädte Leningrads geht, dem offenbart sich, wie mir im Jahr 1930, eine Vergangenheit, die deutsch profiliert war. Bei Hof gingen einst die baltischen Barone aus und ein. Aber auch in der Vorstadt gab es ganze Bezirke, in denen zugewanderte deutsche Handwerker und Kleinbürger mit mit ihren Familien dem Stadtbild das Gepräge gaben. Das wußte die Welt 1914 schon nicht mehr, obwohl es noch Gegenwart war.

Später im Lager, 15 oder 20 Jahre nach diesen ersten Eindrücken, begegnete ich den Nachkommen dieser deutschen Kleinbürger, die teilweise in der zweiten Generation schon nicht mehr deutsch sprachen, die aber doch immer noch im vertrauten Kreis auf ihre

deutsche Volkszugehörigkeit pochten. Ja, einzelne beriefen sich der Lagerverwaltung gegenüber immer wieder auf ihre deutsche Reichsbürgerschaft, die weder sie noch ihre Eltern jemals aufgegeben hatten. Und dies geschah zu einer Zeit, als solche Erklärungen kaum Vorteile, sondern nur Nachteile für die Betroffenen bringen konnten. Wie stark unterschieden sich diese Menschen von ihren westlicheren Stammesbrüdern, die oft genug ihre „rein deutsche" Herkunft fraglich machen wollten oder am liebsten aus ihrer deutschen Haut herausgeschlüpft wären.

Zu dem Schicksal der Deutschen des sowjetischen Ostens bekam ich einen lebenden Kommentar im Sommer 1932. Ich stand nach der Besichtigung von Dnjeprostroj am Fluß, wo Bauarbeiter mit ihren Familien in Erdhütten hausten. Etliche saßen davor und unterhielten sich. Als ich deutsche Wortfetzen vernahm, war ich erstaunt! In diesen elenden Unterkünften sollten ausländische „Spezialisten" wohnen? Das schien mir nach allem, was ich bisher gesehen hatte, ganz und gar unwahrscheinlich. Ich suchte ins Gespräch zu kommen und erfuhr nun eine Fülle von Einzelheiten aus dem Leben der Deutschen in Sowjetrußland. Es waren entkulakisierte deutsche Bauern, die schon 1911 (teils noch als Kinder) mit ihren Eltern als inorodzi (Fremdstämmige) aus der westlichen Ukraine ausgewiesen und nach Sibirien umgesiedelt worden waren. Die Zarenregierung begann seit 1910 die westlichen Militärbezirke, die an Oesterreich oder Preußen grenzten, von Deutschen zu säubern!

In Sibirien hatten diese umgesiedelten deutschen Kolonisten bald wieder schöne Höfe aufgebaut, die schon mehr Güter als Bauernwirtschaften waren. Die Oktoberrevolution ging mehr oder weniger schadlos über sie hinweg, aber dann kam die Kollektivisierungsära. Sie verloren ihre Höfe und arbeiteten nun als Hilfsarbeiter am Bau des werdenden Kraftwerkes. Die zahlreichen Jugendlichen sahen trotz aller Dürftigkeit gut aus und so war die Frage naheliegend, ob sie denn nicht an einem Technikum studieren wollten. Ja, sie wollten schon; aber ihre Bemühungen darum hätten keinen Erfolg. Deutsche kämen dort nicht an, weil die Plätze knapp wären und die Russen den Vorrang hätten.

Wenige Tage später lernte ich auf der Fahrt nach Rostow zwei Schwaben kennen; einen deutschen Lehrer und seinen Vetter, einen Agronomen. Der Agronom war Kommunist, der Lehrer nicht. Der Lehrer schilderte die aktuelle Lage in der Ukraine (Hungerjahr 1932!) und auch die Lebensverhältnisse der deutschen Siedlungsgebiete. Der Agronom suchte zu beschönigen; er sprach von Wachstumsschwierigkeiten, die natürlich auch an den Deutschen nicht unbemerkt vorübergehen könnten; er sprach von der Aufsässigkeit der Bauern, auch der deutschen Bauern, die sich gegen die Kollektivisierung sperren und vieles andere mehr. Wie ganz anders hörte sich das an gegenüber den offiziellen Mitteilungen bei Empfängen oder in der Presse.

Und Jahre später in den Arbeitslagern des Polargebietes begegnete ich u. a. auch Hunderten deutscher Lutheraner, Katholiken, Mennoniten. Ihre Erzählungen belegten hundertfach, was ich früher schon den Reisegesprächen mit hoch und niedrig im Sowjetreich entnommen hatte.

Im Lager sprach ich mit E., der aus der Krim kam und dessen Familie teils in Alma Ata, teils in Nowo Sibirsk, teils in Krasnojarsk zwangsangesiedelt war. Ich sprach mit P. aus Kirgisistan, dessen Großvater schon am Pamir Viehzüchter war; mit Brandt aus Westsibirien; mit dem alten Veith, dessen Vater zur Zarenzeit aus der Ukraine weggelockt und ins Gebiet von Taschkent umgesiedelt worden war. Ich sprach mit F. und Sch., die bei Odessa daheim waren; mit M., dessen Großvater aus der Ukraine mit dem großen Mennonitentreck (1923) nach Kanada ausgewichen war. Ich sprach noch mit einer großen Zahl anderer Mennoniten aus dem Raum von Samara und aus der Gegend von Swerdlowsk (Jekaterinburg.) Ich sprach mit deutschen Handwerkern aus dem Kosakengebiet am Don und mit Dutzenden von Wolgadeutschen aus der Gegend von Saratow, die fast durchwegs Katholiken sind oder waren.

Der interessanteste unter diesen war S., ein ehemaliger Regierungsfunktionär der aufgelösten „Autonomen Deutschen Wolgarepublik". Noch als ich ihn kennenlernte, war er glühender Kommunist, der verbissen-verzweifelt um seine Rehabilitierung

kämpfte. Man hatte ihn im Juli 1941 nach der Auflösung der Deutschen Wolgarepublik — wie alle anderen Deutschen dieses Gebietes — als „politisch unzuverlässig" nach Sibirien deportiert. Im Herbst 1941 wurde S. zum Wehrdienst ohne Waffe (trudarmija) eingezogen, im Sommer 1942 ohne konkreten Anlaß von der Arbeit weg verhaftet und schließlich wegen Landesverrat nach § 58/1 des sowjetischen Strafkodex zu 10 Jahren Arbeitslager verurteilt. S. war eine unverdächtige Quelle und gab mit seinen Beschönigungen mehr preis, als er verstand!

Die Welt wußte früher nur wenig von der nationalen Struktur des Zarenreiches. Sie weiß nicht mehr, sondern eher noch weniger von den Nationalitäten des roten Imperiums.

Im Jahr 1897 zählte das alte Rußland 146 Stämme und Völkerschaften; die sowjetische Volkszählung (1939) nannte bereits 191 Stämme und Völkerschaften. Gegenwärtig führt die sowjetische Statistik die Namen von mehr als 200 Nationen an, die in der UdSSR leben. Diese Vermehrung hängt hauptsächlich damit zusammen, daß die sowjetische Nationalitätenpolitik bestrebt ist, Bevölkerungsgruppen, die folkloristisch bestenfalls als Stämme anzusehen sind, in die Reihe „selbständiger" Nationen zu stellen. Unter dem Vorwand der Sorgfalt und der Sorge um die nationalen Belange der kleinen Völker, soll die große Zahl der kleinen Massen politisch zur völligen Bedeutungslosigkeit verurteilt werden. Divide et impera — diesmal in sowjetischer Auflage! Diese Taktik wird vor allem gegen die ural-altaischen Stämme, d. h. gegen die türkische Volksgruppe, mit Virtuosität angewendet. Dieser Taktik entsprechend hat die Moskauer Nationalitätenpolitik auch die Nation der „Moldavanen" entdeckt, die gar kein eigenes Volkstum darstellen. Unter Moldavanen will Moskau die Bewohner Bessarabiens verstanden wissen; diese Bevölkerung spricht ein rumänisches Idiom mit stärkeren ukrainischen Einschlägen. So ließen sich noch viele Beispiele anführen.

Ganz anders ist das Verfahren, welches die sowjetische Nationalitätenpolitik gegenüber den Deutschen des Ostens anwendet. Hier ist es offenbar aussichtslos, eine Nation „Mennoniten" oder

eine Nation „Wolgaschwaben" zu konstruieren. Also ging man andere Wege! Im Jahr 1924 wurde im Rahmen der RSFSR eine „Autonomie Deutsche Wolgarepublik" geschaffen. Mit ihrer Gründung beginnt der langsam anlaufende, aber systematische Kampf, dessen Ziel die statistische und später auch die physische Dezimierung der deutschen Volksgruppe sein sollte.

Die „Autonome Deutsche Wolgarepublik", die 1924 im Verband der RSFSR errichtet wurde, umfaßte nur etwa ein Fünftel der deutschen Bevölkerung in der Sowjetunion. Als mit Anbruch der Kollektivisierungsära die volkseigenen Einrichtungen der Deutschen zerschlagen wurden, behielten die Bewohner der Deutschen Wolgarepublik zunächst noch die ihnen zustehenden Rechte auf kulturelle Selbstverwaltung. Selbstverständlich wurden auch sie, insbesondere seit 1933, wachsenden Schikanen Moskaus unterworfen. Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 brachte keine wesentliche Erleichterung und im Sommer 1941 war die Schicksalsstunde der deutschen Miniaturautonomie gekommen.

Bereits im Juli 1941 wurde die Deutsche Wolgarepublik wegen angeblicher Aufstandsvorbereitungen aufgelöst. Die ganze Angelegenheit war frei erfunden, da ja in Partei und Regierung des autonomen Territoriums ausschließlich linientreue Lakaien auf maßgebenden Posten saßen. Sei dem wie immer, die Deutsche Wolgarepublik wurde als Strafmaßnahme aufgelöst und damit hatte die deutsche Volksgruppe in der UdSSR amtlich zu existieren aufgehört. In keiner amtlichen Statistik, in keinem Schulbuch wird seither auch nur erwähnt, daß Millionen Deutsche und Deutschstämmige seit Generationen im weiten Gebiet des moskowitischen Reiches ihre Heimat hatten.

Den Juden war es ähnlich ergangen. Für sie war im Fernen Osten (im Amurbecken oberhalb Chabarowsk) das „Autonome jüdische Gebiet Biro-Bidjan" errichtet worden. Trotz der ungesunden und unwirtlichen Bedingungen kamen jüdische Kolonisten in größerer Zahl in das menschenleere Biro-Bidjan. Sie bemühten sich in zäher Aufbauarbeit eine repräsentative Musterkolonie für die Juden zu schaffen, die in der UdSSR leben. Seit 1941 wurde der Kolonie jegliche Unterstützung von seiten der Moskauer Zentrale ver-

weigert. Der Ausbau wurde von „oben" sabotiert, die Lage wurde schwieriger und schwieriger; Zehntausende von Juden gingen als „Konterrevolutionäre" in Straflager, zehntausende Juden wanderten wieder ab. Und so wurde auch das autonome jüdische Gebiet Biro-Bidjan 1949 gleichzeitig mit der Zerschlagung der zahlreichen jiddischen Kultureinrichtungen (Theater, Presse usw.) in der übrigen UdSSR aktenmäßig wieder liquidiert. Im allgemeinen wird die Zahl der Juden in der UdSSR mit 3 Millionen angegeben. Schezkiel Moissewitsch Dobruschin, der als Kritiker von Scholem Alechin und Professor des jiddischen Instituts in Moskau internationalen Ruf hat, versicherte im Lager Abes in einem Gespräch mit Rafael Spann, dem Sohn des Wiener Soziologen Othmar Spann, daß nach den Judenvernichtungen durch Stalin und Hitler in der Sowjetunion 1950 noch immer 8 Millionen Juden lebten, von denen wenigstens die Hälfte am jiddischen Kulturleben inneren Anteil nahmen.

Wer die Praxis und das praktische Leben in Nationalitätenstaaten kennt, weiß, daß stets ein erheblicher Teil der Minderheiten begründete oder unbegründete Hemmungen hat, sein Volkstum öffentlich zu bekunden. Die Volksgruppen der Minderheiten sind darum stets volkreicher als die amtlichen Statistiken nachweisen. Für die Zeit vor dem ersten Weltkrieg waren die Verhältnisse in dieser Hinsicht freilich wesentlich „liberaler" als in der späteren Zeit. Das galt und gilt für die Länder der ehemaligen Donaumonarchie; es galt und gilt nicht minder für die Nachfolger des Zarenreiches.

Einen deutlichen Beweis dafür liefern die amtlichen Ziffern der Bevölkerungsstatistik. Nach den Angaben der Zarenregierung wurden für 1897 insgesamt 51,5 Prozent Russen ermittelt. (Vgl. Koch, Referat über das Nationalitätenproblem in der UdSSR, gehalten am 23. 7. 56 auf der Tagung des Institutes zur Erforschung der UdSSR, in München.) Nach der sowjetischen Volkszählung von 1939 betrug der russische Anteil an der Gesamtbevölkerung aber 58,4 v. H. Bei der gleichen Gelegenheit wurde anderseits der slavische Anteil an der Gesamtbevölkerung mit 78 v. H. errechnet. (Siehe Pfeiffer, Sibirien, Berlin 1952, S. 75.)

Seither sind über die Nationalitätenverhältnisse keine authentischen Zahlen mehr veröffentlicht worden. Wie immer auch die amtlichen Ziffern aussehen mögen, die gelegentlich noch zur Veröffentlichung gelangen, eines steht fest: daß der slawische Bevölkerungsteil, nach dem Stand von 1955, effektiv nicht über 75 v. H., wahrscheinlich sogar erheblich darunter liegt.

Diese Annahme stützt sich auf folgende Ueberlegungen: 1. die Menschenverluste im zweiten Weltkrieg waren aus mehreren Ursachen bei den slawischen Volksteilen besonders groß; 2. die Geburtenhäufigkeit liegt vor allem bei den Russen erheblich unter den Ziffern der nichtslawischen Völker (Ausnahme: die estnische und die lettische Bevölkerung); 3. Die Annexionen nach dem zweiten Weltkrieg gliederten verhältnismäßig mehr Nicht-Slawen in die UdSSR ein.

Wenn nunmehr für 1955 die Bevölkerung der UdSSR amtlich mit 200 Millionen angegeben wird, so entfallen im Sinne des Obenstehenden auf die slawisch sprechenden Völker etwa 145 bis 150 Millionen.

Von diesen sind etwa 44 bis 46 Millionen Ukrainer
etwa 18 Millionen Kosaken
etwa 8 bis 9 Millionen Weißruthenen
etwa 3 Millionen russisch sprechende Juden
etwa 3 bis 5 Millionen russisch sprechende Opportunisten verschiedener Volkszugehörigkeit
und etwa 70 bis 72 Millionen Großrussen

Die Großrussen umfassen demnach etwa 36 bis 38 Prozent der Gesamtbevölkerung in der UdSSR. In der Völkerpyramide des roten Imperiums stehen sie damit an erster Stelle; sie bilden aber bei weitem keine Mehrheit.

An zweiter Stelle im Kreis der Völker in der UdSSR stehen mit etwa 22 bis 23 v. H. die Ukrainer. Die türkischsprechende Volksgruppe steht mit etwa 10 bis 11 v. H. an dritter Stelle. An vierter Stelle reihen sich die Kosaken mit etwa 9 v. H. an; ihnen folgen an

5. Stelle die Weißruthenen und an 6. Stelle die Deutschen, über die nunmehr eingehend berichtet werden soll.

Vor Ausbruch des ersten Weltkriegs erfreute sich das Deutschtum in Rußland weitgehender Freiheiten, sowohl in kultureller als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Deutschen konnten sogar als beispielgebende Bauern und Handwerker, vor allem im Süden und im Osten, mit einer gewissen Förderung von seiten der Regierung rechnen. Als Kolonisten besonders geschätzt waren vor allem die Mennoniten, d. s. niederdeutsche Sektierer.

Die Mennoniten siedelten in der Regel in geschlossenen Dörfern, oft in der Nachbarschaft lutherischer Gemeinden, vorzugsweise in Wolhynien, in der südlichen Ukraine, im Raum von Samara (Kuibischew) zwischen Wolga und Ural und schließlich auch in größerer Zahl in Westsibirien, vor allem im Altaigebiet. Die Mennoniten sprechen unter sich plattdeutsch und sind dem Stamm nach Niederdeutsche, die aus der westfälisch-holländischen Heimat im 17. und 18. Jahrhundert nach Ostpreußen auswanderten und von dort wegen Nichtachtung ihrer zugesicherten Privilegien nach Osten weiterzogen.

Die Mennoniten anerkennen im Prinzip, ähnlich wie die Baptisten, nur die Erwachsenentaufe; sie lehnen den Wehrdienst mit der Waffe grundsätzlich ab und bejahen theoretisch die Mehrehe. Abgesehen von dieser, welche im letzten Jahrhundert kaum mehr in Erscheinung trat, hielten die Mennoniten im übrigen kompromisslos an ihren Glaubenssätzen fest. Da sie sich als hervorragende Siedler bewährten und eine hohe Vermehrung aufweisen, gewährte Preußen ihnen das Privileg in Ostpreußen, nach ihren Grundsätzen leben zu können. Als dieses Versprechen nicht eingehalten wurde, zogen die Mennoniten nach wenigen Generationen weiter in den Osten nach Wolhynien, an das Schwarze Meer, an die Wolga und von dort gingen viele wiederum weiter bis zum Pamir, zum Altai und an den Amur.

Die Zarenregierung anerkannte die verlangten Privilegien und und auch die bolschewistische Regierung achtete die mennonitischen Sonderrechte mit gewissen Erschwerungen bis 1930. Zum Waffendienst wurden bis dahin die Mennoniten grundsätzlich nicht

eingezogen. Ersatzweise leisteten sie ihre Dienstpflicht unter den Zaren und unter Stalin bis 1930 in Arbeitsbataillonen ab, die meist zu Forstarbeiten oder Etappendiensten herangezogen wurden.

In völkischer Hinsicht zeigten sie sich ungewöhnlich standfest, sonderten sich aber von ihrer anderskonfessionellen, erst recht von ihrer andersvölkischen Umgebung grundsätzlich ab und entwickelten daher auch keine Assimilationskraft.

Das war bei den lutherischen deutschen Siedlern nicht ganz so schroff der Fall; sie mischten sich aber auch nur selten mit fremdvölkischen Elementen. War dies der Fall, dann wurden die Fremdlinge gewaltlos, gewissermaßen „durch Liebe und Vorbild" eingedeutscht.

Etwas problematischer war das Verhalten der katholischen Deutschen. Wo sie in andersgläubiger Umgebung neben Muselmanen oder Prawoslawen an der Wolga, im Kaukasus, in den Städten lebten, hielten sie an ihrem Volkstum fest; ja sie entwickelten darüber hinaus auch nicht unbeachtliche Assimilationskräfte. Das galt vor allem (bis 1930) für die blühenden deutschen Siedlungen beiderseits der Wolga im Raum von Saratow. Wo sie aber in der Nachbarschaft fremdvölkischer Katholiken siedelten, wie etwa in Polen oder als Kolonisten in Sibirien unter Polen, Litauern u. a., da erlagen sie nicht allzu selten der Anpassung an das andere Volkstum.

Stärkere Vermischungstendenzen mit den Prawoslawen machten sich bei den katholischen Deutschen erst nach der Oktoberrevolution bemerkbar. Auch zeigte dieser deutsche Volksteil mehr als die andern stärkere Neigung, sich im neuen Staat aktiv einzuschalten. So begegnete ich vielen deutschen Katholiken des Ostens, die im Bürgerkrieg als Rotarmisten kämpften oder die in Partei und Staat Funktionen ausgeübt hatten. Deutsche Lutheraner mit solcher Vergangenheit habe ich nur vereinzelt getroffen, Mennoniten überhaupt nicht.

Es scheint durchaus möglich, daß diese höhere Anpassungsfähigkeit auch der Grund war, warum gerade den katholischen Bezirken an der linken Wolga die „Autonome Deutsche Wolgarepublik" geschenkt wurde und die andern direkt daneben wohn-

enden Deutschen von dieser Vergünstigung ausgeschlossen wurden.

Außerhalb des großrussischen Kerngebietes waren die Deutschen in zaristischer Zeit kaum einer fühlbaren Bevormundung unterworfen. Alle, die es erlebt hatten, waren der Ueberzeugung, daß das Zarenreich das freieste Land der Welt war, wenn „man dem Kaiser gab, was des Kaisers war" und wenn man sich im übrigen nicht staatsreformerischen Gedanken in allzu sichtbarer Weise hingab.

Stärkeres Mißtrauen von seiten des Staates begegnete nur den Muselmanen im Kaukasus und den Deutschen in der westlichen Ukraine. Die Petersburger Regierung befürchtete in diesen Gebieten die Tätigkeit von Untergrundorganisationen, die eventuell von der Türkei, von Oesterreich oder Preußen gesteuert würden. So kam es auch zu den oben bereits angedeuteten Aussiedlungsmaßnahmen am Vorabend des ersten Weltkriegs; von diesen Maßnahmen waren viele Tausende deutscher Bauernfamilien betroffen. Aber wie so vieles in Rußland so blieb auch diese Aktion nach den ersten radikalen Anläufen stecken und so gab es noch bis in die Zeit von 1945 eine beachtliche deutsche Streusiedlung in der westlichen Sowjetukraine im Raum Shitomir-Winnica.

Das Deutschtum in der südlichen Ukraine und im Kaukasus war von diesen Präventivmaßnahmen der Zarenregierung überhaupt nicht berührt worden. Während in den westlichen Grenzgouvernements und auch im Baltikum im Schulwesen eine wachsende Russifizierungstendenz auftrat, blieb den Deutschen im anderen Reichsgebiet ungeschmälert die Möglichkeit, eigene Elementarschulen zu unterhalten. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Verarbeitungsindustrie war deutscher Genossenschaftsbesitz oder stand sonst in deutscher Hand.

Die Deutschen hatten ein weitgespanntes Genossenschaftswesen entwickelt. Die deutschen Sekten hatten ihre eigenen Verlage, ihre eigenen Zeitungen usw. In Saratow amtierte ein deutscher katholischer Bischof, eine Geistliche Akademie ebendort sorgte für die Heranbildung katholischer, d. h. in diesem Fall, deutscher Pfarrer. Diese e c h t e Autonomie blieb bis 1930 bestehen.

Zwar war bald nach der Machtergreifung Lenins vom neuen

Staat das Gesetz über die „Nationalisierung" der Industrie verkündet worden. Durch dieses Gesetz wurden wie alles andere auch die deutschen Mühlen, Zuckerfabriken, Spritfabriken usw. verstaatlicht, aber dann doch wieder von deutschen Artels zurückgepachtet. So lief doch wieder alles weiter, wenn auch unter andern Rechtsverhältnissen. Das hatte freilich sein Ende mit der Kollektivisierung, die 1930 in ganzer Schwere sich gegen die Deutschen auswirkte. Nun waren sie als „Kulaken" zum Freiwild geworden und fielen der Entkulakisierung zum Opfer.

Die Oktoberrevolution hatte sie nur wenig in Mitleidenschaft gezogen. Abgesehen von den Deutschen in Kurland und Livland, die nach dem Sturz des Zarismus bekanntlich aus dem russischen Reichsverband ausschieden, war das östliche Deutschtum in der Masse ein Volk von Bauern und allenfalls noch von Handwerkern.

Das baltische Besitzdeutschtum wurde durch die „bürgerlichen" Bodenreformgesetze der Parlamente Lettlands und Estlands liquidiert; es bildete in den zwanziger Jahren aber noch immer einen wichtigen Teil der Intelligenzschicht in den neugegründeten Nationalstaaten.

Der bolschewistische Ukas „Alles Land den Bauern" ging an den Deutschen des Ostens vorbei, denn diese waren Bauern! Auch der Bürgerkrieg traf sie nicht. Diese Deutschen lebten seit Generationen, zum Teil seit Katharinas Zeiten, im Land und waren gewöhnt, neben dem Staat zu leben. Sie brauchten dem Zarenstaat keine Diener zu stellen. Ein erheblicher Teil von ihnen hatte nicht einmal im Militär gedient. So ging der rote Staat in seiner ersten Lebensphase auch an ihnen zunächst vorbei.

Von der Hungersnot am Ende der Bürgerkriegszeit (1921) war nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der deutschen Siedlungen betroffen worden und auch diese nicht sehr tiefgreifend. Die Deutschen hatten immer gut gewirtschaftet, sie hatten immer irgendwelche Reserven und wußten immer irgendeinen Ausweg. So kamen sie auch über diese Unglücksphase ohne erheblichere Schäden hinweg. Danach kam die NEP und seitdem war ohnehin alles leichter. Freilich, die Mennoniten waren argwöhnisch geworden; ein großer Teil von ihnen drängte aus dem Land hinaus.

Einige 20 000 setzten nach großen Schwierigkeiten tatsächlich, dank der Unterstützung durch die damalige deutsche und die kanadische Regierung, die Auswanderung nach Amerika durch. Das war noch zu Lebzeiten Lenins!

Die Masse der Mennoniten und selbstverständlich die Masse der anderen Deutschen blieb jedoch im Land. Insgesamt dürfte die deutsche Volksgruppe im Sowjetreich durch Abtrennung (Baltikum, Bessarabien, Wolhynien) und Abwanderung nach dem ersten Weltkrieg etwa 150 000 Seelen „verloren" haben.

Die deutschen Siedler im Osten waren allgemein für ihre hohe Geburtenzahl bekannt. Der Geburtenüberschuß war und blieb vor dem ersten Weltkrieg der slavischen Zuwachsrate überlegen. Mag auch die Geburtenhäufigkeit der Slawen, Muselmanen usw. vielleicht etwas höher gelegen haben, so war anderseits die Kindersterblichkeit aus verschiedenen Gründen bei ihnen erheblich (etwa ein Drittel) höher als bei den Deutschen. Von Kennern der Verhältnisse, von Russen und Nichtrussen wird jedenfalls gleicherweise erklärt, daß die Geburtenüberschüsse der deutschen Volksgruppe weit über dem Durchschnitt lagen.

Bevölkerungsbewegung in der UdSSR

	1913	1926	1940	1953
Geborene	47,0	44,0	31,7	24,9
Gestorbene	30,2	20,3	18,3	9,0
Geburtenüberschuß	16,8	23,7	13,4	15,9

Eine fühlbare Schädigung erlitt die deutsche Volksgruppe erst in den Jahren 1930—34 im Zusammenhang mit der Entkulakisierung. Zwangsaussiedlung oder Einweisung in Straflager kosteten die Deutschen sowie auch die slawischen Bauern viele Opfer. Die Dürre in der Südukraine brachte auch den Deutschen größere Verluste. Trotzdem kamen die Deutschen über diese Elendszeit im Durchschnitt etwas besser hinweg, weil sie nur zu einem kleineren Teil im Dürregebiet ansässig waren und zum anderen, weil sie hellhöriger waren und sich rascher anpaßten als die slawische Bauernschaft. Sie hatten schneller als diese die Lage erfaßt und sich auf das Kolchossystem eingestellt. Ja, sie hatten damit,

nach ihren eigenen Erzählungen, keineswegs nur negative Erfahrungen gemacht, solange sie in ihren Kolchosen ihre Kolchosleitung selbst wählen konnten. Erst nach einigen Jahren mengte sich das Rayonskomitee der Partei stärker und stärker in die Kolchosbetriebsleitung ein und bestimmte, wer als Kolchospredsedatelj gewählt werden mußte. Nach dem zweiten Weltkrieg war es dann soweit, daß die Rayonsverwaltung den Kolchosleiter einsetzte und die Kolchosversammlung nur mehr ein theoretisches Einspruchsrecht behielt.

In den ersten Jahren der Kollektivisierung war das Regime bestrebt, nur die Marktbelieferung im Ausmaß des gestellten Planes durchzusetzen oder zu erzwingen. Die Kolchosen, die das geforderte Limit erfüllten, ließ man in der Anlaufzeit in Ruhe. Die deutschen Kolchosen hatten, wie auch früher schon höhere Erträge und waren daher auch leichter in der Lage, „dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist". So ließ man sie „in Ruhe", aber die sowjetische Verwaltung forderte von Jahr zu Jahr höhere Lieferungsnormen, die immer schwerer zu erfüllen waren.

Die deutschen Bauern waren zwar keineswegs zufrieden, aber sie suchten auch in dieser Lage ein glattes Auskommen mit der „Obrigkeit" zu finden. Das wurde ihnen schlecht vergolten. Zehntausende verschwanden größtenteils auf Nimmerwiedersehen nach Sibirien, soweit sie die „Umerziehung" durch die Tscheka-Büttel überlebten.

Wer in den Jahren 1941—44 durch die von deutschen Truppen besetzten Gebiete der Ukraine kam, konnte ein Jahrzehnt nach der Kollektivisierung noch immer die deutschen Siedlungen von allen umliegenden deutlich unterscheiden. Sie zeigten immer noch Spuren der deutschen Lebenstüchtigkeit, wenn auch nicht mehr in solchem Maß, wie dies für die Zeit vor 1917 der Fall war.

Wenn auch die deutschen Kolonisten mit dem Sowjetstaat ein erträgliches Verhältnis herzustellen bemüht waren, die Eingriffe in ihr wirtschaftliches und vor allem in ihr kulturelles Leben wurden immer bedrohlicher. Die volkseigenen Schulen wurden geschlossen, der Staat sorgte nun allein für die Schule und auch für den Unterricht in der „Staatssprache". Die Genossenschaften der Deutschen

wurden mit den sonstigen Genossenschaften zusammengelegt; die deutschen Lehrer, Prediger und Pfarrer warf man in großer Zahl ins Gefängnis. In die Kolchosen und in die Dorfsowjets der deutschen Dörfer wurden mit List und Tücke slawische GPU-Konfidenten eingeschleußt.

So wurde Schritt für Schritt das eigenständige Leben der deutschen Siedlungen außerhalb der „autonomen" Wolgarepublik untergraben. Trotzdem kann man sagen, daß die deutsche Volksgruppe wohl substantiell, d. h. physisch, stärkere Schädigungen erfuhr, daß aber ihre seelisch-geistige Kraft noch heute ungebrochen ist.

Trotz allem, was im letzten Vierteljahrhundert über die Deutschen des Ostens hinweggegangen ist, kann man sagen, daß sie ihr völkisches Bewußtsein erhalten haben und daß im allgemeinen auch in Mischehen dieses Bewußtsein nicht verloren gegangen ist. Zersetzungserscheinungen in dieser Hinsicht konnten gelegentlich nur bei deutschen oder österreichischen Kriegsgefangenen bemerkt werden, die nach dem ersten Krieg drüben seßhaft wurden.

Die größten Schläge versetzte das Regime der Stalinära den Deutschen des Ostens in den Jahren 1941—48. Bereits anfangs Juli 1941 wurde die „Autonome Deutsche Wolgarepublik" aufgelöst; alle Deutschen, die greifbar waren, wurden aus dem europäischen Reichsgebiet nach Osten über den Ural umgesiedelt und die Familien zerrissen, vor allem die Kinder von den Eltern getrennt und in rein slawische Umgebung gebracht.

Der Gebrauch der deutschen Sprache war zeitweise lebensgefährlich. Der Mob wurde von den Tschekisten gegen alles Deutsche aufgehetzt. Die Männer wurden einberufen und als Soldaten 2. Klasse in die sogenannte trudarmija (Arbeitsarmee) gezwungen. Wer nicht eingezogen wurde, weil er alt oder arbeitsunfähig war, mußte in die Zwangsaussiedlung. Diesen Maßnahmen entgingen auch stalintreue Kommunisten nicht; sie wurden ohne Rücksicht auf Dienststellung und Verdienste durchgeführt. Dieser Säuberungsaktion gemäß wurde auch der Volksdeutsche Otto Julius Schmidt, einer der bedeutendsten Mathematiker und Kosmologen, Mitglied der sowjetischen Akademie der Wissenschaften,

nach Alma Ata verbannt. Er durfte, zumindest bis nach Stalins Tod, keine Vorlesungen und Seminare abhalten, seine Forschungen wurden jahrelang unterdrückt, seine Berichte an die Akademie vom Reichssicherheitsministerium zensuriert und teilweise konfisziert.

Seit dem Jahre 1941 gibt es in der UdSSR amtlich keine Deutschen mehr. Statistiken und Schulbücher führen wohl viele kleine Volksstämme mit 70 000 oder noch weniger Seelen als „Nationen" an; über die deutsche Volksgruppe, die unter den Völkern der Sowjetunion der Zahl nach an 6. Stelle steht, wird amtlich nicht gesprochen und nicht geschrieben. Das ist besonders grotesk deshalb, weil doch die Rote Okkupationsarmee viele Hunderttausende Deutsche zusätzlich in den Strudel der Sowjetisierung hineinriß.

Trotzdem ist mehr deutschstämmiges Volk am Leben geblieben, als die einen wünschten, die andern befürchteten und die dritten zu hoffen wagten. Eine „Bestandsaufnahme" wird natürlich die Zukunft erst bringen, wenn sich die Verhältnisse im Osten normalisiert haben werden. Immerhin kann eines schon jetzt gesagt werden: Die Oeffentlichkeit wird hüben und drüben zur Kenntnis nehmen müssen, daß die deutsche Volksgruppe in der UdSSR eine Realität ist, die durch Besetzung, Bedrückung, Verschleppung und „Rückführung" noch um rd. eine Million stärker geworden ist.

Selbstverständlich soll nicht übersehen werden, daß die rücksichtslose „Zersiedlung" der ausgetriebenen Deutschen zwangsläufig auch eine stärkere, bisher nicht beobachtete Vermischung mit den anderen Völkern des Ostens herbeiführte. Das ist weder ein Schaden noch vorläufig eine Gefahr. Kein Schaden, denn die biologische Substanz der Völker des Ostens bringt den Deutschen in mancher Hinsicht eine Anreicherung wertvoller Eigenschaften. Keine Gefahr, weil die Deutschen unter den Völkern des Ostens mehr Achtung, Anerkennung und Wertschätzung genießen als die Mitteleuropäer glauben, die noch immer unter Schuld- und Minderwertigkeitsgefühlen leiden. Sowjetisch gesteuerte Propaganda hat diese sehr geschickt gesät und genährt.

Natürlich ist die Sorge begründet, daß in einigen Generationen das deutsche Volkstum im Osten sich auflösen könnte. Der Pessimismus, der in dieser Hinsicht unter den Binnendeutschen vorherrscht, entspringt aber nur der Unkenntnis der Verhältnisse und dem geringen Verständnis für die Mentalität von Kolonisten. Die Pessimisten übersehen drei Tatsachen: 1. Die deutschen Kolonisten zeichnen sich in der östlichen Welt durch eine hohe Standhaftigkeit aus und üben erfahrungsgemäß einen beachtlichen Einfluß auf ihre Umgebung aus; sie unterscheiden sich damit grundsätzlich von den Amerika-Deutschen, die in angelsächsischer Umgebung innerhalb weniger Jahre die Sprache und in der nächsten Generation auch schon die Volkszugehörigkeit wechseln; 2. die Zeitverhältnisse liegen günstig für eine Besinnung der breitesten Volksschichten auf ihre Abstammung. Dies gilt sogar in letzter Zeit auch für die Amerikaner deutscher Abstammung; ihre Rückbesinnung auf die mitteleuropäische Herkunft ihrer Vorfahren hat im letzten Jahrzehnt der amerikanisch-deutschen Annäherung manchen Impuls gegeben; 3. das Verhalten der staatstragenden russischen Nation schafft aus sich heraus Sicherungen gegen die rasche Umvolkung der inorodsi.

Es ist für den biologischen Instinkt der Slawen kennzeichnend, daß sie den „Mischling" wegstoßen und nicht als zu ihrer Gemeinschaft gehörig empfinden. Russische Assimilanten, deutscher, tatarischer, jüdischer Abstammung werden von den „echten" Russen wegen ihrer fremdstämmigen Herkunft niemals als voll angesehen. NKWD-Offiziere haben sich in dieser Hinsicht durch nichts von den gefangenen Russen unterschieden.

Zunächst kann unter den obwaltenden Umständen für die deutsche Volksgruppe mit einer Konservierung der Substanz gerechnet werden. Das gilt zahlenmäßig, noch mehr aber biologisch. Nach unsern Beobachtungen ist der östliche Menschentyp vitaler und entwicklungsfähiger als der Westeuropäer. Auf der Reise 1932, im zweiten Weltkrieg und auch in der Gefangenschaft, war Gelegenheit gegeben, Wolgadeutsche zu beobachten, die offensichtlich aus Mischehen mit Kalmücken stammten. Ihre Geduld, ihre Zähigkeit und ihr Gleichmut bildeten das Fundament einer Stand-

festigkeit, die für westliche Deutsche kaum mehr als ein „Fernziel" sein kann.

Zum Schluß noch einen Ueberblick über die zahlenmäßige Entwicklung.

Die Zahl der im Zarenreich lebenden Deutschen wird für die Zeit nach dem russisch-japanischen Krieg mit 2,4 bis 2,7 Millionen Seelen angegeben. Umgevolkte Deutschstämmige dürften in dieser höheren Zahl mitberücksichtigt sein. Bei den im 19. Jahrhundert herrschenden Auffassungen fand wegen der konfessionellen Schranken keine massenhafte Vermischung statt.

Die Geburtenzahlen der deutschen Siedler im Osten waren jeweils mit die höchsten, die in Europa zu verzeichnen waren. Nach begründeten Informationen darf angenommen werden, daß der Geburtenüberschuß der deutschen Volksgruppe vor dem ersten Weltkrieg weit über 20 v. T. lag. Für die Zeit nach dem ersten Weltkrieg darf noch immer ein Geburtenüberschuß von 18 auf tausend Einwohner je Jahr angenommen werden.

Diese hohen Ziffern erklären sich daraus, daß die kompakte Masse der deutschen Volksgruppe 1. in der Landwirtschaft oder im ländlichen und kleinstädtischen Handwerk verwurzelt war und 2. durch die konfessionellen Einflüsse gegen Geburtenkontrolle nicht bloß immun blieb, sondern sogar noch, wie vor allem die Mennoniten, eine besonders reichliche Vermehrung anstrebte.

Unter solchen Bedingungen ist es berechtigt, die Zuwachsrate der deutschen Volksgruppe für die Zeit zwischen den beiden Revolutionen (1905—1917) mit jährlich 50 000 bis 55 000 zu veranschlagen. Wir wollen ferner die unwahrscheinliche Möglichkeit unterstellen, daß der natürliche Zuwachs in den Bürgerkriegsjahren durch höhere Sterblichkeit vollends aufgezehrt worden sei, und weiterhin annehmen, daß der Krieg 1914—1917 jeden fünften Mann der deutschen Volksgruppe zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr das Leben gekostet hat. Wir wollen unterstellen, daß die deutsche Volksgruppe nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk bis zum Tode Lenins durch Abtrennung und Abwanderung 150 000 Menschen eingebüßt hat, und daß die Geburtenüberschüsse der deutschen Volksgruppe in den Jahren 1921 bis 1930 nur mehr bei

18 je 1000 Einwohner oder rd. 53 000 bis 54 000 Seelen je Jahr lagen.

Wir kommen dann zu folgender Bestandsrechnung:

Stand 1906	2,5 Millionen
20 ‰ Zuwachs bis 1917	0,65 Millionen
Abgang durch Kriegsverluste	0,05 Millionen
Abgang durch Abtrennung und Abwanderung	0,15 Millionen
Stand 1918	2,9 Millionen
Zuwachs 1918—21	— —
18 ‰ Zuwachs 1921—30	0,55 Millionen
Abwanderung	0,03 Millionen
Stand 1930	rd. 3,5 Millionen

Mit Beginn der Kollektivisierungsära umfaßte die deutsche Volksgruppe einschl. der zu ihr gehörenden Deutschstämmigen wenigstens 3,5 Millionen Seelen.

Wenn wir weiterhin unterstellen, daß in der schweren Notzeit 1931—34 der gesamte Geburtenüberschuß durch höhere Sterblichkeit vollends aufgezehrt wurde und erst von 1935 bis zum Kriegsausbruch (1941) wieder im Durchschnitt 15 auf 1000 Einwohner je Jahr betrug, so stieg in diesen 6 Jahren der Bestand der Volksgruppe um etwa 330 000 Personen an. Gesamtstand der deutschen Volksgruppe 1941 somit etwa 3,8 bis 3,9 Millionen Seelen.

Die administrativen Maßnahmen nach Kriegsausbruch und die schlechte Ernährungslage bis 1947 haben eine starke Minderung der Zahl der Lebendgeburten herbeigeführt und anderseits die Sterblichkeit vor allem der deutschen Volksgruppe außerordentlich erhöht. Eine genaue Ermittlung wird wohl kaum jemals möglich sein. Aber wir wollen annehmen, daß in diesen Elendsjahren die Sterblichkeit über der Geburtenhäufigkeit lag und im Maximum jeder 6. Deutsche von ihr hinweggerafft wurde.

Im ganzen hätte danach die Volksgruppe einen Bestandsverlust um 15 v. H. oder rd. 57 000 Seelen erlitten. Außerdem ist 1943 eine Abwanderung von etwa 250 000 Deutschen aus der Ukraine nach Westen erfolgt; von diesen wurde allerdings ein Teil im

Wartheland und in Schlesien von der Roten Armee überrollt. Diese Abwanderer sind nach der Kapitulation gesammelt und nach Sibirien „zurückgeführt" worden. Somit war nach diesen Ueberlegungen die deutsche Volksgruppe in der UdSSR auf 3,0 bis 3,1 Millionen Menschen (1947) zurückgegangen.

In diesen Jahren sind anderseits auch andere große Umschichtungen mit dem Deutschtum des Ostens vor sich gegangen. Aus dem Raum zwischen Ostsee und Donau sind nach der Kapitulation nicht nur alle abgewanderten „Sowjetbürger" rückgeführt worden, sondern mit Memelland und dem östlichen Ostpreußen größere Gebiete des kompakten deutschen Siedlungsraumes okkupiert und annektiert worden. Außerdem sind zahlenmäßig ins Gewicht fallende Aussiedlungen und Verschleppungen aus Pommern, aus Schlesien, aus dem Karpathenraum usw. durchgeführt worden. Wenn wir die Zahl der Ueberlebenden aus diesen „Transaktionen" für 1947 nur mit 700 000 Personen annehmen, so haben wir damit wohl eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Dabei wollen wir noch unterstellen, daß in dieser Ziffer auch noch die deutschen Kriegsgefangenen des zweiten Weltkrieges enthalten sind, die sich im Osten seßhaft gemacht und Familien gegründet haben.

Für das Jahr 1947 kommen wir somit zu dem Ergebnis, daß die deutsche Volksgruppe in der UdSSR wenigstens 3,7 Millionen Menschen umfaßt haben muß. Zu dieser Ziffer müssen wir aber auch noch die Deutschversippten hinzuzählen, die durch Mischehen in den Jahren 1943—47 in den Lebenskreis der deutschen Volksgruppe getreten sind. Bei der radikalen Zerstreuung des deutschen Elementes darf angenommen werden, daß etwa 20 v. H. der damals 20- bis 40-jährigen Deutschen sich mit anderem Volkstum zu Lebensgemeinschaften zusammengetan haben; so ergibt sich für den genannten Zeitpunkt ein Gesamtbestand der deutschen Volkgruppe von rd. 4 Millionen.

Seither sind fast zehn Jahre vergangen; in diesen sind, wenn wir wiederum einen jährlichen Geburtenüberschuß von 15 je 1000 Einwohner (wie dies etwa dem sowjetischen Reichsdurchschnitt entspricht) veranschlagen, der deutschen Volksgruppe mehr als

650 000 Seelen zugewachsen. Wenn in diesem Jahrzehnt etwa 200 000 Mischehen geschlossen wurden, so ergibt sich unter Einrechnung ihrer Nachkommenschaft ein Gesamtbestand der deutschen Volksgruppe von über 4,8 Millionen, wahrscheinlich aber fast 5 Millionen Seelen.

Wo leben diese Menschen? Die Masse ist im Zuge der Stalinschen Umsiedlungspolitik in den sibirischen Raum verschlagen worden. Nur verhältnismäßig kleine Teile leben in den westlichen Reichsteilen und Okkupationsgebieten der Sowjetmacht.

Im Raum von Omsk und im Altai gab es schon um die Jahrhundertwende eine beachtliche deutsche Kolonisation. Zu diesen Siedlern stießen nun noch die aus Rußland und aus der Ukraine umgesiedelten Deutschen. Sie arbeiten vornehmlich in der Landwirtschaft im Irtyschbecken bis weit hinauf am Plateau von Karaganda, hinter Nowo-Sibirsk und im Altaigebiet. (Im Sommer 1956 verlautete, daß seit kurzem in Barnaul eine deutschsprachige Zeitung erscheinen soll.)

Auch die neue, seit 1942 aufgebaute Industrie Mittelsibiriens, vor allem im Kusbas (Kusnetzker-Becken), beschäftigt viele Deutsche.

Ein weiteres Hauptansiedlungsgebiet ist Ostsibirien, vor allem das Verwaltungsgebiet Krasnojarsk, welches fast das ganze Jenisseibecken umfaßt. Jahrelang wurden dorthin zur Arbeit in den Gebirgstälern, in den Taigawäldern und in der Tundra die deutschen Zwangsarbeiter verwiesen, die ihre Lagerstrafen verbüßt hatten.

Ferner gibt es ausgedehnte deutsche Siedlungen im Gebiet von Irkutsk. Zahlenmäßig weniger stark, aber doch recht beachtlich sind schließlich die deutschen Siedlungen im Gebiet von Tschita und im Amurbecken.

An der sibirischen Westflanke konnten um 1950 größere Ansammlungen deutscher Bewohner festgestellt werden im Raum von Swerdlowsk, vor allem in den Forst- und Bergbaugebieten entlang und nördlich der Linie Swerdlowsk-Molotow (Jekaterinburg-Perm).

Auf dem europäischen Territorium der Sowjetunion sind Deutsche nach 1947 in größerer Zahl festgestellt worden: im Petschora-Becken und in der nördlichen Komi-ASSR, ferner im Gebiet Archangelsk und Kostroma.

Schließlich sind noch größere deutsche Restsiedlungen im Gebiet von Königsberg anzutreffen. Allerdings ist die Mehrzahl der deutschen Bewohner des sowjetisch besetzten Ostpreußens entweder zwangsweise ausgesiedelt worden oder freiwillig abgewandert, d. h. dem harten Druck der Okkupationsverwaltung ausgewichen. Man findet sie teilweise in Litauen und in Weißruthenien verstreut.

Eine zahlenmäßige Uebersicht, die Anspruch auf Exaktheit erheben könnte, wird außer der KGB (Kommission für Staatssicherheit) wohl niemand geben können. Trotzdem soll versucht werden, im Nachstehenden ein ziffernmäßiges Bild zu geben, um damit dem Leser eine größenordnungsmäßige Verteilung der deutschen Ostsiedlung zu vermitteln. Von der deutschen Volksgruppe in der Sowjetunion lebten (1953)

in Ostsibirien und Fernost etwa	40 v. H.
in Westsibirien und Karaganda etwa	38 v. H.
in Mittelasien	2 v. H.
in Nordrußland (Archangelsk, Petschora usw.)	12 v. H.
in westlichen und südlichen Reichsgebieten (Litauen, Königsberg, Ukraine)	8 v. H.

Die geschilderte Sachlage hat in mehrfacher Hinsicht richtunggebende Bedeutung für die Urteilsbildung der öffentlichen Meinung im Westen. Vor allem ist festzustellen, daß die Deutschen im Osten einen wichtigen Platz im Kreis der sibirischen Nationalitätenfamilie einnehmen. Sibirien zählte um die Zeit von Stalins Tod etwa 31—32 Millionen Einwohner, wovon ein knappes Drittel Großrussen waren. Die Bevölkerung dürfte nach Aufhebung der strengen Bestimmungen über die Zwangsansiedlung bis 1956 eher gesunken als gestiegen sein.

Ferner zeigt die geographische Streuung der deutschen Ansiedlung, daß in den westlichen Reichsteilen nur ein Bruchteil der deutschen Volksgruppe ansässig ist.

Alle Bestrebungen, die auf die Beseitigung oder Milderung des an den Deutschen begangenen Unrechts gerichtet sind, müssen somit in ihrer Rechnung zwei Grundwahrheiten gebührend berücksichtigen:

1. Durch Rückführung ausgesiedelter Reichsdeutscher aus Sibirien in den Westen sind die offenen Probleme nicht zu lösen!

2. Eine Verständigung, die nicht bloß regierungslänglichen Charakter haben soll, ist nur zu erreichen, wenn der deutschen Volksgruppe in Sibirien zusammen mit den anderen Nationalitäten ein echter Autonomiestatus und unbehinderte Entfaltung der kulturellen Kontakte mit dem Gesamtvolk gewährt wird!

6. DAS SOWJETISCHE EISENBAHNWESEN

Erstrebtes und Erreichtes

Das Gesamtnetz der sowjetrussischen Eisenbahnen, die derzeit in Betrieb sind, umfaßt annähernd 110 000 Kilometer Breitspur; außerdem gibt es noch etwa 6000 bis 8000 Kilometer andere Spurweiten.

Das Netz an Binnenschiffahrtsstraßen, die in Benutzung sind, umfaßt ebenfalls annähernd 100 000 Kilometer. An Landstraßen erster Ordnung gibt es etwas mehr als 100 000 Kilometer; sie sind im großen Durchschnitt etwa im Zustand wie die deutschen Straßen zweiter Ordnung. Die beflogenen Luftverkehrslinien sollten 1955 ein Netz von 150 000 Kilometer umfassen.

Der Massenverkehr wird von der Eisenbahn abgewickelt, auf die etwa 80 bis 85 v. H. der geleisteten Tonnenkilometer entfallen. Von der Entwicklung der Binnenschiffahrt wird viel geschrieben, doch liegt ihr Anteil (nach Tokm.) nur bei 18 bis 20 v. H. des Gesamtverkehrs. Auf den Wolga- und Donverkehr entfallen bemerkenswerterweise mehr als 80 % des gesamten Güterverkehrs, der auf Binnenwasserstraßen abgewickelt wird. Diese haben also im Ganzen noch eine sehr große ungehobene Kapazitätsreserve.

Das sowjetische Eisenbahnwesen hat seit 1930 eine recht beachtliche Fortentwicklung durchgemacht. Die 1955 von mir befahrenen Strecken wurden in sehr gutem oder gutem Zustand angetroffen. Die Fahrbetriebsmittel scheinen wohl zu $^4/_5$ erst nach der deutschen Kapitulation in Dienst gestellt worden zu sein. Weit über $^2/_3$ aller benutzten Güterwagen entfallen nach unseren Beobachtungen auf 60-Tonner, d. s. die sogenannten Pullmannwagen. Automatische Kupplung wurde bei über 90 v. H. aller Wagen festgestellt. Die automatische Bremsung scheint 100%ig eingeführt zu sein.

Der Oberbau ist auf den Hauptstrecken durchwegs gut gepflegt, für seine Erhaltung konnte die Anwendung arbeitssparender Arbeitsmittel (so z. B. Trichterautomaten für Neubeschotterung) beobachtet werden.

Der Lokomotivpark wie auch der Wagenpark stammen zu einem erheblichen Prozentsatz aus dem Ausland. Nach den Fabrikationszeichen sind Ungarn und Rumänien die wichtigsten Lieferanten. Der Zustand der Fahrbetriebsmittel war als sehr gut zu bezeichnen.

Die Verkehrsdichte auf den sowjetischen Eisenbahnen scheint noch über den Leistungen von 1939 zu liegen. Nach damaligen Untersuchungen hatten die sowjetischen Bahnen im Vergleich zu den deutschen Reichsbahnen die doppelte, im Vergleich zu den amerikanischen Eisenbahnen etwa die 7fache Verkehrsdichte. (Leistungsindex: Netto-Tonnenkilometer je Betriebskilometer.)

Das Eisenbahnnetz der Sowjetunion östlich des Urals ist nicht sehr dicht, es dürften zur Zeit dort nicht viel mehr als 12 000 Kilometer Eisenbahnstrecken in Betrieb sein. Eine neue Transversalbahn von Salehard an der Obmündung nach Osten in der Richtung Dudinka oder Norilsk ist im Bau; sie soll über die Lena weitergeführt werden und in Ochotsk oder Komsomolsk enden. Oestlich Krasnojarsk zweigt von der sibirischen Hauptstrecke eine neue Bahn durch das Waldgebiet von Taischet in allgemeiner Richtung nach Jakutsk ab. Diese Strecke, die sogenannte Trasse 507, war im April 1955 bis Lena (an der Lena) fertiggestellt und in Betrieb genommen worden. Diese Trasse soll weiter östlich die oben erwähnte Transversale treffen. Der Ausbau dieser Strecke soll der Erschließung der sibirischen Wälder und Minen dienen.

Südlich der sibirischen Hauptstrecke wurde eine zweite Durchgangslinie für den Erz- und Kohlentransport zwischen Magnitogorsk und Stalinsk gebaut. Das letzte Verbindungsglied dieser Strecke zwischen Akmolinsk und Pawlodar wurde vor dem festgesetzten Plan-Termin im Jahre 1952 feierlich unter der persönlichen Leitung des Verkehrsministers der UdSSR eröffnet. Dieses Ereignis schilderten damals die Zeitungen als einen großen Erfolg der Planwirtschaft. In Zukunft wird, so sagte oder schrieb man, der ganze Massenverkehr, der zwischen Ural und Altai in beiden Richtungen läuft, nicht mehr die sibirische „Magistrale" belasten.

Dann hörte man nichts mehr und es schien alles in schönster Ordnung, bis im Sommer 1954 eine sibirische Provinzzeitung Alarm

schlug und einen Skandal aufdeckte, der als typisch für verantwortungsloses Verhalten scharf angeprangert wurde. Ein Reporter hatte wahrscheinlich kein Schweigegeld erhalten und entdeckte daher, daß der Zug, mit dem der Minister den Betrieb auf dem Anschlußstück bei Akmolinsk eröffnet hatte, der erste und letzte Zug war, der die genannte Strecke durchfahren hatte. Der Reporter berichtete weiter, daß die Bahnhöfe zwar voll besetzt seien, daß das Personal seinen Dienst turnusmäßig abwickle, daß aber kein Zug fahre! Der Unterbau sei viel zu schwach für normalen Verkehr, die Signaleinrichtungen seien unbrauchbar und selbst für Draisinen seien Geschwindigkeitsbeschränkungen nötig!

Die sibirische Hauptstrecke ist in technisch einwandfreiem Zustand, der Verkehr ist insbesondere östlich des Jenissei sehr dicht. Das erklärt sich daraus, daß sich auf diesem Abschnitt bis Ulan-Ude der gesamte Europadurchlauf und der sibirische Eigenverkehr auf dieser einen Strecke zusammenballen.

Oestlich Nowo-Sibirsk entfällt nach unseren Beobachtungen etwa 1/5 des Güterwagen-Durchlaufes auf Chinatransporte aus Rußland und den westlichen Volksdemokratien. China muß versorgt werden; das See-Embargo und der Mangel an eigenem Schiffsraum zwingen allem Anschein nach dazu, den teuren Landweg zu benutzen. (Nach sowjetrussischen Berechnungen entstehen für 1 Tokm. Eisenbahntransport die gleichen Kosten wie für 2 Tokm. Binnenschiffahrt oder 15 Tokm. Hochseetransport. Bei Berücksichtigung der Entfernung kostet demgemäß der Transport quer durch Sibirien etwa das 5- bis 6fache des Transportes über See von Odessa nach Schanghai.)

Dieser China-Transport ist volkswirtschaftlich jedenfalls mit bedeutenden Verlusten verbunden. Außerdem blockiert er den Transportbedarf der Wehrmacht, den Holzexport usw. Ferner entstehen dadurch auch gewaltige Erschwerungen für die Zulieferung von Investitionsgütern, die aus dem Westen für die neu aufzubauenden Industriebetriebe benötigt werden.

Der Ausbau des Eisenbahnnetzes erfolgt in erster Linie nach geopolitischen und weniger nach innerwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Bemerkenswert ist dafür in mehrfacher Hinsicht die Eisenbahnpolitik, welche die Sowjetregierung in den Vorfeldländern betreibt. In den westlichen Satellitenstaaten, deren Außenwirtschaft sich doch zum überwiegendsten Teil nach der UdSSR hin orientiert, hat man die Normalspur beibehalten. Man hat in Deutschland und Ungarn sowie in Polen auch auf wichtigeren Strecken das zweite Gleis abwracken lassen, man hat dort die Bahnverwaltungen vielerorts veranlaßt, von der elektrischen Blockung und Weichensperrung abzugehen und sich mit Schlüsselweichen zu begnügen. Im Osten schlägt man andere Wege ein!

Der Wunsch, China als Bündnismacht nicht ganz zu verlieren, veranlaßte die Sowjetregierung im Herbst 1952 einen Vertrag abzuschließen, dem zufolge mit Ende Dezember des gleichen Jahres die Verwaltung und Sicherung der mandschurischen Eisenbahnen der chinesischen Regierung übergeben wurde. In der nachfolgenden Zeit wurden auch die Versicherungskonzerne und wichtige Industriebeteiligungen, die bei der Okkupation der Mandschurei in sowjetische Hände gefallen waren, an Rotchina abgetreten.

Andererseits setzte die Sowjetregierung durch, daß die chinesischen Eisenbahnen, mindestens nördlich des gelben Flusses, auf Breitspur umgenagelt werden müßten. Mit betont feierlicher Geste wurde im Winter 1954/55 der „erste durchgehende Expreß" auf der Strecke Peking-Moskau abgefertigt und ebenso feierlich am Zielort empfangen.

Nicht weniger bedeutsam war auch der überstürzt eilige Eisenbahnbau durch die Mongolei und die Gobi. Damit soll eine zweite verkürzte Verbindung mit Peking hergestellt werden. Noch ein anderes Projekt wurde gleichfalls im Winter 1954/55 bekanntgegeben: Der Bau einer Eisenbahn, die Alma Ata (Kasachstan) über Urumtschi, quer durch Sinkiang, mit Ostchina verbinden wird. Die ersten Meldungen über diese Projekte kamen im Dezember 1954 durch die sowjetische Presse. Bereits im April 1955 konnte man in der Presse Erfolgsmeldungen lesen, aus denen zu entnehmen war, daß der Verkehr behelfsmäßig auf den beiden neuen Eisenbahnen noch 1955 aufgenommen werden sollte. Wenn wir vergleichen, wie schleppend der doch auch militärisch wichtige Bau

im Norden vor sich geht, so kann man daraus die entsprechenden geopolitischen Schlüsse ziehen.

Im ganzen wäre zu sagen, daß das Transportproblem nach der Werkzeugmaschinen-Produktion den wundesten Punkt des sowjetischen Kriegspotentials bildet. Die amerikanischen Fachleute sehen daher auch in dem Transportsystem einen potentiellen Schwächeherd der sowjetischen Wehrwirtschaft.

Es wäre aber verfehlt, wenn man den Stand der wehrwirtschaftlichen Motorisierung als rückständig abtun wollte. Die Sowjetunion verfügte 1955 zwar nur über 350 000 Pkw., besaß aber über 2,5 Millionen Nutzkraftfahrzeuge. Zur gleichen Zeit verfügten Großbritannien, Westdeutschland, Frankreich und Italien zusammen auch nicht über mehr als 2,6 Millionen Nutzfahrzeuge (vgl. Neues Oesterreich, Wien, 15. 7. 1956).

Die von den Eisenbahnen in der UdSSR beförderten Gütermengen waren 1953 mehr als 8 mal so groß wie 1938, das ist eine höchst beachtliche Leistung. Der geographische Charakter des Landes, dessen Bevölkerungszentren großenteils weit von den Rohstoffquellen entfernt liegen, zieht natürlich ein großes Frachtvolumen nach sich. Die Wirtschaft ist zudem vom Eisenbahnsystem stärker abhängig als in Amerika und Westeuropa; denn die russischen Eisenbahnen bewältigen 85 Prozent des gesamten aufkommenden Passagier- und Frachtverkehrs, die amerikanischen dagegen nur 50 Prozent.

Große leistungsfähige Ueberlandstraßen für Personenautos und Lastwagen gibt es kaum, obwohl sich die Regierung neuerdings bemüht, die Eisenbahnen im Nahverkehr durch vermehrten Lastwageneinsatz zu entlasten.

Die russische Autoindustrie ist noch verhältnismäßig rückständig. Die amerikanische Automobilproduktion ist fünfzehnmal, die westeuropäische viermal so groß wie die in der Sowjetunion.

Dazu kommt aber noch, daß infolge von Materialmängeln und der derben Behandlung die Lebensdauer der Maschinen (Autos, Traktoren usw. usw.) in der UdSSR. wesentlich kürzer ist als etwa in Mitteleuropa. So ist daher auch ein größerer Teil der Produktionskapazität durch die Ersatzproduktion beansprucht!

Trotzdem kann man nicht sagen, daß die Motorisierung (verkehrswirtschaftlich gesehen) erheblich hinter Westeuropa zurückliegt. Wohl aber ist dies im Vergleich zu den USA der Fall. Nach „The American Automobile" (New York) liefen in den USA Ende 1955 rd. 51 Millionen Pkw. und 11 Millionen Nutzkraftfahrzeuge. Die Sowjetunion verfügte zum gleichen Zeitpunkt über 350 000 Pkw. und über etwas mehr als 2,5 Millionen Nutzkraftfahrzeuge. Zum Vergleich mit Westeuropa: Frankreich, Großbritannien, Italien und Westdeutschland, die zusammen rd. 180 Millionen Einwohner (UdSSR. — 200 Millionen) zählen, besaßen insgesamt 12,5 Millionen Pkw., aber auch nicht mehr als 2,6 Millionen Nutzfahrzeuge.

Eine große Rolle spielt, daß die Sowjetunion im Vergleich zu den USA nur über verhältnismäßig wenig Motorfahrzeuge und wenig moderne Landstraßen, ferner nur über eine kleine, nicht besonders leistungsfähige Handelsmarine und eine geringe Anzahl von Erdöl-Fernleitungen verfügt. Selbstverständlich hätte der Kraftwagen in der UdSSR in Anbetracht der Großräumigkeit eine wesentliche Bedeutung nur als Nahverkehrsmittel (bis 120 km). Autobahnen sind daher hier auch weniger nötig. Das Bestreben, es Amerika unter allen Umständen gleich zu tun, kommt z. B. darin zum Ausdruck, daß man Kraftomnibusse von Moskau nach Jalta oder Suchum einrichtet. Das wirkt wie ein kindliches Plagiat auf ein ohnehin nicht erstrebenswertes Vorbild.

Das sowjetische Transportwesen zeigt verschiedene Schwächen und steht daher in den letzten Jahren auch im Mittelpunkt einer wachsenden Kritik. Vor allem die Transportweiten steigen, über 40 % der Eisenbahnfracht werden bereits auf Entfernungen von über 1 700 Kilometer befördert; $^1/_5$ der Nutzlast muß sogar einen Weg von 3 200 Kilometer und darüber zurücklegen!

Einzig und allein die Binnenschiffahrt und das Luftverkehrsnetz sind relativ gut ausgebaut, jedoch verlaufen die meisten Flüsse in Nordsüd-Richtung, bieten also für Ostwest-Verbindungen wenig Hilfe und sind im Winter meist zwei bis acht Monate lang zugefroren.

Die Binnenkanäle und Flüsse werden vielfach nicht oder zu wenig ausgenützt, auch dort, wo die Verhältnisse (wie z. B. auf der

Kama) an sich günstig wären. So stellte u. a. die Moskauer „Iswestja" am 17. April 1954 fest, daß seit der Inbetriebnahme des Wolga-Don-Kanals noch keinerlei Industrie-Erzeugnisse aus dem Stalingrader Gebiet über diesen neuen Wasserweg befördert worden waren.

Die Folge davon ist, daß besonders auf den Uralstrecken und im ukrainischen Donezbecken ein ungeheuer dichter Zugverkehr bewältigt werden muß. So rollen auf der besonders wichtigen Industrielinie Rostow-Dnepropetrowsk die Lastzüge zeitweise in Abständen von nur 1 km (!). Was sich hier auf den ersten Blick als imposante Leistung anbietet, ist in Wirklichkeit das Ergebnis einer verkehrspolitisch folgenschweren Fehlorganisation. Kaganowitsch war sich dieser Tatsache auch voll bewußt und drängte nicht umsonst mit allem Nachdruck auf die Verstärkung der gemischten Eisenbahn-Wasser-Beförderung.

Nach den Feststellungen von Gudok („Gudok", Moskau, Folge vom 8. 2. 1955) nutzte 1954 der Eisenbahntransport bei weitem nicht alle Möglichkeiten aus zur weiteren Erhöhung des Gütertransportes, zur Verbesserung der Arbeitsqualität, zur Senkung der Produktionskosten. Zahlreiche Strecken erfüllten den Transportplan und den allgemeinen Ladeplan nicht. Ungenügend wurde auch die Ladefähigkeit der Waggons ausgenutzt. Gudok schreibt:

„Auf zahlreichen Strecken ist die Entfaltung der Beförderungskapazität behindert. Der Fahrplan wird nicht eingehalten. Man ignoriert die unrationelle Ausnützung der Waggons und Lokomotiven. Neben zahlreichen Strecken, auf denen die Verkehrsgeschwindigkeit erhöht werden konnte, gibt es Strecken, die 1954 nicht einmal den Geschwindigkeitsindex von 1953 erreichten. Dazu gehören z. B. die Direktionen Ufa, Süd-Ural, Karaganda, Omsk.

Im Jahr 1954 wurde ferner der Plan zur Beschleunigung des Wagenumlaufs und zur Erhöhung der durchschnittlichen Tagesleistung der Lokomotiven nicht erfüllt. Besonders im Rückstand sind auf diesem Gebiet die Direktionen Kasan, Orenburg, Swerdlowsk, Süd-Ural, Karaganda und Omsk."

Infolge wesentlicher Mängel in der Arbeitsorganisation erfüllten zahlreiche Strecken 1954 den Plan zur Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht. In den ersten neun Monaten überzogen viele Strecken vor allem den Lohnfonds und die geplanten Transportkosten. Erst im letzten Quartal wurde der Rückstand „insge-

samt gesehen", aufgeholt und der Plan „über"erfüllt. Allerdings gelang es den Eisenbahndirektionen Orenburg, Aschchabad, Ost-Sibirien, Moskau, Kursk, Donbas und einigen anderen nicht, den Kostenplan zu erfüllen und den überschrittenen Lohnfonds auszugleichen.

Der Plan für 1955 sah eine weitere Erhöhung des Ladegewichts der Züge vor. Die Aufgabe der Zugleitungen (Dispatcher) besteht darin, den hochlastigen Zügen alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die Zusammenstellung der hochlastigen Züge und ihre ungehinderte Durchfahrt durch die Abschnitte sicherzustellen sowie die Abfahrt nicht voll ausgelasteter Züge zu unterbinden.

Eine hochwichtige Maßnahme zur Senkung der Transportkosten wäre die Einsparung von Brennstoff auf den Lokomotiven. Indessen haben die Direktionen Priwolsje, Orenburg, Karaganda, Ufa usw. einen Mehrverbrauch an Brennstoffen aufzuweisen. Der Eisenbahntransport verschlingt einen bedeutenden Teil der Brennstoffreserven des Landes, daher sollte es die erste Pflicht des Verkehrsministeriums, der Leiter der Direktionen und der Lokomotivbrigaden sein, Brennstoff einzusparen.

Die Leiter der industriellen Betriebe und Organisationen beschweren sich Pressemeldungen zufolge immer wieder heftig darüber, daß sie keine Waggons zum Beladen erhalten. Waggons (zur außerplanmäßigen Beladung) und große Summen an Transportkosten könnten gespart werden, wenn besser und schneller geladen würde. Die Eisenbahnen und die Industriebetriebe tun immer noch recht wenig, um neue rationelle Lademethoden einzuführen.

Auf zahlreichen Zufahrtsstrecken zu den Schächten und anderen Industriebetrieben wird infolge des Fehlens von Waggonwaagen das Lastgewicht nach dem Volumen bestimmt. Das Kombinat „Workutaugolj", das über keine Waggonwaagen verfügt, läßt die Waggons mit durchschnittlich drei Tonnen Untergewicht ablaufen. Eine Kontrolle im Hafen von Rostow brachte an den Tag, daß innerhalb eines Monats über 60 Prozent der im Hafen eingelaufenen, mit Kohle beladenen Waggons durchschnittlich 1,8 t zu wenig geladen hatten. (Vgl. „Gudok" v. 8. 2. 1955.)

Infolge der Nichterfüllung des Holzbeschaffungsplanes im euro-

päischen Teil der UdSSR durch das Holzindustrieministerium stieg der Anteil der Holztransporte aus Ostsibirien; das hatte ein Ansteigen der durchschnittlichen Transportentfernung für Holzlasten um 187 km gegenüber 1950 zur Folge. Auf diese Weise entstanden 1954 zusätzliche Transportkosten in Höhe von etwa 500 Millionen Rubel und ein Mehrverbrauch an Brennstoff von rund 100 000 t.

Das Holzindustrieministerium sollte zwar in den Waldgebieten neue Sägewerke errichten, bis zum April 1955 war jedoch nicht ein einziges Sägegatter in Betrieb genommen. Da der Transport von Rundholz 40 Prozent mehr rollendes Material erfordert als die Beförderung von Schnittholz, dürfen im Interesse der Wirtschaftlichkeit Stämme, die als Schnittholz gedacht sind, nicht mehr weiter als 800 km transportiert werden.

Das Ministerium für die Kohlenindustrie vermehrte die Kohletransporte aus dem Kusnezbecken, dem Karagandabecken und einigen anderen weit entfernt liegenden Kohlevorkommen in die zentralen Gebiete des Landes. Diese überweiten Transporte hatten zur Folge, daß die Eisenbahnen 1954 nicht weniger als 4 Milliarden t/km zusätzlich bewegen mußten und die Dampftraktion einen Mehrverbrauch an Kohle von 250 000 t hatte. Zahlreiche Ministerien, die mit Bauarbeiten beschäftigt sind, erschließen nicht die örtlichen Vorkommen an Steinen, Kies, Sand usw. Das Ministerium für die Baustoffindustrie der UdSSR transportiert daher u. a. Bausteine aus der Ukraine in das Gebiet Moskau. Der Tarif beträgt in diesem Fall das Zweieinhalbfache des Verkaufspreises der Steine.

Zur Beförderung von Baustoffen werden die Wasserwege so gut wie nicht herangezogen. Beispielsweise werden Steine aus der Gegend von Petrosawodsk nach Gorkij mit der Eisenbahn transportiert; das kostet pro Tonne 72 Rubel. Hier sollte (nach Meinung von „Gudok") der Wasserweg ausgenutzt werden, wenn man es schon unterläßt, Steine in der Umgebung von Gorkij selbst zu suchen.

Aeußerst unrationell gestaltet sich auch der Eisenbahntransport von Erdöl. Ueber 1 800 000 t Rohöl wurden 1954 auf Eisenbahnstrecken befördert, die entlang von Wasserläufen führen. Zur Verbilligung des Transports von Erdölprodukten ist die Anlage von

Oelleitungen von großer Bedeutung. Die durchschnittlichen Kosten der Oelbeförderung durch Leitungen betragen, nach sowjetischen Kostenvergleichen, ein Drittel bis ein Viertel der Eisenbahntransportkosten. Da der Bau von Oelleitungen jedoch langsam vorangeht, und die Inbetriebnahme sich aus diesem Grunde verzögerte, mußte das Ministerium für die Erdölindustrie der UdSSR von 1951 bis 1954 viele Dutzend Millionen Rubel für vermeidbare Eisenbahntransporte ausgeben, wodurch sich die Gestehungskosten empfindlich erhöhten.

Das Verkehrsministerium drängt zwar von sich aus darauf, so schnell wie möglich, vor allem für die stark beanspruchten Strecken, Oelleitungen zu bauen und in Betrieb zu nehmen, um damit den Eisenbahnverkehr zu entlasten. Letztenendes bleibt alles im Bürokratismus stecken.

Im letzten Jahr (1955) sollte die Betriebskapazität der Eisenbahnen östlich der Wolga wesentlich gesteigert werden. Der Bau zweiter Gleise und die Elektrifizierung, letztere vor allem in den Neuland-Gebieten, werden stark forciert. Im Lauf der nächsten drei Jahre sollen über 2000 km neue Strecken in den östlichen Neuland-Gebieten gebaut werden. Auf einem Großteil dieser neuen Linien sollte sogar schon im Spätsommer 1955 der Verkehr behelfsmäßig eröffnet werden. Ein Plan-Soll!

Ein besonders schwieriges Problem ist die Ausnutzung des Lok-Parks. Uebermäßige Belastung und schlechte Pflege führen zu einem vorschnellen Verschleiß. Schleppende Wiederinstandsetzung hat eine Verknappung der einsatzfähigen Lokomotiven zur Folge, die deshalb wiederum einer anormal hohen Beanspruchung unterliegen.

An diesem Mißstand wird häufig Kritik geübt, ohne daß sich freilich daraus günstige Folgerungen zu ergeben scheinen. U. a. monierte „Gudok" (10. 3. 1955) in einem Bericht, daß „13 Eisenbahndirektionen mit der Ueberholung der Lokomotiven nicht fertig wurden". Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Werkstätten in verantwortungsloser Weise sich nur noch um Lokomotiven bemühen, die einen geringen Reparaturaufwand erfordern. So erreicht man einen hohen Melde-Stand an „remontierten Loks." Dagegen

werden Lokomotiven, die größere Reparaturen nötig haben, mit Vorliebe auf Abstellgleise geschoben und bleiben dort bis zur Verschrottung liegen.

Im Bereich der erwähnten 13 Direktionen lagen Mitte des Jahres 1954 über 100 Lokomotiven, die bereits ein bis zwölf Jahre auf Instandsetzung warteten, auf der Strecke draußen. Aber auch in den Werkstätten selbst standen nach den Erhebungen von „Gudok" viele Dutzende Lokomotiven eben so lange herum. Niemand kümmert sich um sie, allmählich werden sie ausgeschlachtet. Ein großer Teil reparaturfähiger Lokomotiven verrostet in der langen Standzeit so sehr, daß sie nur noch verladen abtransportiert werden könnten.

Eine ähnliche Lage zeigt sich auch in der Wagenwirtschaft. Hier kommt aber noch hinzu, daß ein wachsender Teil des einsatzfähigen Wagenparks infolge Nichtentladung oder infolge Benutzung als Wohnwagen jahrelang dem Verkehr entzogen bleibt. Fast auf jedem Bahnhof sieht man bei der Durchfahrt solche Wohnwagen; auf größeren Bahnhöfen füllen diese meist mehrere Gleise. Hinsichtlich der Nichtentladung angelieferter Waggon-Sendungen sind die häufigen Glossen in der Presse von nicht zu überbietender Deutlichkeit. In diesem Zusammenhang sei an einen Bericht erinnert, der sich im Herbst 1954 in einer landwirtschaftlichen Zentralzeitung fand. Danach standen im August 1954 auf sowjetischen Bahnhöfen etwa 1250 mit Düngemitteln beladene 60-Tonner, deren Wagenstandsgeld sich bereits auf etliche Millionen Rubel belief. Es kam dabei zu Tage, daß diese Waggons durchwegs eine Standzeit von wenigstens drei Monaten, in der Mehrzahl aber von fünfzehn Monaten und einige hundert Wagen bereits eine solche von 28 bis 40 Monaten hinter sich hatten.

Abschließend läßt sich feststellen, daß das sowjetische Verkehrswesen technisch zwar durchaus auf zeitgemäßem Niveau steht, daß aber seine Kapazität weder den Erfordernissen genügt noch wirtschaftlich ausgenutzt wird.

7. SIBIRIEN — DAS ASIATISCHE KANADA

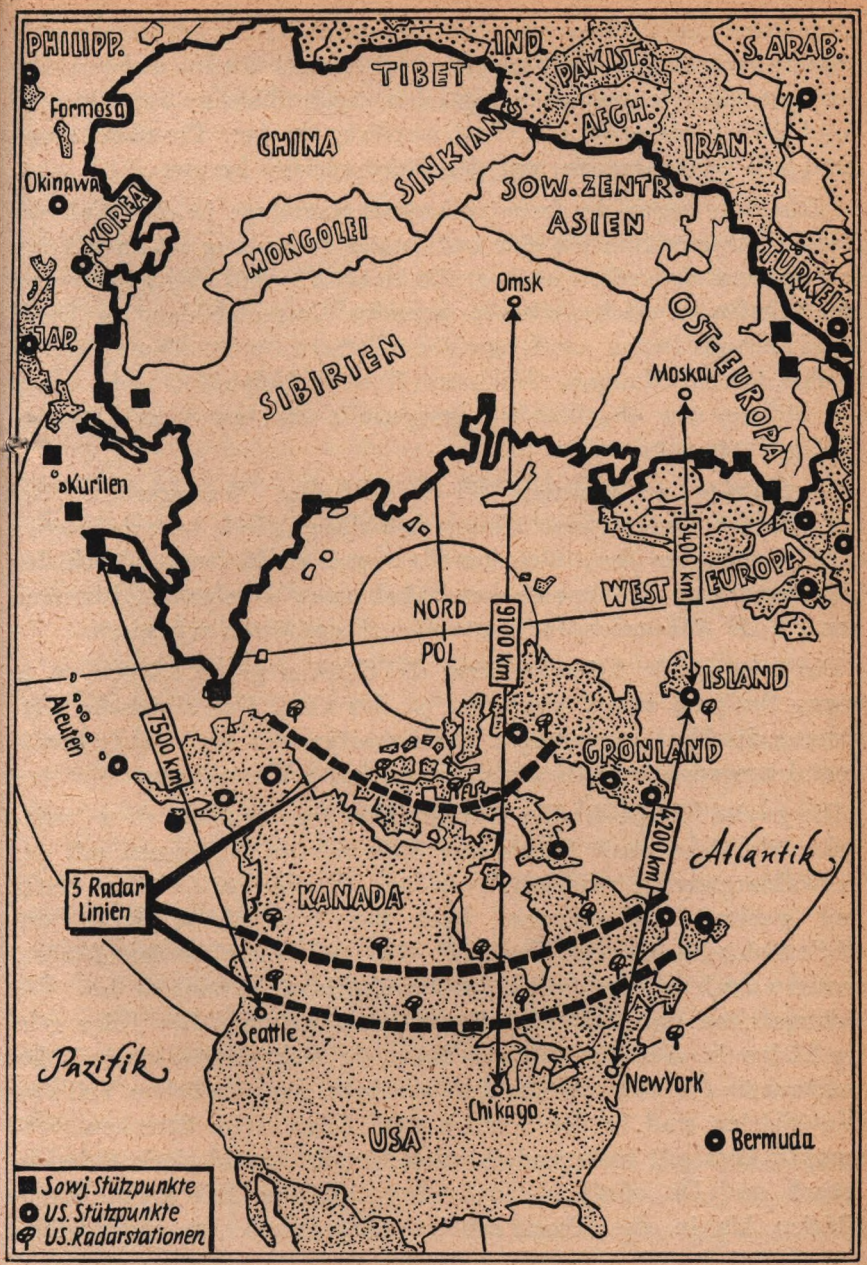
Wenn man in Mitteleuropa, ja selbst noch in Moskau etwas von Sibirien hört, so verbindet sich damit sofort die Vorstellung von sibirischer Kälte und Trostlosigkeit. Das liegt nicht an der Landschaft! Das Grauen vor Sibirien, die Vision unerträglicher Winterkälte, von Trostlosigkeit und Hoffnungslosigkeit haben die weißen und roten Zaren heraufbeschworen, weil sie das unberührte, majestätisch weite Land seit der Eroberung durch wagemutige Kosaken als Strafkolonie benutzt haben.

Unter Sibirien begreift der Europäer schlechthin Nordasien, d. h. alles Land östlich des Ural bis zum Pazifik. Das ist geopolitisch richtig, nicht aber verwaltungsgeographisch. Verwaltungsmäßig gehört das westlichste Westsibirien (Swerdlowsk, Tscheljabinsk) nicht zu Sibirien und im südlichen Randgebiet gehört ein Streifen zur Kasachischen SSR.

Der Raum

Geographisch zerfällt Sibirien in drei Teile: Westsibirien, Ostsibirien und Ferner Osten. Diese drei Gebiete bilden eine Einheit, doch hat jeder Teil seine spezifischen Merkmale klimatischer und tektonischer Art.

Die geographische Westgrenze Sibiriens ist identisch mit der Wasserscheide zwischen Europa und Asien; sie verläuft entlang dem Uralgebirge und dem Uralflusse nach Süden bis Orsk. Vom Knie des Uralflusses bei Orsk verläuft die Südgrenze Sibiriens entlang der Wasserscheide des Irtischbeckens nach Osten in den Raum von Akmolinsk und von dort in allgemein östlicher Richtung nach Pawlodar am Mittellauf des Irtisch. Von Pawlodar zieht die Südgrenze Sibiriens den Irtisch flußaufwärts bis zur Dsungarischen Pforte, die an der Grenze Sinkiangs liegt. Die Bergspitzen des Altai sind zugleich die gigantischen Grenzsteine zwischen Sibirien und der Mongolei. Weiter östlich bilden Argun, Amur, Ussuri die politische Grenze, hinter der sich die Mandschurei ausbreitet, die seit 1945 wieder zu China gehört.


PHILIPP.
Formosa
Okinawa
KOREA
JAP.
TIBET
IND.
PAKIST.
S.ARAB.
CHINA
SINKIANG
AFGH.
IRAN
SOW. ZENTR. ASIEN
MONGOLEI
TÜRKEI
Omsk
OST-EUROPA
SIBIRIEN
Moskau
Kurilen
3400 km
WEST EUROPA
NORD POL
9100 km
ISLAND
Aleuten
7500 km
GRÖNLAND
4300 km
Atlantik
3 Radar Linien
KANADA
Seattle
Pazifik
NewYork
Chikago
USA
Bermuda
Sowj. Stützpunkte
US. Stützpunkte
US. Radarstationen

Im Osten findet dieser ungeheure Raum mit rd. 13 Millionen qkm seinen natürlichen Abschluß am Pazifischen Ozean und an der Beringstraße. Geographisch legt sich somit Sibirien von etwa 60 Grad östlich bis etwa 170 Grad westlich, in einer Frontbreite von rund 130 Längengraden, um den Nordpolraum herum.

Nicht nur wegen der beherrschenden Raumlage in der Welt des Nordens kommt Sibirien eine erstrangige Bedeutung zu. In Sibirien schlummern außerdem noch große Rohstoff- und Energiereserven. Der Westen ist reich an hervorragenden Getreideböden, im Osten und Fernost liegen umfangreiche Forsten und Montanschätze (Kohle, Eisen, Mangan, Wolfram, Kobalt, Molybdän, Gold usw.), die bislang nur oberflächlich festgestellt und nur zum kleinsten Teil genutzt wurden.

In Sibirien schlummern 90 v. H. aller Wasserkräfte der UdSSR. Die Forsten, vor allem im östlichen Teil, bedecken etwa 6 Millionen qkm des sibirischen Raumes und dürften — nach den bisherigen photogrammetrischen Erhebungen — einen Holzbestand von rd. 30 Milliarden fm wertvoller Nadelhölzer aufweisen.

Die erste große Klimabarriere, die Sibirien gegen Europa, d. h. gegen Rußland scharf abgrenzt, ist der Ural. Der sibirische Ostabhang des Ural hat weniger Niederschläge und ein stärker kontinental ausgeprägtes Klima als der russische Westabhang.

Die zweite Klimaschwelle läuft parallel zum Jenissei, etwas westlicher als dieser nach Süden und fällt in etwa zusammen mit der Verwaltungsgrenze zwischen West- und Ostsibirien. Zwischen erster und zweiter Klimabarriere liegt das Stromeinzugsgebiet des Ob/Irtisch. Es ist ein Tiefland, das nicht nur in der Tundra, sondern auch weiter südlich noch weitgehend versumpft ist. Die Gebirgsfalten zum Ural hinauf sind stark bewaldet. Die Taiga geht im Süden in die reine Steppe über, die sich allmählich auf das wasserarme Plateau von Karaganda erhebt. Im nördlichen Teil von Westsibirien sind in der Tundra und Taiga weite Strecken versumpft. Dies gilt insbesondere auch für das Landdreieck zwischen Irtisch und Ob nördlich Omsk. Im südlichen Teil greift Westsibirien bis in das Trockengebiet Kasachstans, im südöstlichen

Sektor in den Altai hinauf. Entlang der sibirischen Haupteisenbahn und den Irtisch aufwärts liegen mit die besten Schwarzerde-Böden, an die sich nördlich und östlich fruchtbare Kastanienböden anschließen.

Im Südosten, an der Grenze Sinkiangs, befinden sich nicht nur ausgedehnte Waldungen, sondern auch erstklassige weitausgreifende Weidegebiete. Im Alpenvorland des Altai liegt das weltbekannte Industriegebiet Kusbas (Kusnetzker Bassin). Dieser Industriebezirk ist reich an Kohlen- und Erzgruben; dort arbeiten große Stahlwerke und eine eisenverarbeitende Industrie, deren Kapazität vor allem nach 1941 stark entwickelt wurde. Dies geschah in den ersten Jahren hauptsächlich mit Maschinen und Anlagen, die aus den, angeblich von deutschen Truppen zerstörten Werken des Westens, rechtzeitig in Sicherheit gebracht worden waren.

Westlich des Kusbas liegt das Industriegebiet von Barnaul mit vielen schönen Werken der Leichtindustrie. Auch sie wurden zum größten Teil erst nach 1941 errichtet. Barnaul hat von früher her als muselmanisches Kulturzentrum auch heute noch unter den Kirgisenstämmen eine besondere Bedeutung, wenngleich diese inzwischen teilweise nach Alma Ata abgewandert ist.

In der Zarenzeit hatte Westsibirien als Lieferant von Butter und Getreide einen beachtlichen Ruf. Dank der forcierten Industrialisierung wuchs die Volkszahl, anderseits hat die Kollektivisierung einen erheblichen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität zur Folge gehabt. Und so ist Westsibirien nunmehr seit mehreren Jahren Zuschußgebiet.

Trotz der raschen industriellen Entwicklung kann gesagt werden, daß die weitere Zukunft Westsibiriens vor allem durch die Landwirtschaft bestimmt ist. Ostsibirien und Ferner Osten werden dagegen, trotz der auch dort vorhandenen landwirtschaftlichen Möglichkeiten, vor allem in industrieller Hinsicht besondere Bedeutung erlangen.

Zwischen der zweiten und dritten Klimaschwelle liegt Ostsibirien; es umfaßt im wesentlichen das Stromgebiet des Jenissei, der Lena, der Kolyma und des oberen Argun. Das Land ist gebirgig und stark

bewaldet. Die Taiga und der Ackerbau schieben sich (vor allem im Lenabassin) weit nach Norden vor. Die Ausbeutung der Montanlager und der Forsten ist neueren Datums, sie begann etwa 1930; in stärkerem Ausmaß wurde sie erst nach dem zweiten Weltkrieg entwickelt.

Eine langjährige Erfahrung besagt: soviel Tage unter 20 Grad Kälte in Moskau, soviel Tage unter 30 Grad in Omsk und ebenso viele Tage unter 40 Grad in Irkutsk! Andrerseits sind in Omsk oder in Irkutsk die Sommertage nicht weniger heiß als in Moskau. Winter und Sommer lösen einander ohne lange Uebergangsjahreszeiten ab. Die Zahl der Tage mit einer Durchschnittstemperatur von 0 Grad oder tiefer liegt im Jahr westlich des Ural bei 120, in Westsibirien liegt sie bei 150, in Ostsibirien aber — stets entlang der Hauptstrecke — zwischen 170 und 180! Nur im Lenatal, bis über Jakutsk hinaus, und in der Gegend des Baikalsees ist es verhältnismäßig wärmer. Vor allem im Raum von Jakutsk reicht der Getreideanbau weiter nach Norden hinein, obwohl kaum 1000 km nordöstlich von Jakutsk die Polarstadt Werchojansk liegt, die als der Kältepol der Erde gilt. Dort sollen Temperaturen von 60 Grad Kälte keine Seltenheit sein. Infolge der geschilderten Umstände sind die landwirtschaftlichen Möglichkeiten, abgesehen von der Tierzucht, in Ostsibirien sehr viel beschränkter als in den beiden anderen Teilen.

Dagegen werden in diesen, dank den neuzeitlichen Möglichkeiten, welche die Technik bietet, große Industriesiedlungen und eine umfangreiche Schwerindustrie entstehen. Die Wälder, die Energiereserven und die großen bis jetzt nur teilweise bloßgelegten Rohstofflager an Kohle, Eisen und Metallen stellen einen Reichtum dar, der noch nicht annähernd abgeschätzt werden kann.

Die dritte Klimaschwelle verläuft entlang der Wasserscheide, die das Hinterland des pazifischen Küstensaumes vom Stromgebiet der Lena und Kolyma trennt. Das westlich der Wasserscheide liegende Gebiet gehört zu Ostsibirien, weist aber (in Transbaikalien) im Pflanzenwuchs mancherlei Uebergänge auf. Das östlich der Wasserscheide liegende Gebiet mit den vorgelagerten Inseln zeigt in sich

zwar starke Klimagegensätze, unterscheidet sich gegen Ostsibirien aber sehr deutlich vor allem in der Pflanzenwelt.

Der Ferne Osten, der Raum, der hinter der dritten Klimaschwelle liegt, steht in seinem südlichen Teil unter der Einwirkung des Ochotskischen Meeres, welches man mit Recht als „Eiskeller" Sibiriens bezeichnet. Der nördliche Teil bis hinein in das Gebiet von Chabarowsk wird durch die Tundra beherrscht. In den südlichen Teilen des fernöstlichen Raumes sind die natürlichen Bedingungen für den Ackerbau durchaus günstig. Im Amurtal wird der Ackerbau durch ein Klima begünstigt, welches dem der mittleren Ukraine entspricht. Nicht sehr weit nördlich von Chabarowsk lauft das Ren um und herrscht die Tundravegetation. Westlich von Wladiwostok, das etwa an der Höhe von Nizza liegt, in der Gegend des Chanka-See blüht die Lotosblume und streicht der Tiger entlang der Ussuriniederungen nach Norden.

Oestlich der dritten Klimaschwelle fällt die völlige Abhängigkeit der Landschaft vom jahreszeitlichen Wechsel der Luftströmungen und die starke Einwirkung der pazifischen Meere auf die Wirtschaftstätigkeit des Menschen auf. Der Ferne Osten ist in den gleichen Breitegraden unwirtlicher als das trockenkalte Jakutien. Seine Bedeutung ist bestimmt durch den ungeheuren Fischreichtum der Küstenmeere, durch die Erdöllager auf den Inseln und die beherrschende geopolitische Stellung, welche die Küste von Korea bis zur Beringstraße einnimmt. Wer Chabarowsk und das dazugehörige Küstengebiet und die vorgelagerten Inseln kontrolliert, der beherrscht Ostasien und den nördlichen Pazifik!

Der sibirische Raum kann mit Fug und Recht als das „asiatische Kanada" bezeichnet werden. Etwa ein Viertel größer als Kanada, bildet Sibirien mit diesem insofern eine geopolitische Einheit, als die beiden zusammen alle nördlichen Durchfahrten und den Verkehr über dem Nordpolgebiet kontrollieren.

So wie Kanada ist auch Sibirien ein Raum der Härte, nicht leicht zu erschließen, aber mit den größten Möglichkeiten. Die Produktivkräfte und Möglichkeiten Sibiriens sind in Anbetracht der viel größeren Holz-, Energie- und Rohstoffreserven den gigantischen Aussichten Kanadas weit überlegen.

Die Bevölkerung Sibiriens wird für 1955 mit knapp 31 Millionen Einwohnern angesetzt, dürfte sich inzwischen aber infolge Aufhebung der Zwangsansiedlung wohl vermindert haben. Die Siedlungsdichte ist demnach äußerst dünn und beträgt weniger als 2,5 Einwohner je qkm.

Noch immer drängt sich die Hauptmasse der Bevölkerung mit etwa 75 v. H. der gesamten Einwohnerschaft auf einem Streifen zusammen, der auf beiden Seiten der sibirischen Haupteisenbahn und der Turksib entlang in einer Breite von etwa 200 km verläuft.

Alle bedeutenderen Städte wie Tscheljabinsk, Swerdlowsk, Omsk, Nowo-Sibirsk (das „sibirische Chikago"), Barnaul, Stalinsk, Tomsk, Krasnojarsk, Irkutsk, Tschita, Chabarowsk, Komsomolsk usw. liegen in diesem Streifen, der nach Osten allmählich schmäler wird.

Abseits dieses Streifens ist nur noch im Gebiet zwischen Tscheljabinsk und Magnitogorsk, im Altaivorland und im Lenatal eine etwas dichtere Besiedlung festzustellen; nirgends aber überschreitet diese 25 Einwohner je qkm.

Der ganze weite Norden vom Ob über die Tajmirhalbinsel bis zur Tschuktschen-Halbinsel an der Beringstraße ist dünn, ja kaum besiedelt. Um 1950 gab es hier nur einige Siedlungen mit vielen großen Straflagern und Zwangsversiedelten, die in Fischereibetrieben oder im Goldbergbau (Tajmir, Kolyma) beschäftigt waren. Daneben gab es noch einige kleine einheimische Volksstämme, die ihr Leben als Rentierzüchter oder Jäger fristeten. Fischerkolchosen wurden insbesondere auf den Inseln errichtet. Auch die Erdölproduktion (Kamtschatka) wurde erheblich ausgebaut und erhöht. Vor allem in diesen Randgebieten setzte man in größerem Ausmaß Russen an, weil man nur von ihnen noch eine gewisse Reichstreue erwartete.

Die Erschließung Sibiriens setzt große Anstrengungen voraus. Die Verwirklichung derartiger Absichten hängt aber davon ab, ob und inwieweit die staatliche Wirtschaftsplanung sich von doktrinären Komplexen der Ideologen freimachen kann. Viel, ja alles kommt darauf an, ob und inwieweit Menschen für die Entfaltung der sibirischen Raumkräfte aktiviert werden können.

Die nationale Struktur

Sibirien ist ähnlich wie Kanada oder Argentinien ein Schmelztiegel, besser noch ein Hochofen, in dem ein neuer Stahl im Werden ist. Nichts wäre unrichtiger, als zu glauben, daß Sibirien russisch ist! Die Russen stellen in der Sowjetunion keine Mehrheit dar, in Sibirien sind sie eine starke Minderheit.

Bald nach der Landnahme durch die Kosaken kamen aus Rußland auch Handwerker, Händler und Bauern nachgezogen. Sie alle wanderten nach Osten in der Erwartung, dort ein freieres Leben zu führen. Leibeigene entwichen ihren Gutsherren, Sektenanhänger flüchteten vor dem Kerker und durften ostwärts des Ural ungehindert ihren Kult entfalten.

Die Besetzung Sibiriens durch die Kosaken (unter Jermak) begann 1581 und schritt dank der spärlichen Besiedlung rasch und ungehindert fort. Bereits 1632 wurde Jakutsk/Lena gegründet. Kosaken erreichten 1649 als erste Europäer den Pazifik an der Küste des Ochotskischen Meeres.

Die Besitznahme von Transbaikalien ging dagegen nur unter schweren Kämpfen und darum auch langsamer vor sich. Der Vorstoß in dieses Gebiet, von Irkutsk aus 1648 unternommen, scheiterte am Widerstand der Burjäten. Die Besetzung des Amurlandes erfolgte darum vom Norden, von Jakutsk, her.

Chabarow legte mit seinen Kosaken 1651/52 ein Winterlager an der Mündung des Ussuri an; dieses mußte gegen heftige Angriffe der Mandschus verteidigt werden. Aus dem Winterlager entwickelte sich die Großstadt Chabarowsk!

Kosaken siedelten zunächst vor allem an der Westgrenze Sibiriens im Raum von Jekaterinburg (heute: Swerdlowsk), im Süden im Raum von Orsk (der Heimat Pugatschews!) und weiter westlich bei Orenburg (heute: Tschkalow).

In der folgenden Zeit entstanden ausgedehnte Wehrbauernsiedlungen der Kosaken im Raum von Tschita, am Amur und am Ussuri.

Von Russen und Ukrainern zogen nach Sibirien staroveri (Altgläubige), Baptisten, Adventisten, Nudisten usw. Nach Sibirien kamen auch deutsche Siedler — vor allem Mennoniten aus dem Gebiet von Samara, aus der Südukraine und aus der Krim. Mit ihnen und hinter ihnen kamen Tschechen, Italiener, Griechen zu vielen Tausenden und Zehntausenden.

Frühzeitig begann die Zarenregierung daneben aber auch bereits mit der Zwangsansiedlung von Leuten, die in Rußland unerwünscht waren. Das waren demokratisch gestimmte Russen, Finnen, Polen, Letten, Ukrainer und Litauer. Daneben wurden in kleinerem Umfang auch Kriminelle deportiert.

In der Stalinära hat sich dieser Zustrom vervielfacht. In der Zarenzeit kamen um 1900, wie man erzählt, jeweils neben 10 000 Neusiedlern kaum 1000 Zwangsverschickte nach Sibirien. In den ersten Jahren der bolschewistischen Herrschaft sollen Zwangsverschickungen kaum oder garnicht vorgekommen sein. Unter Stalin haben sich, vor allem seit 1930, die Verhältnisse radikal gewandelt. Man rechnete auf je 10 000 mit Umsiedlerprämien angelockte freiwillige Einwanderer jeweils mehrere 100 000 Peresilenzen, d. h. Zwangsverschickte.

Während der Zarenzeit waren die Einwanderer ins Land gekommen mit der Hoffnung auf mehr Eigenständigkeit, als der Westen gewährte. Landeskenner versichern, daß zu damaliger Zeit das Leben in Sibirien von staatswegen weniger gegängelt wurde als in Amerika, geschweige denn in Europa.

In der Stalinära kam die Masse der Neusiedler als Zwangsverschickte nach Sibirien, der übrige Teil überwiegend auf „sanften Druck", weil man ihn im Osten für weniger gefährlich hielt.

Von den etwa 30 bis 31 Millionen, die in den letzten Jahren Sibirien bevölkerten, dürften etwa 13 bis 14 Millionen von Eltern stammen, die vor 1917 im Land waren. Davon entfallen auf Nachkommen sibirischer Völker (Burjäten, Jakuten, Nenzen, Altaikirgisen usw.) eine knappe Million Seelen. Die „europäischen" Sibiriaken, die sog. Tscheldonen, sind Sibirier, die vor dem ersten Weltkrieg aus Europa zugewandert waren oder von solchen Eltern stammen.

Den Zuwanderungsgewinn seit der Oktoberrevolution kann man demgemäß mit etwa 16 bis 17 Millionen Seelen veranschlagen. Davon entfallen auf freiwillige Umsiedler, einschl. ihrer Nachkommen, kaum mehr als 10 v. H. Alle anderen Neu-Sibirier sind Zwangsumsiedler der sowjetischen Zeit, mit ihren auf sibirischem Boden geborenen Nachkommen.

Die sibirischen „Ur"bewohner offenbaren in ihrer Mentalität, die durch Geduld und zähe Härte charakterisiert ist, die erbgutformenden Einflüsse des Raumes am stärksten. Sie leben ihr eigenes Leben, nehmen die kulturellen Vorteile der neuen Zeit (Schulen und dgl.) nur zögernd und widerwillig an; sie sprechen kaum oder gar nicht russisch und zeigen — gleichgültig ob Schamanen, Buddhisten oder Muselmanen — für den r u s s i s c h e n Kommunismus wenig Aufgeschlossenheit. Die Burjäten zeigen ein nicht zu übersehendes Zusammengehörigkeitsgefühl zu den Mongolen in der Mongolischen Volksrepublik. Beide Stämme sympathisieren mit den Chinesen, weniger mit den Japanern und schon gar nicht mit den Russen.

Die zweite Gruppe „Altsibirier" (die Tscheldonen) sind die Abkömmlinge der in der Zarenzeit aus dem Westen zugewanderten Siedler. Sie verhalten sich bekanntermaßen ablehnend gegen die Zentralregierung und ganz besonders gegen die Agrarpolitik, die im Fernen Osten um einiges liberaler gehandhabt wurde als in den westlichen Reichsteilen.

Die Tscheldonen distanzieren sich von den Einwanderern der späteren (d. h. sowjetischen) Zeit und sind eine konstante Sorge der Sowjetverwaltung. Das sind Tatsachen, die zwar in den Geographielehrbüchern der Oberschule bagatellisiert, jedenfalls aber nicht verschwiegen werden können. Ein erheblicher Teil davon sind Kosaken, deren Beharrlichkeit ja bekannt ist.

Die „Neusibirier" brachten u. a. einen starken Zustrom von Kosaken, Tataren, Kalmüken, wohl mindestens 6 Millionen Ukrainer, von Letten und Esten zusammen etwa 1 Million, mehreren Millionen Deutschen und Deutschstämmigen. Die überwiegende Masse dieser Neusiedler ist durch die Ereignisse des zweiten Weltkrieges halb- oder unfreiwillig über den Ural gespült worden.

Regional bot die Besiedlung Sibiriens nach Stalins Tod etwa folgendes Bild: In Westsibirien lebten etwa 16 Millionen Einwohner, davon ein knappes Drittel Russen, gut ein Sechstel Kosaken, wohl ein Viertel Ukrainer, mindestens ein Zehntel Deutsche (Deutschstämmige, Deutschversippte), ebensoviel Turkvölker (Tataren, Baschkiren, Kirgisen etc.) und jeweils etliche Hunderttausend Esten, Letten, Litauer, Polen, Moldau-Rumänen, Kaukasier, Juden usw.

In Ostsibirien dürften zur gleichen Zeit etwa 10,5 Millionen Einwohner ansässig gewesen sein. Davon sollen, nach Meinung Landeskundiger, ein starkes Viertel Russen, ein gutes Zehntel Kosaken, ebensoviel Ukrainer, ein Viertel Deutschstämmige, ein Achtel Turaner (Turkvölker und Finno-Ugrer) gewesen sein. Der Rest verteilt sich auf bodenständige Burjäten und verschiedene mongolische Volksstämme, vor allem aber auch auf zwangsversiedelte Esten, Finnen, Letten, Weißrussen, Litauer usw.

Für den Fernen Osten darf eine Einwohnerzahl von etwa 4,3 Millionen Seelen angenommen werden. Wegen der geopolitischen Raumlage ist hier bei der Ansiedlung vor allem auf Slawen zurückgegriffen worden. Russen und Weißrussen, Ukrainer und Kosaken werden hier zusammen fast vier Fünftel der Bevölkerung stellen. Der Rest verteilte sich auf die verschiedensten asiatischen und europäischen Nationen.

Geopolitische Perspektiven

Viel hat sich seit der deutschen Kapitulation im Mai 1945 verändert. An die Stelle der fünf Großen sind inzwischen (wir schreiben jetzt 1956!) drei Große und zwei Neue zu weltpolitischen Faktoren geworden. Die drei Großen: die USA. die UdSSR und schließlich Rotchina, das zwar keinen UNO-Taufschein hat, aber potentiell und geopolitisch schon längst volljährig ist und in Bandung „konfirmiert" wurde. Daneben spielen weltpolitisch eine prononcierte Rolle: Indien und Aegypten!

Die geopolitischen Kraftlinien der drei Großen begegnen sich im nördlichen Pazifik, in Sibirien, in Sinkiang. Und bis hierhin — nach

Turkestan — reichen auch die letzten Fühler nicht nur Indiens, sondern auch der muselmanischen Großraum-Interessen.

Das große weltpolitische Getriebe massiert sich auf den Raum im Dreieck zwischen Beringstraße-Pamir-Hawai. Die Fragestellungen des „Abendländers" sind spätestens seit 1950 Requisiten der Vergangenheit und werden (vollends nach dem XX. Parteitag) wohl nur noch im historischen Doktorandenseminar deutscher Universitäten aktuell bleiben.

Neue Kräfte sind angetreten, neue Mittel sind entwickelt worden, die im geopolitischen Auslese-Wettbewerb zum Einsatz kommen. Die Erde bebt unter dem Tempo der technischen Entwicklung; hinter den Kulissen der politischen Intriguen treten Neugruppierungen zu einem neuen Aufbruch an, häuten sich Ideologien, werden Heilige zu Ketzern und Ketzer zu Heiligen!

In dieser Welt voller Gefahren und einer nervenraubenden Bewegung sind Sibirien und Kanada heute der Gürtel, hinter dem die Arktis als Drehscheibe des neuen Weltgetriebes gesichert werden soll. Diesen Gürtel zu schließen, muß das Ziel der großen Politik Washingtons, Londons und Moskaus sein, wenn der natürliche Expansionsdrang Ostasiens nicht an den Ural und an die Rocky Mountains heranfluten soll! Das ist zwar keine Frage von morgen, aber doch von übermorgen.

Um der Sicherung dieses Gürtels willen hat Churchill im Mai 1956 in Aachen den Deutschen einen Wink gegeben, der manche Romantik zerstört hat. Die UdSSR an den Atlantikpakt anlehnen?

Diese These Churchills und der belehrende Hinweis McCloys, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, sind eine Bestätigung der Meinung Starlingers, (vgl. Starlinger, Grenzen der Sowjetmacht, Würzburg 1955), der in seinem Buch unverhohlen zum Ausdruck brachte, daß die Sowjetunion Sibiriens wegen Rückendeckung im Westen bekommen muß. Damit ist der sibirische Raum unmittelbar ins Scheinwerferlicht der aktuellen Tagespolitik gerückt. Aufmerksam müssen wir verfolgen, was dort vor sich geht.

Der Raumdruck, der von der industrialisierten Mandschurei auf Sibirien wirkt, ist gefährlicher geworden, seit China dort wieder

Fuß gefaßt hat. Denn die Chinesen sind Siedler, die das kontinentale Trockenklima ausgezeichnet vertragen. Außerdem haben sie historische Anknüpfungspunkte, welche den Burjäto-Mongolen noch heute bewußt sind: Der Raum zwischen Jenissei und Amurmündung, ja bis zur Beringstraße gehörte einst zum Reich des Bogdo-Chans, so nannten sich die Nachfahren Kubileis. Mit diesem Kaiser von China (Kitai nennt man es im Osten) hat der Zar im 17. und 18. Jahrhundert auch die Abtretungsverträge über das Küstenland bis Wladiwostok im Süden und für das Binnenland bis zum Altai im Westen abgeschlossen.

Darum versteht man es, warum der Kreml in allerletzter Zeit der Besiedlung des sibirischen Raumes im Rahmen des 6. Fünfjahresplans so große Vordringlichkeit beimißt. Diesem Bestreben steht aber der Unwille der breiten Volksmassen entgegen, die gar keine Neigung zeigen, nach Sibirien zu gehen. Mit Strafgefangenen kann man keine Pläne mehr machen. Diese Zeit ist vorbei.

Wie schwer und fast aussichtslos es zu sein scheint, Arbeiter für Sibirien zu bekommen, zeigt ein Appell, den Chruschtschow im letzten Frühjahr an die Jugend richtete. Er verkündete, daß die zukünftigen großen Wirtschaftsprojekte ausschließlich im Osten des Reiches liegen und sagte u. a.:

„Unser Sowjetsibirien sieht ganz anders aus, als die Spießer es sich vorstellen. Der Schoß Sibiriens birgt größte Reichtümer, dort gibt es unerschöpfliche Kohlenvorräte, unerschöpfliche Vorräte an verschiedenen Metallen, an Holz und vielem anderem. Sibiriens Reichtümer sind wahrlich kolossal und wir können sie nicht brachliegen lassen, nicht unerschlossen lassen. Und wir werden sie nicht brachliegen lassen, sondern werden sie zum Wohl des Sowjetvolkes, zum Wohl unseres Landes nutzen. Und da kann unsere Sowjetjugend zeigen, wozu sie das Zeug hat, kann sie noch unerschlossene Gebiete erschließen, moderne Betriebe, Fabriken, Kraftwerke, Eisenbahnen, komfortable Städte bauen.

In den Ostgebieten des Landes leben und arbeiten Millionen Sowjetmenschen. Sie lieben ihre Heimatregion. Doch viele Ostgebiete sind noch immer nicht stark genug besiedelt und warten auf den Zuzug kühner und arbeitsamer Menschen.

Genossen Komsomolzen! Zur Erschließung der Reichtümer, die jahrhundertelang in Sibirien, im Fernen Osten, in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken brachliegen, kann der Komsomol die nötige Zahl von Genossen bereitstellen. —

Genossen! Für die wichtigsten Vorhaben des 6. Planjahrfünfts werden Hunderttausende neuer Arbeiter benötigt. Um diese Bauvorhaben mit Kadern zu versorgen, werden sich das ZK der Partei und die Sowjetregierung mit dem

Appell an die Sowjetjugend wenden, die besten Genossen zum Bau der wichtigsten Betriebe zu entsenden. Der Komsomol zählt 18,5 Millionen Mitglieder. Könnten da die Komsomolzen nicht 300 000 bis 500 000 Bauleute aus ihrer Mitte stellen? Ich denke, daß sie das ohne weiteres können. Wir glauben an die Kraft des Komsomol, der Jugend, an ihren Kampfgeist. Wir wissen, daß unsere Jugend keine Angst vor Frösten, keine Angst vor der sibirischen Taiga hat. Wir sind überzeugt, daß Ihr euch vor nichts fürchtet. Das Sowjetvolk hat vieles durchgemacht, hat noch ganz andere Schwierigkeiten überwunden. —

Für die neuen Baustellen in den östlichen, noch nicht erschlossenen Gebieten des Landes sind natürlich wirklich kühne und tapfere junge Menschen nötig, die keine Schwierigkeiten fürchten. Die Bedingungen werden dort zunächst hart sein. Damit muß man rechnen. —

Gegenwärtig gibt es in Moskau, Leningrad und anderen Großstädten Reserven an Arbeitskraft. —

In Moskau und in Leningrad, wo es schon jetzt Tausende von Betrieben und Millionen von Einwohnern gibt, sowie in einer Reihe anderer Großstädte liegt keine Notwendigkeit vor, neue Betriebe zu bauen. Je richtiger die Standortverteilung der Industriebetriebe in der Sowjetunion sein wird, je näher diese Betriebe bei den Rohstoffquellen liegen, desto besser ist das für unser Land, für unser Volk." (Aus der Rede Chruschtschows, gehalten am 11. 4. 1956 auf der Allunionskonferenz junger Bauleute.)

Am 19. Mai 1956 veröffentlichte die Prawda einen Aufruf des ZK's der KPSS und der Sowjetregierung an alle Komsomolorganisationen, an die Komsomolzen und Komsomolzinnen, an die gesamte Sowjetjugend, ihre besten Genossen auf die Baustellen in Sibirien, im Fernen Osten, im hohen Norden, nach Kasachstan und in den Donbas zu schicken. In den Industriezentren Moskau, Leningrad, Kiew, Minsk, Odessa, Charkow, Rostow/Don, Tiflis, Baku, Eriwan und anderen gibt es Arbeitsreserven, deren „Umsiedlung" in die östlichen Gebiete eine Sache von staatlicher „Zweckmäßigkeit" sei. In den Jahren 1956/57 sollen zu diesem Zweck 400 000 bis 500 000 Jungen und Mädchen abgestellt werden, die von dem „brennenden" Wunsch erfüllt sind, ihre Energien zum Wohl des sowjetischen Volkes einzusetzen.

Die Aufgabe, welche die Parteiführung damit der Sowjetjugend jetzt stellt, ist mit einer schweren Hypothek belastet. Auch der in letzter Zeit vorgenommene Abbau des Zwangsarbeitssystems kann daran nicht viel ändern. Mit dem Appell an das patriotische Bewußtsein mit der Erweckung jugendlicher Begeisterung werden nur wenige

aktiviert. Dies geht deutlich aus den Berichten und Leserbriefen hervor, die in jüngster Zeit regelmäßig in der Sowjetpresse veröffentlicht werden.

Notwendig, aber auch recht aufschlußreich scheint die offenkundige Betonung der günstigeren Lebensbedingungen in den Neu-Gebieten. So zeigt sich, daß auch die Sowjetjugend wie in anderen Ländern nur mit materiellen Genüssen, mit modischer Konfektion, mit Vergnügungsindustrie und mit Motorroller aktiviert werden kann.

Wir sehen: Sibirien gehört zur Sowjetunion, aber Sibirien ist nicht Rußland und wird d o r t auch gar nicht als solches empfunden. Sibirien ist eine Aufgabe. Sibirien wartet.

8. DIE DAUERKRISE DER SOWJETISCHEN PLANWIRTSCHAFT

Die Lage in der Industrie

Die Periode des Kriegskommunismus, wie Lenin die Phase des Bürgerkrieges bezeichnete, war im allgemeinen 1921 abgeschlossen. Ihr folgte die Periode der Neuen ökonomischen Politik (NEP). In der NEP wurden gegenüber der starren Doktrin einige Zugeständnisse an die wirtschaftlichen Erfordernisse des Lebens gemacht. Handwerksbetriebe und kleinere Unternehmungen bis zu 20 Arbeitern waren ebenso wie der private Handel in beschränktem Umfang zugelassen.

Zu dieser Epoche gehörten außenpolitisch der Rapallo-Vertrag vom 16. April 1922 und die Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu den wichtigsten europäischen Staaten. Den ausländischen Wirtschaftskräften wurde dadurch in engen Kanälen Zutritt zum „großen russischen Markt" eröffnet.

Die Zeit, in der die Sowjetregierung bereit war, mit dem Ausland in wirtschaftlichen Verkehr zu treten und Konzessionen zu gewähren, war fast ungenutzt verstrichen. Mit dem Oktober 1928 nahm die Phase der Fünfjahr-Pläne ihren Anfang.

Das Regime begünstigte nunmehr in einseitiger Weise die Schlüsselindustrien und nahm nur noch in zweiter Linie Rücksicht auf die Industriearbeiterschaft, die man dringend zum Aufbau brauchte. Die Landbevölkerung blieb unbeachtet und unbefriedigt, sie stellte eine amorphe Masse dar. Politisch nutzen konnte man nur das städtische Element, denn dieses war der Träger des proletarischen Staatsregimes.

In der Stadt lebten aber 1926 immer noch lediglich 18 v. H. der Gesamtbevölkerung. Die Sowjetregierung war daher daran interessiert, den Verstädterungsprozeß zu beschleunigen, um damit ihre Machtbasis zu verbreitern. Diese Tendenz muß man berücksichtigen, wenn man die weitere Entwicklung verstehen und richtig bewerten will.

Kürzlich wurde in der Sowjetunion ein Sammelwerk veröffentlicht, in welchem die statistische Entwicklung der Volks-

wirtschaft anschaulich gemacht wird. Danach betrug der Bevölkerungsstand im April 1956 wenig über 200 Millionen Menschen. Der jährliche Bevölkerungszuwachs soll danach bei 3,2 Millionen ausmachen. (Die „Große Sowjetenzyklopädie" gibt für 1926 eine Einwohnerzahl von 147 Millionen und für 1939 von 170 Millionen an. Der durchschnittliche Jahreszuwachs lag somit damals bei 1,8 Millionen Menschen. Die Annexionen 1939/40 vergrößerten die Einwohnerzahl auf 193 Millionen Seelen.)

Das Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung hat sich gegen 1926 stark, aber nicht grundsätzlich, gewandelt. Noch immer leben jetzt fast 57 v. H. (113 Millionen) der Gesamtbevölkerung im Dorf. Ihre agrarisch bedingte Denkweise ist also auch heute noch ein nichtzuübersehender Faktor der Innenpolitik. Darauf kommen wir noch zurück. (Der Anteil der arbeitenden Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft betrug 1913 bei 75 v. H. und ist auf 43 v. H. im Jahr 1956 gesunken, doch dürfte die tatsächliche Ziffer über der statistischen liegen.)

Nach Biehl lebten 1950 fast $^2/_3$ der Gesamtbevölkerung im Dorf. Seiner wohlüberlegten Auffassung nach hat das Dorf westlich des Ural in den Jahren 1950/54

„seinen ganzen natürlichen Zuwachs mit rd. 5 Millionen und dazu mindestens 1 Million aus der Substanz abgegeben, zusammen etwa 6 Millionen Menschen. Die Städte des Westteils selbst haben davon — in Ergänzung ihres eigenen natürlichen Zuwachses — 2,8 Millionen an sich gezogen. Der Rest von 3,2 Millionen ist nach dem Osten weitergezogen.

Das bedeutet, daß jährlich 800 000 Menschen (oder eine runde Million, wenn man die vermutliche Zuwanderung nach dem Süden des Altaivorlandes berücksichtigt) den Ural überquert haben auf ihrem Weg nach den Städten und Bergwerken des Ostens."

In der Industrie arbeiteten 1932 rund 8 Millionen Arbeiter und Angestellte; Anfang 1956 waren es rund 17,5 Millionen. Etwa 26 v. H. aller Arbeiter sind in der Schwerindustrie tätig. Darin drückt sich deutlich die scharfe Industrialisierungstendenz aus. Aber noch immer liegt der Anteil der arbeitenden Bevölkerung in Industrie und Bauwesen erst bei 31 v. H. und somit weit unter dem Anteil der Landwirtschaft.

Ein organisch geplanter Ausbau hätte erfordert, daß zuerst das Transportwesen entwickelt worden wäre und im Anschluß daran die neue Industrie. Rohstoffe waren und sind im Land reichlich vorhanden, so daß ohne besondere Importlasten das Verkehrswesen und die landwirtschaftliche Produktion parallel mit dem industriellen Wachstum der Volkswirtschaft gewachsen wären. Für die Bezahlung des verhältnismäßig geringfügigen Einfuhrbedarfes standen reichlich Rohstoffe zur Verfügung, die am Weltmarkt ohne Schwierigkeiten abzusetzen waren.

Dieser Weg war ursprünglich auch vorgesehen; aber seit 1928 machte sich eine neue Tendenz geltend. Sie hatte eine unproportionierte Bevorzugung der Schwerindustrie zur Folge. Transportwesen und Konsumgüterindustrie wurden in unverantwortlicher Weise vernachlässigt. Die Industrieplanung hatte ein extrem wehrwirtschaftliches Profil angenommen; das zeigte sich u. a. auch im deutlichen „Zug nach dem Osten". Die Anlage der neuen Werke verschob sich tief ins Reichsinnere. Für sie mußten daher neue Energiequellen hinter der Wolga erschlossen werden.

Eine nach Maßgabe der damaligen Kriegstechnik gesicherte Kohlenbasis bot sich erst in Zentralsibirien, im sog. Kubas (Kusnetzker Becken). Später fand sich auch Kohle in Karaganda (Kasachstan), doch war es auch von dort zu den Erzvorkommen immer noch 1000 bis 1200 km.

Geologisch stand fest, daß zwischen Kaspischem Meer und Eismeer, westlich des Urals, ausgedehnte Erdöllager vorhanden sein müßten. Im dritten Fünfjahrplan begann man denn auch mit ihrer Ausbeutung.

Der industrielle Ausbau Sibiriens, ja des gesamten asiatischen Gebietes der UdSSR begann aber umfassend erst mit Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Unter dem Zwang der Lage wurden viele große Industriebetriebe aus Europa nach Osten hinter den Ural verlegt. Die Gefangenen haben diese Betriebe als „Wiedergutmachung" im Westen später wieder errichtet und damit eigentlich ihre Kapazität verdoppelt. Dabei vollzog sich die Entwicklung, nicht zuletzt dank der Gefangenenarbeit, oft in geradezu amerikanischen Ausmaßen.

Dutzende von Großsiedlungen mit 100 000 und mehr Einwohnern schossen seit den Jahren der Kollektivisierung wie Pilze aus der Erde. Seit 1931 etwa verwandelten sich Millionen junger Bauern über Nacht in industrielle Proletarier. Gewaltige Investitionen wuchsen aus dem Boden; Dutzende, ja Hunderte von Neubauten blieben halbfertig liegen, weil sie sich als verfehlt erwiesen hatten oder ein neues großzügigeres Projekt an anderer Stelle geplant wurde.

Eine Fülle von Problemen des Verkehrs, der Versorgung, sollte gelöst werden und blieb doch meist ungelöst. Das ursprüngliche Ziel der sozialistischen Wirtschaftsführung, eine krisenlose Ordnung und einen ausgeglichenen Rhythmus des Wirtschaftslebens herbeizuführen, ging vollständig verloren. Engpässe und Mangelerscheinungen blieben die äußeren Ausdrucksformen der Dauerkrise, in der sich die sowjetische Staatsplanwirtschaft befindet.

Spätestens mit Ausbruch des zweiten Weltkrieges verlagerte sich das Schwergewicht der Maßnahmen zur Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte aus dem Bereich der Wirtschaftspolitik in den Bereich der Strafrechtspflege. Prokuror, Tschekist, Arbeitslager und Todesstrafe wurden zu den elementaren Grundlagen der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Es war geradezu symbolhaft, daß Bucharin, der letzte Volkswirt der Sowjetära, im Jahre 1938 erschossen wurde.

Gleich nach Ausbruch des Krieges wurden Millionen Deutsche, Deutschstämmige und Deutschversippte aus der Ukraine, der Krim, von der Wolga, aus dem Kaukasus und anderen Gebieten nach dem Osten verschickt. Die arbeitsfähigen Männer wurden zur Trudarmija (Arbeitsarmee) eingezogen und zum Dienst ohne Waffe auf Bauten usw. eingesetzt. Die Behandlung und Verpflegung dieser Arbeitsarmee, in die außer den Deutschen auch viele Angehörige muselmanischer Völker eingereiht wurden, war denkbar schlecht. Beim geringsten Anstand wurden diese Arbeitssoldaten vor Gericht gestellt und wegen Gegenpropaganda oder Sabotage zu Arbeitslager verurteilt. So verwandelte sich die Trudarmija im Lauf der Jahre aus einer Armee von „freien" Zwangsarbeitern in eine Armee von Gefangenen in Zwangsarbeit. Besoldung und Verpflegung der

Arbeitssoldaten glich annähernd den Verhältnissen bei der Wehrmacht, was man aber schon nicht für die zwangsarbeitenden Zaklutschonnies im entferntesten mehr sagen konnte!

Diese Strafroboter sind nach dem Kriege für fast ein Jahrzehnt zum Träger der Volkswirtschaft geworden. Nur in Moskau selbst dürfte man wissen, wieviel Millionen Strafgefangene, Kriegsgefangene, Zwangsverschickte, einschließlich der umgesiedelten Familienangehörigen, zu Zeiten Stalins hinter Stacheldraht oder in der Zwangsansiedlung lebten. Nach Erwähnungen von Mitgefangenen, die früher selbst im Gulag (Glawnie uprawlenje lagerew = Hauptlagerverwaltung) arbeiteten, wäre diese Ziffer mit 32 Millionen Seelen eher zu niedrig als zu hoch veranschlagt.

Trotz aller dieser empörenden Begleiterscheinungen kann natürlich nicht geleugnet werden, daß positive Leistungen erzielt wurden. Nur sind die Reibungsverluste, die bei der Investition und im Betriebe eintreten, ungleich höher als in den „kapitalistischen" Ländern Westeuropas oder Amerikas, wo man mit kleinerem Aufwand einen höheren Effekt erzielt. Darum ist dort auch der durchschnittliche Lebensstandard höher und bleibt auch höher als in den Sowjetländern.

Als durchaus bemerkenswert ist anzuerkennen die Zunahme der Stahlproduktion; beachtenswert sind auch die Anstrengungen, die auf die Erweiterung der Erdöl- und Elektrizitätsproduktion gerichtet sind.

Die Stahlproduktion ist von 5 Millionen Tonnen im Jahr auf 23,3 Millionen Tonnen für 1949 und 38 Millionen Tonnen für 1953 gestiegen. Die Produktion der Satellitenländer hat sich gleichzeitig von 5 Millionen Tonnen 1929 auf 7 Millionen Tonnen 1949 und 12 Millionen Tonnen 1953 erhöht. Unter diesen Umständen kann es durchaus möglich sein, daß das Ziel für 1960 von 60 Millionen Tonnen für die Sowjetunion und von 17 Millionen Tonnen Stahl für die Satellitenstaaten verwirklicht werden kann. Die sowjetische Stahlproduktion belief sich 1929 auf nur 10 Prozent der gesamten Stahlproduktion Amerikas und Westeuropas, 1953 aber bereits auf etwa 31 Prozent dieser Gebiete.

Der Akzent der sowjetischen Stahlerzeugung liegt völlig auf schweren Produkten, wie sie für den Ausbau der Produktionsgüterindustrien und für militärische Zwecke benötigt werden. Die Konsumgüterindustrien und der Konsument kommen deshalb sehr viel kürzer weg, als dies in Mitteleuropa etwa der Fall ist.

Die Sowjet-Regierung kann daher auch infolge der Vernachlässigung des Konsumbedarfs über einen relativ größeren Prozentsatz der Produktion von Stahl und Baustoffen für Wehrzwecke verfügen, als dies den Regierungen des Westens möglich ist. Allerdings ist dies jetzt mit ein Grund für den Stimmungstiefstand in der UdSSR. Die Vernachlässigung des Wohnungsbaues und des sonstigen zivilen Komforts wird infolge der westlichen Infektionen schon als kaum tragbar empfunden. Dies gilt nicht nur für Polen, Ungarn und Rumänien, sondern ebensosehr auch für die Nationalitätenrepublik innerhalb der UdSSR.

Wie für jede Großmacht so steht auch für die Sowjetunion die Erdölindustrie im Mittelpunkt der Ausbauplanung. Die große Sorge, wie man Hunderttausende landwirtschaftlicher Traktoren, rund drei Millionen Kraftwagen, etwa 65 Panzerdivisionen, 70 Luftwaffendivisionen und die Kriegsmarine mit Treibstoff versorgen kann, hat den Ausbau der sowjetischen Erdölindustrie bestimmt.

Am stärksten ausgenutzt ist gegenwärtig noch der kaukasische Raum, vor allem Baku, Maikop, Grosnij. Durch die Grenznähe ist dieses Gebiet geopolitisch freilich höchst gefährdet. Infolgedessen schenkte man in Moskau der Entwicklung der Erdölproduktion im Ural, ferner im Gebiet zwischen Ural, Emba und Wolga erhöhtes Interesse.

Der Schwerpunkt dieser Reservoirs liegt in Baschkirien, die Südspitze dieses Raumes im Emba-Revier, das infolge seines Wüstenklimas stark unter Wassermangel leidet. Baschkirien und Westkasachstan haben eine strategisch etwas günstigere Lage, wenn man die Anflugweiten aus der Türkei oder Persien betrachtet. Sie sind aber geopolitisch nicht minder gefährdet als Aserbeidschan oder Georgien, weil die eingesessene Bevölkerung (Baschkiren, Kalmüken), ebenso wie ein größerer Teil der Zwangsangesiedelten vor

allem die Tataren alles eher als reichstreu sind. Die Eigenständigkeitsbestrebungen dringen aus allen Poren und es bedarf keines besonderen Scharfsinns, um dies zu bemerken.

Die Förderung in Baku konnte trotz enormer Bohrungen seit 1951 nicht mehr erhöht werden. Die Verantwortlichen sind nach der Kritik, die im Juni 1955 in der „Prawda" erschien, wohl schon in der Versenkung verschwunden. Man erfuhr, daß 1953 für die Erzeugung einer Tonne Erdöl der dreifache Kapitalaufwand des Jahres 1946 erforderlich war. Von der gesamten Erdölförderung der Sowjetunion (1953 etwa 56 Millionen Tonnen) entfällt auf Baku gegenwärtig etwa ein Drittel. Im Vergleich dazu: Irak, Kuweit und die Bahrein-Inseln erzeugen gemeinsam mehr als das Doppelte der Sowjetunion!

Was die anderen Schlüsselindustrien anlangt, so wurde darüber einiges bereits an früherer Stelle gesagt. Ihr Ausbau erfolgt seit 1941 vor allem östlich des Urals, wie auch sonst die Industriealisierung Sibiriens durch Verlagerung und Neubau erst seit dem genannten Zeitpunkt rasche Fortschritte macht.

Die Kohlenproduktion hat annähernd das Niveau der englischen Erzeugung vor Beginn des zweiten Weltkrieges erreicht (rd. 230 Millionen Tonnen). Die Ergebnisse befriedigen trotzdem weder kostenmäßig noch mengenmäßig.

Die Eisen verarbeitende Industrie leidet unter schlechten Stahlsorten und auch darunter, daß die Stahlindustrie im Interesse der globalen Erfüllung des Stahlplanes arbeitsarme Dimensionen in größerer Menge als nötig hervorbringt, und überhaupt die Produktion auf wenige Profile beschränkt. Dadurch entstehen in der Folge größere Lager wenig oder überhaupt nicht gefragter Profile, die nach ein, zwei oder drei Jahren wieder als Schrott verhüttet werden. Die Maschinenindustrie leidet unter diesen Uebelständen erheblich, man liest häufig interessante Glossen darüber in den Zeitungen.

Noch ein anderer Umstand vermindert den Effekt der Maschinenindustrie. Es ist die wenig sachgemäße Behandlung der Maschinen im Betrieb. Immer wieder klagt man über den hohen Reparaturstand der MTS, der Lokomotiv-Werkstätten und Garagen.

Die verschiedenen „Neuerer-Methoden" sind auch in der deutschen Ostzone weitgehend eingeführt worden. Möglicherweise waren dort die Erfahrungen besser, weil das Bedienungspersonal mehr Verantwortungsbewußtsein zeigt. In der Sowjetunion werden Rekordleistungen an Arbeitsmaschinen z. B. ohne Rücksicht auf Maschinenpflege und Maschinenerhaltung erzielt. Aber auch dort, wo keine Ueberleistungen angestrebt werden, steht die Gleichgültigkeit und das mangelnde technische Verständnis einer rationellen Maschinen-Erhaltung hemmend im Wege. Schon die Aufstellung von Maschinen erfolgt oft ohne die bei uns selbstverständliche Sorgfalt. Im Betrieb werden Maschinen, Kraftfahrzeuge u. a. meist schlecht und unzureichend geölt.

Im ganzen ist daher die Lebensdauer der Maschinen, Motoren usw. sehr viel kürzer als in Mitteleuropa; auch sind häufigere Reparaturen nötig. So haben Traktoren meist schon am Beginn des zweiten Jahres eine Generalreparatur nötig und müssen im Laufe des dritten Jahres in der Regel durch neue ersetzt werden. Arbeitsmaschinen, Drehbänke udgl., sind erfahrungsgemäß nach zwei, höchstens drei Jahren erneuerungsbedürftig.

Seit etwa zwei Jahren ist eine breit angelegte Werbeaktion im Gang, welche die Kraftfahrer, Motorenwärter, Lokomotivheizer usw. anspornen soll, höhere Fahrleistungen ohne Reparaturen zu erreichen. So werden u. a. in der Presse Kraftfahrer in Reportagen und Artikeln, oft mit Lichtbild lobend herausgestellt, wenn sie hohe Fahrleistungen (200 000 Wagenkilometer etwa) ohne Reparaturen erzielten. Garagen, Lokomotivdepots u. ä. Betriebe ermuntern ihr Bedienungspersonal, andere Betriebe der gleichen Art herauszufordern zu einem „sozialistischen Wettbewerb". Der Erfolg ist stets der gleiche: die Leistungen gehen auf Kosten der Gesamt-Lebensdauer der Maschinen und auf Kosten des Verbrauches von Kohle, Treibstoff usw.

Konsumgüterindustrie, oder Leichtindustrie: Bis 1951 wurden nur ganz wenige neue Werke gebaut und die alten Werke gerade noch in Stand gehalten. Die Vergrößerung der Kapazität, gegenüber dem 1. Fünfjahresplan, trat nur durch die Gebietserwerbung (Baltikum, Westukraine) ein. Die „neuen" Betriebe

in Sibirien und Zentralasien waren zumeist in den Jahren 1941/43 durch Verlagerung entstanden. Nach dem Kriege wurden die verlagerten und demontierten Werke zum großen Teil auf der Grundlage von Reparationsleistungen (Kriegsgefangenenarbeit, Demontierung oder Sachlieferung der mitteleuropäischen Länder) wieder aufgebaut.

Die im Jahre 1953 versprochene Steigerung der Produktion, zum Zweck der Verbesserung der zivilen Versorgung, hält nicht Schritt mit den wachsenden zivilen Anforderungen. Selbst wenn man neue Werke baut, so sind noch lange nicht die erforderlichen Rohstoffe in der erforderlichen Menge vorhanden. Woher soll schließlich das Leder kommen, wenn der Viehstand zurückgeht. Woher sollen die Konserven kommen, wenn kein Fleisch da ist, woher soll das Fleisch kommen, wenn die Futtermittel nicht vorhanden sind? Auch die seit 1954 versprochene Errichtung neuer Verkaufsläden muß unter diesem Gesichtspunkt bewertet werden. Was man nicht produziert hat, kann man nicht verkaufen.

Die Verbraucherschaft in den europäischen und sibirischen Städten der UdSSR ist, in den letzten 10 Jahren, durch den Kontakt mit dem Baltikum und mit Mitteleuropa um sehr vieles anspruchsvoller geworden. In Moskau, Leningrad, Swerdlowsk wird betont ausländisches Erzeugnis bevorzugt, inländisches geringschätzig behandelt. Die Presse führt darüber häufig Klage, bringt aber auch Glossen über den Qualitätsunterschied. Leserbriefe über Mißstände werden veröffentlicht, die uns kaum glaublich scheinen.

Das sowjetische Wirtschatspotential: In Rußland arbeiten heute 105—110 Millionen Menschen (etwa 80 Prozent der Gesamtbevölkerung über dem 15. Jahr) ein Minimum von 48 Stunden in der Woche. In Amerika arbeiten 67 Millionen (oder nur 58 Prozent der Gesamtbevölkerung) durchschnittlich 40 Wochenstunden.

Trotzdem ist der Wert des amerikanischen Nationalprodukts, nach den Berechnungen der Sachverständigen, mit 385 Milliarden Dollar mehr als dreimal so groß wie das auf 110 Milliarden veranschlagte Nationalprodukt der Sowjetunion. Das Nationalprodukt der westeuropäischen Länder ist mit 305 Milliarden ungefähr zwei

Mal so hoch wie das der UdSSR, zuzüglich des Nationalproduktes der Satellitenländer mit 110 + 45 = 155 Milliarden Dollar im Jahr.

Für privaten Konsum stehen in Rußland nur 47 Prozent des Nationalproduktes zur Verfügung gegen 63 Prozent in Amerika und 66 Prozent in Westeuropa. Da der Sowjetstaat für seine Zwecke viel mehr in Anspruch nimmt als die kapitalistischen Länder, ist der Unterschied zwischen dem russischen Kriegspotential und dem Potential Amerikas und Westeuropas natürlich viel kleiner als dies die Zahlen über das Nationalprodukt erwarten lassen. (Vgl. dazu Frankfurter Allg. Zeitung v. 5. u. 8. Aug. 55.)

Wie kommt es nun, daß das russische Nationalprodukt bei einer so viel größeren Zahl der Arbeitenden und bei viel längerer Arbeitszeit weniger als ein Drittel des amerikanischen beträgt?

Die Erklärung liegt in der geringeren Produktivität der Arbeit. Selbst nach sowjetischen Quellen war die durchschnittliche Leistung je Arbeitsstunde 1953 nicht größer als 1937, während sie in den USA seit Jahren durchschnittlich um 3 v. H. je Jahr wächst und neuerdings — infolge der verstärkten Mechanisierung — sogar noch mehr. Die beiden führenden Männer der Sowjetunion, Bulganin und Chruschtschow haben im Laufe des Jahres 1955 mehrmals unzweideutig die technische Ueberlegenheit der Amerikaner auch öffentlich zugegeben.

Der neue Fünfjahrplan 1956/1960 setzt daher als „wirtschaftliche Hauptaufgabe" die Forderung, die „fortgeschrittensten kapitalistischen Länder im Hinblick auf die Produktion je Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen". Die gesamte Industrieproduktion der UdSSR soll bis 1960 um 65 v. H. gesteigert werden. Atomwerke mit einer Gesamtkapazität von über 2 Millionen Kilowatt sollen errichtet werden, die Kohlenproduktion soll auf fast 600 Millionen Tonnen gesteigert und die Elektrizitätsproduktion auf 320 Milliarden kwh gebracht werden. Nach dem Plan soll 1960 die jährliche Stahlproduktion 68 Millionen Tonnen und die Erdölförderung 135 Millionen Tonnen betragen.

Der 6. Fünfjahrplan sieht weiterhin den Bau von dreizehn Wasserkraftwerken vor. Für den sibirischen Raum soll zwischen

Nowo-Sibirsk und Irkutsk ein einheitliches Kraftstromsystem geschaffen werden. In den Plandirektiven wird betont, daß die Produktion von Produktionsmitteln die „unveränderliche Grundlage der gesamten Volkswirtschaft war und bleibt".

b. Die Lage in der sowjetischen Landwirtschaft

Die Landwirtschaft war schon im Zarenreich die Achillesferse des Regimes; das hat sich auch im Sowjetregime nicht geändert. Das Kolchos-System befindet sich seit Jahren in einer chronischen, seit 1951 aber wieder in einer akuten Krise.

Im Juni 1955 veröffentlichte eine New-Yorker Zeitschrift der russischen Emigration die geheimen Instruktionen, die am 2. 5. 1933, von Molotow und Stalin gezeichnet, an die nachgeordneten Dienststellen versandt wurden. Das Dokument wirft ein grelles Licht auf die Gewaltmethoden der „freiwilligen" Kollektivisierung. Diesen Instruktionen ist zu entnehmen, daß im Mai 1933 in den sowjetischen Gefängnissen 800 000 Untersuchungsgefangene saßen. Die Zahl der zur gleichen Zeit in Straflagern lebenden Gefangenen muß mindestens mit der 5 oder 6fachen Ziffer angenommen werden.

Diese Instruktionen schrieben vor, daß binnen einer Frist von zwei Monaten die Zahl der in den Gefängnissen wartenden Inhaftierten auf die Hälfte zu reduzieren sei. Diese „liberale" Anordnung war natürlich nicht als eine Art Amnestie aufzufassen, sondern entsprang vielmehr der Absicht, die Gefängnisse für die Zufuhr von neuen Untersuchungshäftlingen freizumachen. Auf dem Hintergrund dieser Anweisungen erscheint das neueste Buch von Koschelew „Die neue Phase der Wirtschaft in der Sowjetunion", im Verlag des sowjetischen Verteidigungsministeriums 1955 erschienen, erst im richtigen Licht.

Der Autor Koschelew stellt mit Genugtuung fest, daß die für Armee und Volkswirtschaft so wichtige Schwerindustrie jetzt einen befriedigenden Stand erreicht habe. Nun wäre es aber auch höchste Zeit, an die Probleme der Landwirtschaft heranzugehen, vor allem, weil ihrem wichtigsten Zweig, den Kolchosen, die Auflösung

drohe. Symptome und Ursachen schildert der Verfasser deutlich und ungeschminkt.

Nach seiner Feststellung sind die niedrigen Ernteergebnisse der Getreidekulturen auf die schlechte Arbeit zurückzuführen, die in den MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen), in den Sowchosen (Staatsgütern) und in den Kolchosen geleistet wird.

Das leitende Personal verhält sich, nach Auffassung Koschelows, indolent und verächtlich gegenüber den zeitgemäßen Forderungen der Agro-Technik. In den MTS fehlt es an gut ausgebildetem und arbeitsfreudigem Personal. Die Bauern sind an der Produktion und an den Einnahmen der Kolchosen nicht interessiert. Die Folgen sind qualitativ schlechte Leistungen der Traktoristen, niedrige Arbeitsdisziplin und Vernachlässigung der Arbeitspflichten sowohl der Kolchosbevölkerung als auch des MTS-Personals. Eine weitere Ursache des Mißerfolges der Kolchosen sieht Koschelew in dem Versagen der Kolchosleiter und des gehobenen Personals in der Landwirtschaft.

Wir müssen allerdings ergänzend hinzufügen, daß die Kolchosleiter notwendigerweise versagen mußten. Entweder sie führten die Anordnungen der Partei und des Staates durch, dann riefen sie damit den Widerstand der Kolchosbauern hervor. Das geht soweit, daß vielerorts die Kolchosleiter und die Agronomen gar nicht mehr im Dorf schlafen, sondern nur tagsüber mit ihren Kraftwagen mehrmals in der Woche auf die Kolchosen gefahren kommen und bald wieder verschwinden. Die Presse prangert diese „pflichtvergessenen Bummler" immer wieder tadelnd an. Wer in der Zeit der deutschen Besetzung die Verhältnisse in Polen und in Weißruthenien kennenlernte, hat damals beim deutschen Personal die gleichen Erscheinungen feststellen können und kennt auch die Gründe! Es ist die Sorge um das eigene Leben. Sind die Kolchosleiter aber bestrebt, die Bevölkerung auf den Kolchosen zu schonen, dann haben sie sich notwendigerweise gegen die Weisungen, die von oben kommen, versündigt und konnten deshalb das Plansoll nicht erfüllen.

Auch Chruschtschow bestreitet heute nicht mehr die ungeheuren Mißstände in den Kolchosen. Er glaubt aber anscheinend wie

früher Stalin, daß man das Uebel, welches ein Ergebnis des „bösen Willens der Bauern und der Bürokraten" sei, durch Repressalien aus der Welt schaffen könne. Er mißachtet die Erfahrungen von Jahrzehnten, welche die Fruchtlosigkeit der Gewaltmethoden klar bewiesen haben. Erneut verkündet Chruschtschow einen drastischen Kurs der „Kollektivisierung".

Durch ein gemeinsames Dekret der Sowjetregierung und des Zentralkomitees der kommunistischen Partei ist am 2. März 1955 der Minister für die Sowchosen Koslow seines Amtes enthoben worden. (Vgl. dazu auch Züricher Zeitung, 5. 7. 1955, Blatt 2). Gleichzeitig wurde die extreme zentrale Planung in der Landwirtschaft für null und nichtig erklärt, weil sie ein „Hindernis" für die reibungslose Entwicklung der Kolchosen darstelle. Als „Verantwortlicher" für diese Mißlage wurde Benediktow von seinem bisherigen Posten (Minister für die Kollektivwirtschaften) zurückgezogen und an die Stelle Koslows gesetzt. Daß es sich hierbei um eine Reduzierung seiner Stellung handelte, geht allein schon aus dem Umstand hervor, daß er als Sowchosen-Minister nur noch eine Ackerfläche zu verwalten hat, die ein Zehntel des Kolchosen-Landes umfaßt. Benediktow stimmte daher auf seinem Posten begreiflicherweise sofort grimmige Töne gegen die Beamten und ihre Passivität an. Massenentlassungen setzten im Bereich der ganzen Landwirtschaftsverwaltung ein und Chruschtschow erklärte gleich dazu, daß dies nur die erste Phase der weiteren Säuberung sei.

Das flache Land hat aber nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen der Staatsführung immer wieder Anlaß zur Besorgnis gegeben. Landleben und Agrarproduktion können niemals so straff geplant und auch niemals so straff überwacht werden, wie das mit der Stadt und mit der Industrie möglich ist. Es ist kein Zufall, daß Stalin in seiner letzten Schrift „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus" eingehend die Notwendigkeit erörterte, die Unterschiede zwischen dem „Kollektiveigentum" in den Kolchosen und dem Staatseigentum in der Industrie zu beseitigen. Das erklärte Ziel ist, diese Kluft zu überbrücken, indem man die letzten Ueberreste des Privatbesitzes auf dem Land ausmerzt und die Genossenschaftsbauern zu Landarbeitern macht.

Im Jahr 1950 wurde unter persönlicher Anleitung Chruschtschows ein erster Schritt in dieser Richtung unternommen, als man 250 000 Kolchosen zu 93 000 Groß-Kolchosen zusammenfaßte. Angesichts des Widerstandes der Bauern wagte man damals allerdings nicht, die Entwicklung in Richtung auf die „Agro-Städte" weiter voranzutreiben.

Nach Stalins Tod blieb seinen Nachfolgern eine doppelte Aufgabe: Einmal mußten sie die Nahrungsmittelversorgung der Städte mit großer Beschleunigung verbessern, zum andern sahen sie sich genötigt, die Verhältnisse auf dem Land umzugestalten und eine straffere Kontrolle über das Landleben herbeizuführen. Die Ungeduld der Bevölkerung, die durch die Versprechungen des Triumvirats Malenkow-Berija-Bulganin noch gesteigert wurde, drängte die erste Kernfrage in den Vordergrund. Die zweite mußte daher zeitweilig in den Hintergrund treten.

Im Herbst 1953 gab die Staatsführung offen zu, daß es um die sowjetische Viehzucht schlecht bestellt wäre und daß ein akuter Mangel an Milchprodukten und Fleisch, ja sogar an Gemüse und Kartoffeln herrschte. Stalins Methode bestand in solchen Fällen darin, der Erfassung der Agrarprodukte mit Steuererhöhungen und gleichzeitigen Preissenkungen zu Lasten der Landwirtschaft nachzuhelfen.

Seine Nachfolger griffen in ihrer Not zu einem neuen Verfahren: Sie ermäßigten die Steuern, setzten die Ablieferungsquoten herab und bezahlten höhere Agrarpreise. Wenig später versetzte Chruschtschow einer weiteren Sowjetlegende den Todesstoß: dem Märchen von der sowjetischen Getreideautarkie! Er verlangte eine beträchtliche Steigerung der Futtergetreideerzeugung, um die Voraussetzungen für die Durchführung seiner Viehzuchtpläne zu schaffen.

Man schritt währenddessen zu erweiterten Nahrungsmittelimporten, auch die Staatsreserven mußten weiterhin in Anspruch genommen werden. Aber auf diese Weise war dem inflatorischen Druck nicht beizukommen, der sich aus den Preissenkungen für die Konsumgüter ergab. Fleischknappheit, Mangel an anderen Konsumgütern, Schlangestehen und wachsende Mißstimmung waren die Folgen.

Chruschtschows Mais-Aktion erklärte sich aus dieser Situation. Seine letzte Patentmedizin, die er sich von den Amerikanern auslieh, ist ein gigantisches und zugleich überaus gewagtes Anbauprogramm für Futtermais; ein Programm, das offenbar ohne Berücksichtigung der klimatischen und sonstigen Besonderheiten der UdSSR verwirklicht werden soll.

So hat man in einer Reihe von Kolchosen im Moskauer Gebiet, wo in den Vorjahren Kartoffeln und andere Gemüsearten gezogen wurden, im Jahre 1955 Mais nach dem „Quadrat-Nest-Verfahren" gepflanzt. Anfang Juli übten die Maisfelder auf die durchfahrenden Heimkehrer einen niederschmetternden Eindruck aus: die Maisstengel waren erst 30 bis 40 Zentimeter hoch. Man wird wahrscheinlich nicht nur keine Kolben, sondern auch nur verschwindend wenig Grünfutter geerntet haben.

Als Stalin starb, wurden alle Hoffnungen auf Malenkow gesetzt; seine Popularität schlug Wurzel dank folgenden Maßnahmen: 1. Kürzung der „freiwilligen" Zeichnungen für die Staatsanleihe um 50 v. H. (nun nicht mehr über ein halbes Monatsgehalt hinaus); 2. Festsetzung der Arbeitszeit für Angestellte; 3. Streichung der Abgaben- und Ablieferungsrückstände der Kolchosen; 4. Senkung der Landwirtschaftssteuern; 5. verbesserte Belieferung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern.

Alle diese Maßnahmen wurden von der Bevölkerung Malenkow persönlich zugeschrieben. Es ist möglich, daß dies damals von der Partei durch Flüsterpropaganda lanciert wurde. Man erzählte sich sogar unter anderem, daß Malenkow persönlich die Ausführung der Ministerratsbeschlüsse durch seine Untergebenen nachprüfen ließ. Als Malenkows „Rücktrittsgesuch" bekannt wurde, nahm daher die sowjetische Oeffentlichkeit dies mit dem Gefühl einer gewissen Entmutigung auf.

Von dem neuen Triumvirat Bulganin-Chruschtschow-Schukow genießt eigentlich nur Schukow eine gewisse Popularität, die allerdings einige Einbuße nach dem 1. Mai 1955 erlitt, als er sich in seiner Mairede etwas zu sehr für die Erhaltung der sozialistischen Errungenschaften und damit für das Kolchos-System rhetorisch begeistert hatte.

Der zweite Eckpfeiler der Militärclique, die im Februar 1955 an die Macht kam, ist Bulganin; er wird in der innersowjetischen Oeffentlichkeit als Parteistreber und Kreatur Stalins betrachtet. Auch die Behandlung, die er im Interview von Hearst erfuhr, zeigte, daß man Bulganin nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch im Ausland als alles andere denn als Leuchte einschätzt.

Chruschtschow hatte einen guten Namen, als er den Posten des ZK-Sekretärs der ukrainischen KP bekleidete, und auch noch, als er Sekretär des Moskauer Partei-Komitees war. Seine späteren Aktionen, insbesondere der erzwungene Zusammenschluß der Kolchosen in „Artele" und „Agrostädte" und im letzten Jahr die Maisanbau-Kampagne und die Säuberungsaktion in der Agrarbürokratie, haben ihn in Verruf gebracht. Der Besuch bei Tito und die reumütige Rede, welche die anderen beiden gerade Chruschtschow („Lieber Genosse Tito...") zuschoben, wird von allen Marxisten und allen mit dem Stalinismus vertrauten Leuten als Canossa-Gang der KPSS bewertet.

Zusammenfassend ist über die gegenwärtige Situation der sowjetischen Landwirtschaft zu sagen: Die Anbaufläche des gesamten Reichsgebietes stand statistisch bald nach dem Kriegsende wieder etwa auf der Höhe des Jahres 1940. Tatsächlich war sie aber, spätestens seit 1950 rückläufig. In den Leistungsmeldungen der Kolchosen, die noch 1953 bei 90 v. H. der Gesamt-Anbaufläche besetzten, wurden nämlich immer größere Flächen als „langjährige Grünkultur" ausgewiesen. Die Haltung größerer und wachsender Grünkulturflächen hätte natürlich nur Sinn gehabt, wenn entsprechend auch der Viehstand gewachsen wäre. Tatsächlich wurde aber nicht mehr Vieh gehalten. Im Gegenteil, der Viehstand ging allgemein zurück. Diese Art „Anbauplanung" war also nur ein Trick, der den Rückgang der Anbaufläche verschleierte.

Der tiefere Grund dieser „Planung" ist wohl in den Schwierigkeiten zu suchen, welche die Kolchos-Leiter in der Betriebsführung haben. Und dazu kommt noch der Grundzug des russischen Menschen, Potemkinsche Dörfer zu bauen. Nicht zu vergessen ist dabei auch, daß der Kolchos-Leiter selbst in den Nationalitäten-

gebieten zum überwältigenden Teil eben doch Russe oder zumindest „verrusst" ist.

Andererseits sind die Kolchosniki (Landarbeiter) an der Arbeit gar nicht oder nur bedingt interessiert. Selbst dort, wo die Verhältnisse auf der Kolchose gar nicht so sehr ungünstig waren, drängt die Bevölkerung von der Kolchosenarbeit weg. Die Antworten sind immer die gleichen: Wir wollen den Ertrag unserer Erde, wir wollen darüber verfügen, und wenn es weniger ist!

Wer objektiv ist, muß zugeben, daß sich nach Stalins Tod Verschiedenes zu gunsten der Kolchosnikis geändert hat! Aber die Verbesserungen sind nicht nur unzureichend, sondern sie sind zu spät gekommen.

Bald nach Stalins Tod wurden die Ablieferungspreise für die Pflichtlieferungen heraufgesetzt. Dementsprechend und noch stärker wurden auch die Aufkaufpreise für die freien Spitzen erhöht. Das Aufkaufministerium bietet außer besseren Preisen auch Vorauszahlungen in Gestalt von Textilien udgl. Abgesehen von Getreide, sind aber im freien Handel die grauen Marktpreise noch immer erheblich höher als die amtlichen Preise. So verkauft die Kolchosenbäuerin lieber am Bahnhof oder in den Häusern Kartoffeln, Milch und Eier. Und auch der Kolchosleiter verkauft aus „seinen" Mieten Kartoffeln, Hafer, Fleisch usw. lieber an die Gaststättenleiter der Industriebetriebe.

Die Abnahmepreise für Getreide wurden 1953 auf einen Rubel für das Pud erhöht. Das bedeutete damals eine Verdoppelung (oder noch mehr) der Einkünfte der Kolchosen. Dieser Preis entspricht einem Gegenwert von 0,06 Rubel je Kilogramm Brotgetreide! Ungefähr um die gleiche Zeit wurde der Brotpreis für schwarzes Brot von 1,50 Rubel auf 1,10 oder 1.20 Rubel je Kilogramm reduziert.

Vor 1953 war demnach die Marktrelation Getreide/Brot wie 50 : 1! Jetzt aber ist das Verhältnis von Getreide- zu Brotpreis etwa 20 : 1! Zum Vergleich hiezu: In Deutschland bezahlte man 1938 für 1 kg Getreide etwa 20 Pfennig und 1 kg Brot kostete etwa 32 Pfennig!

Infolge der ungenügenden Getreide-Deputate müssen die Kolchosnikis einen größeren Teil ihres Brotbedarfs im Magazin kaufen. Die Preisschere wirkt sich also auch auf sie in ganzer Schwere aus. Es ist anzunehmen, daß sich die bäuerliche Bevölkerung in weiten Gebieten der Sowjetunion jetzt einer besseren Lebenshaltung erfreut, als dies vor 1952 denkbar und möglich war. Trotzdem scheint es berechtigt zu sagen, daß sich die landwirtschaftliche Bevölkerung den Bestrebungen der obersten Führung gegenüber auch weiterhin ablehnend verhält.

Man ist weiterhin berechtigt anzunehmen, daß sich die frühere latente Widerspenstigkeit in weitestem Ausmaß zu passiver Resistenz fortentwickelt hat. Diese Vermutungen stützen sich auf folgende Tatsachen:

1. Im Sommer 1953 wurde erwogen, die bis dahin geltenden Naturalabgaben für die Landwirtschaft abzuschaffen und dafür eine Geldsteuer einzuführen. Tatsächlich wurde die neue Geldsteuer je a Betriebsfläche eingeführt, die Naturalabgaben wurden aber nur gesenkt. Im ganzen kam keine wesentliche Besserung der bäuerlichen Lage heraus. Gleichzeitig damit wurde auch eine sehr weitgehende Streichung der rückständigen Abgaben gewährt.

Im Sommer 1954 wurde aber schon wieder eine allgemeine Streichung der inzwischen aufgelaufenen Abgabenrückstände verfügt. Die Staatsführung scheint seit 1951 nicht in der Lage zu sein, die Beitreibung der gesetzlichen Abgaben durchzusetzen, wie das in der früheren Zeit der Fall war.

2. Die sog. Neu- und Brachlandaktion, welche 1954 anlief und bis 1960 insgesamt über 30 Millionen ha Anbaufläche aktivieren soll, nahm 1954 zusätzlich 12 Millionen ha ausgerasteter Böden unter den Pflug. Es wurde in diesem Zusammenhang eine große Zahl neuer Sowchosen, vor allem in Sibirien und Kasachstan, errichtet. Die erforderlichen Arbeitskräfte wurden in den großen Städten Rußlands und der Ukraine geworben, oder besser gesagt, mobilisiert. Auch die Armee warb unter den Soldaten, die ihre Dienstzeit beendet hatten, für die Aktion „Zurück aufs Land".

Nach den Meldungen der Sowjet-Presse lagen die Erträge dieser Flächen bei 20 bis 30 dz je ha. Der zusätzliche Ertrag der Neuland-

aktion brachte also 1954 wenigstens 240 Millionen dz Getreide. Trotzdem war die gesamte Ernte des Jahres 1954 nur um 100 Millionen dz Getreide höher als im Vorjahr. Auch das berichtete die Presse nach Beendigung der Erntekampagne und folgerte daraus den großen Erfolg der „neuen" Maßnahmen.

Nebenbei wurde offiziell von Trockenheit in verschiedenen Gebieten Mitteilung gegeben. Dies reicht aber zur Aufklärung des Ausfalls von etwa 140 Millionen dz nicht aus. Nach der Auffassung von sachlich mit den Dingen vertrauten Sowjetbürgern ergibt sich ein Ernteausfall aus anderen Gründen für eine Fläche von etwa 5 Millionen ha. Diese Ziffer resultiert aus der Ueberlegung, daß für die Altlandwirtschaft nur ein durchschnittlicher Hektarertrag von höchstens 10 dz je ha veranschlagt werden darf.

3. Vor Beginn des Frühjahr-Anbaus 1955 hat die Sowjetregierung eine grundsätzliche Aenderung in der Landwirtschaftsplanung eingeführt. Die Anbauplanung soll in Zukunft von den Kolchos-Versammlungen gemacht werden, die zentrale Planung hat keinen verbindlichen Charakter mehr. Gleichzeitig sprach man den Wunsch aus, daß sich die Oblasts und Rayons vor allem um die Koordinierung der eigenen Erzeugung kümmern sollten. Es wurde dabei auch der Wunsch ausgesprochen, daß die einzelnen Verwaltungsgebiete sich selbst versorgen und in Zukunft der Antransport von Kartoffeln, Gemüse usw. auf Tausende von Kilometern hinweg vermieden wird.

Seit 1954 bemüht man sich auf Anweisung des Politbüros zur Verbesserung der Futtermittelversorgung den Maisanbau vor allem in Rußland und in Sibirien zu erweitern oder neu aufzunehmen. Die Presse berichtete im Mai 1955, daß diese Anregung oder Anordnung fast überall sabotiert wird.

4. Der Viehstand zeigte gegen alle Planansätze schon seit mehreren Jahren einen fühlbaren Rückgang. Der Viehfall ist im Winter 1954/55 nicht aufgehalten worden, sondern ist weiter fortgeschritten. Die Presse brachte darüber immer wieder Alarmartikel. Besonders starke Einbussen zeigen sich in den nicht-slawischen Unionsrepubliken, vor allem in den traditionellen muselmanischen Viehzuchtgebieten Kasachstan, Kirgisistan usw.

Die höchste Ziffer hatte der Viehstand nach dem ersten Weltkrieg im Jahr 1930 erreicht. Die Kollektivisierung brachte eine bedeutende Verminderung des Bestandes. Diese Verminderung ist niemals wieder ganz aufgeholt worden. Seit 1951 ist in fast allen Gebieten eine rückläufige Bewegung festzustellen. Aus allen Gebieten liefen Meldungen ein, daß die Futtereinbringung mangelhaft durchgeführt wird und daß von dem kärglichen Rauhfutter zudem noch ein erheblicher Teil als Streu vergeudet wird. Auch das Tränken wird, nach den dauernden Klagen zu urteilen, in weitem Maße oberflächlich und unzureichend besorgt. Der allgemeine Zustand des Hornviehs, die Fleisch- und Milchleistungen usw. sind demgemäß auf denkbar niedrigem Niveau.

5. Die lokale Presse berichtet über zu langsame, schleppende Ernteeinbringung. Manchenorts dauert die Ernte auf einzelnen Kolchosen bis zu 6 Wochen. In Sibirien konnte beobachtet werden, daß die Kombiner erst nach Einbruch der Frostperiode auf den Feldern mit der Arbeit begannen.

6. Die Presse berichtete 1954, wie in dem vorausgegangenen Jahre, daß die Maschinen auf den MTS nicht mehr zeitgerecht repariert und nicht zeitgerecht bereitgestellt werden. Sie wurden in der Hauptanbau- oder Erntezeit nur zu einem Drittel bewegt, zwei Drittel des Maschinenbestandes sind jeweils außer Betrieb.

Welche Belastungen die Neulandaktion für das Transportwesen, aber auch für die Reparaturbetriebe verursacht, wird verständlich, wenn wir darauf hinweisen, daß die erforderlichen Maschinen von ihren Einsatzorten im Baltikum, in Südrußland oder in der Ukraine über 4000 bis 5000 km weit herangeschafft werden müssen. Der übrige Eisenbahnverkehr wurde und wird dadurch in fühlbarem Ausmaß beengt.

Trotz vordringlicher Beförderung standen die mit landwirtschaftlichen Maschinen beladenen Züge am Zielbahnhof bis zu zwei Wochen auf Abstellgeleisen und warteten auf Entladung. Unsachgemäße Verladung verursachte viele Maschinenschäden, daraus ergaben sich wiederum eine weitere Belastung der Reparaturwerke bei den MTS und ein bedrohlicher Zeitverlust in der Landwirtschaft.

7. Im Januar 1955 wurde eine Verordnung erlassen, welche das Austreiben der Herden auf die Jungsaaten und das Ueberfahren derselben mit Traktoren oder Lkw's mit Gefängnisstrafen (1 bis 3 Jahre) bedenkt. Nach den Zeitungsberichten zu urteilen, entstanden durch dieses verantwortungslose Verhalten große Flurschäden. Man darf daraus schließen, daß das Interesse der arbeitenden Bevölkerung an der „sozialistischen" Produktion erschöpft ist, wenn und soweit die Arbeitstage „eingeschrieben" worden sind.

8. Die Melkleistungen der Tierfarmen, sowohl der Kolchosen als auch der Sowchosen, sind unverhältnismäßig niedrig. Geschrieben wurde zwar viel über jene Kuh, die 1955 in Moskau auf der landwirtschaftlichen Ausstellung gezeigt wurde und eine Rekordleistung von 13 000 kg Milch Jahresdurchschnitt brachte. Wie aber sieht der Durchschnitt aus, auf den es schließlich in der Volkswirtschaft ankommt!

Für die Bestleistung im Gebiet Tscheljabinsk wurde für das Quartal Oktober/Dezember 1953 einer Tierkolchose als Auszeichnung die sog. Goldene Fahne für Musterbetriebe verliehen — für eine Melkleistung von 268 kg je Kuh und Quartal. Die prämierte Durchschnittsleistung lag demnach unter 3 Liter je Tag!

Im Gebiet Irkutsk, wo die landwirtschaftlichen Verhältnisse den mittleren und höheren Lagen der Alpen entsprechen, wurden in den meisten Tierfarmen durchschnittliche Tagesleistungen von 1,5 bis 2 kg Milch je Kuh erzielt. Um eine Verbesserung der Leistungen durch bessere Pflege, regelmäßige Fütterung und Tränkung zu erzielen, wurde im Februar 1955 die Provinzpresse verstärkt eingeschaltet. Eine Werbeaktion für ganz Sibirien, vermutlich für die ganze Union, lief im Januar 1955 an und forderte: Je Kuh und Monat wenigstens 150 kg Milch! Die geforderte Leistung entspricht einem Tagesdurchschnitt von 5 kg oder einem Jahresdurchschnitt von 1800 kg. Oder anders ausgedrückt: Hier wird als Ziel gesetzt eine Leistung, die z. B. in der Südsteiermark, in den Jahren 1942/45, vom Reichsnährstand als Minimum gefordert wurde. Kühe, die diese Leistungsgrenze nicht überschritten, mußten geschlagen werden. Nach Gesprächen mit sowjetischen Zootechnikern ist dieses „Planziel" nicht zu erfüllen, wenn die durchschnittliche

Tagesleistung auf 3 kg Milch (d. s. 1100 kg je Jahr) gebracht werden sollte, so wäre dies schon ein großer Erfolg.

9. Im Frühjahr 1955 wurde ein Drittel der Kolchosleiter wegen Unfähigkeit ausgewechselt; als Ersatz für sie wurden 30 000 Fachkräfte (keineswegs Agrarfachleute) aus allen Zweigen des Partei-Staats- und Wirtschaftsapparates in die Landwirtschaft abkommandiert. Im Herbst 1955 wurden in der Ukraine neuerlich 3 000 Kolchosleiter abberufen und durch neue Leute aus den zentralen Kaders ersetzt.

Im Oktober 1955 wurde W. W. Mazkewitsch zum Landwirtschaftsminister ernannt. Dieser Posten war seit der Abberufung Benediktows im März 1955 über ein halbes Jahr vakant. Es scheint, daß erst die Mißerfolge der Erntekampagne 1955 Chruschtschow die Argumente brachten, mit denen er seinen Kandidaten durchdrückte. Mazkewitsch war von 1949 bis 1952 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates und Landwirtschaftsminister in der Ukraine. In diese Zeit fiel die Verschmelzung von 33 653 Kolchosen zu 16 015 Großkolchosen in der Ukraine. Im Herbst 1953 kam M. nach Moskau und wurde Stellvertreter Benediktows. Man nimmt an, daß M. nun möglicherweise die alten Pläne (Schaffung von Agrostädten usw.) neu aufgreifen und verwirklichen soll.

So entsteht die Frage: Ist dies alles ein Zeichen, daß die Armee sich bereit findet, neuerlich zu versuchen, den Widerstand der Kolchosbauern zu brechen oder ist dies nur ein Beweis, daß es Chruschtschow gelungen ist, seinen Einfluß so zu stärken, daß er „gegen die Armee" Agrarpolitik machen kann?

Man kann nicht übersehen, daß am Ende des fünften Fünfjahresplanes (1955) eine Getreideernte mit über 135 Millionen Speichergut erzielt wurde. Das entspricht einer biologischen Ernte von etwa 170 Millionen Tonnen.

Ein beachtlicher Aufstieg war auch in der Viehhaltung zu verzeichnen, der Bestand an Kühen ist 1955 gegen 1950 und 1952 um 20 v. H., der Bestand an Hornvieh insgesamt um 17 oder 18 v. H. gestiegen. Der Schweinebestand (1955) stieg auf 114 v. H. der Ziffer von 1950 und die Schafhaltung auf 150 v. H.

Freilich: die Umsätze auf den Kolchosmärkten haben nicht zu-

genommen, die Milchlieferungen haben sich in der oben angegebenen Zeitspanne nur um 19 v. H. erhöht und die Produktion von Schurwolle ist nur um 42 v. H. gestiegen. Die Marktleistungen sind somit eher noch schlechter als in der Stalinära! Das Regime befindet sich in einem Wettlauf mit der wachsenden Begehrlichkeit der Massen.

Aber nicht nur das! Das Regime mußte sich im Sommer 1956 zu realen Hilfsmaßnahmen für die Satelliten entschließen. Die Mandschurei, die Mongolei, die Tschecholsowakei, Polen und Ostdeutschland müssen mit Brotgetreide, mit Futtermitteln, mit Baumwolle unterstützt werden. Vor allem in Ostdeutschland soll ein „Wirtschaftswunder" vorexerziert werden, das alle Argumente der westlichen Welt zerschlägt. Auch hier befindet sich also das Moskauer Regime in einem Wettlauf mit der Begehrlichkeit der Massen! Kann es Schritt halten?

Im Juli 1956 wurde bekannt, daß man in der Sowjetunion das Brot rationieren mußte. Es wurde auch bekannt, daß die Steuerleistungen der Bauern von den Erträgnissen ihrer Individualwirtschaft erhöht wurden. Und es wurde bekannt, daß die Bauern für Getreide (welches auf den Individualparzellen geerntet wurde) von den staatlichen Aufkaufstellen in Zukunft mit 1,10 Rubel je kg bezahlt werden soll.

Um dieses zu verstehen, muß man daran erinnern, daß der Ablieferungspreis für Getreide 1953 auf 1 Rubel je Pud (16 kg) erhöht wurde und daß dieser Preis, der für die Kolchosen-Ablieferungen gilt, seit einiger Zeit „sogar" 9,6 Kopeken je kg Getreide beträgt. Der amtliche Brotpreis beträgt jetzt 1,80 Rubel je kg!

Wenn wir bedenken, daß die Individualparzellen der Bauern in der Sowjetunion in der Regel nur eine Fläche von 1500 qm umfassen, so sind derartige Konzessionen, wie die oben erwähnte, materiell nicht bedeutsam. Aber sie sind symptomatisch für die Situation! Und noch eines: solche Preisspannen regen natürlich (ungewollt) zu Raub, Diebstahl und Sabotage an.

Im Sommer 1956 ist aber noch anderes bekannt geworden. So vor allem klagen die Betriebe über ein weiteres Sinken der Arbeitsmoral, das Blaumachen nimmt zu und die Konflikte der Beleg-

schaften mit den Vorgesetzten nehmen rowdyartige Formen an. Die Viehhaltung in der Stadt artete zu grotesken Formen aus. Kleintiere, Ziegen, ja sogar Kühe wurden in Wohnungen, im Hausflur, im Keller gehalten. Das Interesse der Betriebsangehörigen für ihre Schrebergärten wird immer größer, das Interesse für die Arbeit im Betrieb sinkt auch bei den Facharbeitern. Darum soll allgemein die Zuteilung von Gartenland an die Industriearbeiter eingestellt worden sein.

Anfang Oktober wurde ein Ukas über die private Viehhaltung erlassen. Sie war im Sommer 1953 unter Malenkow gefördert worden. Jetzt wird sie wiederum durch hohe Steuern und Zwangsablieferungen abgewürgt. Verboten ist die Verfütterung von Brot, Getreide, Kartoffeln usw., die in Läden gekauft wurden. Zur „Kontrolle" wurde gleichzeitig die Brotrationierung wiedereingeführt. Das neue Gesetz verschlechtert zwangsläufig die städtische Versorgung mit tierischen Produkten. Wird sich die wachsende Begehrlichkeit der Massen damit abfinden? Erinnern wir uns: Im Januar 1917 berichtete der Moskauer Bürgermeister sorgenvoll über die revolutionäre Stimmung im Volk, weil seit Monaten die Versorgung der städtischen Bewohnerschaft mit Mehl nur zwei Drittel der üblichen Menge erreichte! Und er berichtete, daß die Temperatur in den Moskauer Wohnungen selten auf 12 Grad gehalten werden kann, meist aber erheblich darunter bleibt.

Und darum meinen wir: Die Krise des Sowjetstaates von heute hat Aehnlichkeiten mit der Krise des Zarenreiches 1917 oder der Donaumonarchie 1918!

Die Krise des Staates ist nicht gebannt, sie schreitet fort! Das ist die Lage im Spätsommer 1956. Entlastung können nur außenpolitische Erfolge bringen, dann steigt das Prestige und mit dem Prestige die Autorität! Die Suez-Konferenz zeigte deutlich, wie sehr sich Moskau bemühte, den Konflikt zu benutzen, um im Vordern Orient als Freund und Helfer Autorität zu gewinnen, ohne die USA zu vergrämen. Man trumpfte gegen den Tommy auf, aber schielte nach dem Ami. Man benutzte das schlechte Beispiel, das Eden am Suez-Kanal lieferte, für eine brutale Lektion in Ungarn. Die Militärqlique in Moskau weiß, daß sie sich mit dieser Aktion in der

Weltöffentlichkeit kompromitiert hat. Aber sie nutzte den weltgeschichtlichen Augenblick, um innerhalb der Sowjetunion zu imponieren. Die Integrität des Sowjetreiches ist in höchster Gefahr, wenn die Satelliten eigene Wege zum Sozialismus einschlagen.

c. Und die Beteuerungen Stalins 1930

Nach allem Dargelegten ist es zur richtigen Beurteilung der Verhältnisse wichtig und interessant, der aufgezeigten Wirklichkeit nun auch die Behauptungen und Beteuerungen Stalins aus der Zeit von 1930 gegenüber zu stellen (vgl. Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin 1951). Damals hatte er es erreicht, daß die konstruktiven Vorschläge der Rechts-Opposition als Abweichung und Häresie von der roten Inquisition gebrandmarkt wurden. Damals konnte es Stalin gelingen, dank seiner Machtstellung die Wahrheit zur Lüge und die Lüge zur Wahrheit und Wirklichkeit umzufälschen.

Die Lage, die wir in der Sowjetunion im Jahr 1955 feststellen konnten, ist der Kronzeuge gegen Stalin's Thesen von 1930! Hören wir Stalin und erinnern wir uns dabei an das bisher Mitgeteilte:

„Worin bestehen unsere Meinungsverschiedenheiten, womit hängen sie zusammen?" (ebd. Rede „Ueber die rechte Abweichung in der KPdSU (B), gehalten im April 1929). —

Bucharin schlägt eine ‚Normalisierung des Marktes' vor und ein ‚Manövrieren' mit den Beschaffungspreisen für Getreide nach den einzelnen Rayons, d. h. eine Erhöhung der Getreidepreise. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß ihn die Marktbedingungen der Sowjetunion nicht befriedigen, er will der regulierenden Rolle des Staates auf dem Markt Hemmschuhe anlegen. —

Daraus aber folgt, daß wir, wenn wir einmal den Weg der Erhöhung der Getreidepreise beschritten haben, auch weiterhin abwärtsgleiten müssen, ohne eine Garantie zu haben, daß wir die nötige Getreidemenge erhalten werden. (a. a. O. 288.)

Was soll aber geschehen, wenn doch nicht genügend Getreide auf den Markt kommt? Bucharin antwortet darauf: Beunruhigt den Kulaken nicht durch außerordentliche Maßnahmen und führt Getreide aus dem Ausland ein! Er hat auch vor kurzem vorgeschlagen, Getreide aus dem Ausland einzuführen, so an die 50 Millionen Pud, d. h. für etwa 100 Millionen Rubel Valuta. Wenn aber die Valuta dazu nötig ist, Maschineneinrichtungen für die Industrie einzuführen? Bucharin antwortet darauf: Man muß der Getreideeinfuhr aus dem Ausland den Vorzug geben. (a. a. O. 297.)

Wie wir aus den Zitaten entnehmen können, lagen zwei verschiedene Konzeptionen vor. Einmal der Plan der Partei, d. h. Stalins; dieser verlangte: 1. Rekonstruktion (Neuausrüstung) der Industrie; 2. Rekonstruktion der Landwirtschaft; dazu 3. Aufbau von Kolchosen (Kollektivwirtschaften) und Sowchosen (Sowjetische Staatsdomänen) Massenanwendung von Kontrahierung und MTS; 4. wegen der Schwierigkeiten, die den Staatsorganen am Dorf bei der Getreidebeschaffung bereitet werden, Anerkennung der Zulässigkeit außerordentlicher Maßnahmen, d. h. Terror und Zwangsrequisitionen. Es soll so ein maximaler „Getreideüberschuß" aus dem Dorf geholt werden, um ohne Getreide-Import auszukommen; 5. die individuelle Wirtschaft der armen und mittleren Bauern reicht nach der Parteiauffassung nicht mehr aus. Daher müssen die individuellen Bauernwirtschafften in große Kollektivwirtschaften überführt werden; 6. um das alles durchzusetzen, muß in erster Linie die Entwicklung der Schwerindustrie forciert werden.

Schlußfolgerung: Der Schlüssel zur Rekonstruktion der Landwirtschaft liegt in einem beschleunigten Entwicklungstempo der Industrie!

Dem stand der Plan Bucharins gegenüber; er sah vor: 1. Normalisierung des Marktes, Erhöhung des Getreidepreises; 2. Förderung der freiwilligen Vergenossenschaftung in der Landwirtschaft mit dem Ziel, die Ertragsfähigkeit zu steigern; 3. Beschaffung der Agrarprodukte auf dem Weg des „Selbstlaufes"; 4. im Falle von Getreidemangel ist Getreide einzuführen; 5. bei Valutenknappheit ist der Getreideeinfuhr gegenüber der Einfuhr industrieller Bedarfsgüter der Vorzug zu geben.

Schlußfolgerung: Der Schlüssel zur Rekonstruktion der Landwirtschaft liegt in der pfleglichen Behandlung der Bauernwirtschaft.

Stalin fährt fort:

„Erlaubt mir jetzt zu der Rede Rykows überzugehen. Versuchte Bucharin eine theoretische Begründung der rechten Abweichung zu geben, so bemüht sich Rykow in seiner Rede, diese Sache mit praktischen Vorschlägen zu unterbauen. (a. a. O. 308.) —

Rykow behauptete hier, daß außer dem Fünfjahrplan noch ein anderer, ein Parallelplan nötig sei, und zwar ein Zweijahrplan für die Entwicklung der Landwirtschaft. Er begründete diesen Vorschlag über einen parallelen Zweijahrplan mit den Schwierigkeiten in der Landwirtschaft. Er sagte, der Fünfjahrplan sei eine gute Sache und er trete für ihn ein, aber wenn wir gleichzeitig einen Zweijahrplan der Landwirtschaft aufstellten, so würde es noch besser sein — anderenfalls würde die Landwirtschaft stecken bleiben. Dem äußeren Schein nach stellt dieser Vorschlag nichts Schlechtes dar. Wenn man sich aber die Sache näher ansieht, dann stellt sich heraus, daß der Zweijahrplan der Landwirtschaft mit der Absicht ausgeheckt wurde, um den irrealen, papiernen Charakter des Fünfjahrplans hervorzukehren. — Rykow suchte hier die Partei dadurch zu schrecken, daß er versicherte, die Anbauflächen in der UdSSR weisen die Tendenz zu systematischer Verringerung auf. Dabei warf er einen Seitenblick auf die Partei und deutete an, daß an der Verringerung der Anbauflächen die Politik der Partei schuld sei. (a. a. O. 310 ff.) —

Wir brauchen zur Getreideversorgung der Städte und Industrieorte, der Roten Armee und der Gebiete, die gewerbliche Nutzpflanzen kultivieren, etwa 500 Millionen Pud Getreide jährlich. Auf dem Weg des „Selbstlaufes" gelingt es uns, etwa 300 bis 350 Millionen Pud zu beschaffen. Die übrigen 150 Millionen Pud müssen wir durch organisierten Druck auf die kulakischen und wohlhabenden Schichten des Dorfes aufbringen. (a. a. O. 314.) —

Was muß man tun, um diese Getreideüberschüsse zu bekommen? Man muß vor allem die Einstellung auf den „Selbstlauf" als eine schädliche und gefährliche Sache ausmerzen. Man muß die Getreidebeschaffung organisieren, man muß die Masse der armen und mittleren Bauern gegen das Kulakentum mobilisieren und erreichen, daß die Maßnahmen der Sowjetmacht zur Verstärkung der Getreidebeschaffung von diesen Massen geschlossen unterstützt werden. (a. a. O. 314 ff.)

Stalin über „Das Jahr des großen Umschwungs, zum 12. Jahrestag des Oktober":

„Die Errungenschaft der Partei besteht hier darin, daß es uns gelungen ist, die Hauptmasse der Bauernschaft in einer ganzen Reihe von Gebieten von den alten, kapitalistischen Entwicklungswegen abzubringen, bei dem nur ein Häuflein Dorfreicher und Kapitalisten gewinnt, während die übergroße Mehrheit der Bauern ihr Leben in Armut zu fristen gezwungen ist und sie auf den neuen, den sozialistischen Entwicklungsweg zu führen, auf dem die Dorfreichen, die Kapitalisten verdrängt, die Mittelbauern und die arme Bauernschaft aber auf neue Art ausgerüstet, mit neuen Geräten, mit Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen ausgestattet werden, damit sie die Möglichkeit erhalten, aus dem Elend und der Kulakenknechtschaft herauszukommen und auf den breiten Weg der genossenschaftlichen, kollektiven Bodenbearbeitung zu gelangen.
(a. a. O. 326.) —

Zusammengebrochen und zerstoben sind die Einwände der „Wissenschaft" gegen die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der Organisierung großer Getreidefabriken von 50 000 bis 100 00 ha. Die Praxis hat die Einwände der „Wissenschaft" widerlegt und ein übriges Mal gezeigt, daß nicht nur die Praxis bei der „Wissenschaft" lernen muß, sondern daß es auch der „Wissenschaft" nicht schaden würde, bei der Praxis zu lernen. In den kapitalistischen Ländern können Riesen-Getreidefabriken nicht Fuß fassen, unser Land ist aber kein kapitalistisches. (a. a. O. 329.) —

Zusammengebrochen und zerstoben sind die Behauptungen der rechten Opportunisten (der Gruppe Bucharin), daß a) die Bauern nicht in die Kollektivwirtschaften gehen würden, daß b) ein verstärktes Entwicklungstempo der Kollektivwirtschaften nur Massenunzufriedenheit und Loslösung der Bauernschaft von der Arbeiterklasse hervorrufen könne, daß c) die „Heerstraße" der sozialistischen Entwicklung im Dorf nicht die Kollektivwirtschaften, sondern die Genossenschaften bilden, daß d) die Entwicklung der Kollektivwirtschaften und die Offensive gegen die kapitalistischen Elemente im Dorf dazu führen könne, daß das Land ohne Getreide bleibt. Alles das ist als altes, bürgerlich-liberales Gerümpel zusammengebrochen und in alle Winde verweht worden." (a. a. O. 330.)

Sogar Lenin mußte an dieser Zeitwende herhalten und wurde von Stalin in vollkommen verkehrtem Sinn zitiert. Was aber sagte Lenin? Er sagte: „Die ‚Mittelbauernschaft' wird in der kommunistischen Gesellschaft nur dann auf unserer Seite sein, wenn wir ihre wirtschaftlichen Lebensbedingungen erleichtern und verbessern. Wenn wir morgen 100 000 erstklassige Traktoren liefern, sie mit Benzin versorgen, sie mit Maschinisten versorgen können (Ihr wißt sehr wohl, daß das vorläufig eine Phantasie ist!), dann würde der Mittelbauer sagen: Ich bin für die „kommunja", d. h. für den Kommunismus."

Stalin gab 1930 auch eine „Antwort an die Genossen Kollektivbauern":

„— Welches sind die Hauptfehler in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung? Solche Fehler gibt es mindestens drei: Verletzt wurde das Leninsche Prinzip der Freiwilligkeit bei der Errichtung von Kollektivwirtschaften. — Der Leninismus lehrt, daß man die Bauern im Weg der Freiwilligkeit auf die Bahn der kollektiven Wirtschaft überleiten muß, indem man sie von den Vorzügen der gesellschaftlichen, kollektiven Wirtschaft gegenüber der Einzelwirtschaft überzeugt. Der Leninismus lehrt, daß man die Bauern nur dann von den Vorzügen der kollektiven Wirtschaft überzeugen kann, wenn ihnen in der Praxis durch die Erfahrung gezeigt und bewiesen wird, daß die Kollektivwirtschaft besser ist als die Einzelwirtschaft, daß sie vorteilhafter ist als Einzelwirtschaft, daß

die Kollektivwirtschaft den Bauern, dem armen und Mittelbauern einen Ausweg aus Not und Elend bieten. Der Leninismus lehrt, daß die Kollektivwirtschaften ohne diese Bedingungen nicht von Dauer sein können. Der Leninismus lehrt, daß jeder Versuch, dem Bauern die Kollektivwirtschaft mit Gewalt aufzuzwingen, jeder Versuch Kollektivwirtschaften durch Zwang zu errichten, nur negative Resultate zeitigen, nur die Bauern von der kollektivwirtschaftlichen Bewegung abstoßen kann. —

Lenin sagt über die Freiwilligkeit des kollektivwirtschaftlichen Aufbaues: Jetzt besteht unsere Aufgabe im Uebergang zur gesellschaftlichen Bodenbestellung, im Uebergang zum gemeinsamen Großbetrieb. Von Seiten der Sowjetmacht darf jedoch keinerlei Zwang ausgeübt werden, kein Gesetz zwingt dazu. Die landwirtschaftliche Kommune wird freiwillig gegründet, der Uebergang zur gesellschaftlichen Bodenbestellung kann nur ein freiwilliger sein, von Seiten der Arbeiter- und Bauernregierung darf es in dieser Hinsicht nicht den geringsten Zwang geben und das Gesetz gestattet ihn nicht. Wenn irgendjemand von Euch solchen Zwang bemerken sollte, so müßt ihr wissen, daß es ein Mißbrauch ist, daß das eine Verletzung des Gesetzes ist, die wir mit aller Kraft zu korrigieren suchen und korrigieren werden. (Lenins Antwort auf schriftliche Fragen in der Sitzung des 1. Kongresses der Landarbeiter des Petrograder Gouvernements.)

Verletzt wurde das Leninsche Prinzip, die Mannigfaltigkeit der Verhältnisse in den verschiedenen Gebieten der UdSSR beim kollektivwirtschaftlichen Aufbau zu berücksichtigen. Man vergaß, daß es in der UdSSR die mannigfaltigsten Gebiete mit verschiedenen Wirtschaftsformen und verschiedenen Kulturstufen gibt. Man vergaß, daß es unter diesen Gebieten fortgeschrittene, mittlere und zurückgebliebene Gebiete gibt. Man vergaß, daß das Tempo der kollektiv-wirtschaftlichen Bewegung und die Methoden des kollektiv-wirtschaftlichen Aufbaues für alle diese, bei den weiten nicht gleichen Gebieten nicht die gleichen sein können.

Nach Lenin wäre es ein Fehler, wenn wir die Dekrete für alle Gegenden Rußlands einfach schablonenmäßig kopierten, wenn die Kommunisten, die Bolschewiki, die Sowjetfunktionäre in der Ukraine und am Don sind, sie wahllos in Bausch und Bogen auf die anderen Gebiete ausdehnen wollten — denn, wir legen uns keineswegs auf eine einförmige Schablone fest, wir entscheiden nicht ein für alle mal, daß unsere Erfahrungen, die Erfahrungen Zentralrußlands sich restlos auf alle Randgebiete übertragen lassen. Zentralrußland, die Ukraine und Sibirien über einen Kamm zu scheren, wäre nach Leninscher Auffassung die größte Torheit!"

Trotz dieser Bekenntnisse ging die Kollektivierung unter dem Druck fortschreitenden Terrors schablonenhaft weiter und zerstörte das wirtschaftliche Interesse der Kolchos-Bauernschaft, die immer mehr verelendete. Die Ueberspitzungen führten in die Dauer-

krise der Stalinschen Planwirtschaft! Die Richtigkeit der Bucharinschen Auffassungen wurden durch das Leben bewiesen.

Und nun sei zum Abschluß noch das Urteil Stalins über lebenhemmende Doktrinen angeführt. Stalin schreibt: „Ueber dialektischen und historischen Materialismus, September 1938, (vgl. Stalin, Fragen des Leninismus, 647 ff.).

„Wenn also in verschiedenen Perioden der Geschichte der Gesellschaft verschiedene gesellschaftliche Ideen, Theorien, Anschauungen, politische Einrichtungen zu beobachten sind, wenn wir in der auf Sklaverei beruhenden Gesellschaftsordnung die einen gesellschaftlichen Ideen, Theorien, Anschauungen, politischen Einrichtungen antreffen, unter dem Feudalismus andere, unter dem Kapitalismus wieder andere, so erklärt sich das nicht aus der „Natur", aus der „Eigenschaft" der Ideen, Theorien, Anschauungen, politischen Einrichtungen selbst, sondern aus den verschiedenen Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft in den verschiedenen Perioden der gesellschaftlichen Entwicklung. — Um also in der Politik nicht fehlzugehen und nicht in die Lage weltfremder Träumer zu geraten, muß die Partei des Proletariats in ihrer Tätigkeit ausgehen nicht von abstrakten „Prinzipien der menschlichen Vernunft", sondern von den konkreten Bedingungen des materiellen Lebens der Gesellschaft als der entscheidenden Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung; nicht von den frommen Wünschen „großer Männer", sondern von den realen Bedürfnissen des materiellen Lebens der Gesellschaft. (Vgl. a. a. O. 659.) —

Es gibt verschiedene gesellschaftliche Ideen und Theorien, es gibt alte Ideen und Theorien, die sich überlebt haben. — Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie die Entwicklung der Gesellschaft und ihre Vorwärtsbewegung hemmen. Es gibt neue fortschrittliche Ideen und Theorien, die den Interessen der fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft dienen. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie die Entwicklung der Gesellschaft und ihre Vorwärtsbewegung erleichtern, wobei sie umso größere Bedeutung erlangen, je genauer sie die Bedürfnisse der Entwicklung des materiellen Lebens der Gesellschaft zum Ausdruck bringen". (Vgl. a. a. O. 660.)

Nachdem wir in den vorausgegangenen Kapiteln die tatsächlichen Verhältnisse geschildert haben und nun auch die Behauptungen und Auffassungen Stalins kennengelernt haben, wollen wir an dieser Stelle auf das Agrarprogramm hinweisen, welches der amerikanische Präsident Eisenhower zum Jahresbeginn 1956 dem Kongreß vorgeschlagen hat. Er schlägt unter anderem vor, den Export der großen landwirtschaftlichen Ueberschüsse, die für die amerikanische Farmerschaft bedrohliche Ausmaße anzunehmen

droht, nunmehr auch in „nichtbefreundete" Länder zu lenken. Nach seinen Feststellungen hat sich gezeigt, daß weder der innere Markt noch die bisher belieferten Märkte der befreundeten Länder die gewaltigen Vorräte der amerikanischen Agrarproduktion aufnehmen können.

Die Schlußfolgerung? Wir wissen: Amerika ist kein Paradies! Und doch ist es ein Paradies in den Augen der Sowjetproletarier nicht nur, sondern auch in den Augen der roten Kleinbürger und in den Augen der „werktätigen" Intelligenz in der UdSSR.

Stalin selbst hat das Urteil über die Aera, die mit seinem Namen verknüpft bleibt, gesprochen. Die rückständige Lage der Sowjetvölker im Jahr 1955 ist der deutliche Beweis, daß der Moskauer Stil den weiteren „Progreß" verhindert. Der Moskauer Stil eines roten Feudalismus; er ist Vergangenheit und nicht Zukunft. Er muß einer besseren Ordnung Platz machen.

Vieles deutet in der letzten Zeit darauf hin, daß die Dinge in Bewegung geraten sind!

9. DAS PROBLEM DER ZUKUNFT

a. Otto Bauers Analyse und Prognose vom Jahre 1920

Die Broschüre des bekannten marxistischen Theoretikers Otto Bauer über „Bolschewismus und Sozialdemokratie" hatte, ohne daß dies der Autor eigentlich beabsichtigte, der „Rapallo-Politik" den Boden vorbereitet. Bauer vertrat nämlich den Standpunkt, daß die Erhaltung des Räte-Staates durchaus den mitteleuropäischen Interessen entspricht. Anderseits gab er gleichzeitig der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Sowjetregime eben nur im östlichsten Europa eine geschichtliche Funktion zeitweiliger Art haben kann, daß es niemals in der Lage sein würde, eine kommunistische Lebensordnung zu verwirklichen, daß das Terrorregime damals bereits eine „endgültige" Niederlage erlitten hätte und immer wieder erleiden müßte, wenn man versuchen wollte, die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten „diktatorisch" mit Mitteln des Terrors zu korrigieren.

Dieser realistischen Prognose halber wird Otto Bauer in den Kreisen der Stalin-Sekte mehr gehaßt und mehr gefürchtet als jeder andere Denker. Lenin zog aus der Niederlage der Doktrin die Konsequenz und unterschrieb 1922 das NEP-Dekret. Es war der Friedenschluß mit der Bauernschaft. Stalin hat 1929/30 wieder die Doktrin über das Leben stellen wollen und darum die Agrarpolitik um 180 Grad herumgerissen. Welche Prognose gab der Marxist Otto Bauer im Jahre 1920 einem solchen Beginnen? (Otto Bauer, Bolschewismus und Sozialdemokratie, Wien 1920, 8 ff.).

„In dem Maß, als durch den Uebergang von der Arbeitsrente und von der Produktionsrente zur Geldrente die Form der Ausbeutung der Leibeigenen (in Rußland) verändert wurde, erstarkte der Widerstand gegen die Leibeigenschaft überhaupt. Immer häufiger rebellierten die Bauern, immer lauter klagten die Industriellen, daß die Bindung des Bauern an die Scholle die Entwicklung eines Industrieproletariats, die Fortdauer der Fronwirtschaft im Schwarzerdegebiet die Entwicklung eines kaufkräftigen inneren Marktes unmöglich macht. Immer heftiger griff die sich entwickelnde Intelligenz die Institution der Leib-

eigenschaft als ein Hindernis der Entwicklung der Produktivkräfte Rußlands an. Immer schwächer wurde aber auch der Widerstand der Gutsherrenklasse selbst gegen die „Befreiung" der Bauern. — Unter dem Druck der gewaltigen Gärung, in die Rußland nach der Niederlage im Krimkrieg geriet, mußte der Zarismus das erste Mal kapitulieren. Durch das Gesetz vom 18. Februar 1861 wurde die Leibeigenschaft aufgehoben" (8 f.). —

Die „Bauernbefreiung" von 1861 beraubte die Bauern eines Teiles des von ihnen benutzten Bodens und sie überlastete die Bauern mit unerträglich hohen Ablösungszinsen. In einigen Teilen Rußlands setzten sich die Bauern gegen das „Befreiungswerk" zur Wehr. Die Durchführung der Reform löste nicht weniger als 1100 Bauernaufstände aus, die im Blut der Bauern erstickt wurden. Ihre Niederwerfung schüchterte die Bauern ein. Die Ruhe in den Dörfern war wieder hergestellt.

Aber die Bauern litten. Sie mußten einen Teil ihrer Ernte verkaufen, um die hohen Ablösungszinsen und die Steuern bezahlen zu können; der Rest genügte nicht, sie zu ernähren. Während die Getreideausfuhr stieg, herrschte Hungersnot in den Dörfern. Oft waren die Bauern überhaupt nicht imstand, Ablösungszinsen und Steuern zu bezahlen. Die Rückstände häuften sich. In den Dörfern gärte es. Der russisch-türkische Krieg von 1878 löste neuerlich größere Bauernunruhen aus. Diesmal mußte der Zarismus Zugeständnisse machen. Durch die Reformgesetze von 1881 wurden die den Bauern auferlegten Bodenzinse ermäßigt.

Die Bauernschaft konnte ihren Bodenbesitz durch Zupacht und Zukauf schnell erweitern. Daher trat Beruhigung in den Dörfern ein. Die Ruhe der Bauernschaft in den folgenden anderthalb Jahrzehnten war die soziale Basis des reaktionären Despotismus Alexanders III. Die revolutionäre Bewegung der „Narodnaja Wolja", die ihre Hoffnung auf die Bauernbewegung gesetzt hatte, wurde völlig erstickt. Die russische revolutionäre Intelligenz, an der Bauernschaft verzweifelnd, began ihre Hoffnung auf die industrielle Arbeiterschaft zu setzen. (a. a. O. 22.)

Seit der Mitte der neunziger Jahre stiegen die Getreidepreise auf dem Weltmarkt. Höhere Getreidepreise ermöglichen intensivere Bewirtschaftung des Bodens. Die intensivere Wirtschaft fordert aber den Uebergang von der bäuerlichen Pacht zur kapitalistischen Bewirtschaftung im Großbetrieb. Die Bauern des Schwarzerde-Gebietes müssen den Gutsherren immer höhere Pachtzinsen bieten, um überhaupt noch Pachtland zu bekommen.

Von der Aufhebung der Leibeigenschaft bis zum Anfang des 20. Jahrhundert hat sich das Bauernland durch Zukauf von Herrenland von 116 auf 140 Millionen Deßjatinen, also um etwa ein Fünftel vergrößert. In derselben Zeit war aber die bäuerliche Bevölkerung von 45 auf etwa 85 Millionen Seelen, also um etwa 90 Prozent, gewachsen. Während sich die Bauernbevölkerung verdoppelte, wuchs das Bauernland nur um ein Fünftel. Diese Entwicklung war nur solange erträglich, als die Bauern Herrenland zupachten konnten. Sie mußte zur schwersten

Krise führen, sobald infolge der hohen Getreidepreise die Ausdehnung des kapitalistischen Großbetriebes die bäuerliche Pacht zurückdrängte; sobald die Bauern daher Herrenland überhaupt nicht mehr oder nur zu sehr hohen, schnell steigenden Zinsen pachten konnten.

Seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Lage der Bauernschaft unerträglich geworden. Seit dem Jahr 1901 setzt eine Reihe von Bauernaufständen ein, die von den Gouvernements Poltawa und Charkow ausgehen, bald in den, bald in jenen Gouvernements ausbrechen und sich, immer wieder blutig niedergeworfen, bis zur Revolution von 1905 immer wiederholen. Aber diese Bauernaufstände tragen ganz anderen Charakter als die von 1878 bis 1881. Damals waren die Aufstände gegen die allzu drückenden Ablösungszinse gerichtet gewesen. Jetzt, bei hohen Getreidepreisen, sind die an die Stelle der Ablösungszinsen getretenen Zinsen- und Annuitätszahlungen an den Staat nicht mehr drückend; sie bleiben jetzt hinter den Bodenerträgen weit zurück. Jetzt richten sich die Bauernaufstände vielmehr gegen die Weigerung der Gutsherren, ihren Boden den Bauern zu verpachten oder gegen die hohen Pachtzinsen, die die Gutsherren von den Bauern fordern. Die Bauern stoßen sich am Herrenland, das seiner Wirtschaft allzu enge Grenzen setzt. Sie sind daher nicht mehr wie 1881 durch bloße Ermäßigung der Bodenzinsen zu befriedigen, sondern nur noch durch die Revolution der Grundeigentumsverhältnisse selbst.

Der russische Bauer war nicht Privateigentümer. Das Bauernland war Gemeineigentum, den einzelnen nur auf Zeit und nur zur Nutzung zugeteilt. So gelangte der russische Bauer sehr leicht zu der Vorstellung, daß der Boden „niemandes"; daß er „Gottes" sei. Sobald der Bauer auf dem Bauernland nicht mehr seine Nahrung finden kann, beginnt sich diese Vorstellung gegen das Privateigentum der Gutsherren zu kehren; im Bauernvolk keimt die Vorstellung, daß auch der Boden des Gutsherrn „Gottes" sei und allen ein gleiches Naturrecht auch an diesem Boden gebühre. So werden die Bauern empfänglich für die sozialistische Propaganda gegen das Privateigentum des Gutsherrn.

Anderseits lehnt sich der Bauer immer mehr gegen die Herrschaft des MIR, d. i. die Feldgemeinschaft, und gegen die periodische Neuaufteilung des Bauernlandes auf. Die Feldgemeinschaft macht den reichen Bauern die Intensivierung ihrer Wirtschaft unmöglich. Jede Neuaufteilung kürzt auch den mittleren Bauern die Landanteile. Sie müssen bei jeder Neuaufteilung Parzellen zugunsten der Dorfproletarier abtreten, die diese, da sie kein Arbeitsvieh und keine Geräte besitzen, garnicht selbst bearbeiten können; und so müssen sie dann von den Proletariern Boden zurückpachten! Noch sinnloser erscheint die herkömmliche Neuaufteilung, wenn der Bauer Boden abtreten muß zugunsten von Angehörigen des MIR, die längst das Dorf verlassen haben, in die Stadt abgewandert sind, dort in der Industrie arbeiten, aber trotzdem den Anspruch auf ihren „Seelenanteil" im Heimatdorf behalten haben. Je größer die Bevölkerung, je enger ihr das Bauernland wird, desto heftiger wird der Widerstand der Bauern gegen Neuaufteilungen. Die Feldgemeinschaft gerät in Verfall, die Neuaufteilungen

werden seltener, in vielen Dorfgemeinschaften beschließen die Bauern, den einzelnen Höfen ihre Landanteile „für immer" zuzuteilen.

Während die Bauern sehr willig die sozialistische Forderung aufnahmen, daß der Boden der Gutsherren konfisziert, zum Volkseigentum erklärt werden solle, strebten sie anderseits nach der Auflösung der Feldgemeinschaft, nach freiem bürgerlichem Eigentum auf dem Bauernland. Der Bauer vertrat gegen das bestehende Privateigentum der Gutsherren den Agrarkommunismus, gegen den bestehenden Agrarkommunismus des MIR das Privateigentum. (Sp. v. Verf.) So wurde er empfänglich für die Propaganda der Sozialisierung des Herrenlandes; aber hinter der Phrase von der Sozialisierung des Bodens barg sich nur sein Streben nach der Begründung, Befestigung und Vergrößerung seines Privateigentums auf Kosten des Herrenlandes. So konnte die sozialistische Ideologie zum Instrument der bürgerlichen Revolution, der gewaltsamen Begründung der bürgerlichen Grundeigentumsverhältnisse werden. (a. a. O. 23 ff.) —

Die Niederlagen in der Mandschurei (1905) lösten die Protestbewegung des liberalen Adels und der liberalen Bourgeoisie aus. Die Bewegung steigerte sich zur Revolution, als im Jahr 1905 das Proletariat auf die Straße trat. Die Riesenstreiks des Proletariats weckten auch den Bauern. Die Bauernrebellion wälzte sich über das Land. Mehr als 2000 Gutshöfe wurden niedergebrannt. Die Eigentümer wurden verjagt, die Meierhöfe geplündert, Wälder eigenmächtig abgeholzt. Die Bauern verweigerten die Arbeit auf dem Herrenland, die Zahlung der Zinsen und der Steuern. Aber noch trug die Bauernbewegung nur lokalen Charakter. Der Bauer, der im Dorf rebellierte, warf, in die Uniform gesteckt, in der Stadt den Aufruhr des Proletariats, im Nachbargouvernement den Bauernaufstand nieder. Die Revolution wurde besiegt. Aber darum war sie nicht ergebnislos.

Die Stürme von 1905 hatten der ganzen russischen Gesellschaft die Unhaltbarkeit der russischen Agrarverfassung gezeigt. Alle Parteien mußten die Erweiterung des bäuerlichen Grundbesitzes auf Kosten des Herrenlandes auf ihre Fahnen schreiben.

Nach den Reformgesetzen von 1906 und 1910 kann jeder Bauer aus der Feldgemeinschaft austreten und die Ueberführung seines Landanteils in sein Privateigentum verlangen. Dieses Landgut wird aus der Feldgemeinschaft völlig herausgelöst; es ist dem Flurzwang nicht mehr unterworfen und die Weiderechte der anderen Dorfgenossen an dem ausgeschiedenen Boden erlöschen. —

Die Agrarreform der Konterrevolution hätte ihr Ziel erreichen und im russischen Dorf eine konservative Großbauernschaft schaffen können, wenn ihr die Geschichte dazu Zeit gelassen hätte. Aber diese Zeit war ihr nicht gegönnt.

Der Krieg (1914/17) traf eine Bauernschaft an, die durch die begonnene Umbildung der Agrarverhältnisse beunruhigt, über ihre ersten Ergebnisse erbittert war und deren Glauben an die überlieferte Grundeigentumsordnung zuerst durch die Parolen der Revolution und dann durch die Praxis der Konter-

revolution vollständig erschüttert war. Diese revolutionierte Bauernmasse hat der Krieg aus der Abgeschiedenheit der Dörfer herausgerissen, sie in Kompagnien und Bataillonen organisiert und ihr die Waffen in die Hand gedrückt. —

Die Hungerrevolten der Petersburger Arbeiter im Februar 1917 wurden zur Revolution, als sich die Soldaten, die Bauern in Uniform, auf die Seite der Proletarier schlugen. Und diese Revolution war von der ersten Stunde an beherrscht von den beiden Forderungen, die allein das Bewußtsein des bäuerlichen Soldaten erfüllten: der Soldat forderte den Frieden, der Bauer forderte das Land der Herren. (a. a. O. 27 ff.)

Am 25. Oktober (a. St.) 1917 bemächtigte sich der Petersburger Sowjet der Gewalt der Hauptstadt. Am folgenden Tag schon beschloß der allrussische Rätekongreß auf Lenins Antrag ein Dekret, daß das Eigentum der Gutsherren am Grund und Boden für aufgehoben erklärte und ihren Boden sowie die Staatsdomänen und Kirchengüter den Agrarkomitees der Bauern zur Verwaltung übergab. Die Verfügung über den Boden wurde dann geregelt durch das vom dritten Sowjetkongreß beschlossene „Grundgesetz über die Sozialisierung des Bodens". Der Inhalt dieses Grundgesetzes ist aber nicht durch die Auffassungen der Bolschewiki bestimmt, als vielmehr durch die Theorien der linken SR, die damals mit den Bolschewiki koaliert und innerhalb dieser Koalition die Wortführer der Bauernschaft waren. (a. a. O. 30.)

„Jedes Eigentum an Grund und Boden", sagt das Grundgesetz, „wird für immer aufgehoben". Jedes Grundeigentum, also auch das der Bauern. Eigentümer alles Bodens ist die Gesamtheit des werktätigen Volkes, in dessen Namen die bäuerlichen und die städtischen Sowjets über den in ihren Sprengeln gelegenen Boden verfügen. Der Boden wird, soweit er nicht zur Bildung von Sowjetwirtschaften, d. h. Großbetrieben in eigener Verwaltung der Sowjets zurückgehalten wird, den einzelnen Bauern zur Nutzung gegeben. Anspruch, Land zur Nutzung zu bekommen, hat nur der, der es selbst mit seinen Angehörigen bewirtschaftet; die Beschäftigung von Lohnarbeitern ist verboten und kann mit der Entziehung des Nutzungsrechtes bestraft werden. —

Hielten die Sozialrevolutionäre mit der Aufteilung des Großgrundbesitzes die Revolution auf dem Land für abgeschlossen, so glaubten die Bolschewiki, daß unmittelbar auf diese (von ihnen ganz richtig als bürgerlich erkannte und bezeichnete Revolution) die wirklich sozialistische Revolution der landwirtschaftlichen Arbeitsverfassung folgen könne. Frei von den Illusionen der SR verfielen die Bolschewiki in die entgegengesetzte Illusion; sie glaubten, daß der bäuerliche Kleinbetrieb, der soeben den feudalkapitalistischen Großbesitz besiegt und zerschlagen hatte, nun in schneller Entwicklung in einen sozialistischen Großbetrieb überführt werden könne.

Zur Grundlage der sozialistischen Organisation sollten die landwirtschaftlichen Kommunen werden. Die Instruktion vom 3./16. August 1918 entwirft von der Organisation der Kommunen folgendes Bild: Wer einer Kommune beitritt, entsagt allem Privateigentum. Alle seine bewegliche und unbewegliche

Habe, insbesondere auch sein Haus und Hof, sein lebendes und sein totes Wirtschaftsinventar, sein Geld geht in das Eigentum der Kommune über. Die Leitung der Kommune obliegt der Vollversammlung seiner Mitglieder und dem von ihr gewählten Rat. Nach seinen Weisungen wird der Boden der Kommune von ihren Mitgliedern gemeinsam bearbeitet. An die Stelle der individuellen Bodenbearbeitung im Kleinbetrieb den genossenschaftlichen Großbetrieb zu stellen, ist die vornehmste Aufgabe der Kommune. Ueber den Arbeitsvertrag ihrer Mitglieder verfügt die Kommune. (a. a. O. 36.)

Der Gedanke der Kommune ging nicht aus den Gewohnheiten und den Bedürfnissen des Landvolkes selbst hervor; der ganze Feldzug war vielmehr ein Versuch, dem Landvolk von oben her, von der Stadt aus, eine seinen Gewohnheiten und seinen Bedürfnissen widerstreitende Organisation seines Lebens zu oktroyieren. Der Dorfarmut lag der Kommunismus nicht näher als der besitzenden Bauernschaft; was ihr im Sinn lag, war nicht der Kommunismus, sondern die Neuaufteilung des Bodens und des Inventars zu ihren Gunsten. (Sp. d. Verf.) Deshalb mußten die Kommunen vereinzelte Erscheinungen bleiben. Auch wo die Dorfarmut die Macht im Dorf an sich riß und, das von der Stadt herkommende Schlagwort aufgreifend, die „Kommune" proklamierte, hat sie in Wirklichkeit in der Regel nicht eine kommunistische Organisation der Landwirtschaft geschaffen, sondern nur den Boden und das Inventar im Dorf neu verteilt. —

Der Kampf der Dorfarmut gegen die Dorfbourgeoisie war die soziale Basis, auf der sich der Kampf zwischen den Bolschewiki und den linken SR um die Ratifizierung und Durchführung des Friedens von Brest-Litowsk entwickelte. Der heftige Zusammenstoß der beiden Parteien auf dem 5. Sowjetkongreß, die Ermordung des Grafen Mirbach und der Putsch vom 6./19. Juni 1918 bezeichnen den dramatischen Höhepunkt des Kampfes. Aber die Bolschewiki konnten zwar die linken SR niederwerfen und zersprengen, doch sie waren ohnmächtig gegen den stummen, passiven, aber zähen Widerstand der Masse der Bauernschaft. Die Bauern beantworteten die gewaltsamen Lebensmittel-Requisitionen mit der Einschränkung des Anbaues; da der Bauer seiner Ernteüberschüsse nicht sicher war, baute er nur noch so viel an, als er selbst verbrauchen konnte. Die Anbauflächen gingen furchtbar zurück; ungeheure Bodenflächen blieben unbebaut. Nicht selten setzten sich die Bauern auch aktiv zur Wehr; sie leisteten den Requisitionskommandos aktiven Widerstand, sie lösten die Komitees der Dorfarmut gewaltsam auf und jagten sie aus den Dörfern hinaus. Die Skeptiker, an denen es auch innerhalb der kommunistischen Partei nie gefehlt hat, hatten recht behalten. Die herrschende Partei mußte die Offensive gegen die Bauernschaft einstellen. —

Der Sowjetkongreß vom März 1919 sanktionierte diese Maximen. „Nichts kann törichter sein", sagte Lenin auf diesem Kongreß, „als ein gewaltsamer Eingriff in die Sphäre der bäuerlichen Wirtschaft. Nicht die Expropriation des mittleren Bauern ist das Problem, sondern dies, mit den Besonderheiten des bäuerlichen

Lebens zu rechnen, vom Bauern selbst die Methoden des Uebergangs zu einer besseren sozialen Ordnung zu lernen und sie ihm zu kommandieren. In dieser Hinsicht, Genossen, haben wir nicht wenig gesündigt." Von diesem Kongreß an wird in der Tat jeder Versuch eines gewaltsamen Eingriffs in die Wirtschaft des Dorfes aufgegeben. Die Sowjetmacht läßt den Bauern in seinem Dorf nach seinem Gutdünken schalten. Die Bemühungen, sozialistische Großbetriebe in der Landwirtschaft zu schaffen, werden fortgesetzt; aber sie beschränken sich jetzt auf die Förderung und Entwicklung der sogenannten Sowjetwirtschaften. In den dünner besiedelten Gebieten wurden beträchtliche Teile der Staats- und Krongüter nicht auf die Bauern verteilt. Sie sind Staatseigentum geblieben und werden von den lokalen Sowjets bewirtschaftet. Die Sowjetregierung bemüht sich jetzt diese Sowjetwirtschaften zu fördern. Ihre Zahl darf man sich kaum allzu groß vorstellen; im Februar 1919 soll es an landwirtschaftlichen Großbetrieben — Sowjetwirtschaften, Agrarkommunen und Artels zusammen — nicht mehr als 1510 gegeben haben; bis 1920 soll ihre Zahl allerdings auf 5000 gestiegen sein. —

Der Bolschewismus verhüllt seine Kapitulation vor der Bauernschaft, indem er nur den „mittleren Bauern" zur Mitarbeit ruft, der „Dorfbourgeoisie" auch jetzt den Kampf ansagt. Aber unter der Dorfbourgeoisie wird jetzt ganz anderes verstanden, als zur Zeit der Organisierung der „Komitees der Dorfarmut". Damals stellte man die ganze aufrechte Bauernschaft den Proletariern und Halbproletariern des Dorfes als Dorfbourgeoisie gegenüber. Jetzt wird der „mittlere Bauer", d. h. die ganze breite Masse der Bauernschaft, als Bundesgenosse angesehen und unter der Dorfbourgeoisie werden nur noch die Wucherer, Zwischenhändler, Schenker, Güterschlächter verstanden, die der Bauer haßt. In Wirklichkeit hat der bäuerliche Kleinbetrieb zum zweiten Mal gesiegt. Er hat zuerst die Reste des Feudalismus zerschlagen und dann den Ansturm des Kommunismus abgewehrt." (39 ff.)

Diese Umorientierung nutzte auch sehr geschickt den in Russen und Ukrainern schlummernden, tiefeingefressenen Antisemitismus aus; denn die Wucherer, die Händler und Gastwirte am Dorf sind herkömmlicherweise im Osten und Südosten vornehmlich Juden gewesen. Am Ende der NEP-Periode machte sich nach 1930 wiederum die gleiche Tendenz bemerkbar und die GPU hat in den dreißiger Jahren unter Ausnutzung der breiten Volksinstinkte die Juden erbarmungslos mißhandelt und mißhandeln lassen — als „burschuji"!

Es verdient Beachtung, daß Otto Bauer die Dauerkrise des bolschewistischen Sozialismus als Prognose stellte. Daß diese Dauerkrise zur Systemkrise der Stalinära innerhalb einer Generation

führen mußte, wird jetzt der rückschauenden Betrachtung unwiderleglich klar.

Auf allen Gebieten läßt sich das Zurückweichen vor den bäuerlichen Lebensvorstellungen beobachten, vor allem auf dem Gebiet des Eherechtes und des religösen Lebens. Aber alle diese Zugeständnisse können keine echte Befriedung und Beruhigung bringen, solange nicht den wirtschaftlichen Grundinteressen der ländlich denkenden Volksmassen Rechnung getragen wird.

Wir lassen zum Schluß nochmals Otto Bauer sprechen:

„Wird die russische Bauernschaft nicht die sozialistische Politik des Proletariats als ein Hindernis der Sättigung ihres Warenhungers ansehen?

Die sozialistische Wirtschaftspolitik muß auch den Vertrieb der Erzeugnisse der bäuerlichen Wirtschaft der staatlichen Kontrolle unterwerfen. Der Bauer fordert auch in Rußland den „freien Handel". Der Sozialismus muß auch über die Arbeitskräfte des Landvolkes disponieren können; der Bauer, der heute Aushebungen als Kriegsmaßregeln betrachtet und darum erträgt, wird sich im Frieden gegen Einberufungen zur Arbeitsarmee zur Wehr setzen. Die Dekrete der Sowjetregierung über Kirche und Ehe, über Erb- und Familienrecht kümmern den Bauern nicht, solange ihre Geltung auf die Stadt beschränkt bleibt; in dem Maß, als die Sowjetgewalt erstarkt, muß sie ihren Gesetzen auch im Dorf Geltung zu erzwingen suchen und damit in Widerstreit mit den am Alten, Ueberlieferten hängenden Auffassungen des Dorfes geraten.

Der Industriearbeiter im sozialisierten Betrieb und der bäuerliche Unternehmer sind voneinander grundverschieden. Nur solange der Bauer das Kulturniveau der feudalen Barbarei noch nicht überwunden hat, läßt er den Industriearbeiter allein regieren. Aber die Sowjetmacht, die die feudale Agrarverfassung zerschlagen hat, hat eben dadurch auch die Basis der bäuerlichen Kulturlosigkeit zerstört. Indem sie den bäuerlichen Besitz vergrößert und befestigt hat, indem sie Schulen errichtet hat, indem sie höhere Kultur in das Dorf trägt, zerstört sie selbst die Voraussetzungen der Diktatur des Proletariats. Denn in dem Maß, als der Bauer kulturell reift, gewinnt er politisches Interesse und politische Regsamkeit, erlangt er den Wunsch und die Fähigkeit, seine Interessen und seine Anschauungen im staatlichen Leben durchzusetzen. Sobald aber die Bauernschaft, die die gewaltige Masse der Nation bildet, eigenen politischen Willen hat und zu selbständigen politischen Aktionen fähig wird, bricht die Alleinherrschaft des städtischen Proletariats zusammen.

Diese Entwicklung kann sich zunächst in der Weise vollziehen, daß der russische Bauer es allmählich erlernt, die ihm in der Sowjetverfassung eingeräumten Rechte auszunutzen, den Apparat der Sowjetverfassung seinen Zwecken dienstbar zu machen, die Sowjetverfassung, die nur auf der Basis der politischen Inaktivität der Bauernschaft ein Instrument der Diktatur des Proletariats

ist, in ein Instrument seines Willens zu verwandeln. Aber der weitere Aufstieg der Bauernschaft muß der Sowjetverfassung ihre soziale Basis überhaupt entziehen, denn die Sowjetverfassung ist nur die juristische Form, in der sich die durch die feudale Barbarei der bäuerlichen Volksmasse ermöglichte und geforderte Diktatur der proletarischen Minderheit ausdrückt. Wenn die Bauernschaft selbst, die überwiegende Mehrheit der Nation die Herrschaft an sich reißt, muß sie die juristische Form der Minderheitsdiktatur sprengen. (a. a. O. 68 f.) —

Der russische Bauer verdankt dem Proletariat den Boden. —

Der russische Bauer ist politisch uninteressiert und unbeweglich. —

Den russischen Bauern konnte das Proletariat seiner Führung unterwerfen. — Dem russischen Bauern konnte das Proletariat in seiner Sowjetverfassung der Form nach volles Bürgerrecht einräumen und ihn dabei tatsächlich doch mediatisieren. — Aber gewaltsam entrechten kann die Revolution Klassen, die nur einen Teil der Bevölkerung bilden und die Parasiten am Gesellschaftskörper sind; die gewaltsame Entrechtung einer überaus zahlreichen Klasse, die eine lebenswichtige Funktion im gesellschaftlichen Organismus versieht, deren Arbeit in der Gesellschaft unentbehrlich ist, deren passive Resistenz schon zu der gefährlichsten Stockung des gesellschaftlichen Stoffwechsels führen muß, kann schwerlich gelingen. (a. a. O. 79.)

Vor dieser Tatsache stand Stalin am Ende seines Lebens. Die Wirklichkeit hat die Thesen Bucharins gerechtfertigt, die Entwicklung hat die Prognosen Otto Bauers bestätigt: Die Aufsässigkeit der entrechteten Masse nagt an der Minderheitsdiktatur und dem Persönlichkeitskult der Stalinära.

Mit dieser Tatsache müssen sich die Erben und Nachfolger Stalins abfinden. Die Staatskrise ist 1955 in ihr akutes Stadium eingetreten!

b. Die Voraussetzung dauerhafter Koexistenz

Das Leben ist stärker als jede Doktrin. Das erwies sich auch in Bezug auf den ideologischen Ueberbau des kommunistischen Staates: Der naive Kommunismus in der Bürgerkriegsaera wurde von der NEP abgelöst. Der „Leninismus" Stalinscher Prägung und Stalinscher Exegese hat neuerlich zur Krise des Sowjetstaates geführt, nicht aber zur Krise des Weltkapitalismus! Zwei Gründe waren dafür maßgebend.

Die Stalinsche Konzeption der sozialistischen Gesellschaftserneuerung scheiterte, weil alles zur Schablone wurde und die

Schablone unter allen Umständen gegen alle Gesetzlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung der Wirklichkeit aufgezwungen werden sollte. Zum anderen aber hat sich die kapitalistische Gegenwelt selbst im dialektischen Behauptungskampf gegen ihre Antithesen, Bolschewismus und Faschismus, gewandelt und regeneriert. Viele Argumente gegen die kapitalistische Welt von 1917 oder von 1932 sind damit hinfällig geworden. Diese Tatsachen spiegeln sich wieder nicht nur in der Massenstimmung des Westens, sondern auch des Ostens!

In der Sowjetunion hatte sich die Lage in den Jahren 1950/51 so versteift, daß man auch im Kreml nicht mehr blind am Alltag, insbesondere dem der sowjetischen Landwirtschaft, vorbeisehen konnte. Darum berief Stalin den XIX. Parteitag (November 1952) ein, darum veröffentlichte er als Einleitung dazu seine letzte Broschüre über „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus".

Schon vor Stalins Tod war also der Zeitpunkt eingetreten, in dem sich die Agrarkrise zur Staatskrise ausgeweitet hatte und zu dem sich diese Tatsache nicht mehr wegdiskutieren ließ. Die Versorgungskrise ist für alle zu sehen und zu spüren. Sie bedrückt ganz anders als 1932 oder 1933, weil man heute in der Sowjetunion weiß, daß es „drüben", auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges, im allgemeinen wesentlich besser geht.

Man kann zwar nicht sagen, daß die breiten Volksschichten in der UdSSR unterernährt sind, aber jeder Heimkehrer kann bezeugen, daß in Moskau genau so wie in der Provinz, in der UdSSR genau so wie in den Volksdemokratien (vor allem in der CSR und in Ungarn) um Fleisch, um Milch, Butter, Zucker „Schlange" gestanden wird. Die wichtigsten Nahrungsmittel sind besonders in der Sowjetunion sehr knapp und mehrfach konnte die Brotversorgung nur durch Importe gesichert werden.

Die Erklärungen der Regierung, innerhalb der nächsten 3 bis 5 Jahre einen „steilen" Aufstieg der Konsumgüterversorgung zu erreichen, können nur verwirklicht werden, wenn importiert wird. Denn zunächst geht die Fleischanlieferung zurück, weil der Viehbestand von Jahr zu Jahr kleiner wurde und nunmehr erst die neuen Grundlagen für eine aufstrebende Viehzucht geschaffen werden

müßten. Der Fischkonsum ist nicht steigerungsfähig, weil die Fischfang-Erträge nicht nur stagnieren, sondern seit 1953 im ganzen rückläufige Bewegung zeigen. Das sowjetische Außenhandelsministerium bemühte sich daher in der Aera Malenkow um eine Lockerung des Uno-Embargos, derzufolge die Nahrungsmitteleinfuhr gegenüber 1952 auf das Zwölffache gesteigert wurde. Es lag nicht an der sowjetischen Regierung, daß der Import nicht noch stärker stieg.

Nach allem darf man annehmen, daß sich in weiten Gebieten der Sowjetunion die bäuerliche Bevölkerung via facti das Leben ein wenig erleichtert hat und vielleicht auch ein wenig besser lebt als zur Zeit Stalins. Man ist aber wohl berechtigt, ergänzend zu bemerken, daß das Landvolk sich die Lage in der Hauptsache „aus eigener Machtvollkommenheit" erleichtert hat und damit eher aufsässiger als ruhiger wurde. Man ist weiterhin berechtigt anzunehmen, daß sich die früher latente Widerspenstigkeit in weitestem Ausmaß zu passiver Resistenz fortentwickelt hat.

Diese tiefgreifende Veränderung der Lage macht es verständlich, weshalb in den letzten Jahren im Politbüro die Devise von der „Neuen Agrarrevolution" so stark betont wird. Nur ist man derzeit bestrebt, dabei die Kolchosen und die Kolchosbauern zunächst unbehelligt zu lassen.

Nach Stalins Tod sprach man nicht mehr von der Hebung des Kollektiveigentums auf das „höhere Niveau des sozialistischen Eigentums", man sprach nunmehr davon, daß „in Zukunft die MTS nicht mehr Lieferanten von Dienstleistungen für die Kolchosen, sondern ihre Organisationen sein sollen". Durch Ukas wurde angeordnet, daß die MTS-Direktoren Bearbeitungspläne für den Anbau auf den zugeordneten Kollektivwirtschaften aufzustellen haben und für die zeitgerechte Durchführung der Anbau- und Erntearbeiten verantwortlich sein sollen. Bis dahin lag diese Initiative bei den Kolchos-Leitungen. Die neue Lage bedeutet also nichts anderes, als eine Konzentration der Betriebsverwaltung in der Landwirtschaft, ihre Unterordnung unter die MTS-Direktoren.

Diese Umstellung stieß anscheinend auf Mißvergnügen und Widerstand bei den Kolchosleitern und bei dem örtlichen tech-

nischen Personal; denn im Winter 1954/55 beschloß das Politbüro, etwa 30 000 neue Leiter für die Kolchos-Artele zu ernennen. Das bedeutet, daß ungefähr ein Drittel der Kolchosen neue Direktoren erhalten, die aber nur zum kleinen Teil ausgebildete Fachleute sind, zum überwiegenden Teil lediglich als linientreue Kommunisten überprüft wurden. Die „Times" berichtete im Frühjahr 1955, daß von 1810 künftigen Kolchos-Direktoren, die Mitte Mai für das Moskauer Gebiet ausgesucht wurden, 1690 Mitglieder der KPSS und nur 210 ausgebildete Agrarfachleute waren. Die neuen Leute waren zum überwiegenden Teil bisher hauptamtlich als Parteisekretäre oder als predsedatelj (Vorsitzende) von Rayon- oder Stadtkomitees tätig gewesen. Die Zukunft wird zeigen, wie weit diese sachunkundigen „Manager" mit ihrem Auftrag, die Kolchosbäuerinnen zur Arbeit zu bringen, fertig werden. Wir sagen „Bäuerinnen", weil in der sowjetischen Landwirtschaft die weiblichen Arbeitskräfte mit 80 bis 85 v. H. den entscheidenden Teil des Arbeitseinsatzes decken.

Im Vordergrund der augenblicklichen Agrarpolitik steht das Projekt der „Neu- und Brachlandgewinnung" vornehmlich in Sibirien und Nordkasachstan. Bis zum Jahr 1960 sollen allein durch die Neuland-Aktion über 30 Millionen ha zusätzlich unter den Pflug genommen werden.

Nach sowjetischen Quellen werden sich die Anforderungen, die sich daraus zusätzlich für die Stahlindustrie ergeben, auf etwa 10 Millionen Tonnen bei einer Gesamtproduktion von etwa 41 Millionen Tonnen jährlich stellen. Von diesem Blickpunkt aus scheinen daher die Bemühungen der Sowjetregierung um einen Rüstungsstop durchaus „ehrlich" zu sein. Die erhoffte Entlastung in der Außensphäre würde also einen wesentlichen Beitrag verbürgen, um die Zeit und die materiellen Voraussetzungen für die Lösung der akuten Innenprobleme zu bekommen.

Welche Bedeutung die Agrarfrage für die Stabilität und den Bestand des Sowjetregimes hat, begreift man erst, wenn man die sowjetische Bevölkerungsstruktur einer Analyse unterzogen hat und wenn man sich außerdem in Erinnerung ruft, welche entscheidende Bedeutung die Agrarfrage für den Bestand des Zaren sowohl als

auch für die Existenz Kerenskis hatte. Die außenpolitischen Mißerfolge des Zarenreiches waren stets begleitet von Vorstößen der um den Boden kämpfenden Bauernschaft. Die Unfähigkeit Kerenskis, die Bodenfrage schnellstens zu lösen, gab Trotzki die Plattform, zusammen mit den SR (Sozialrevolutionäre) im Sinn der Leninschen Thesen den Oktoberaufstand zu inszenieren.

Dieser bäuerliche Bodenhunger ist durch das Leninsche Dekret „Alles Land den Bauern" legalisiert und befriedigt worden. Die „wilde" Bodennahme, die schon im Sommer 1917 einsetzte, bekam damit eine gesetzliche Grundlage. Mit der Kollektivisierung hat Stalin das Bauernvolk neuerlich enteignet. Darum ist in der UdSSR ein Flüsterwort so gefährlich populär und im Vertrautenkreis immer wieder zu hören: „Für die Bolschewiken gegen die Kommunisten!"

Woher kommt dieser uns paradox scheinende Gegensatz von Bejahung und gleichzeitiger Verneinung? In diesem Gegensatz drückt sich das Denken und Streben der überwiegenden Mehrheit der sowjetischen Menschheit aus. In diesem Wort, in dieser legal-illegalen Parole kommt zum Ausdruck, daß der Bolschewismus der Praxis bejaht wird, während der Kommunismus der Doktrin verneint wird.

Die Bolschewiken haben den Zaren und mit ihm die Großgrundbesitzer verjagt und den Boden in die Verfügungsgewalt der breiten bäuerlichen Massen gestellt. So denkt das Volk! Aber Stalin, der Stratege des Ueberganges zum Kommunismus, hat die Bauern wieder unter das Joch des roten Gutsverwalters gezwungen und zu Lohnsklaven degradiert. So weiß es das Volk! So empfindet das Volk.

Und wie sieht die innere Struktur des Volkes aus? Noch immer entfällt mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung auf Landwirtschaft und ländliche Berufe. Die kleinere Hälfte der sowjetischen Bewohnerschaft (45 bis 48 v. H.) gehört der Stadt oder städtisch-industriellen Berufen an.

Innerhalb des russischen Volkes, das nicht ganz 40 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmacht, dürften der Landbevölkerung etwa 40 bis 42 v. H. und der „städtischen" Bevölkerung etwa 58 bis 60 v. H. zuzurechnen sein. Bei den Russen überwiegt der Anteil der Stadt, weil sie einen relativ erheblich größeren Teil der mittleren Füh-

rungsschichten und der Industriearbeiterschaft stellen. Bei den anderen Nationen liegt der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung bei 60 v. H. und darüber.

Das ist auch ein Erklärungsgrund für die Tatsache, daß die Widerstandskräfte in den nichtrussischen Reichsgebieten eine erheblich breitere Basis und stärkere Intensität haben, als dies im eigentlichen Rußland der Fall ist. Denn der Bauer ist der Gegner der kommunistischen „Uebergangspolitik" schlechthin. Das nichtrussische Volkselement in den mittleren und sogar höheren Führungsschichten fühlt sich aber durch die wirkliche oder vermeintliche Bevormundung dauernd benachteiligt und führt auf allen Gebieten einen erbitterten nationalen Emanzipationskampf, der mit ideologischen Phrasen nur schlecht verhüllt wird.

Dieser Kampf findet zu einem guten Teil auf dem Boden des Parteilebens und des Parteigetriebes statt. Wir haben an anderer Stelle bereits darauf hingewiesen, daß seit Jahren periodisch aus ZK's und Regierungen der Nationalitätenrepubliken fast alle einheimischen Elemente hinausgesäubert werden. In Zentralasien, in Baschkirien, im Kaukasus findet man seit Berijas Abgang in Partei-, Staats- und Wirtschaftsverwaltung fast nur noch Russen und verschiedentlich auch noch „loyale" Ukrainer. Diese Verhältnisse verdichteten den sozialen Befreiungskampf in den nichtrussischen Gebieten zu einem nationalen Unabhängigkeitskampf. Hier war auch der Angelpunkt, an dem Berija ansetzte und weshalb er versuchte, die zerrüttete Reichsgewalt durch Maßnahmen zu stabilisieren, welche den Nationalitäten ein wirklich autonomes Eigenleben bringen sollten.

Stalin, der in der ersten Regierung Lenins der erste Volkskommissar für Nationalitätenfragen war und der sich jahrzehntelang als der Garant und Theoretiker der „Freiheit der kleinen Völker" preisen ließ, ist in die Geschichte eingegangen als der Würger der nationalen Freiheit aller Völker, die durch Raumlage oder verlorene Kriege in die Reichweite des roten Kreml gerieten. So denken nicht nur die Ukrainer, die Türken, die Weißruthenen, die Deutschen, die Letten und die vielen anderen, wie Polen, Rumänen usw. So denken auch seine Landsleute, die Gru-

sinier; und so denken auch Millionen Russen, deren nationale Instinkte er oft genug zu hochgradigem Chauvinismus hochpeitschte und mißbrauchte.

Der georgische Aufstandsversuch im Jahre 1953 war ein sichtbarer Beweis, daß die Grusinier und die grusinischen Kommunisten ihre Freiheit fordern. Die großen „Säuberungsaktionen" der Jahre 1949 und 1951 in Moskau und Leningrad unter der russischen Intelligenz (vor allem Professoren, Offiziere und Studenten), die innerhalb der Partei standen, sind Beweis dafür, daß auch in den führenden Schichten des russischen Volkes die Praxis der leninistisch-stalinistischen Formel „national in der Form, sozialistisch im Inhalt" als ein tödlicher Irrweg empfunden wird.

Diese Formel widerspricht dem Leben und damit der Logik des Daseins. Denn Sozialismus ist eine Lebensform unter mehreren und muß als solche einer Substanz, einem Körper dienen. Volk ist Körper, Sozialismus ist Kleid. Das Kleid muß zum Körper passen und nicht umgekehrt. Daraus folgt die Korrektur, die das Leben erzwingt und die die Völker erstreben: Sozialistisch in der Form, national im Inhalt! Oder mit anderen Worten: Die Völker des Ostens haben durch ihr Leid einen bedeutenden Beitrag zur Rechtfertigung der These geliefert: Jedes Volk hat seinen eigenen Sozialismus!

Diese oft weniger bewußt, sondern meist stimmungsmäßig wachgewordene Erfahrung hat (natürlich zu einem guten Teil auch als Wirkung des kalten Krieges) in der russischen Bevölkerung zu einem wachsenden Defaitismus, bei den anderen Völkern zu einer wachsenden Aufsässigkeit geführt. Von der Warte der Parteiführung läßt die ideologische Schulung, die moralische Haltung, die praktische Einstellung der Parteimitglieder im großen Durchschnitt alles zu wünschen übrig. In der Presse kann man darüber häufige Klagen oder Kritiken lesen. Man kann darum die Lage in der UdSSR nach Berijas mißglücktem Staatsstreich in vielfacher Hinsicht vergleichen mit der Situation Groß-Deutschlands nach dem Juli 1944. Selbst die Strammsten sind müde.

Die allgemeine Einstellung ist bei den Russen im großen und ganzen im Wunsch nach Verhältnissen konzentriert, wie sie etwa in den Jahren 1924/30 herrschten: volle Läden, aber kein Arbeitszwang; keine pomeschtschiki (Großgrundbesitzer), aber bäuerliche Eigenständigkeit!

Bei den anderen Nationen werden etwa die gleichen Wünsche hörbar, nur wird bei ihnen noch eine andere Forderung laut: Verwirklichung der Unionsverfassung und damit echte nationale Selbstverwaltung, besser gesagt: Unabhängigkeit! Diese Strebungen werden besonders spürbar bei den Turkvölkern (Kasachen, Baschkiren, Kirgisen, Tataren), bei den Kosaken und Tscheldonen in Sibirien und im Fernost-Gebiet. Die baltischen und kaukasischen Völker haben die gleichen Wünsche und Forderungen. Die Ukrainer hatten in dieser Richtung sogar schon den ersten formellen Prestige-Erfolg davon getragen. Anläßlich der 300-Jahresfeier des „endgültigen" Zusammenschlusses der Ukraine mit Rußland wurde die Krim an die Ukraine zurückgegeben. Mehr noch: Chruschtschow, der selbst aus der Ukraine kommt, zog viele Ukrainer nach Moskau nach und brachte sie in wichtige Positionen. Durch Tito gedeckt, wollte er die anderen Nationalitäten mit hinhaltenden Zusagen einschläfern. Das gelang ihm schlecht, darum schlug die großrussische Militärpartei im November 1956 in Ungarn hart zu, darum ernannte sie Rokossowsky, der aus Polen gehen mußte, demonstrativ zum Stellvertreter Schukows, darum denkt sie an die Entwaffnung Rumäniens. Das Reich ist in Gefahr!

In Anbetracht dieser Lage und in Anbetracht der inneren Struktur des Sowjetreiches kann man sagen, daß das entscheidende Problem für die innere Konsolidierung darin liegt, ob es dem Reichskollektiv gelingt, die destruktiven Tendenzen der Opposition von heute in eine den Staat und das Reich grundsätzlich bejahende Opposition überzuleiten. In höchster Besorgnis ist im November 1956 Molotow als „Staatskontrolleur" eingesetzt worden. Dieser Mann „mit dem ledernen Hintern" (wie Radek ihn nannte) ist nicht Stalinist und nicht Trotzkist, sondern großrussischer Konformist, ein Bürokrat und daher der ideale Wegbereiter eines Militärkollektivs!

Die sowjetische Reichsführung ist mit den bisher üblichen Methoden des Polizei- und Justizterrors nicht imstande gewesen, die Opposition aus der Welt zu schaffen. Die Opposition hat sich in den Jahren nach 1949 auf weitere und immer weitere Kreise erstreckt. Im Frühsommer des Jahres 1955 umfaßte sie 1. die gesamte nichtrussische Bevölkerung mit Ausnahme von kleinen Splittern moskauhöriger Kollaborationisten; 2. das großrussische Landvolk mit Ausnahme von einigen 100 000 Arrivierten, die sich als „Apparatschiki" in ein relativ gehobenes Dasein hinaufschieben konnten; schließlich 3. innerhalb des russischen Volkes noch breitere Kreise der niederen und mittleren gewerblichen Berufe und letzten Endes 4. heute auch bereits den überwiegenden Teil der „werktätigen Intelligenz".

Wie groß ist das „spezifische" Gewicht dieser Massen zu veranschlagen? Anhaltspunkte geben dafür die nachfolgenden Ueberlegungen und Feststellungen. Im Bevölkerungsaufbau der Sowjetunion nimmt die nichtrussische Bevölkerung etwa 60 v. H. ein!

Innerhalb der großrussischen Bevölkerung beträgt der Anteil der ländlichen Bevölkerung, wie bereits festgestellt, 40 bis 42 v. H. oder auf die Gesamtheit der sowjetischen Bevölkerung bezogen gut 20 v. H.

Wenn wir die unter Punkt 3 genannte Gruppe innerhalb des großrussischen Volksteiles mit etwa 20 v. H. veranschlagen, so würde dies einem Anteil von 10 v. H. in der sowjetischen Gesamtbevölkerung entsprechen.

Die unter 4. aufgeführte „werktätige Intelligenz", die oppositionell orientiert oder zumindest oppositionell infiziert ist, kann man mengenmäßig schwer abschätzen. Jedenfalls zeigen die bisherigen Darlegungen, daß mindestens 80 bis 85 v. H. der Gesamtbevölkerung in der Opposition stehen oder dahin tendieren.

Das Ergebnis unserer Ueberlegungen deckt sich mit den Beobachtungen Zehrers, der meint, daß es in der Sowjetunion etwa 10 v. H. Arrivierte gibt. (vgl. „Die Welt", Juli 1955). Sie sind die Loyalen, die das Regime bejahen und bedingt zu stützen gesonnen sind. Zu ihnen treten die Mitläufer, die noch die Hoffnung

haben, zu den Arrivierten zu stoßen. Diese Gruppe ist nicht sehr groß, sie ist in der Sowjetunion kleiner als anderswo; sie ergänzt sich aus der Jugend und beschränkt sich auch auf sie. Denn wer nicht bis zum 25. Lebensjahr seinen job gefunden hat, der scheidet aus und wechselt hinüber in die Masse der leise und verbissen murrenden Unzufriedenen.

Man darf daraus selbstverständlich nicht den voreiligen Trugschluß ziehen, daß somit apriori schon eine revolutionäre Situation gegeben ist und die Revolution vor der Tür steht. Ganz so ist das nicht! Vor allem deshalb nicht, weil die Jugend — und sie ist nun einmal das bewegliche Element — in der Schule ideologisch stark bearbeitet und mit allerlei Vorteilen beschenkt wird. Dann kommt für den jungen Mann noch der Dienst in der Armee, die ihn für ihre Zwecke ausrichtet und gleichrichtet und einen „Sowjetpatriotismus" zu entwickeln sucht.

Spätestens mit dem Eintritt in das Berufsleben zerflattern freilich die meisten Jugendhoffnungen und die Ernüchterung durchschüttelt den 20jährigen. Die über 25 Jahre Altgewordenen haben den Anschluß an den Kreis der „Arrivierten" gefunden und wissen, wie der Weg weitergeht. Oder sie sind dem Regime entfremdet; diese sind die 85 oder 90 Prozent der sowjetischen Gesellschaft!

Sie glauben nicht an die Existenz des „Sowjetmenschen". Denn die Slawen verachten den „Schwarzarsch", wie sie unter sich die Kaukasier und Turkestaner benennen. Und der Ukrainer ist eifersüchtig und überheblich gegenüber dem „Kazap" (ukrainische Schimpfbezeichnung für die Großrussen), der ihn regiert und bevormundet und den er verachtet vom Standpunkt seiner vermeintlichen älteren Kultur. Und der Muselman hat den Drang nach staatlichem Eigenleben nicht weniger als die Karelo-Finnen, Esten, Letten, Litauer.

Es ist in dieser Hinsicht eine verzweifelte Aehnlichkeit mit der österreichisch-ungarischen Monarchie im letzten Jahrzehnt ihres Daseins zu bemerken. Der letzte Kristallisationskern Oesterreich-Ungarns war Franz Josef, im Sowjetreich Stalin. Der schwarz-gelbe Patriotismus hatte keine sehr breite Basis, aber der Sowjetpatriotismus hat keineswegs eine breitere, wahrscheinlich so-

gar eine schmälere! Ein kleiner Anstoß und die Panik reißt die 90 Prozent hoch — dann aber bersten alle Dämme!

Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer solchen Lage für das Sowjetregime und für die Welt?

Als gewiß darf angenommen werden, daß der Kreml bestrebt bleiben muß, das Interesse der „öffentlichen Meinung" von der Innenpolitik abzulenken. Das kann einmal geschehen durch billige diplomatische und allenfalls auch militärische Aktionen, die freilich den Anstoß zu einem Weltbrand geben könnten. Zum anderen kann dies geschehen durch Abschluß eines weltweiten Sicherheitsabkommens, welches dem Prestige der Sowjetmacht soviel äußeren Auftrieb gibt, daß dahinter auch erhebliche machtpolitische Verzichte im Vorfeld zugestanden werden können.

Nur so gewinnt das Regime Zeit, um gangbare Wege zur Befriedigung der inneren Lage zu erschließen. Dazu gehört die Versöhnung des Bauerntums und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker innerhalb und außerhalb der Sowjetunion.

Das Problem der Zukunft für den Weltfrieden und den Bestand des Sowjetreiches stellt sich daher als ein mehrfaches dar:

1. die in der Verfassung verankerten demokratischen und föderalen Staatsgrundsätze müssen schrittweise effektiv wirksam gemacht werden!
2. das in der Verfassung der UdSSR garantierte Selbstbestimmungsrecht der Völker muß verwirklicht werden!
   Als Commonwealth kann das Sowjetreich ein stabiler Faktor der Weltpolitik sein.
3. die in der Verfassung der UdSSR garantierte Freiheit der Person, der politischen Willensbildung, der Presse, der Arbeit muß verwirklicht werden!
4. Die Welt kann erwarten, daß die Sowjetregierung eine Legitimation vorweist, die sie ermächtigt, im Namen der 200 Millionen zu sprechen und zu verhandeln. Das ist sie nur, wenn ihr dazu auch die Opposition das Mandat gegeben hat. Solange die Opposition ihre Auffassung nicht äußert oder nicht äußern kann, ist es fruchtlos, einen Kompromiß zu suchen. Es fehlt die Garantie der Erfüllung!

Die „freie" Welt hat ihrerseits die Pflicht, die Liquidierung des roten und des weißen Kolonialismus loyal zu fördern; sie wird hier wie dort alle offenen oder verschleierten Restitutionsabsichten begraben müssen. Und sie wird helfen müssen, die befreiten Völker für den Aufbau zu gewinnen!

Dies sind die Voraussetzungen, um die raumauflösenden Strömungen innerhalb der Klassen, Schichten und Völker im Sowjetreich in ruhigere Bahnen zu lenken.

Dies sind die Voraussetzungen, auf deren Grundlage erst eine echte internationale Zusammenarbeit möglich wird, um Sicherheit und gegenseitige Hilfe zu garantieren und zu praktizieren. Nur auf solchen Grundlagen ist eine dauerhafte Koexistenz möglich!

10. NACH DEM XX. PARTEITAG

a. Der Stellungswechsel — die Preisgabe Stalins

Die wachsenden Schwierigkeiten im Innern hatten schon im Frühjahr 1952 Stalin veranlaßt, über den Moskauer Botschafter Indiens bei den Westmächten eine Konferenz in der höheren Sphäre anzuregen. Man hoffte in Moskau, dadurch eine außenpolitische Entlastung herbeizuführen, die die Stabilisierung der inneren Machtposition erleichtern würde.

Die glatte und rasche Absage des Westens hatte eine niederschmetternde Wirkung. Die TASS dementierte die „unbegründeten" Behauptungen der internationalen und vor allem der indischen Presse, daß Stalin um eine solche Konferenz gebeten hätte. Sie war aber nicht in der Lage zu verschweigen, daß Eden diesen Vorschlag in einer öffentlichen Rede zurückgewiesen hatte. Die ganze Sowjetunion bis in den letzten Winkel des letzten Arbeitslagers war von dieser Sensation aufgerüttelt.

Aus „Novoe Vremje" und „Prawda" war dann zu entnehmen, daß der Westen erst nach Erfüllung gewisser Bedingungen (Waffenstillstand in Korea und Indochina, Staatsvertrag mit Oesterreich usw.) zu einer Konferenz in der höheren Sphäre bereit sei, aber nicht mit Stalin! Monate vergingen, die militärische Intervention in Korea und Indochina zehrte materiell und moralisch an der Sowjetunion, die Agrarfrage, d. h. die Aufsässigkeit der Bauern-Proletarier, wurde immer brennender, der Saturierungsdrang der Massen immer drängender.

Mit der Broschüre über „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus" leitete Stalin die Debatte um die Verstaatlichung der Landwirtschaft ein und ließ auf dieser Grundlage, gestützt von der anonymen Werchuschka, auf dem XIX. Parteitag im November 1952 ein neues Agrarprogramm beschließen. Die Kolchosen sollten in Staatsdomänen und die Kolchosniki in Lohnarbeiter umgewandelt werden. So wollte er die Landwirtschaft willfährig und fähig machen, steigende Ueberschüsse zur Versorgung der städtischen Bevölkerung abzuliefern.

Dieses Programm konnte nur verwirklicht werden gegen den ohnehin schon wachsenden Widerstand der widerspenstigen Bauern. Ein neuerliches Anziehen der Terrorschraube schien unausbleiblich! Aber der Terror lief ja seit 1951 nicht mehr auf vollen Touren, weil er sich als kein leistungssteigerndes Mittel der Wirtschaftspolitik erwiesen hatte.

Der Tod Stalins kam daher zu rechter Zeit. Die Werchuschka stellte ein Triumvirat (Malenkow-Berija-Molotow) heraus, bestehend aus dem „Kronprinzen" Malenkow und zwei Leuten, die in der letzten Phase der Stalinära kaum noch Bedeutung und Einfluß hatten: Berija, der bei der Nationalitäten-Intelligenz des Südens und beim größeren Teil der MGB-Generalität Ansehen und Einfluß hatte; und Molotow, der seinerzeit als Außenminister internationale Beziehungen und Freundschaften erworben hatte.

Allmählich gewann man Boden: der Waffenstillstand in Korea wurde abgeschlossen, die Verstimmung mit Rot-China wurde behoben und mit der schrittweisen Zurücknahme der sowjetischen Positionen in der Mandschurei und Sinkiang (Rückgabe der Eisenbahnen, der früher japanischen Versicherungskonzerne, Räumung von Stützpunkten usw.) die Atmosphäre so verbessert, daß man an Stelle von Geschäftsträgern wiederum gegenseitig Botschafter austauschte!

Im Westen ließ man sich ein wenig mehr Zeit, aber im Dezember 1953 gab man dem Drucke des Westens nach und versprach, im Januar 1954 zu einer Außenministerkonferenz nach Berlin zu kommen. Nur in Mitteleuropa glaubte man nachher, daß das Nein, das Molotow dem Oesterreichvertrag entgegengesetzt hatte, in Moskau als Erfolg empfunden würde. Die Zusage, auf der Ostasienkonferenz am Verhandlungstisch an der Seite Nordkoreas und Rotchinas (d. h. als mitbeteiligte Agressionsmacht) Platz zu nehmen, wurde als Niederlage empfunden. Darum fuhr im April 1954 Gromyko mit nach Genf, nach allgemeiner Betrachtung als präsumtiver Ersatzmann für Molotow.

Der zunehmenden Geschmeidigkeit der sowjetischen Außenpolitik war aber auch eine Wandlung der sowjetischen Wirtschafts-

politik vorausgegangen. Im Frühjahr 1953 wurde — zum 1. Mal seit Lenins Tod — der Verbraucher entdeckt! Die Viehhaltung der Bauern wurde durch Individualkredite angeregt, die Ablieferungsbestimmungen für die Landwirtschaft wurden gelockert, der Landwirtschaft wurden für 1953 und 1954 staatliche Investitionen in Höhe von 50 Milliarden Rubel zugesichert und dem Volk wurde versprochen für 1955 bereitzustellen:

7 Millionen Armbanduhren
3,7 Millionen Rundfunkempfänger
3,4 Millionen Fahrräder
318,0 Millionen Paar Schuhe
560 000 Tonnen Butter
270 Millionen Meter Wollstoffe usw.

Man ging noch weiter! Seit Sommer 1953 bemühte sich die Sowjetunion, mit dem Ausland Handelsverträge abzuschließen, in denen die Lieferung von Nahrungsmitteln (Speisefette, Fleisch, Fisch, Konserven usw.) vereinbart wurde. Bis zum Sommer 1954 stieg der Nahrungsmittelimport der UdSSR von Monat zu Monat rasch an. Aber weil dies alles nicht genügte und inzwischen „oben" auch ruchbar geworden war, daß die Anbauflächen stetig zurückgingen, griff man zu einer Neubelebung des Ackerbaues auf neuerrichteten Sowchosen. Noch im Spätherbst lief die sogenannte Neu- und Brachlandaktion an, derentsprechend bis 1960 insgesamt etwa 50 Millionen ha zusätzlich unter den Pflug zu nehmen sind.

Haben sich Bauern und städtische Massenverbraucher von den „Erleichterungen", die seit Stalins Tod gewährt wurden, beeindrucken lassen? Man kann auf Grund unmittelbarer Beobachtung annehmen, daß der weichere Kurs keineswegs als Geschenk, sondern mehr als Erfolg der eigenen Widerspenstigkeit empfunden wird!

Erst unter diesem Aspekt erscheinen die Vorgänge vor und während des XX. Parteitages im richtigen Licht. Das alte Triumvirat war mit der Ausbootung Berijas im Sommer 1953 und der damit verbundenen Zerschlagung des Staatspolizei-Apparates stark angeschlagen. Chruschtschow wand Malenkow den nicht sehr aktionsfähigen Parteiapparat aus der Hand und im Februar 1955

kam es zu einer Regierungsbildung, an der die westliche Diplomatie, in diesem Fall vertreten durch Hearst, nicht ganz unbeteiligt war. Der Westen stimulierte eine Regierung, in der die Militärs maßgeblichen Einfluß haben sollten; allerdings lancierte man nicht Bulganin, sondern Schukow! Das zeigte der Verlauf der Interviews, welche Hearst in den Tagen der Regierungskrise mit Chruschtschow, Schukow und nebenbei nur auch noch mit Bulganin durchführte.

Die Fragestellungen bei diesen Interviews waren darauf berechnet, Chruschtschow als treibenden Geist in den Vordergrund zu stellen. Im Gespräch mit Schukow wurde das Streben deutlich, ihn als den Feldherrn, als den Retter Moskaus, als den Waffenbruder und als den Strategen herauszustellen, der die Wende von Stalingrad organisiert hatte. Scheinbar in den Hintergrund gedrängt, entfaltet Schukow gleichwohl eine starke Initiative. Der „Rote Stern", das Blatt der Armee, führt seit dem XX. Parteitag eine intensive Aufklärungsarbeit über die „Umstellung der politischen Arbeit" durch. Die Stäbe, die diese Aufgabe wahrnehmen, waren früher ein Kontrollorgan des MGB innerhalb der Armee; sie sind jetzt Schukow, der nunmehr Mitglied des ZK ist, persönlich unterstellt. Der politische Apparat wird von der Truppenführung „umgebaut", d. h. nach den Intentionen Schukows ausgerichtet.

Wenn wir uns anderseits daran erinnern, daß nach Berijas Sturz der im zivilen Sektor operierende Teil der Tscheka/GPU/MGB dezimiert und vorübergehend aktionsunfähig wurde, so wird sichtbar, welche Macht sich in der Person Schukows und seiner engeren Mitarbeiter ballt. Schukow ist in der gegenwärtigen Phase Alleinherrscher über die Streitkräfte und das mächtigste Glied im Moskauer Regierungskollektiv. Und die Konsequenzen dieser Sachlage?

Zum Interview mit Bulganin mußten die Hearstleute erst aus Leningrad zurückerbeten werden; sie waren abgeflogen, ohne sich ernsthaft um einen Empfang beim neuernannten Premier bemüht zu haben. In dem Frage- und Antwortspiel wurde Bulganin dann buchstäblich als Bauerntölpel persifliert.

Die neue Regierung Bulganin, besser gesagt das neue Triumvirat Bulganin-Chruschtschow-Schukow, fand so keine gute Aufnahme im Ausland. Denn die Amerikaner wollten Schukow an erster Stelle

sehen, weil man glaubte, daß er ohne ideologische Vorurteile zu einer stabilen Zusammenarbeit bereit sei. Die sowjetische Landbevölkerung sah in ihm den Mann, der einst von Stalin die Auflösung der Kolchosen verlangt hatte und darum in Ungnade gefallen war.

Trotz der anderen Besetzung kam es im Juni 1955 zum Besuch in Belgrad. Hier mußte Chruschtschow, d. h. die Partei, Tito um Verzeihung bitten; Bulganin und Schukow standen daneben! Im Juli 1955 fuhr man zur Konferenz der „Köpfe" nach Genf; so wenig befriedigend sie scheinbar verlaufen war, hinter den Türen war man sich näher gekommen! Nur darum konnte Molotow auf der Außenministerkonferenz im November 1955 in Genf zur Lösung der Deutschen Frage sein glattes n j e t sagen und nur darum konnte Chruschtschow noch auf der Rückfahrt im Juli in Berlin gewisse „Errungenschaften" als tabu erklären!

Der Zeitgewinn, den das Triumvirat von der Genfer Köpfe-Konferenz nach Haus brachte, war immerhin so groß, daß Chruschtschow, d. h. die Partei, versuchen konnte, die Führung im Systemwechsel an sich zu reißen. Das einfache Volk in Stadt und Land sah keine Lockerung und keine Verbesserung seiner Lage. Um den Kontakt mit der Außenwelt zu finden, um das Aufbegehren im Innern zu dämpfen, schien nur ein Weg offen: von parteiwegen das tun, was ein neues Regime machen würde! Stalin preisgeben!

Durch diese Geste eines guten Willens sollte Tito versöhnt, Nehru überzeugt und der Westen gewonnen werden. Durch diese Geste kommt man im Innern der Armee entgegen, deren Anziehungskraft (für die russische Volks- und Parteiopposition) man damit auch gleich ablenkt. So dachten Chruschtschow und sein engerer Kreis die Lage zu stabilisieren, die Parteikader zu stärken und sich allmählich auch der Bevormundung durch die Armee zu entziehen.

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war gleich nach Jahresbeginn 1956 die Entfernung Kruglows, der als MWD-Minister den angeschlagenen Staatssicherheits-Apparat in seiner Hand hatte. Schon unter Malenkow war als Ersatz für das entmachtete MGB (Reichssicherheitsministerium) eine „Hauptverwaltung für Staats-

sicherheit" innerhalb des MWD (Reichsinnenministerium) errichtet worden.

Daneben wurde ein interministerielles „Komitee für Staatssicherheit" gebildet, an dessen Spitze Serow gestellt wurde. Bald nach dem Sturz Malenkows wurde die „Hauptverwaltung" dem MWD ausgegliedert und Serow unterstellt, der ein enger Vertrauensmann Chruschtschows sein soll, während Kruglow als Anhänger Malenkows gilt. Das MWD übernahm Dudorow, ein bisher in weitesten Kreisen unbekannter Mann, von dem man nur weiß, daß er in den letzten Jahren in der Moskauer Stadtverwaltung tätig war. Bekanntlich war aber Bulganin Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, bevor er Regierungschef wurde.

Der XX. Parteitag brachte dann die eigentliche Sensation und wurde damit zu einem historischen Ereignis. Es ging zu wie auf der Generalversammlung einer Aktiengesellschaft, die ihren Bankrott nicht verheimlichen kann. Das Wirtschaftsleben der UdSSR befindet sich seit Jahren in einer akuten Krise. Dazu kommt die Vertrauenskrise, die alle Schichten und alle Völker des roten Imperiums erfaßt hat. Bis 1941 wußte die breite Masse, daß es ihr schlecht geht; aber sie glaubte dem Regime, wenn dieses aus der Krise der Weltwirtschaft von 1932 den Beweis ableitete, daß der Westen noch schlechter lebte. Das hat sich geändert; das Kriegserlebnis hat die Konsumbegehrlichkeit der Massen entzündet. Nun weiß man in der Sowjetunion, wie die andere Welt lebt.

Schon 1949 war die GPU dahinter gekommen, daß innerhalb der legalen Partei eine illegale Organisation arbeitete, deren Devise war: Tod Stalins für den Kommunismus! Die GPU entlarvte damals einen Zirkel, der einer illegalen „Revolutionären Arbeiterpartei" angehörte und sie kam dahinter, daß einer der Mitbegründer dieser „Partei" ein aktiver Minister der Unionsregierung war. Eine Hydra von illegalen Bewegungen brachte den roten Galimathias zu verzweifeltem Getrampel: die Blaue Front, der Reichsadler, die Schwarze Garde, die Revolutionären Sozialisten Armeniens, die nationalkommunistischen Zellen der Georgier, der Kasachen, der Usbeken, der Kirgisen usw.

Der „Neue Kurs", den man im Sommer 1953 proklamiert hatte, sollte die Massen besänftigen; nicht nur in der Union selbst, sondern auch in den Satellitenländern Osteuropas. Aber listig wollte der Klüngel insgeheim doch wieder umschalten auf die altgewohnte Tour: Bulganin gab in seiner Regierungserklärung (März 1955) die These „Verstärkte Rüstung" aus!

Aber nun half nichts mehr, die alten Schliche hatten ihre Wirkung verloren. Unter dem Druck der allgemeinen Unzufriedenheit mußte die rote Hierarchie ihrer Medizin abschwören. Und so beschloß der XX. Parteitag, daß bisher alles schlecht war und daß alles anders werden soll. Die Löhne sollen besser werden, die Massen sollen mehr Konsumgüter bekommen, ja sogar die Parteigeschichte soll neu geschrieben werden. Zu handgreiflich waren die Lügen der Stalinära!

Im Jahr 1930 hatte Stalin den Theoretiker der Rechtsopposition Nikolai Bucharin „widerlegt", als Parteischädling aus dem ZK und dann aus der Partei hinauswerfen lassen. Später (1938) wurde ihm auch noch ein Prozeß gemacht, der mit seiner Erschießung endete!

Aber der tote Bucharin, der bedeutendste Volkswirt der Sowjetunion, ja vielleicht der einzige Wirtschaftstheoretiker des Bolschewismus mit Wirklichkeitssinn, hat recht behalten gegen den „großen" Stalin. Es war alles das gekommen, was Bucharin vorausgesagt hatte. Der „Neue Kurs" nach 1953 war die schlecht verschleierte Kapitulation vor Bucharin. Trotzdem ist Bucharin noch immer als Häretiker verfemt. Nur die Praxis bestätigt die Richtigkeit seiner Warnungen!

Der große Rechenschaftsbericht Chruschtschows am XX. Parteitag brachte noch mehr; er brachte die parteiamtliche Kapitulation vor Tito. Damit hoffte der rote Kreml die innere Lage in der Sowjetunion und im Ostblock zu sanieren, sei es auch auf Kosten einer mehrmonatigen Agonie der Partei selbst.

Auf die Frage, ob es möglich ist, beim Uebergang zum Sozialismus auch den parlamentarischen Weg zu gehen, erklärte Chruschtschow wörtlich:

„Zugleich hat die Arbeiterklasse in einer Reihe kapitalistischer Länder unter den gegenwärtigen Verhältnissen die reale Möglichkeit, die überwältigende Mehrheit des Volkes unter ihrer Führung zu vereinen und den Uebergang der wichtigsten Produktionsmittel in die Hand des Volkes zu sichern. Die bürgerlichen Rechtsparteien und die Regierungen, die von ihnen gebildet werden, erleiden immer öfter Fiasko. Unter diesen Umständen ist es der Arbeiterklasse möglich, um den reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage zu bereiten, eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie in ein Instrument des wirklichen Volkswillens umzuwandeln. In diesem Fall kann diese für viele hochentwickelte kapitalistische Länder traditionelle Einrichtung zu einem Organ wahrer Demokratie, der Demokratie für die Werktätigen werden".

Das ist Chruschtschows entscheidendes Zugeständnis. Nach ihm gibt es also verschiedene Wege zum Sozialismus, von denen er selbst drei als möglich, gleichberechtigt und gleich wirksam anführt: den kommunistischen (durch Gewalt und Diktatur), den volksdemokratischen (durch getarnte Gewalt bis zur Diktatur) und den parlamentarisch-demokratischen. Das ist kein geringer Einbruch in die kommunistische Ideologie, es ist die ideologische Kapitulation vor Otto Bauer! Es bliebe nur noch, daß Chruschtschow noch einmal bei Otto Bauer nachliest, welche Prognose dieser vor fast 40 Jahren der kommunistischen Diktatur stellte!

Die Partei, d. h. Chruschtschow gab Stalin preis, um den Staat zu retten! Ist diese Erklärung vielleicht auch der Ausgangspunkt für eine Lockerung des Einparteien-Systems? Mag sein, daß man leise und behutsam, wenn es gar nicht anders geht, auch bereit ist, den Weg Titos einzuschlagen, der sich dem Wunsch des Westens geneigt zeigt, eine gezähmte sozialdemokratische Opposition legal entwickeln zu lassen.

Eines ist Tatsache: Die Werchuschka läßt die Zügel locker, weil die Ermüdungserscheinungen eines überforderten Volkes zu ernst sind. Sie dezentralisiert zögernd die Willensbildung im Staat, um das System zu retten. Man hat im Mai 1956 der Arbeiterschaft das Recht zurückgegeben, sich den Arbeitsplatz zu suchen und den Arbeitsvertrag zu lösen. Man lockert im Sinn der Schlußresolution des XX. Parteitages den Verwaltungsapparat auf. Die Ministerien für

Justiz und Binnenschiffahrt gehen in die Kompetenz der Unionsrepubliken über. Das Gleiche gilt für die Ressorts der Fleisch-, Nahrungsmittel- und Molkereiwarenerzeugung, für die Fischerei-, Baustoff-, Papier-, Holzindustrie, für das Gesundheitswesen, die Einzelhandelsorgane.

Der spontan-herzliche Empfang, den Marschall Tito im kommunistischen Moskau im Juni 1956 fand, ist der Beweis, daß auch nach Meinung der Moskauer Oeffentlichkeit, dieser Häretiker von gestern den „rechten" Weg weist und die Rettung vor der völligen Katastrophe vielleicht doch zu bringen vermöchte.

Chruschtschow und Bulganin waren bald danach Gäste Ihrer Majestät im Buckinghampalast, kurz darauf war der Schah von Persien gefeierter Gast im Kreml. Auch in der Deutschen Frage hoffte Moskau weiterzukommen: der verhandlungsgewandte konziliante Smirnow ging als Botschafter nach Bonn. Adenauer ließ sich auch schon Raabs Erfahrungen durch den Kopf gehen.

Das alles hat die Moskauer Militärclique in Budapest niedergewalzt. Gewiß, der Gangsterstreich am Suezkanal hat den Atlantikblock reformreif gemacht, der Gangsterstreich in Ungarn aber hat die Sowjetunion in der Welt völlig isoliert.

b. Die neue Lage

Die neue Lage ist da! Im Dezember 1956, da diese Zeilen geschrieben werden, ist alles fraglich. Alte Bindungen sind abgerissen, neue Kontakte spielen sich ein. Alles ist in Fluß gekommen. Deshalb läßt sich keine Prognose stellen. In den Vorfeldländern des Ostblocks, im arabischen Raum, in den Ländern der „westlichen Freiheit", in Südost-Asien ist alles in Bewegung geraten. Das einzige, was jetzt noch Dauerhaftigkeit zu haben scheint, ist der ungeschriebene Anti-Selbstmordpakt, den Eisenhower und Schukow im Juli 1955 in Genf paraphiert haben!

Es mag Leute geben, die heute noch sagen, nichts habe sich geändert. Und die noch immer glauben, was vorgestern richtig war, müsse es auch heute und morgen sein! Mit ihnen kann man nicht

rechten. Man muß sich darauf beschränken, die Tatsachen zu registrieren. Und diese Tatsachen lauten:

1. Der Atlantikpakt ist eine brüchige Attrappe.

2. England und Frankreich haben ihre Großmachtstellung verspielt. Damit hat der westliche Kolonialismus seine letzte Schlacht verloren.

3. Die USA haben als „isolierte" Ordnungsmacht an weltweitem Prestige gewonnen.

4. Die Zusammenarbeit der USA mit dem Bandungblock eröffnet vollkommen neue Aspekte.

5. Der Warschauer Pakt ist gleich dem Atlantikpakt zur Attrappe geworden.

6. Die Sowjetunion steht isoliert. Der moskowitische Kolonialismus ist entlarvt.

7. Tito ist im Moskauer Kraftfeld wiederum persona ingrata, Ungarn ist besetztes Land, Bulgarien unsicher, Rumänien ein halb entwaffneter Verbündeter, der „Verräter" Gomulka die letzte tragfähige Stütze moskowitischer Machtansprüche in Europa.

8. Aegypten ist überfallen worden, Nasser und seine Armee haben ohne militärische Erfolge gesiegt!

9. Vom Pazifik bis zum Atlantik wird der Ruf hörbar: Jedes Volk will seinen eigenen Sozialismus, Sozialismus nicht als Parteiangelegenheit, sondern als ein Volksbegehren. Das gilt für Nord-Vietnam oder Sibirien genau so, wie für die Völker im Westen!

Aus der Novemberkrise 1956 sind allein die USA mit verstärktem Ansehen hervorgegangen. Als die Sowjets die Volkspartisanen in Ungarn niederwalzten, sind sie in eine gefährliche Isolierung hineingeraten, die für Moskau im Pazifik noch gefährlichere Folgen haben kann als im Atlantikraum. Auch in der roten Achse Moskau-Peking veränderte sich das Molekulargefüge.

Die heutigen Männer im Kreml ertragen diese Isolierung offensichtlich nur sehr schwer. Die Russen setzen sich enger zusammen, Militärs und Zivilisten, Schukow, Malenkow und Molotow. Sie wollen sich nach innen gegenseitig Kraft geben, um im äußeren

Kraftfeld Positionen zu halten, die man aufzugeben bereit ist, wenn man dadurch aus der tödlichen Isolierung herauskommen kann. Darin liegt eine Chance für Europa.

Der Wunsch der Sowjetregierung, die Isolierung zu überwinden und das Gespräch wieder in Gang zu bringen, zeigte sich in der sowjetischen Note Mitte November 1956, in welcher der Kreml u. a. dem amerikanischen Wunsch nach gegenseitiger Luftkontrolle sehr weit, wenn auch nicht weit genug, entgegenkam. Die neue Lage verlangt das.

Man soll dies nicht bagatellisieren. Die Zerrissenheit im Ostblock und das Aufbegehren der sowjetischen Volksmasse im Innern zwingen zu Zugeständnissen. Alle Zugeständnisse sind erträglich, wenn sie das Prestige nicht vollends zerstören. Daß das sowjetische Regime nach der Beseitigung der ideologischen Attrappen auch in der Sowjetunion den Rest an Ansehen verloren hat, weiß jeder, der den Osten kennt. So paradox es klingt: Diese innere Lage zwingt den Kreml, Erfolge auf der internationalen Ebene zu suchen, ohne den Frieden zu gefährden. Nur die eminente Gefahr eines militärischen Angriffs würde Schukow die Chance geben, die russische Masse zur Rettung des „Vaterlandes" zu mobilisieren!

Noch vor fünf, ja noch vor drei Jahren war der Machtanspruch der roten Hierarchie für viele Menschen ein Alpdruck. Das hat sich geändert. Denn dieser Machtanspruch schwächte sich erheblich ab. Der chiliastische Drang nach totaler Weltherrschaft ist von den vitalen Kräften der Entwicklung gebremst und gebändigt worden. Die empirischen Erfahrungen der Geschichte sprechen dafür, daß es mit dem geläuterten Leninismus ebenso geht, wie es in der Aufbruchszeit den Christen und Katholiken, den Muselmanen und Mahdisten, den Demokraten und Republikanern gegangen ist.

Während der rote Messianismus abklingt, bleibt der Lebensanspruch der Völker, das vitale Streben nach Vergemeinschaftung in zeitgemäßer Form. Ideologien sind nur Spiegelbilder dieses Lebensgesetzes. Das hat auch der Herbst 1956 wieder bewiesen.

Schon im Frühjahr 1956, gleich nach dem XX. Parteitag der KPSS, hat Walter Lippmann die Frage aufgeworfen, „ob

Chruschtschow und die anderen Parteiführer nach Zerstörung des Stalinmythos auf lange Sicht genügend Autorität und Disziplin zur Beherrschung des Sowjetimperiums werden aufrecht erhalten können".

Der bekannte amerikanische Journalist hat zugleich darauf hingewiesen, daß die Ziele der Sowjetunion unverändert bleiben, auch wenn etwa eine andere Taktik geübt werde oder die Militärs das Staatsruder in die Hände nähmen. Die geopolitischen Kraftlinien — so müssen wir ergänzen — ändern sich nicht, auch wenn Nationalisten an die Stelle der kommunistischen Machthaber rücken.

So wird immer deutlicher, daß es gewisse grundsätzliche Ziele der russischen Politik gibt, die älter sind als das kommunistische Regime. Der gegenwärtige Verlauf des Eisernen Vorhangs in Mitteleuropa war der Leitgedanke der Zarenpolitik schon zu Napoleons Zeiten. Die böhmische Faust in der Magengrube Mitteleuropas war das russische Ziel schon auf dem ersten Panslawistenkongreß. Alle russischen Regierungen haben danach getrachtet, Polen zu beherrschen. Das war schon der Inhalt des großen Tauschhandels der großen Katharina mit dem großen Friedrich.

Nicht erst die Kommunisten haben den Expansionsdrang des moskowitischen Imperiums in Richtung Balkanraum oder Persischer Golf oder Indien entdeckt. Dieser Expansionsdrang hat seine Wurzeln in der traditionellen Politik Rußlands. Das Gleiche gilt auch für das Bestreben im pazifischen Vorfeld, den Kolonialkontinent Sibirien abzusichern und nach Sinkiang vorzufühlen.

Die politischen Ziele des Kreml ändern sich nicht, gleichgültig, welche Wandlungen das Moskauer Regime noch erfahren wird. Auch der Ukrainer Chruschtschow muß früher oder später der geopolitischen Atmosphäre im Kreml erliegen.

Je betonter russisch und slavisch — statt marxistisch und sektiererisch — dieses Regime ist, umso gewisser wird es mit Hartnäckigkeit und Ausdauer die alten Ziele verfolgen. Das kann sich erst ändern, wenn sich das Sowjetreich auflöst oder wenn es ein sozialistisches Commonwealth wird, das mit der anderen Welt des Nordatlantik zu gemeinsamer Arbeit zusammenrückt.

Dort liegt aber auch die einzige dauerhafte Chance des eurasischen Weltreiches. Denn die Monopolstellung Moskaus als Mittelpunkt der kommunistischen Bewegung ist verwirkt. Kennan, der in der Stalinära US-Botschafter in Moskau war, erklärte Ende November 1956: „Ich möchte tatsächlich die Behauptung wagen, daß es kein zentrales kommunistisches Führertum mehr geben wird, nicht nur auf ideologischem Gebiet, sondern auch im Sinne der Weltpolitik!"

Daß es so kam, dies ist das Ergebnis der Stalinära! An ihm kann auch die Wiederbeschwörung Stalins durch Chruschtschow auf dem traditionellen Neujahrsempfang 1957 nichts mehr ändern. Diese Zuflucht zu Stalin beweist vielmehr, daß das unaufhaltsame Unabhängigkeitsstreben der Sowjetvölker das Ende der Stalinära herbeigeführt und den roten Imperialismus in seine bisher schwerste Existenzkrise gedrängt hat.